

Verwaltungsbericht 1999 - 2006



Tübingen
Universitätsstadt

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Freude begrüße ich Sie bei der Präsentation...

Das Buch ist ein Dokument der Stadtgeschichte...
Es enthält Informationen über die Entwicklung...
der Stadt Tübingen von den Anfängen bis...
zur Gegenwart. Die Inhalte sind in...
Kapitel gegliedert, die jeweils einen...
Aspekt der Stadtentwicklung beleuchten...
Dieses Werk soll als Informationsquelle...
für Bürger, Wissenschaftler und...
Interessierte dienen.

Das Buch ist ein Dokument der Stadtgeschichte...
Es enthält Informationen über die Entwicklung...
der Stadt Tübingen von den Anfängen bis...
zur Gegenwart. Die Inhalte sind in...
Kapitel gegliedert, die jeweils einen...
Aspekt der Stadtentwicklung beleuchten...
Dieses Werk soll als Informationsquelle...
für Bürger, Wissenschaftler und...
Interessierte dienen.

Inhalt

Vorwort der Oberbürgermeisterin	3
Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen	5
Einträge im Goldenen Buch	6
Leitbild und Stadtentwicklung	9
Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort	15
Stärkung der Altstadt	19
Mehr Chancen für Kinder	23
Kultur, Freizeit und Sport	27
Berichte aus den Stadtteilen	35
Aus der Arbeit der Verwaltung	51
Wahlen	131
Städtepartnerschaften	136
Zahlen, Daten, Fakten	137
Stadtchronik	140
Impressum	168

UH252a/12



52/2008

Vorwort



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor acht Jahren mein Amt als Oberbürgermeisterin antrat, hatte die Stadt gerade eine harte Phase der Konsolidierung hinter sich. Die Finanzsituation war – zumindest auf den ersten Blick – entspannt. Doch klar war, dass diese Entspannung nur von kurzer Dauer sein würde. Zu groß waren nach wie vor die Strukturschwächen unserer relativ kleinen Universitätsstadt, zu stark die allgemeine Krise der öffentlichen Haushalte und zu schwach die konjunkturelle Entwicklung. Umso notwendiger war es, eine Debatte über die künftige Entwicklung in Gang zu setzen und mit einer auf lange Sicht angelegten Strategie die Entwicklungschancen für unsere Stadt nachhaltig zu verbessern. Eine klare Prioritätensetzung war zwingend. Dies bedeutete, mit einem eindeutigen Vorrang die Stärke der Wissenschaft an unserem Standort für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt noch konsequenter zu nutzen, die Einwohnerentwicklung durch eine moderate Erweiterung unserer Stadtteile und durch ein innovatives Verwertungskonzept für unsere Brachflächen insgesamt zu stabilisieren und gleichzeitig alle Anstrengungen zu unternehmen, die Attraktivität unserer Stadt zu erhalten, ohne dabei allerdings die nachkommenden Generationen unverhältnismäßig zu belasten. Wer heute auf die letzten acht Jahre zurückblickt, stellt fest: Die Bilanz kann sich sehen lassen. Es wurde nicht nur sehr viel bewegt, sondern auch sehr viel erreicht. Die nachfolgenden Berichte aus den verschiedenen Bereichen belegen dies auf eindrucksvolle Weise.

Wissenschaft als Zukunftschance

Eine zentrale Bedeutung für die strategische Neuausrichtung kam dem konsequenten Ausbau des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes zu. Heute dürfen wir – trotz der sehr unerfreulichen Debatte um die Ansiedlung eines For-

schungszentrums der Firma Boehringer Ingelheim – mit einem gewissen Stolz auf hoffentlich nachhaltig wirkende Veränderungen blicken: Das einst so industrie- und gewerbefeindliche Klima in der Stadt hat sich spürbar verbessert. Der gemeinsam mit unserer Nachbarstadt Reutlingen errichtete interkommunale Technologiepark hat nicht nur die Universität, das Universitätsklinikum und die Max-Planck-Institute am Standort gestärkt, Investitionen in beachtlicher Höhe ausgelöst und eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch dafür gesorgt, dass die Weichen für die Zukunft richtig gestellt sind: Nur durch diese Infrastruktur ist es möglich, das Wachstumspotential, das gerade in der Wissenschaft vor Ort steckt, für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region zu nutzen. Auch der Ausbau der Zusammenarbeit in der Region Neckar-Alb und in der Europäischen Metropolregion Stuttgart dient dazu, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu verbessern.

Der Schulterchluss mit der Universität hat das Bewusstsein dafür geschärft, welches Potential für Tübingen in einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Universität liegt. Der gemeinsam initiierte Tübinger Sommer, der Dreiklang Theatersommer, Sommeruniversität und Sommerinsel, ist nur ein Beispiel.

Erhalt der lebendigen historischen Altstadt

Die Attraktivität und die Lebendigkeit der Tübinger Altstadt zu erhalten und sie behutsam weiterzuentwickeln, war ein weiteres strategisches Ziel der letzten Jahre. Eine Fülle von Maßnahmen wurde ergriffen, um dieses Ziel zu erreichen: Rettung der Alten Kelter, vorbildliche Sanierung des Fruchtkastens, Wiedereinführung des Blumenschmucks, Ausdehnung der Außengastronomie, Einführung neuer Märkte (Jakobsmarkt und Regionalmarkt), Neugestaltung der Unterführung „Alter Botanischer Garten“, Verwirklichung der ersten Bausteine Lichtkonzept und Verkehrs- und Touristenleitsystem, Verabschiedung eines Zentren- und Märktekonzeptes und eines Entwicklungskonzeptes zur Stärkung der Altstadt.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des vielfach prämierten Konzeptes für die Südstadtentwicklung hat Tübingen auf dem Gebiet des Städtebaus Beispielhaftes geleistet. Ausgehend davon wurde in einem umfangreichen Prozess mit intensiver Bürgerbeteiligung ein Leitbild für eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet, das vom Gemeinderat zumindest als Orientierungsrahmen akzeptiert wur-

de. Nach intensiven kommunalpolitischen Debatten ist es schließlich gelungen, für eine neue Form der Branchenentwicklung eine Mehrheit im Gemeinderat zu finden.

Mit der Entwicklung des Mühlenviertels auf dem ehemaligen Firmengelände Wurster&Dietz wurde das erste Projekt in Angriff genommen. Die hohe Qualität des Städtebaus, die vorbildliche Bürgerbeteiligung und die eindrucksvolle Nachfrage haben gezeigt, dass Tübingen mit diesem Modell auf dem richtigen Weg ist. Durch die Abschöpfung eines Teils des Planungsgewinns können nicht nur wertvolle Infrastrukturmaßnahmen finanziert, sondern gleichzeitig relativ günstige Gewerbe- und Wohnbauflächen für Familien, kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe angeboten werden, die in den vergangenen Jahren aus Kostengründen häufig ins Umland abwandern mussten.

Stärkung der Kulturstadt

Ein vielfältiges, breites und über die Grenzen der Region hinaus wirkendes Kulturangebot ist für Tübingen seit langem prägend. Diese Stärke galt es zu erhalten. Erfreulicherweise ist es gelungen, die Finanzausstattung des Landestheaters zu sichern, die notwendigen Strukturreformen in der Musikschule mit auf den Weg zu bringen, die international renommierte Kunsthalle in eine Stiftung umzuwandeln und mit der neuen Intendanz im Zimmertheater überregional für Aufsehen zu sorgen. Darüber hinaus konnte mit der neuen Leitung im Stadtmuseum ein überzeugender Neuanfang erreicht werden. Mit der Überlassung der Shedhalle an eine Künstlerinitiative wurde gerade für die Bildende Kunst in der Stadt ein spannender neuer Ausstellungsort geschaffen.

Mehr Chancen für Kinder

In einer beispielhaften Offensive haben wir die Betreuungsangebote für Kinder in den letzten Jahren vorbildlich ausgebaut und in einer großen Kraftanstrengung eine Vielzahl unserer Schulen zu Ganztageschulen umgebaut. In einem einzigartigen Schulterschluss der Verwaltung mit dem Gemeinderat, den Lehrern, Eltern und Schülern konnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, ein Maximum an Fördermitteln für diese Ausbaumaßnahmen abzurufen. Ohne dieses hervorragende Zusammenwirken wäre es für eine finanzschwache Stadt wie Tübingen nie möglich gewesen, unsere Schullandschaft in so kurzer Zeit so grundlegend zu verändern und dazuhin noch so umfangreiche Sanierungsmaßnahmen zu schultern (z.B. Sanierung der Uhlandhalle, Generalsanierung der Geschwister-Scholl-Schule, Um- und Erweiterungsbau der Französischen Schule, Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im Keplergymnasium, Schaffung zusätzlicher Räume für das Uhlandgymnasium, das Wildermuthgymnasium, die

Walter-Erbe-Realschule, die Hauptschule Innenstadt). Aus eigener Kraft wäre die Stadt in absehbarer Zeit auch nicht in der Lage gewesen, ein so ehrgeiziges Projekt wie z.B. die neue Mensa für alle drei Gymnasien in der Uhlandstraße oder den Bau der in Tübingen so lange ersehnten großen Sporthalle zu verwirklichen. In allen diesen Fällen war mutiges, entschlossenes und schnelles Handeln erforderlich, um die hohe Bundes- und Landesförderung zu erhalten. Ich bin noch immer sehr glücklich, dass uns dies so überzeugend gelang.

Dank für die Unterstützung

Ich danke allen, die ihren Teil dazu beigetragen haben, unsere Stadt in den letzten Jahren so positiv zu entwickeln. Dazu gehören nicht nur die Mitgliedern des Gemeinderats und die Verwaltung, die örtlichen Unternehmen, der Handel sowie die Vereine und Initiativen, sondern selbstverständlich auch die einzelnen, äußerst aktiven Bürgerinnen und Bürger, die durch ihr Engagement unser Gemeinwesen auf so vielfältige Weise stärken – sei es durch eigene ehrenamtliche Arbeit oder durch die finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Stiftungen wie z.B. der Tübinger Bürgerstiftung, die sich auf besondere Weise um unsere Stadt verdient macht.

Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung und unserer Gesellschaften, mit denen ich über all' die Jahre sehr eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten durfte und mit denen mich nicht nur die hohe Identifikation mit unseren gemeinsamen Zielen und das ausgeprägte Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl verband, sondern auch ein stets offenes und herzliches Verhältnis, ohne das ich mein anspruchsvolles Amt nicht mit soviel Freude und Begeisterung hätte ausüben können. Herzlichen Dank auch an alle, die an der Erstellung dieses Verwaltungsberichts mitgewirkt haben.

Eine Stadt ist in ihrer Entwicklung nie abgeschlossen, sie verändert sich ständig und hat sich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen. Beim Meistern dieser Herausforderungen wünsche ich allen Verantwortlichen von Herzen viel Glück und viel Erfolg. Möge sich unsere „kleine große Stadt“ auch in Zukunft interessant und spannend entwickeln – und sich dabei ihren besonderen Charme und ihre Unverwechselbarkeit bewahren.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Brigitte Russ-Scherer

Brigitte Russ-Scherer
Oberbürgermeisterin

Ehrenbürger im Zeitraum 1998 – 2006

Die Universitätsstadt Tübingen hat im Zeitraum von 1998 bis 2006 jeweils durch Beschluss des Gemeinderats folgenden Personen in Anerkennung ihrer besonderer Verdienste um die Universitätsstadt Tübingen das Ehrenbürgerrecht verliehen:

Dr. Eugen Schmid

Oberbürgermeister a. D.

geb. 1932

Verleihung durch Gemeinderatsbeschluss vom 27.07.1998

Aushändigung am 15.12.1998

Wilhelm Beier

Geschäftsführer der Kreisliga der Freien Wohlfahrtspflege

geb. 1991, verstorben 2005

Verleihung durch Gemeinderatsbeschluss vom 29.01.2001

Aushändigung am 15.03.2001

Dr. Christiane Nüsslein-Volhard

Professorin der Molekular-Biologie, Nobelpreisträgerin

geb. 1942

Verleihung durch Gemeinderatsbeschluss vom 27.06.2002

Aushändigung am 01.12.2002

Dr. Dr. h.c. Walter Jens

Professor der Rhetorik, Literaturwissenschaftler

geb. 1923

Verleihung durch Gemeinderatsbeschluss vom 27.06.2002

Aushändigung am 01.12.2002

Dr. Dr. h.c. Hans Küng

Professor der Theologie

geb. 1928

Verleihung durch Gemeinderatsbeschluss vom 27.06.2002

Aushändigung am 01.12.2002

Von links nach rechts: Inge Jens, Brigitte Russ-Scherer, Walter Jens, Christiane Nüsslein-Volhard, Hans Küng



Einträge im Goldenen Buch

07.08.1998	Besuch der Südafrikanischen Botschafterin in Bonn Lindiwi Mabuza	19.09.2002	Günter Grass, Schriftsteller und Nobelpreisträger
31.08.1998	Besuch des Ministerpräsidenten des Saarlandes Oskar Lafontaine	27.06.2003	Besuch der Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels Susan Sontag anlässlich der Tübinger Poetikdozentur 2003
18.03.1999	Besuch des Ministers im Staatsministerium Dr. Christoph Palmer	11.08.2003	Besuch der Französischen Europaministerin Noelle Lenoir Ministre déléguée aux Affaires européennes, Conseiller d'Etat
30.06.2000	Besuch des Premierministers Tony Blair anlässlich der ersten Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen	30.08.2003	Besuch des mehrfachen Weltmeisters Phil Read anlässlich des MV-Augusta-Treffens
09.01.2001	Besuch des Bundeswirtschaftsministers Dr. Werner Müller	14.09.2003	Empfang aus Anlass des 10. Stadtlaufs zu Ehren des Olympiasiegers Dieter Baumann
09.02.2001	Besuch des türkischen Justizministers Prof. Dr. Hikmet Sami Türk und der deutschen Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	12.12.2003	Besuch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Kofi Annan, Friedensnobelpreisträger anlässlich der dritten Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen
16.02.2001	Besuch des französischen Botschafters Claude Martin anlässlich des Besuchs der Rousseau-Ausstellung	30.01.2004	Besuch des EU-Kommissars Günter Verheugen
20.06.2001	Besuch des Ministers Jingyu Yang, Leiter des Rechtsbüros im chinesischen Staatsrat	02.07.2004	Besuch des Schriftstellers und Nobelpreisträgers Imre Kertész anlässlich des Forums der Welt-Literaturen
30.07.2001	Besuch des schwedischen Botschafters Mats Hellström	01.12.2004	Besuch des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler anlässlich der vierten Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen
21.01.2002	Besuch der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson anlässlich der zweiten Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen	22.01.2005	Besuch des Ministerpräsidenten des Landkreises Brandenburg Matthias Platzeck
07.07.2002	Besuch des Bundespräsidenten Johannes Rau anlässlich des Festaktes „525 Jahre Eberhard Karls Universität Tübingen“		

11.10.2005	Besuch des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Günther H. Oettinger anlässlich der Sitzung der Landesregierung im Schloss Hohentübingen	11.05.2006	Besuch des Britischen Botschafters Sir Peter Torry
20.10.2005	Besuch der Friedensnobelpreisträgerin Dr. Shirin Ebadi anlässlich der fünften Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen	28.07.2006	Besuch der Französischen Europaministerin Catherine Colonna Ministre déléguée aux Affaires Européennes
03.12.2005	Besuch des Außenministers George Yeo aus Singapur und des Botschafters Ampalavanar Selverajah	13.10.2006	Besuch des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. h.c. Wolfgang Thierse
10.05.2006	Besuch des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees Dr. Jacques Rogge anlässlich der sechsten Weltethos-Rede in der Eberhard Karls Universität Tübingen	23.10.2006	Besuch der Venezolanischen Botschafterin Dr. Blancanieve Portocarrero
		30.10.2006	Besuch des Emir von Sharjah S.H. Scheich Dr. Sultan bin Mohammed al Qasimi

Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, lässt sich den Tübinger Vertrag zeigen.



Leitbild und Stadtentwicklung

Die Universitätsstadt Tübingen hatte sich im Jahr 2000 die Aufgabe gestellt, ein Leitbild zur nachhaltigen Stadtentwicklung aufzustellen. Ein gemeinsam getragenes Leitbild ist Voraussetzung für ein zielgerichtetes Handeln von Politik und Verwaltung und Verständigungsinstrument für den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.

Die Tübinger Bürgerinnen und Bürger wurden am Sonntag, 15. Juli 2001 auf den Marktplatz eingeladen mit der Aufforderung „Entwickeln Sie mit uns die Leitlinien für Tübingen“. Dieser erste Marktplatz bot als „beweglichen“ Einstieg in die Diskussion über die Zukunft Tübingens sieben thematische Stadtrundgänge durch unterschiedliche Tübinger Stadtbereiche an:

- | | |
|--------------------------------|----------------------|
| • Bildung / Kultur | Innenstadt |
| • Soziales / Generationen | Weststadt |
| • Sport / Freizeit | Umlandstraße |
| • Altstadt / Öffentlicher Raum | Altstadt |
| • Umwelt / Grün / Klima | Neckar und Österberg |
| • Universität / Wirtschaft | Nordstadt |
| • Wohnen / Verkehr / Mobilität | Hirschau |

An einzelnen Stationen der Spaziergänge wurden Einblicke und Gespräche mit Bewohnern, Gewerbetreibenden, mit Vertretern von Vereinen und Institutionen, mit Bürgerinitiativen und Planern geboten. Geführt wurden die Spaziergänge von Mitarbeitern der Verwaltung und externen Fachleuten. Zur Vorbereitung des Leitlinienprozesses wurden zur Stadtentwicklung folgende Bausteine erarbeitet:

- Bevölkerungsentwicklung und Wohnflächenausweisung
- Gewerbe
- Innerörtliche Baulandpotenziale

Zudem wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme mit dem Titel „Tübingen 2030, Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung, Grundlagen für den Leitlinienprozess“ unter aktiver Beteiligung aller Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung zusammengetragen.

In drei jeweils zweitägigen Workshops haben sich bis zu 150 Bürgerinnen und Bürger in elf Arbeitsgruppen mit folgenden Themen befasst und Vorschläge für Leitlinien ausgearbeitet:

- Soziales / Generationen
- Frauen in der Stadt
- Umwelt / Grün / Klima
- Wohnen / Verkehr / Mobilität
- Altstadt / Öffentlicher Raum

- Wirtschaft / Universität
- Bildung / Kultur
- Sport / Freizeit
- Gesundheit
- Jugend
- Integration / Migration

Ein Forum begleitete den Leitlinienprozess. Dazu waren rund 50 Vertreter/-innen geladen aus Politik, Vereinen und Verbänden, Initiativen, Bildung und Forschung, Wirtschaft und Handel, Verwaltung sowie dem Umland. Vorschläge aus den Workshops wurden in insgesamt acht Sitzungen des Forums diskutiert.

Am Ende des achten Forums, am 14. März 2003 konnten die Leitlinien verabschiedet und am 21. Juli 2003 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die Leitlinien bieten Orientierung auf dem Weg einer „nachhaltigen“ – ökologisch verträglichen, sozial gerechten und ökonomisch erfolgreichen – Stadtentwicklung.

Die „Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ wurden als „Bausteine zur Stadtentwicklung 14“ veröffentlicht.

„Der Verbrauch von freier Landschaft für Siedlungs- und Verkehrsflächen wird weitestgehend vermieden. Priorität hat die Nutzung von Brachflächen, Leerständen, Baulücken und sonstigen innerörtlichen Potenzialen“. Dieses „übergreifende Prinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung“ wird in Tübingen ernst genommen. Die mehrfach preisgekrönte Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“ ist ein in der ganzen Bundesrepublik beachtetes Siedlungsmodell, wie Konversionsflächen für preisgünstigen und verdichteten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können. Derzeit wird eine zweite Brachfläche, das Mühlenviertel in Derendingen, nach ähnlichen Kriterien für eine Wohnbebauung vorbereitet.

Eine Arbeitsgruppe „Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“ erarbeitet einen Indikatorenkatalog, anhand dessen die künftige Stadtentwicklung bewertet und die Planung aktualisiert werden kann.

Im Kapitel 5 Berichte aus den Fachbereichen und Ämtern stellt das Stadtplanungsamt weitere Planungen zur Stadtentwicklung, die Städtebaulichen Rahmenpläne und die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vor.

Bürgerbeteiligung

In den „Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ steht bei den übergreifenden Prinzipien an erster Stelle das bürgerschaftliche Engagement: „Bürgerschaftliches Engagement – in Mitverantwortung für das Gemeinwohl – ist ein unerlässlicher Baustein einer nachhaltigen Entwicklung. Damit sich möglichst viele engagieren und selbstorganisierte Hilfe anbieten können, unterstützt sie die Stadt in ihren Aktivitäten.“

Wie diese Unterstützung durch die Stadt aussehen sollte, haben die über 200 Teilnehmenden im Leitlinienprozess im Grundsatz zur bürgerschaftlichen Mitwirkung präzisiert: „Stadtentwicklung wird in Tübingen als ein für alle offener, gesprächsorientierter Prozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen, Stadtverwaltung und Gemeinderat gestaltet; Anstöße dazu können von jeder Seite eingebracht werden. Damit Beteiligung stattfinden kann, wird über das Vorhaben so frühzeitig und umfassend informiert, dass beabsichtigte Verfahrensweisen, Grundlagen, Ziele und Wirkungen für alle transparent werden. (...) Die Mitwirkung von Bevölkerungsgruppen, die bei Beteiligungsprozessen oft unterrepräsentiert sind, wird gezielt gefördert.“

Zur Umsetzung der bürgerschaftlichen Mitwirkung werden geeignete Verfahrens- und Beteiligungsformen angewendet und – wenn nötig – neue erprobt und entwickelt. Die Stadtverwaltung stärkt hierfür die Kompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Anlaufstelle ist für die Durchführung der Beteiligungsprozesse verantwortlich, die Aktivitäten werden in einem regelmäßigen Bericht zur bürgerschaftlichen Mitwirkung dokumentiert.“

Dieser Grundsatz ist ein wesentlicher Teil des Arbeitsprogramms für das neue Kompetenz-Center Bürgerschaftliches Engagement, das im Zuge der Verwaltungsreform als neue Querschnittsaufgabe zum 1. Dezember 2004 eingerichtet wurde. Ausschlaggebend für die Entscheidung, diese Aufgabe mit einem 50 % - Stellenumfang bei der Umweltbeauftragten anzusiedeln, waren zum einen die Erfahrungen aus der Organisation und Betreuung der bürgerschaftlichen Aktivitäten im Rahmen des Agenda-Prozesses. Zum anderen hatte die Umweltbeauftragte von 2002 bis 2005 die Projektleitung für das interdisziplinäre EU-Forschungsprojekt ECOCITY Tübingen-Derendingen übernommen.



ECOCITY Tübingen-Derendingen

Ein wichtiger Bestandteil dieses EU-Projekts war die Einbindung von Politik und Öffentlichkeit in die Projektentwicklung. Die Beteiligung der Bürger am Planungsprozess wurde als ein wesentlicher sozialer Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung betrachtet. Die Planung sollte dadurch effizienter, stärker an Bedürfnissen orientiert, besser auf örtliche Gegebenheiten abgestimmt und demokratisch abgesichert werden, um die Identifikation der Bürger mit dem Projekt zu verbessern. Die Bürger sollten am Bau ihrer Stadt beteiligt werden. Diese Zielsetzung deckt sich hervorragend mit dem im „Leitbildprozess nachhaltige Stadtentwicklung“ an herausragender Position formulierten Wunsch nach stärkerer Einbindung der Bürgerschaft in Planungsprozesse. Hinzu kommen eindeutige Aussagen in den Leitlinien zu den Themen Wohnen, Mobilität, Umwelt und Nutzungsmischung. Kernaussagen sind die Forderungen nach dem Quartier als wesentlichem Baustein der Stadtentwicklung und nach einer weitgehenden Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauches. Das EU-Projekt ECOCITY war daher auch eine gute Gelegenheit, diese Vorgaben anhand eines konkreten Projektes zu hinterlegen oder zu hinterfragen.

Um die notwendige Vernetzung mit den politischen und bürgerschaftlichen Meinungsbildungsprozessen zu gewährleisten, wurde ein projektbegleitendes Komitee aus Vertretungen des Gemeinderates, der verwaltungsinternen Projektgruppe und den Sprechern der Leitbildarbeitsgruppen Wohnen / Verkehr / Mobilität und Wirtschaft gebildet. Aufgabe des Komitees war es, das Beteiligungsverfahren zu steuern und zu begleiten, um so ausreichende Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Interessierten und Betroffenen zu sichern. Dazu gehörte auch die Vorbereitung der bürgerschaftlichen Mitwirkung, mit der dem externen Planungsteam Grundlagen und Wünsche aus Sicht der Anwohner und Nutzer des Untersuchungsgebiets an die Hand gegeben werden sollten. Diese Mitwirkung fand in Form einer Perspektivenkonferenz am 16. und 17. November 2002 in den Räumen des Regierungspräsidiums Tübingen statt. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte teilweise auf Vorschlag des Ortsbeirates Derendingen, teilweise durch eine öffentliche Ausschreibung für Interessenten im Mitteilungsblatt Derendingen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Perspektivenkonferenz erarbeitete das externe Planungsteam zwei Entwicklungsszenarien für den Untersuchungsraum, denen die Festsetzungen im Flächennutzungsplan als Referenzszenario gegenübergestellt wurden. Diese drei Szenarien waren Grundlage der „Werkstattgespräche“, die als zweiter Baustein der Bürgerbeteiligung am 29. März 2003

stattfanden. Persönlich eingeladen dazu wurden sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Perspektivenkonferenz, Mitglieder des Derendinger Ortschaftsrats, die Fraktionen des Tübinger Gemeinderats, Tübinger Umweltverbände und soziale Organisationen, die Kreissparkasse, das Landratsamt, weitere Arbeitgeber aus Derendingen sowie Akteure des Tübinger Leitbildprozesses. Hinzu kam eine öffentliche Einladung über die lokale Presse. Insgesamt nahmen etwa 35 Personen sowie zehn Fachleute an der eintägigen Veranstaltung teil. Im Ergebnis erhielten die externen Fachplaner deutliche Empfehlungen für die Ausarbeitung eines weiteren Szenarios als Masterplan, in dem die verbindenden Elemente der beiden Szenarien integriert werden sollten. Dieser Entwurf eines Masterplans wurde dem Planungsausschuss des Tübinger Gemeinderats am 12. Januar 2004 und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Bürgerversammlung am 30. März 2004 vorgestellt.

Runder Tisch Derendingen

Mit der Entwicklung des Wurster & Dietz-Areals soll ein wesentlicher Teil Derendingens neu gestaltet werden, der bereits beim ECOCITY-Projekt Teil der Planungsüberlegungen und damit auch Teil des Beteiligungsverfahrens war. Diese Beteiligung wird bei der weiteren Entwicklung des Wurster & Dietz-Areals unter der Organisation des Kompetenz-Centers Bürgerschaftliches Engagement mit einem Runden Tisch Derendingen fortgeführt. Damit kann zum einen das Vertrauen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Planungsverantwortlichen erhalten und gestärkt werden, zum anderen können die vorhandenen Ressourcen (Vor-Ort-Wissen und Erfahrung, fachliches Know-how, aber auch die Emotionen von Betroffenen) zur Sicherung der Qualität der Planung genutzt werden. Am „Runden Tisch Wurster & Dietz“ sitzen Vertretungen des Ortsbeirates, der Arge Derendinger Vereine, des Stadtteilforums Derendingen bzw. des Bürgervereins Derendingen sowie der Kindergärten, der Grundschule und der Kirche. Seit Februar 2005 hat der Runde Tisch elf Mal getagt, sich über die Entwicklung informiert und seine Anregungen eingebracht. Auf Vorschlag und unter Organisation des Runden Tisches wurde ein Namenswettbewerb durchgeführt, mit dem allseits begrüßten Ergebnis, das Wurster & Dietz-Areal in Zukunft „Mühlenviertel“ zu benennen. Durch die Diskussionen am Runden Tisch und die Gespräche der Tischmitglieder mit den Derendinger Bürgerinnen und Bürgern konnte die Festsetzungen im Bebauungsplan „Mühlenviertel“ letztendlich so gestaltet werden, dass sie den Anforderungen an einen zukunftsfähigen Bebauungsplan ebenso ge-

nügen wie den Bedürfnissen der Derendinger, die in diesem Viertel bauen wollen. Nach der Beschlussfassung über den Bebauungsplan sieht der Runde Tisch den Schwerpunkt seiner zukünftigen Aufgabe in der Integration der neuen Bewohner des Mühlenviertels.

Stadtteilforen

Der Stadtteil ist unmittelbarer Bezugspunkt für die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und deshalb besonders gut geeignet, Interesse am Wohnumfeld und damit auch Engagement für den Stadtteil zu entwickeln. Um ein solches Engagement dauerhaft zu ermöglichen, braucht es fördernde Rahmenbedingungen und Strukturen. Ein Vorschlag der Sozialverwaltung für solche fördernden Strukturen war die Gründung von Stadtteilforen. Die Diskussion dieser Idee auf einer Tagung in Bad Boll führte spontan zur Gründung des Stadtteilforums Lustnau.

Derzeit gibt es sechs Stadtteilforen in Tübingen (Nord, West, Lustnau, Derendingen, Französisches Viertel und Loretina). Die von ihnen umfassten Stadtteilräume entsprechen nicht den planerisch ausgewiesenen Stadtvierteln, sondern stellen Identifikationsräume dar, in denen den Bürgerinnen und Bürgern diese Arbeit möglich und sinnvoll scheint. In der Größe variieren sie zwischen Gebieten mit rund 2.500 bis zu rund 6.000 Einwohnern. Ziele der Stadtteilforen sind vor allem das Anstoßen von selbstorganisierten, bürgerschaftlichen Diskussions- und Handlungsprozessen im Stadtteil sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen Bürgerinnen und Verwaltung durch Kooperation, frühzeitige Information und Aufgabenteilung. Unterstützt wird die Arbeit der Stadtteilforen einerseits durch eine Koordinatorin beim BüroAktiv, andererseits durch die Stadtteilbots in der Verwaltung. Die Koordinatorin begleitet auf Wunsch die Bürgerinnen bei ihrer Arbeit im Stadtteil, bereitet Sitzungen vor, hält Telefonkontakte, leitet Versammlungen, verschickt Einladungen, und sie hält engen Kontakt zur Verwaltung. Um die Koordination mit der Arbeit der Stadtverwaltung sicherzustellen, hat die Verwaltung auf der Ebene der Amtsleitungen für jedes Forum einen Verwaltungsloten ernannt, der die Aufgabe hat, ressortübergreifend Ansprechpartner für „sein“ Stadtteilforum zu sein. Der Verwaltungslotse nimmt auf Einladung an den Sitzungen des Stadtteilforums teil und informiert das Forum über Planungen der Verwaltung.

Das Angebot zur Gründung von Stadtteilforen führte mancherorts zu Konflikten mit bestehenden Bürgerinitiativen, die ihr Handeln ebenfalls als stadtteilbezogen ausgerichtet



Der Spielplatz im Alten Botanischen Garten wurde 2006 mit tatkräftiger Unterstützung einer Elterninitiative wieder hergerichtet.

verstehen. Während die Angebote des BüroAktiv und der Stadtteilbots an die Stadtteilforen als hilfreiche Unterstützung empfunden wurden, befürchteten die Initiativen darin eher den Versuch einer Bevormundung und der Einengung ihrer Aktivitäten. Mit der Zeit haben sich die Wogen geglättet und die Möglichkeiten der Kooperation werden – bei Anerkennung der unterschiedlichen Wahrnehmung – im Sinne des Stadtteilwohls genutzt, sei es bei der gemeinsamen Teilnahme am Stadtteilfest oder in der Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Spielräume im Stadtteil.

Die Stadtteilforen und Initiativen treffen sich auf Einladung des Kompetenz-Centers Bürgerschaftliches Engagement und des BüroAktiv zweimal jährlich zum Kennenlernen und zum Erfahrungsaustausch. Für die Zukunft steht die Überlegung an, ob nicht ein eigenes Forum „Stadtzentrum“ sinnvoll wäre, um sich besser mit den speziellen Themen des Zentrums auseinandersetzen zu können. Angedacht ist ebenfalls die Durchführung von Stadtteilwerkstätten im zwei- bis dreijährigen Rhythmus, um mehr Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung ihres Stadtteils zu interessieren. Die vom Nordstadtforum initiierte Planungswerkstatt im November 2003 hat beispielhaft gezeigt, wie mit einer solchen Kommunikationsmöglichkeit umsetzbare Projekte für die Entwicklung des Stadtteils auf den Weg gebracht werden können.

Mühlenviertel

Das Konzept

2005 schlugen Stadtverwaltung und WIT gemeinsam ein neues Kapitel der Stadtentwicklung Tübingens auf: mit dem Kauf des Wurster & Dietz-Areals in Tübingen-Derendingen und seiner Entwicklung zum Mühlenviertel nimmt die Stadt die Entwicklung von Gewerbebrachen selbst in die Hand. Neben der Möglichkeit, Planungsgewinne in die Infrastruktur zu investieren, steht dabei das Interesse im Vordergrund, bezahlbares Bauland zur Verfügung zu stellen und einen hochwertigen Städtebau zu realisieren. Betriebe, Familien und private Baugemeinschaften sollen damit die Gelegenheit erhalten, sich in ein städtebauliches Konzept zu integrieren, Grundstücke von der WIT zu erwerben und ihre eigenen baulichen Konzepte umzusetzen.

Mit der Entscheidung für den Erwerb der Gewerbebrache fällt auch der Startschuss für eine zügige Umsetzung: Im Mai 2005 fand die Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs statt, im Oktober 2005 fiel die Entscheidung für einen ersten Preis an das Tübinger Büro Hähmig + Gemmeke, im November 2005 begann die Einleitung eines B-Plan-Verfahrens, im April 2006 war Beginn der Vermarktung, im Sommer 2006 begannen die Erschließungsmaßnahmen. Für Frühsommer 2007 ist der Beginn der privaten Bauvorhaben geplant, bis 2009 / 10 soll aus dem ehemaligen Wurster & Dietz-Areal das Derendinger Mühlenviertel geworden sein.

Die Weichenstellungen

Vorangegangen war dieser richtungsweisenden Entwicklung ein langer Entscheidungsprozess: nach kontroverser Diskussion hatte der Gemeinderat 2002 der Einrichtung ei-

Das ehemalige Maschinenmagazin von Wurster & Dietz



nes „Geschäftsbereichs Projektentwicklung“ bei der WIT zugestimmt und diesen mit 2 Mio. Euro Stammkapital ausgestattet, 2003 wurden mit Adam Fleischmann und Cord Soehlke zwei städtische Amtsleiter zu den Geschäftsführern ernannt. Nicht sicher war zunächst, mit welcher Gewerbebrache begonnen werden sollte. Mit dem ehemaligen Betriebsgelände der Firma Egeria in Lustnau stand neben dem Wurster & Dietz-Areal noch ein zweites Grundstück zur Auswahl, das analysiert, bewertet und verhandelt werden musste. Den Ausschlag für das Derendinger Gelände gaben schließlich drei Faktoren: bei dem Egeria-Gelände bestanden offene Fragen hinsichtlich der Altlasten, bei Wurster & Dietz zeigte eine Geruchsuntersuchung, dass die benachbarte Ölmühle kein Planungshindernis darstellte, darüber hinaus konnte mit dem Insolvenzverwalter der Firma Wurster & Dietz sowie den Gläubigerbanken eine Einigung erzielt werden.

Nicht nur zur Wahl der Grundstücke fand eine intensive Auseinandersetzung statt, auch kommunalpolitisch war das Konzept der Brachenentwicklung heftig umstritten. Zu riskant, zudem keine Aufgabe einer städtischen Gesellschaft, argumentierten die Gegner. Aufgaben wie diese solle man lieber dem privaten Sektor und den großen Bauträgern überlassen. Nur so, entgegneten die Befürworter, könne Tübingen bezahlbares Bauland für Familien entwickeln und gleichzeitig die hohen städtebaulichen Ansprüche aufrecht erhalten. Außerdem könne es sich eine Stadt wie Tübingen dauerhaft nicht leisten, die Kosten für die Infrastruktur auf alle umzulegen, während die Planungsgewinne zunehmend privatisiert würden. Mit der Kaufentscheidung Anfang 2005 setzten sich die Befürworter gegen die Skeptiker durch – umso wichtiger war es aus Sicht der Stadtverwaltung und der Geschäftsführung, gute Grundlagen für eine solide Realisierung schaffen und so die Skeptiker davon zu überzeugen, dass durch die städtische Regie ein hoher Nutzen für die Bürger/-innen, den Stadtteil und die Gesamtstadt entsteht.

Die Realisierung

Vier Bausteine bilden das Rückgrat für die Realisierung: hohe städtebauliche Qualität durch einen Wettbewerb und eine gute Bauleitplanung, intensive Beteiligung der Bürger und Bauherren, eine kleinteilige Grundstücksvergabe an Private und private Baugemeinschaften, sowie eine solide Entwicklungskalkulation.



Erster Preis für den Entwurf des Architekturbüros Hähnig + Gemmeke.

120 Büros aus Deutschland und dem europäischen Ausland beteiligten sich an dem städtebaulichen Wettbewerb von Mai bis Oktober 2005; um so größer die Überraschung, als am Ende mit dem Büro Hähnig + Gemmeke ein Tübinger Teilnehmer den ersten Platz errang. Der Siegerentwurf überzeugte durch einen robusten Städtebau, der eine klare Struktur vorgibt und viele unterschiedliche Bauformen und Gebäudetypen zulässt. So war es möglich, den Entwurf zügig und ohne große Veränderungen in einen Bebauungsplan umzusetzen. Beteiligt waren dabei nicht nur die Sieger des städtebaulichen Entwurfs, sondern auch eine Projektgruppe der Verwaltung, um alle gewünschten Aspekte bereits früh in den Bebauungsplan einfließen zu lassen. Gerade in dieser engen Zusammenarbeit zwischen den Vorstellungen der Planer, den städtischen Ansprüchen und den Erfordernissen einer kleinteiligen Vermarktung bewährte sich die gewählte Struktur der Branchenentwicklung.

Um eine frühe Beteiligung des Stadtteils zu erreichen, wurden der Derendinger Ortsbeirat und Vertreter der Betriebe, Schulen, Vereine und der Kirche im „Runden Tisch Derendinger“

regelmäßig über das Projekt informiert. Der Runde Tisch war es auch, der einen Namenswettbewerb für den neuen Stadtteil ins Leben rief, bei dem das „Mühlenviertel“ entstand, oder der zu umstrittenen planerischen Fragen Position bezog. So konnten schon früh die Weichen für eine Integration des neuen Quartiers in den Stadtteil gestellt werden.

Im Frühsommer 2006 begann die Vermarktung der Grundstücke, im Herbst waren bereits alle Optionen für Wohn- und Mischgrundstücke vergeben. Entscheidend für die Vergabe war hierbei nicht der Preis, da bereits im Vorfeld Festpreise festgelegt waren, sondern das jeweilige Konzept: Bevorzugt wurden Privatleute und private Baugemeinschaften mit Bezug zu Derendingen oder Tübingen. Weitere Kriterien waren die Realisierbarkeit der Projekte und die möglichst große Bandbreite verschiedener Konzepte. Entschieden wurde über die Optionen von einer Kommission aus Gemeinderäten und der WIT, die aus rund 85 Bewerbungen ein Puzzle mit rund 15 Familien, 20 Baugruppen und vier Bauträgern zusammensetzte.

Neben dieser besonderen Art der Vermarktung spielt die solide Entwicklungskalkulation eine große Rolle bei der Realisierung: Die Geschäftsführung geht davon aus, dass durch das Projekt sowohl die Infrastruktur von Derendingen deutlich verbessert wird als auch durch die Entwicklung des Mühlenviertels ein Erlös von rund 1 Mio. Euro entsteht – mit der Möglichkeit, diesen wieder in die Entwicklung weiterer Gewerbebrachen zu investieren.

Der Ausblick

Nach dem erfolgreichen Start mit dem Mühlenviertel wurden sowohl in der Verwaltung als auch im Gemeinderat Stimmen laut, die mit der WIT weitere Entwicklungsprojekte umsetzen möchten. Obwohl das Mühlenviertel längst nicht fertig gestellt ist und der städtische Aufwand groß ist, ist bereits jetzt erkennbar, dass der eingeschlagene Weg städtebaulich und strukturell enorme Vorteile bietet. Daher bereitet die Geschäftsführung Ende 2006 Konzepte für weitere Brachen vor, die von der WIT entwickelt werden könnten. Während veränderte Vorgaben hier sicher zu ganz anderen städtebaulichen Lösungen als im Mühlenviertel führen werden, bleibt den Projekten eines gemeinsam: die grundlegende Überzeugung, dass die Kombination aus Grundstücksentwicklung und städtebaulicher Planung unter städtischer Regie eine neue erfolgreiche Form der Stadtentwicklung ermöglicht.

Ausbau des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts

Tübingen hat keine große Industrie- und Gewerbe-tradition, Tübingen ist vielmehr als Universitäts- und Behördenstadt bekannt und genießt als Wissenschafts- und Forschungsstandort einen hervorragenden Ruf. Nachdem der Standortwettbewerb auch kleine Universitätsstädte wie Tübingen nicht unberührt lässt, lag nahe, darüber nachzudenken, wohin sich eine Stadt wie Tübingen wirtschaftlich entwickeln will. Für die Oberbürgermeisterin und für die Mehrheit des Gemeinderats stand fest: Tübingen muss die Potentiale, die in der starken Wissenschaft vor Ort liegen, gezielt nutzen. Dazu war es notwendig, die Rahmenbedingungen gerade für forschungsintensive Unternehmen zu verbessern, den Technologietransfer zu erleichtern und dafür Sorge zu tragen, dass sich das ehemals eher gewerbefeindliche Klima in der Stadt grundlegend verändert.

Mit der Errichtung des Technologiezentrums „Vor dem Kreuzberg“ wurde ein erstes Zeichen gesetzt und die damalige Aufbruchstimmung für Gründer genutzt. Mit der Bereitstel-

lung von Laborflächen und einem Bündel von weiteren Maßnahmen wurden gerade Existenzgründer aus der Universität und den Forschungsinstituten zur Selbständigkeit ermuntert und gezielt gefördert. Mit der Errichtung des Wissenschafts- und Technologieparks auf dem Gelände der ehemaligen Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere – als Teil eines interkommunalen Technologieparks – wurden am Standort Tübingen in unmittelbarer Nähe zu den Max-Planck-Instituten Rahmenbedingungen gerade für die Wachstumsbranche Biotechnologie geschaffen, die international konkurrenzfähig sind. Dies alles geschah in enger Kooperation der Universitätsstadt Tübingen mit der Universität Tübingen, dem Universitätsklinikum, den Max-Planck-Instituten und der Nachbarstadt Reutlingen. Alle Partner erkannten sofort, welche große Chance für die Region insgesamt in einer solchen, gerade für Tübingen einmaligen Initiative zur Förderung der Technologie lag. Auch die Vertreter der Wirtschaft, insbesondere die der IHK Reutlingen, unterstützen das ehrgeizige Projekt von Anfang an.

Blick auf den Entwicklungsbereich „Obere Viehweide“ (2003)





Neubau Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie

Gerade in der Region Neckar-Alb, in der traditionelle Branchen - wie z.B. die Textilindustrie - unter einem massiven Strukturwandel leiden, müssen neue Wachstumsbranchen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung identifiziert werden. Dass dies für das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen angesichts der Stärke der Medizin und der Biologie an der Universität, angesichts der Max-Planck-Institute und des Naturwissenschaftlichen-Medizinischen Instituts an der Universität Tübingen (NMI) in Reutlingen vor allem die Branchen Biotechnologie und Medizintechnik sein sollten, lag auf der Hand.

Wie erfolgreich der Weg der Technologieförderung schon heute ist, zeigt ein Blick auf die Statistik: In den letzten Jahren konnten in Tübingen erfreulich viele neue Firmen angesiedelt und ein beachtlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnet werden. Während die Bevölkerungsentwicklung in Tübingen im Vergleich mit den Universitätsstädten Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe und Ulm in den letzten Jahren eher unterdurchschnittlich war, nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Tübingen überdurchschnittlich zu. Alleine im Bereich der Biotechnologie wurden in den letzten Jahren übrigens 15 neue Firmen gegründet, die in Tübingen inzwischen 315 Menschen beschäftigen.

Die Anfänge des Technologieparks

Bereits 1998/1999 hat sich die Universitätsstadt Tübingen mit dem Thema Technologieförderung beschäftigt, Machbarkeit und Standorte für ein Technologiezentrum bzw. einen Technologiepark geprüft und schließlich im November 2000 den „Wissenschafts- und Technologiepark Obere Viehweide“ förmlich als städtebaulichen Entwicklungsbereich festgelegt. Der Standort wurde gewählt, weil er durch die unmittelbare Nähe zu den Max-Planck-Instituten, durch sei-

ne Lage und Größe und durch die vorhandenen Gebäude der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere, für ein solches Projekt geradezu ideal war.

Die Entwicklung des Technologieparks in unmittelbarer Nähe der Max-Planck-Institute hat den Wissenschafts- und Forschungsstandort Tübingen nicht nur ganz allgemein in seiner Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, sondern der Universität und der Max-Planck-Gesellschaft neue Perspektiven eröffnet. Neben dem Neubau für das Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie hat die städtebauliche Entwicklung dem Institut für Biologische Kybernetik die Chance eröffnet, ein neues Forschungszentrum am Standort zu verwirklichen. Auch das Universitätsklinikum hat bereits ein erstes Forschungsgebäude auf dem Gelände realisiert.

Zusammenarbeit mit der Stadt Reutlingen

Im Oktober 1999 wurde die Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH, deren Hauptgesellschafter die beiden Städte sind, gegründet. Kernaufgaben der Gesellschaft sind die die Förderung von Unternehmen aus dem Raum Reutlingen/Tübingen, die schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Biotechnologie und der Medizintechnik tätig sind, und die Förderung von Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich, insbesondere aus dem Bereich der Universität Tübingen und der Fachhochschule Reutlingen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat die Gesellschaft drei Technologiegebäude (darunter das Biotechnologiezentrum im Technologiepark) in Reutlingen und Tübingen mit insgesamt 15.000 qm vermietbarer Fläche angemietet, um die Flächen zu gefördernten Konditionen an technologieorientierte Unternehmen und Existenzgründer weiter zu vermieten. Chancen und Risiken tragen die beiden Städte gemeinsam.

Für die Flächen, die von der Technologieförderung vermietet werden, und den gesamten Technologiepark besteht ein Steuerverbund der beiden Städte für das Realsteueraufkommen (Grundsteuer B und Gewerbesteuer).

Kooperationsvertrag mit der L-Bank

Die Verwirklichung des Wissenschafts- und Technologieparks Tübingen / Reutlingen verlangte einen starken Kooperationspartner. Der Stadtverwaltung Tübingen ist es – zusammen mit der Stadtverwaltung Reutlingen – gelungen, die Förderbank des Landes Baden-Württemberg, die L-Bank, für eine Kooperation mit den beiden Städten zu gewinnen.

Die L-Bank – bzw. die von ihr speziell für den Technologiepark gegründete Gesellschaft – hat nicht nur die Funktion des Projektentwicklers, sondern auch die des Investors übernommen. Für beide Städte hat diese Kooperation den Vorteil, dass das finanzielle Risiko für die Hochbauten im Ergebnis von der L-Bank getragen wird. Lediglich für das Gebäude, das von der Technologieförderung für Existenzgründer angemietet wurde, tragen beide Städte gemeinsam das Risiko. Mit dem Kooperationsvertrag wurde für die Tochtergesellschaft der L-Bank die Verpflichtung begründet, für den Technologiepark ein Entwicklungs- und Betriebskonzept auszuarbeiten und zu verwirklichen. Für die Stadt besteht die Verpflichtung, die hierzu erforderlichen Grundstücke schrittweise entsprechend dem Planungs- und Baufortschritt zur Verfügung zu stellen. Der Kooperationsvertrag wurde am 19. Januar 2001 unterzeichnet und läuft bis zum 31. Dezember 2012.

Entwicklung des Technologieparks

In beiden Städten stehen mittlerweile jeweils sieben Hektar Fläche für die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen zur Verfügung. Standort ist in Tübingen die „Obere Viehweide“ – gelegen im Bereich der Max-Planck-Institute und in unmittelbarer Nähe zur Universität. In Reutlingen ist für das L-Bank-Projekt ein Gelände an der B 28 im Industriegebiet Reutlingen-West bestimmt, in unmittelbarer Nähe zu den zwei bereits vorhandenen Technologiegebäuden an der Markwiesen- und Aspenhaustraße.

Als erster Bauabschnitt des gemeinsamen Technologieparks Tübingen/Reutlingen wurde am Standort Tübingen ein biotechnologisches Gründerzentrum mit ca. 8600 qm vermietbarer Fläche errichtet. Bereits während der Bauphase war die Nachfrage nach Büro- und insbesondere Laborflächen durch Ausgründungen aus der Universität und den Max-Planck-Instituten so groß, dass bei Baufertigstellung im Februar 2003 zunächst von einer Belegung von über 70 Prozent ausgegangen werden konnte. Das Gebäude verfügt über eine flexible Konzeption, die sowohl Arbeiten unter S1- und S2- als auch unter Reinraum-Bedingungen ermöglicht. Mit der Fertigstellung war ein wichtiger Schritt getan: Der Mangel an hochwertigen Laborflächen im Oberzentrum Tübingen-Reutlingen war beseitigt, die Wettbewerbsfähigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen (Universität Tübingen, Max-Planck-Institute, NMI Reutlingen) wurde erheblich gestärkt. Im Laufe des Jahres 2003 mussten jedoch die beiden größten Mieter Insolvenz anmelden, so dass die Belegungsquote auf 10 Prozent sank. Die Biotechnologie befand sich



Gründerzentrum im Technologiepark

weltweit in einer schwierigen Lage. Dies hatte weniger mit den Entwicklungen in der Branche selber zu tun, als mit einer Vertrauenskrise der Investoren und Finanzmärkte in die Biotechnologiebranche. Bei aller Skepsis stand das grundsätzliche Potenzial der Biotech-Industrie außer Frage, da die von ihr angestrebten Märkte – vor allem im medizinischen Bereich – zu den interessantesten zählen und großen Bedarf an innovativen Produkten haben. Erste positive Signale ergaben sich zunächst aus der erfolgreichen Finanzierungsrunde der im Bereich Krebsforschung tätigen Firma Immatrics (2004/2005), die mit 14 Mio. Euro eine der größten Start-up-Finanzierungen in Deutschland realisieren konnte. Anfang 2006 konnte dann auch die Firma CureVac (ebenfalls Krebsforschung) eine sehr bedeutende Finanzierungsrunde über 22 Mio. Euro abschließen. Nachdem sich auch die aus der insolventen Sympore hervorgegangene Firma Synovo stabilisiert hat und weitere Unternehmen und Forschungseinrichtungen sich angesiedelt haben, liegt die Belegung Ende 2006 wieder über 40 Prozent. Durch weitere Expansion der bestehenden Mieter und durch neue Mieter wird sich Belegung im Laufe des Jahres 2007 kontinuierlich nach oben entwickeln. Weitere neue Bauvorhaben befinden sich in der Planung.

BioRegio STERN

Zur Unterstützung der Technologiepark-Entwicklung und des Ausbaus der Wissenschaftsstandorts ist die Universitätsstadt Tübingen Gesellschafterin der BioRegio STERN GmbH.

Tübingen bildet gemeinsam mit den Städten Stuttgart, Esslingen, Reutlingen sowie den Regionen Neckar-Alb und Stuttgart die BioRegio STERN. Dieser interkommunale Verbund wurde mit dem Ziel gegründet, Unternehmen der Biotechnologie und verwandter Branchen, die ihren Standort in der Region haben oder sich hier ansiedeln möchten, zu unterstützen und zu fördern.

Ende 2001 fiel der Startschuss für die Management GmbH. Seitdem bündelt sie mit ihren Netzwerk-Aktivitäten die Biotech-Kompetenzen der STERN-Region. Das Ziel bleibt eine bessere Positionierung und Wahrnehmung der Region als Biotechnologie-Standort in Land, Bund und Ausland.

Als die Idee zur GmbH-Gründung Gestalt annahm, stand für viele Biotech-Firmen der Region noch im Vordergrund, technologisch den internationalen Anschluss nicht zu verpassen. Inzwischen hat es große Fortschritte gegeben – es geht heute weniger darum, mitzuziehen als vielmehr darum, Maßstäbe zu setzen. Deshalb arbeitet die Management GmbH dafür, die Region und die in ihr angesiedelten Unternehmen kraft ihrer herausragenden Technologien und Produkte bundesweit und international auf Spitzenplätzen zu positionieren. Die Management GmbH ist zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für alle, die an einer Existenzgründung im Bereich Biotech interessiert sind, schon in der Gründungsphase stecken oder als Unternehmer bereits am Markt sind. Zugleich ist sie Ansprech- und Beratungspartner für die zahlreichen Forschungseinrichtungen der Region.

Ein großer Erfolg für die BioRegio STERN war 2001 der Bundesieg beim BioProfile-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Mit dem Konzept Regenerationsbiologie hat die Management GmbH die speziellen Stärken der STERN-Region herausgearbeitet und ihr ein übergreifendes Profil gegeben. Damit wurde den Biotech-Unternehmen in der Region eine fünfjährige Förderung von mehr als 18 Mio. Euro gesichert – zugleich setzt die Management GmbH damit in ihrer eigenen Arbeit einen zukunftsweisenden thematischen Schwerpunkt.

Stadt der Wissenschaft

Zweimal – 2004 in Bonn und 2005 in Bremen – stand Tübingen im Finale des vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ausgelobten Wettbewerbs „Stadt der Wissenschaft“ – ein weiteres Beispiel für die gelungene Vernetzung von Stadt und Wissenschaft. Mit dem Wettbewerb ermutigt der Stifterverband Städte dazu, ihre Potenziale in Wissen-



Präsentation bei der Endausscheidung Bremen 2005

schaft, Forschung und Technologie optimal auszuschöpfen, die regionale Öffentlichkeit für Wissenschaft zu begeistern und vielfältige fruchtbare Kontakte zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtverwaltung zu stärken oder neu zu schaffen. Das Tübinger Wettbewerbskonzept knüpfte an den besonderen Charakter der Stadt an und stand unter dem Motto „Tübingen sucht“. Es sollten bestehende Projekte und Kooperationen ausgebaut und neue entwickelt werden. Die Einzelprojekte des Konzepts setzten auf aktive Beteiligung von Universität und Wirtschaft, Kultur und Bürgerschaft. Eines der umgesetzten Projekte ist der Tübinger Sommer. Das Festival – bestehend aus Sommeruniversität (Bildung), Theatersommer (Kultur) und Sommerinsel (Gastronomie) findet seit 2004 alljährlich Anfang August statt.

Stärkung der Altstadt

Städtische Hochbauten

Im März 1999 revidierte der Gemeinderat seinen 1996 gefassten Beschluss, die Markthalle in der Kelter zum Verkauf auszuschreiben, weil die Stadt Zuschüsse an das Land hätte zurückzahlen müssen und weil der angebotene Kaufpreis und das Konzept der privaten Investoren nicht überzeugen konnten. Vor allem aber konnte mehrheitsfähig gemacht werden, dass intensives städtisches Engagement für die Altstadt ein wichtiges Signal an private Hauseigentümer, Einzelhändler, Gastronomen und Bewohner ist.

Drei Monate später machten die Brüder Schmid der Stadt das Angebot, die Alte Kelter unter Instandhaltung der historischen Gebäudestruktur wieder zu einem Weinhaus zu machen. Frisch saniert wurde die Kelter im Sommer 2000 wieder eröffnet und hat sich seitdem als Publikumsmagnet am Eingang in die Altstadt erwiesen.

Der mittelalterliche, denkmalgeschützte Gebäudekomplex Fruchtkasten mit herzoglicher Kelter wurde für 5,1 Mio. Euro vom städtischen Hochbauamt zu einem Bürgeramt umge-

baut. Dabei wurde das Erdgeschoss auf das historische Niveau abgesenkt, so dass die eindrucksvolle Fachwerkkonstruktion wieder sichtbar wurde. Der sensible Umgang mit der historischen Bausubstanz, ergänzt mit modernen Details, führte 2004 zur Auszeichnung als vorbildlicher Bau durch die Architektenkammer.

Denkmalschutz: Vorbild und Förderprogramm

Die Stadt beteiligt sich seit 2001, durch Zuschüsse aus Mitteln der Stadtbildpflege, an der Sanierung privater Bauten. Ziel dieser Zuschüsse ist zum einen, die Mehraufwendungen, die aus der Einhaltung der Gestaltsatzungen resultieren, abzufedern und damit die Akzeptanz der Regeln zu erhöhen; zum anderen soll mit den Zuschüssen erreicht werden, dass auch nicht genehmigungspflichtige Maßnahmen dem Planungsamt bekannt werden, um beratend tätig werden zu können.

Die Zuschüsse und intensive Bauberatung führen dazu, dass auch private Eigentümer dafür gewonnen werden können,





Oben:
Die Alte Kelter

Unten:
Katholisches Gemeindezentrum



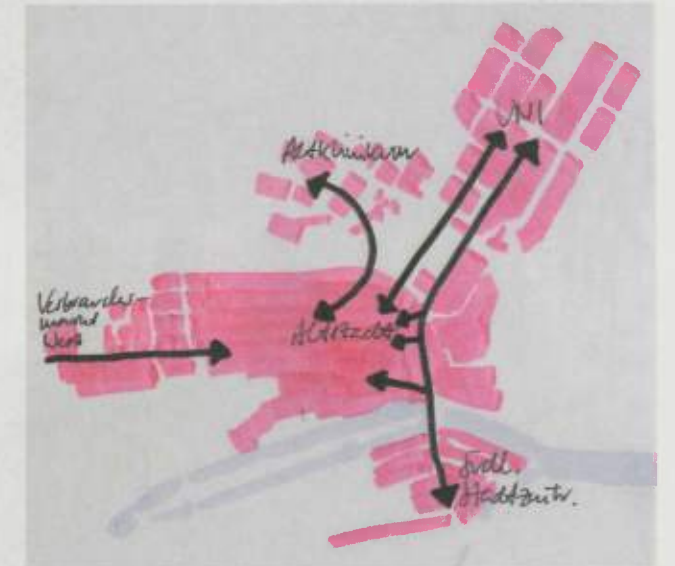
ihre Gebäude im Sinne einer authentischen, lebendigen Altstadt zu sanieren. Exemplarisch erwähnt seien hier die Gebäude Hirschgasse 7 und die Schaufensterzone der Gebäude Hirschgasse 8 und 10. Im Jahr 2000 unterstützte das Stadtplanungsamt das Siedlungswerk bei der Auslobung eines Architektenwettbewerbs für einen Neubau des katholischen Gemeindezentrums und einer betreuten Wohnanlage in der Lazarettgasse. Das Reutlinger Architekturbüro Lauffer + Schwiller erhielt den Auftrag, das Projekt zu realisieren. 2004 wurden die Gebäude ihren Nutzern übergeben und zeigen seitdem, dass auch im Rahmen der Stadtbildsatzung sehr gute, zeitgenössische Architektur möglich ist.

Zwei weitere größere Bauvorhaben in der Altstadt wurden durch vom Stadtplanungsamt betreute Architektenwettbewerbe vorbereitet: der Neubau der GWG in der Hinteren Grabenstraße (realisiert) und ein Wohn- und Geschäftshauskomplex in der Pflughofstraße, der leider nicht realisiert werden konnte. Die aus dem Entwurf gewonnenen Erkenntnisse, wie unter Wahrung der historischen Baustruktur größere Einzelhandelsflächen entwickelt werden könnten, werden in der weiteren Entwicklung jedoch berücksichtigt.

Konzept zur Stärkung der Altstadt

Ausgelöst durch den Leitlinienprozess und durch einen Runden Tisch Altstadt / Stadtzentrum, den die Oberbürgermeisterin initiierte, entstand 2004 ein Konzept zur Stärkung der Altstadt, das den Rahmenplan Altstadtsanierung von 1977 bilanzierte und Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der Altstadt als Wohnort, Einzelhandelsstandort und zur Stärkung der Gastronomie benannte. Eine der Kernaussagen des Konzepts zur Stärkung der Altstadt ist die Absicht, die Altstadt besser mit den umliegenden Quartieren zu verknüpfen. Es wurde intensiv mit Bürger/innen und Gemeinderät/innen (teilweise in Workshops) diskutiert. Die resultierende Beschlussvorlage brachte die Umsetzung in Gang:

- Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Architektenkammer, der Kreishandwerkerschaft, des HGV, der TüGast, des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergebietes Tübingen e. V., des ehemaligen Landesdenkmalamts und der Stadtverwaltung hat Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Stadtbildsatzung erstellt. Die Weiterentwicklung soll die Stadtbildsatzung an geänderte landesrechtliche Regelungen anpassen, aber auch bei sehr guter Qualität zeitgenössische Architektur zulassen. Um die Beurteilung dieses exklusiven Rechts auf Befreiung über jeden Zweifel zu erheben, wurde ein Gestaltungsbeirat berufen, der ausschließlich aus qualifizierten Mitgliedern besteht, die darüber hinaus eine räumliche Distanz zu Tübingen haben müssen, damit eine Verquickung mit den Interessen von Betroffenen ausgeschlossen ist.
- Die Verwaltung hat Kriterien vorgelegt, nach denen bestehende Gaststätten vom Erweiterungsverbot befreit werden können. Außerdem wurden Gebiete vorgeschlagen, in denen mittels neuer Bebauungspläne weitere Gaststätten ermöglicht werden sollen. Der erste dieser Bebauungspläne (Stadtgraben / Wilhelmstraße) wird dem Gemeinderat als Entwurf noch vor Ende 2006 vorgelegt werden.
- Es wurden neue Regeln zur privaten Möblierung in die Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf öffentlichen Verkehrsflächen aufgenommen. Ergänzt wird die Richtlinie durch ein Faltblatt mit Empfehlungen für die Gestaltung der Außengastronomie.
- Die Verwaltung hat eine Gesamtanlagenschutzverordnung nach § 19 Denkmalschutzgesetz vorbereitet. Sie wird dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt, wenn mit dem Land eine Einigung über eine unbürokratische Handhabung erreicht wurde. (Diese Diskussion läuft auf



Verknüpfung der Altstadt mit den umliegenden Quartieren

Landesebene und hat einen ersten Erfolg: Als Probelauf hat das Regierungspräsidium Fälle benannt, in denen das Referat Denkmalpflege nicht mehr beteiligt werden muss).

- Ein Veranstaltungskonzept, das zur Balance zwischen Belebung und Bewohnbarkeit der Altstadt beitragen soll, ist derzeit in Arbeit.
- Die Verwaltung hat für den Bereich Mühlstraße/Pflughofstraße die Sinnhaftigkeit eines Sanierungsgebietes geprüft. Sie kam zum Schluss, dass die Kriterien zur Aufnahme in das Landessanierungsprogramm (LSP) vorliegen und wird daher die Aufnahme in das Landessanierungsprogramm beim Regierungspräsidium beantragen.

Parallel zur Umsetzung des Konzepts zur Stärkung der Altstadt wurden 2003 und 2004 Aktionstage veranstaltet, während derer sich viele Bürgerinnen und Bürger um Sauberkeit in der Stadt bemühten. Es wurden Plakate abgekratzt, Graffiti überstrichen, Taubenschutz angebracht und gefegt.

Darüber hinaus wurde 2004 ein Sofortprogramm beschlossen, das folgende Punkte umfasste:

- Austausch von öffentlicher Möblierung (Abfallbehälter, Litfasssäulen)
- Umwidmung von Parkplätzen in eine Fläche für Außengastronomie an der Krümmen Brücke



Unterführung zum Alten Botanischen Garten

- Lichtkonzept Marktplatz
- Entwicklung eines Touristenleitsystems
- Sanierung zweier denkmalgeschützter Brunnen und einer Trafostation am Haagtor

2005 und 2006 wurden Elemente des Lichtkonzepts (Anstrahlung des Rathauses, neue Technik in den bestehenden gusseisernen Kandelabern) umgesetzt und Stelen für das Touristenleitsystem in der Altstadt aufgestellt.

Einzelmaßnahmen

Eine Fülle von Märkten belebt die Tübinger Altstadt und lockt zu jeder Jahreszeit viele Besucher/innen in das Zentrum der Stadt. Seit mehr als 20 Jahren laden Händler aus Aix-en-Provence, Perugia und Tübingen alljährlich im September zum umbrisch-provenzalischen Markt, der sich längst zu einem Wahrzeichen der Universitätsstadt entwickelt hat. Jüngeren Datums und ebenfalls aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken ist Samstagmarkt rund um die Jakobskirche. Er bietet seit April 1999 eine willkommene Erweiterung des Wochenmarktes, der weiterhin montags,

mittwochs und freitags auf dem Marktplatz stattfindet. In jüngster Zeit ist eine weitere Marktattraktion hinzugekommen: Beim Tübinger Regionalmarkt präsentieren seit 2004 mehr als 50 Betriebe ein- bis zweimal im Jahr ein reichhaltiges Angebot heimischer Erzeugnisse. Erstmals im Dezember 2006 fand die chocolART statt – bundesweit das erste und bislang einzige Schokoladenfestival, zu dem Chocolatiers aus vielen europäischen Ländern anreisten und dem Publikum eine große Zahl erlesener Schokoladenkreationen präsentierten. Mehr 50 Tonnen Schokolade wechselten in den fünf Tagen der chocolART ihren Besitzer.

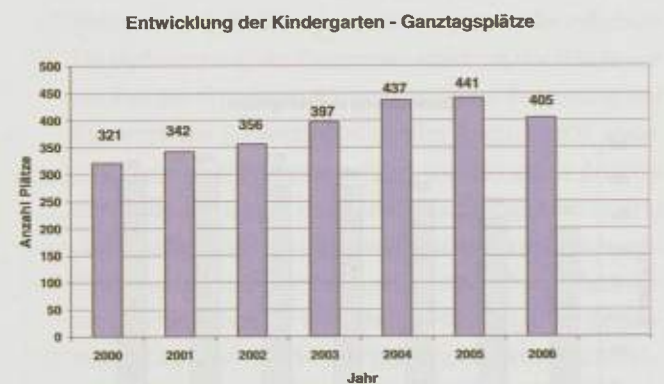
Die Unterführung zwischen Nonnenhaus und Altem Botanischen Garten – ein wichtiger Eingang zur Tübinger Altstadt an der Verbindungsachse zur Universität – konnte 2005 mit Hilfe der Bürgerstiftung aufgewertet werden. Decken und Wände wurden gesäubert und gestrichen, die Beleuchtung überholt, neue ansprechend gestaltete Glasvitrinen wurden installiert. Theater, Kinos und andere Kulturschaffende nutzen die attraktiven Werbemöglichkeiten seither für ihre Veranstaltungshinweise. Aus der früheren Schmuddelcke ist auf diese Weise ein attraktives Kulturfenster für die Stadt geworden.

Förderung von Familien – Mehr Chancen für Kinder

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertageseinrichtungen ist ein entscheidender Faktor im Bestreben der Universitätsstadt Tübingen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Heute ist in Tübingen der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt und es bieten nahezu alle Kindergärten verlängerte Öffnungszeiten an. In den meisten Einrichtungen können die Kinder ein Mittagessen oder einen Mittagsimbiss erhalten. Die Anzahl der Ganztags- und Schülerhortplätze wurde kontinuierlich erhöht. Sie stehen seit dem Jahr 2006 bedarfsgerecht zur Verfügung. Alle Grundschulen bieten ergänzende Betreuung zur verlässlichen Grundschule an.

Mit dieser guten Ausgangssituation hat sich die Verwaltung entschlossen, ein Aktionsprogramm „Mehr Chancen für Kinder“ aufzulegen. Zum einen soll durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Chance erhöht werden, dass sich Frauen für Kinder entscheiden. Zum anderen wollen wir die Chancen der hier geborenen Kinder auf gesundes Aufwachsen, eine förderliche Erziehung und gute Bildung verbessern.

Konsequenter Ausbau der Kindertagesbetreuung



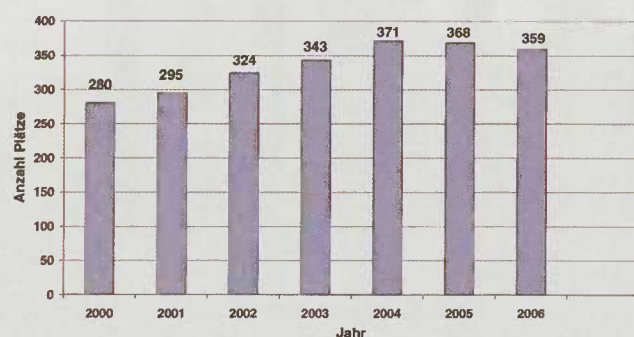
Ganztags- und Hortplätze sind in Tübingen heute ausreichend vorhanden (siehe Grafik). Der leichte Rückgang im Hortbereich ist darauf zurück zu führen, dass der „Sättigungsgrad“ erreicht ist.

Unser besonderes Augenmerk gilt heute der Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen für Kleinstkinder, also Kinder unter drei Jahren. Nahezu 100 Plätze in Tageseinrichtungen



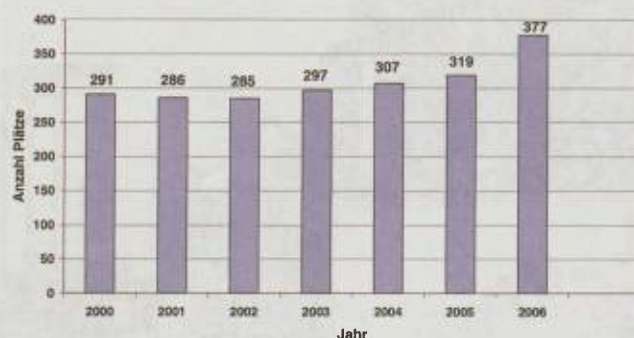
haben wir für diese Altersgruppe bereits in den Jahren 2000 bis 2006 geschaffen. Bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2006 / 2007 sind weitere 50 Plätze hinzugekommen, so dass aktuell 430 Plätze zur Verfügung stehen. Das entspricht einer Bedarfsdeckung von rund 19 Prozent zusammen mit den Plätzen bei Tagesmüttern haben wir eine Bedarfsdeckung von rund 21 Prozent erzielt.

Entwicklung der Hortplätze



Es stehen in Tübingen noch immer rund 90 Kinder auf der Warteliste für einen Krippenplatz, und es ist damit zu rechnen, dass dieser Bedarf noch zunimmt. Deshalb sollen weitere 90 Plätze in den Jahren 2007 und 2008 realisiert werden. Wir hoffen, dass dann Betreuungsplätze für Kleinstkinder für jede Familie bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Entwicklung der Krippenplätze



Verbessern wollen wir auch die Kooperation mit dem Verein für Tageseltern und nach Lösungen suchen, dass auch das Angebot an Tagespflegeplätzen ausgeweitet werden kann.



Schülerweiterungen und konsequenter Ausbau der Ganztageschulen

Seit dem Jahr 2002 wurden in einem beispiellosen Ausbauprogramm rund 27 Millionen Euro in die Erweiterung der Schulen investiert, davon rund 12 Millionen Euro über das Bundesinvestitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB). Steigende Schülerzahlen machen es erforderlich, an Realschulen und Gymnasien weiteren Schulraum zu schaffen. Seit dem Jahr 2002 entstanden 19 zusätzliche Klassenräume:

- 4 Räume in der Walter-Erbe-Realschule
- 4 Räume am Wildermuth-Gymnasium
- 4 Verfügungsräume zwischen Kepler- und Uhland-Gymnasium
- 1 Raum in der ehemaligen Hausmeisterwohnung über der Uhland-Spielhalle
- 6 zusätzliche Räume an der Geschwister-Scholl-Schule.

Gemeinsam mit den Tübinger Schulen wurden die konzeptionellen und baulichen Voraussetzungen geschaffen, um elf Schulen zu Ganztageschulen auszubauen. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung, den Lehrerkollegien, den Eltern und Schülerinnen und Schülern ist es gelungen, die Fördermittel für Tübingen zu nutzen, um an vielen Grundschulen und nahezu allen weiterführenden Schulen unterschiedliche pädagogische und bauliche Konzepte für ein ganztägiges Bildungsangebot zu entwickeln. Folgende Schulen wurden/werden im Zeitraum 2003 bis 2008 mit Investitionen im Bau- und Ausstattungsbereich in Ganztageschulen umgebaut:

- Grundschule Hechinger Eck
- Grundschule Französische Schule
- Grund- und Hauptschule Dorfackerschule

- Walter-Erbe-Realschule
- Albert-Schweitzer-Realschule
- Kepler-Gymnasium
- Wildermuth-Gymnasium
- Uhland-Gymnasium
- Geschwister-Scholl-Schule
- Hautschule Innenstadt
- Hauptschule Mörikeschule.

Gleichzeitig wurden/werden in diesem Zusammenhang umfassende Sanierungsmaßnahmen an der Geschwister-Scholl-Schule (2003 bis 2007) und der Dorfackerschule (2006) durchgeführt.

Um den Ausbau von Ganztageschulen fortzusetzen, ist geplant, im Jahr 2007 die Grundschule Hügelschule in eine teilgebundene Ganztageschule umzuwandeln. Die Investitionen für Bau und Ausstattung werden zu rund 70 Prozent von der Universitätsstadt Tübingen getragen.

Im Jahr 2006 hat das Land Baden-Württemberg ein Programm aufgelegt, nach dem 40 Prozent aller Schulen durch zusätzliche Lehrerstunden in die Lage versetzt werden sollen, ein schulisches Ganztagesangebot umzusetzen. Die Verwaltung wird für zwei Grundschulen, eine Realschule und drei Gymnasien den Antrag auf Anerkennung stellen. Damit sind ca. 125 zusätzliche Lehrerstunden verbunden.

Diese Stunden reichen nicht aus, um den Ganztagesbetrieb an vier bis fünf Tagen abzudecken. Die Verwaltung wird deshalb wie bisher integrative Konzepte unter Einbeziehung von Betreuungspersonal entwickeln.

Stärkung des Bildungsschwerpunktes an Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen haben den gesetzlichen Auftrag, Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder zu leisten. Heute ist offensichtlich, dass der Bereich Bildung in den letzten Jahren zugunsten sozialer Zielsetzungen (soziales Lernen) in den Hintergrund geriet.

Ziel der Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen muss es deshalb sein, Lern- und Bildungsimpulse stärker in den Vordergrund zu rücken. In den Tübinger Kindertageseinrichtungen werden zu diesem Schwerpunkt folgende Projekte durchgeführt:

- Implementierung des Orientierungsplans
In diesem Zusammenhang plant die Fachabteilung Teamfortbildungen zu den Themen Orientierungsplan, Qualitätsmanagement und Diversity Mainstreaming.

- Sprachförderungskonzepts
Die Fachabteilung hat im Jahr 2006 ein ganzheitliches Sprachförderkonzept erarbeitet. Das Konzept formuliert Standards zur Sprachförderung im Alltag, bei besonderem Förderbedarf zur Zusammenarbeit mit den Eltern und der Schule.
- Verbesserung des Übergangs Kindergarten / Grundschule
Die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Schule war ein Ziel des Projektes „Wissenschaftliche Begleitung des Kindergarten Eugenstraße“, das im August 2005 abgeschlossen wurde. Weitergeführt werden diese Ansätze durch die Teilnahme von zwei Einrichtungen im Projekt „Schulreifes Kind“, an dem zwei Tandems aus Schule und Kindergarten teilnehmen werden (Kinderhaus Waldhäuser Ost, Grundschule Winkelwiese, Kindergarten Eugenstraße / Janusz-Korczak und Grundschule Hügelschule).

Tübinger Kindersommer

Erstmals hat die Universitätsstadt Tübingen im Jahr 2006 für Grundschulkindern und für die Kinder, die in diesem Jahr eingeschult werden, den „Tübinger Kindersommer“ angeboten. Dabei handelt es sich um ein sechswöchiges Ferienangebot mit Betreuungszeiten von täglich 8 Uhr bis 17 Uhr, das von den Eltern wochenweise gebucht werden kann.

Insgesamt nahmen 95 Kinder am „Tübinger Kindersommer“ teil, betreut von fünf pädagogischen Fachkräften, einer Praktikantin und vier ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Der „Tübinger Kindersommer“ verknüpft das Betreuungsprogramm mit interessanten Bildungsangeboten. Besuche in der Stadtbibliothek, im Stadtmuseum, im Schloss Hohentübingen, bei den Stadtwerken, des Botanischen Gartens und im Rathaus standen auf dem Programm. Ein ganz besonderer Höhepunkt war das Keltenmuseum Heuneburg.

Empfang im Rathaus beim Tübinger Kindersommer



Die Rückmeldung von Eltern und Kindern zum „Tübinger Kindersommer“ waren sehr positiv. Besonders das flexible Angebot der einwöchigen Bausteine, beschrieben die Mütter und Väter als familienfreundlich und entlastend. Die Verknüpfung von attraktiven Bildungsangeboten mit Freizeitspaß und Betreuung nahmen die Kinder begeistert auf.

Online-Datenbank für freie Plätze

Die Erweiterung der bestehenden Online-Datenbank soll eine Übersicht über alle freien Plätze in Kindertageseinrichtungen liefern. Bereits jetzt kann im Internet eingesehen werden, welche Altersgruppen in welchen Einrichtungen betreut werden, und welche Öffnungszeiten die Einrichtungen haben (www.tuebingen/kinder). Die Datenbank soll im ersten Quartal 2007 fertig gestellt sein.

Kindervilla – Flexible Kurzzeitbetreuung

Nicht jeder Tag ist gleich. Unvorhergesehene Ereignisse oder Engpässe im Alltag können es erforderlich machen, das Betreuungsarrangement kurzfristig zu erweitern oder überhaupt erst ein Angebot in Anspruch zu nehmen. Die Universitätsstadt Tübingen hat sich vorgenommen, im Jahr 2007 ein Konzept für flexible Kurzzeitbetreuung zu erarbeiten.

Gesund und fit

Bewegung ist der Motor kindlicher Gesamtentwicklung. Der zunehmende Bewegungsmangel von Kindern hemmt ihre Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten und hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Immer mehr Kinder haben Übergewicht. Um die Bewegungsfähigkeit früh zu fördern, startet in vier städtischen Kindertageseinrichtungen ab 2007 ein zweijähriges Modellprojekt mit folgenden Aufgaben:

- Formulierung von Standards für ein bewegungsfreundliches Kinderhaus
- Aufbau der Zusammenarbeit mit Sportvereinen
- Zusammenarbeit mit der Universität für Qualifizierungsmaßnahmen für die pädagogischen Mitarbeiterinnen
- Entwicklung eines Sportangebots für die Mitarbeiterinnen der Kitas
- Initiierung eines Wettbewerbs „zu Fuß zur Kita“.

Die Modelleinrichtungen werden mit bewegungsfördernden Geräten und Materialien für die Kinder und unter ergonomischen Gesichtspunkten für die Mitarbeiterinnen ausgestattet.



Spielplatz Alter Botanischer Garten

Lokales Bündnis für Familie

Im Juli 2006 wurde das Bündnis für Familie in Tübingen geschlossen, mit einem gemeinsamen Ziel: Tübingen soll noch familienfreundlicher werden. Die Themen ‚Familie‘ und ‚Mehr Chancen für Kinder‘ sollen in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen gerückt werden und bei politischen Entscheidungen und gesamtstädtischen Planungen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Die Initiative zur Teilnahme Tübingens ging von der Tübinger Familienbildungsstätte aus, die Schirmherrschaft hat die Oberbürgermeisterin übernommen. Im Lokalen Bündnis haben sich 50 Organisationen und Einzelakteure zusammengeschlossen. Folgende Arbeitsgruppen wurden gebildet:

- Zentrale Anlaufstelle für Familie
- Wirtschaft und Familie
- Zusammenleben der Generationen
- Familiengerechtes Wohnen
- Betreuung und Bildung
- Freizeitaktivitäten.

In den einzelnen Gruppen werden konkrete Projektideen diskutiert und konzeptionell ausgearbeitet. Um die Projektideen zwischen den Gruppen auszutauschen, wird ein Lenkungskreis gebildet, der aus Vertretern der Gruppen besteht.

Als wichtigstes Ergänzungsangebot für Tübingen wurde bisher die Einrichtung einer Anlaufstelle für Familien genannt. Ab Oktober 2006 wurde, zunächst vorübergehend, im Erdgeschoss des Gebäudes Bei der Fruchtschranne 5 eine solche Servicestelle für Familien eingerichtet. Über die Weiterführung entscheidet der Gemeinderat. Schwerpunktaufgaben sind neben der organisatorischen Begleitung und Unterstützung der Bündnisarbeit der Aufbau einer Online-Datenbank mit Angeboten für Familien und die Unterstützung des Aktionsprogramms „Mehr Chancen für Kinder“.

Erweiterung, Umbau und Sanierung der Geschwister-Scholl-Schule

Die Geschwister-Scholl-Schule wurde in den Jahren 1972 bis 1977 als integriert-differenzierte Gesamtschule erbaut. Der kompakte und quaderförmige Baukörper erhielt entsprechend der Geländeentwicklung eine höhengestaffelte Ausrichtung und die Fassade wurde nur mit geringen Öffnungsmöglichkeiten versehen. Dies hatte zur Folge, dass ein Großteil der Räume im Innenbereich ohne natürliches Licht und ohne natürliche Belüftung auskommen musste. Die Unabhängigkeit von den Umweltfaktoren Licht und Luft entsprach der damaligen Philosophie der Bauplanung.

Hierzu ein Zitat des Instituts für Bauplanung Stuttgart aus einem Planungsbericht von 1974: „Die Beleuchtung der Unterrichtsflächen erfolgt durch eine Kombination von Tageslicht und Kunstlicht, wobei das Kunstlicht gewährleistet, dass überall, auch tief im Gebäude, gute Arbeitsbedingungen herrschen Fenster sind hauptsächlich visuelle Kontaktstellen mit der Außenwelt, ihre Bedeutung als Lichtquelle ist untergeordnet Die mechanische Be- und Entlüftung

macht den Unterrichtsbetrieb räumlich und zeitlich unabhängig von der Pausenlüftung durch das Luftloch Fenster“.

Um die größtmögliche Raumflexibilität zu erreichen, wurden Innenwände als leichte und umsetzbare Trennwände eingefügt. Die Erschließungsflure waren ohne klar erkennbare Anordnung und mündeten teilweise in dunkle Stichflure, die eine Orientierung im Gebäude erschwerten. Mit der zunehmenden Abkehr vom einstigen pädagogischen Konzept erfolgten vielfältige Umbaumaßnahmen und die Aufteilung in Klassenzimmer und Flure. Die leichten Trennwände führten zu akustischen Problemen und der Zuschnitt vieler Klassenräume erwies sich als äußerst ungünstig. Erschwerend kam hinzu, dass es keine Möglichkeit gab, den drei, mittlerweile selbständigen Schularten passende Raumabschnitte zuzuweisen und damit den Schülerinnen und Schülern die notwendige Orientierung zu geben. All diese Unzulänglichkeiten erforderten schlussendlich eine grundsätzliche Umplanung und Sanierung der Schule.

Die Geschwister Scholl-Schule vor dem Umbau 2003



Nach umfangreichen Voruntersuchungen beschloss der Gemeinderat im Mai 2001 die Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes. Mit der Objektplanung wurde die Architektengemeinschaft Malessa Gork Geiger, Tübingen / Stuttgart, mit der Planung der Technischen Gebäudeausrüstung die Ingenieurgesellschaft Wetzstein, Herrenberg und mit der Projektsteuerung das Büro Scherr + Klimke, Ulm bis 07/2002 und nachfolgend Drees & Sommer GmbH, Stuttgart beauftragt. Für die Abstimmung dieser komplexen Baumaßnahme „unter Betrieb“ übernahm das Hochbauamt eine koordinierend und steuernde Funktion zwischen den Planern, den beteiligten Ämtern und Fachabteilungen sowie den Schulsehörden.

Das gesamte Projekt umfasst folgende Maßnahmen:

- a) Sanierung des Gebäudes – Rückbau bis auf Rohbauzustand: Durch den Abbruch von Deckenteilen erhielt der Baukörper eine Gliederung in drei parallele, längliche Gebäude- teile mit innen liegenden Hofbereichen. Diese Bauweise erbrachte eine Vergrößerung der Außenwandflächen und damit die Möglichkeit, alle Räume natürlich zu belichten und zu belüften. Alle Schulräume sind nach Raumgröße und Zuschnitt an die funktionalen Erfordernisse einer modernen Verbundschule angepasst. Zudem wurden durchgehend Materialien ausgewählt, die den Anforderungen an Nachhaltigkeit, Robustheit, Alltagstauglichkeit, einfacher Unterhaltung und Ästhetik entsprechen und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis aufwiesen. Die Sanierungsmaßnahmen der Gebäudetechnik umfassten hauptsächlich die Erneuerung der Abwasser-, Wasser- und Heizungsnetze sowie der WC-Anlagen, auch Heizung und Lüftung wurden von Grund auf saniert sowie eine moderne EDV-Netzwerkverkabelung im gesamten Gebäude installiert.
- b) Schaffung von Schulräumen: Neu errichtet wurde ein zweigeschossiger Erweiterungsbau mit sechs Klassenräumen und zusätzliche Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Erweiterung des Schulraumes umfasste zwei Klassenräume, je einen Aufenthalts- und Arbeitsraum für Auswärtige, zwei Schülerarbeitsräume, einen Universalraum für das Fach Mensch und Umwelt sowie einen Vorbereitungs- und Sammlungsraum..
- c) Erweiterung der bestehenden Küche: Für den Ganztagesbetrieb mit einem geschätzten Bedarf von rund 600 Mittagessen war zudem der Umbau der bestehenden Mensaküche erforderlich.

Die Bauausführung erfolgte in sieben Bauabschnitten und begann im November 2003. Die gesamte Maßnahme wird Ende Februar 2007 abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten für das Vorhaben werden nach dem derzeitigen Stand 12.600.000 Euro betragen.

Mensa Uhlandstraße

Der Startschuss für ein weiteres, umfangreiches Schulbauprojekt fiel im Mai 2006 mit dem Baubeschluss des Gemeinderates für die Mensa Uhlandstraße. Von der Erweiterung des Raumangebotes werden drei Schulen profitieren, die so in die Lage versetzt werden, den Ganztagesbetrieb aufzunehmen. Die Mensa soll ab 2008 dem Kepler-Gymnasium, dem Uhland-Gymnasium und dem Wildermuth-Gymnasium zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Aufenthalts- und Gruppenräume, eine Bibliothek und eine Mediothek. Mit der Aula im ersten Stock entsteht ein großzügiger Veranstaltungsraum, der von allen drei Schulen genutzt werden kann. Die angrenzenden naturwissenschaftlichen Räume des Kepler-Gymnasiums werden ebenfalls vollständig umgebaut.

Für den Neubau wurde 2006 das alte Aulagebäude des Kepler-Gymnasiums abgerissen. Die Schülermensa im Erdgeschoss des neuen Gebäudes wird 200 Schüler/innen Platz für das Mittagessen bieten, im Zwischengeschoss entsteht eine Cafeteria mit 100 weiteren Plätzen. Im Dreischichtbetrieb sollen bis zu 700 Essen pro Tag ausgegeben werden. Im Ganztagesbereich der Gymnasien soll ein bildungsnahes Angebot entstehen, bei dem – anders als in den Grundschulen – nicht die Betreuung im Vordergrund steht. Mit der Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im dritten Stock des Kepler-Gymnasiums sollen die Räume, die seit ihrer Fertigstellung 1956 nicht verändert wurden, den heutigen Bedürfnissen angepasst werden.

Die Gesamtinvestition für den Neubau des gemeinsam genutzten Gebäudes und für die Sanierung der Räume im Kepler-Gymnasium liegen bei knapp 6,9 Mio. Euro, davon entfallen rund 5,8 Mio. Euro auf das neue Gebäude, rund 1,1 Mio. wird der Umbau der naturwissenschaftlichen Räume kosten. Für die Baumaßnahme erhält die Stadt Zuschüsse aus Bundesmitteln in Höhe von rund 5 Mio. Euro. Hinzu kommen rund 155.000 Euro Zuweisungen des Landes für die Sanierung des Altbaues, sodass der Eigenanteil, den die Universitätsstadt selber aufbringen muss für die gesamte Maßnahme, bei rund 1,8 Mio. Euro liegt.

Bereits im Mai 2006 werden die ersten Bauleistungen für die Uhlandstraße vergeben, im Sommer 2006 fiel dann der Startschuss für den Umbau der naturwissenschaftlichen Räume, die im Februar 2007 fertig gestellt sein sollen. Im gleichen Monat ist der Baubeginn des Mensa-Neubaus geplant. Mit der Fertigstellung des neuen Gebäudes wird Anfang 2008 gerechnet.

Kulturstadt gestärkt

Ein vielfältiges, reiches und lebendiges Kulturangebot ist für Tübingen seit jeher kennzeichnend. Die Stadt ist geprägt durch ihre große Theatertradition, die erstklassigen Ausstellungen der international renommierten Tübinger Kunsthal- le, die großen Konzerte im Festsaal der Universität, die glanzvollen Veranstaltungen der Stiftung Weltethos oder der Poetikdozentur, das einzigartige Festival der Französischen Filmtage, die unvergesslichen Begegnungen im Hölderlinturm und durch vieles mehr. Dieses große kulturelle Erbe zu wahren und weiterzuentwickeln war eine der großen Herausforderungen der letzten Jahre.

LTT-Finanzierung gesichert

Auch wenn die vom Land Baden-Württemberg eingesetzte Strukturkommission nicht, wie zunächst vermutet, die Schließung einer der drei Landesbühnen forderte, so war das Landestheater Tübingen durch die Struktur- und Finanzdebatten doch stark bedroht, zumal sich die Kommission eine sehr rasche und grundlegende Veränderung der Finanzungsverhältnisse vorstellte. Durch lange und zähe Verhandlungen ist es schließlich gelungen, einen tragfähigen Kompromiss auszuhandeln, der die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen für das Landestheater unterstrich und der besonderen Situation Tübingens als kleine, finanzschwache Universitätsstadt Rechnung trug. Das Ergebnis war, dass sich die Stadt ab dem Jahr 2000 sehr viel stärker an der Finanzierung der jährlichen Zuschusssteigerungen zu beteiligen hatte, ihr dafür aber für die Erreichung der vom Land angestrebten Mitfinanzierungsquote ein viel längerer Zeitraum zugestanden wurde. Durch diesen Kompromiss stieg der städtische Zuschuss für das Landestheater auch in den Zeiten, in denen andere Kulturinstitutionen mit stagnierenden oder gar gekürzten Zuschüssen zurecht kommen mussten, deutlich: Von rund 400.000 Euro 1999 auf über 770.000 Euro im Jahr 2006.

Große Erfolge werden gefeiert

In den letzten acht Jahren erlebte das Landestheater unter den Intendanten Knut Weber und Peter Spuhler künstlerisch und wirtschaftlich eine große Blüte. Mit neuen Köpfen und neuen Ideen übernahm die junge Regisseurin Simone Sterr zur Saison 2005/2006 die Verantwortung für das Theater und zeigte sich seither genauso risikobereit wie ihre Vorgänger.

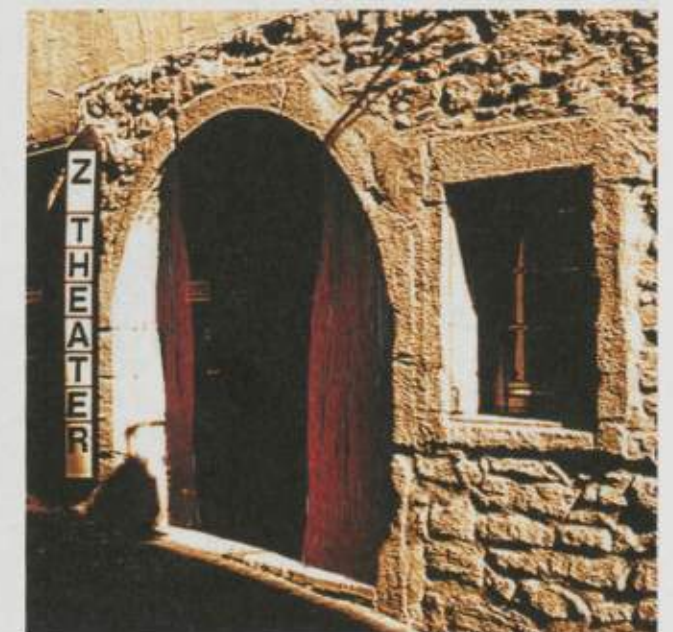
Die neue Intendanz – ein wahrer Glücksfall

Im Vorfeld des Intendantenwechsels im Jahre 2002 erlebte das Tübinger Zimmertheater eine seiner schwersten Krisen.

Nur durch eine Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin im Sommer 2002, mit der dem Theater ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 60.000 Euro gewährt wurde, konnte die weitere Existenz des Theaters gesichert und der reibungslose Beginn der Intendanz von Vera Sturm sichergestellt werden. Unter Vera Sturm entwickelte sich die renommierte kleine Bühne in der Altstadt zu einer wahren Pilgerstätte für Theaterfans. Außergewöhnliche Inszenierungen und exzellente Schauspieler begeistern immer wieder von neuem die Theaterfreunde und sorgen weit über die Grenzen der Region hinaus für Aufsehen. Das Publikum und die Theaterkritiker sind sich einig: Das Zimmertheater unter Vera Sturm bietet in kleinen Räumen wirklich großes Theater – für Tübingen ein wahrer Glücksfall. Und dennoch spürte das Theater 2003/2004 im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsrunden heftigen Gegenwind.

Theatervertrag für das Zimmertheater

Aufgeschreckt durch kommunalpolitische Debatten um Zuschusskürzungen und Strukturreformen entstand eine lebendige Diskussion über den Stellenwert des Zimmertheaters, die schließlich damit endete, dass der Gemeinderat im Jahr 2005 dem Abschluss eines dreijährigen Theatervertrags zustimmte, der die weitere Existenz des Zimmertheaters sichert und dem Theater nicht nur einen jährlichen Mindestzuschuss garantiert, sondern auch die künstlerische und organisatorische Selbstständigkeit. Für Vera Sturm war der Abschluss des Theatervertrags die Voraussetzung dafür, dass sie ihren Vertrag nochmals bis Sommer 2007 verlängerte.



Stadtmuseum – ein Neuanfang

Das Tübinger Stadtmuseum, das nach langen Jahren der Vorbereitung im Frühjahr 2002 den ersten Teil der Dauerausstellung eröffnen konnte, machte Ende 2002 Aufsehen erregende Schlagzeilen: Ein Mitarbeiter des Museums hatte über einen längeren Zeitraum hinweg – von der Museumsleitung unbemerkt – eine Vielzahl bedeutender Sammlungsgegenstände entwendet, ehe ihm der beabsichtigte Verkauf des wertvollsten Sammlungsstückes des Tübinger Stadtmuseums an ein Stuttgarter Auktionshaus zum Verhängnis wurde.

Die schleppende Aufklärung der Diebstähle und Mängel bei der Inventarisierung lösten kontroverse öffentliche Debatten und Sonderuntersuchungen aus. Der Gemeinderat folgte schließlich dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin und trennte sich am Ende von der Leiterin des Stadtmuseums und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterin und ermöglichte dem Museum so einen überzeugenden Neuanfang.

Der neue Museumsleiter, Dr. Karlheinz Wiegmann, der im Januar 2005 seine Tätigkeit aufnahm, startete mit großem Elan und bewies bereits in seinem ersten Jahr eine glückli-

Eröffnung der Ausstellung „Kunstformen des Meeres“ am 31. März 2006



che Hand bei der Auswahl der Kooperationspartner und bei der thematischen Ausrichtung der Ausstellungen. Sein besonderes Augenmerk richtete er von Beginn an auf die herausragenden Bestände des Lotte-Reiniger-Nachlasses und auf die Kooperationen mit der Universität. Seit Mitte 2005 bietet das Museum ein ausgefeiltes museumspädagogisches Programm an. Ende 2005 billigte der Gemeinderat einstimmig die Neukonzeption für die Weiterentwicklung des Stadtmuseums und stellte die Weichen für die weitere Museumsarbeit.

Schwerpunkt Lotte Reiniger

Die Verwaltung ist inzwischen aus dem Haering-Haus in der Neckarhalde in das Stadtmuseum in der Kornhausgasse umgezogen. Der Raum im Erdgeschoss des Stadtmuseums wurde zu einer flexiblen und attraktiven Ausstellungsfläche umgestaltet. Für die Sonderausstellungen und die übrigen Aktivitäten wurde ein neues Konzept erstellt, während die Dauerausstellung, die noch 2003 fertig gestellt werden konnte, im wesentlichen bestehen bleiben soll. Die systematische Inventarisierung des Nachlasses Lotte Reiniger ist bereits in Angriff genommen worden. Mit der grundlegenden Überarbeitung der Lotte-Reiniger-Ausstellung, die ab Herbst 2007 in neuer Form präsentiert werden soll, wurde ebenfalls begonnen. Eine Reihe hervorragender Sonderausstellungen in Zusammenarbeit mit der Universität, den Stadtarchiv und anderen Kooperationspartnern wurden in den letzten Jahren gezeigt – so zum Beispiel: „Was ich am besten konnte. Lotte Reiniger zu Mozart.“ – eine Ausstellung, die vom Theater an der Wien übernommen wurde. Darüber hinaus wurden verschiedene Ausstellungskataloge herausgebracht – und eine DVD zum Film „A night at the harem“ von Lotte Reiniger, der im Stadtmuseum uraufgeführt wurde.

Lebendig und attraktiv

Insgesamt ist es dem Museum unter neuer Leitung rasch gelungen, mit interessanten Ausstellungen, einem spannenden Veranstaltungsprogramm und einer ganz lebendigen Atmosphäre auf sich aufmerksam zu machen. Heute ist das Museum ein attraktiver Ort der Kunst und Kultur mitten im Herzen der Tübinger Altstadt. Mit neuem Erscheinungsbild und einem reichen Strauß an Aktivitäten tritt das Stadtmuseum selbstbewusst auf, wirbt erfolgreich um einen stetig wachsenden Kreis von Freunden und Förderern und strahlt weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Auch als Kooperationspartner für Projekte der vielfältigsten Art ist das Museum inzwischen sehr begehrt.

Stiftung Kunsthalle Tübingen

Die Tübinger Kunsthalle hat dank des außergewöhnlichen Talents und Geschicks ihres langjährigen Leiters Götz Adriani seit ihrer Eröffnung im Jahre 1971 eine einzigartige Erfolgsgeschichte geschrieben. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nochmals an die eindrucksvollen Ausstellungen der großen französischen Künstler Cézanne, Renoir, Degas, Toulouse-Lautrec oder zuletzt an die unvergessliche Präsentation der herausragenden Werke des Malers Henri Rousseau im Jahre 2001.

Angesichts dieser einzigartigen Ausstellungserfolge ist fast schon in Vergessenheit geraten, dass die Tübinger Kunsthalle ihre Existenz dem großartigen Engagement zweier Frauen verdankt: Paula Zundel und ihre Schwester Dr. Margarete Fischer waren es, die den damaligen Oberbürgermeister Hans Gmelin und seinen Gemeinderat Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts davon überzeugten, auf einem städtischen Grundstück mit dem zur Verfügung gestellten Geld der beiden Töchter von Robert Bosch ein Museum zu bauen, um den Dichter Friedrich Zundel, den verstorbenen Ehemann von Paula Zundel, mit seinem künstlerischen Schaffen nicht ganz in Vergessenheit geraten zu lassen. Angesichts des Zögerns der Kommunalpolitiker stifteten die Schwestern übrigens nicht nur das Geld für den Museumsbau, sondern am Ende auch noch eine beachtliche Summe für die zukünftigen Kosten des Ausstellungsbetriebs.

Vor dem Hintergrund dieses außergewöhnlichen Engagements zweier Privatpersonen lag es nahe, zur Zukunftssicherung der Kunsthalle den Weg über eine Stiftung in Erwägung zu ziehen. Im Jahre 2002 bzw. 2003 ist es schließlich gelungen, Götz Adriani und die Familie Zundel von der Richtigkeit dieser Überlegungen zu überzeugen, damit im Anschluss daran die weiteren Schritte unternommen werden konnten, um die bisher als städtische Abteilung geführte Kunsthalle aus dem städtischen Haushalt auszugliedern und in eine selbständige Stiftung zu überführen. Dies war nur möglich aufgrund der hohen Rücklagen, die die Kunsthalle durch ihren sehr erfolgreichen Ausstellungsbetrieb im Laufe der letzten Jahrzehnte angesammelt hatte, und durch eine weitere, sehr großzügige Zustiftung der Familie Zundel. Ziel der Überführung der Kunsthalle in eine gemeinnützige Stiftung war, die Kunsthalle in ihrem Bestand langfristig zu sichern und ihr die notwendige Flexibilität und die zwingend erforderlichen Spielräume zu verschaffen, die ein international renommiertes Haus braucht, um im härter werdenden Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können. Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass die Entscheidung für die Stiftungslösung die richtige war. Die Kunsthalle hat das Stiftungskapital in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert und sich damit wichtige Freiräume für die Zukunft geschaffen.



Tübinger Sommer

Zum Selbstverständnis der Stadt gehört es, der Kultur Räume zur Entfaltung zu geben und den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern. Ein wichtiges Instrument dazu ist der Tübinger Sommer, welcher seit 2004 alljährlich in den ersten beiden Augustwochen im Tübinger Veranstaltungskalender steht. Zum Programm gehören der Theatersommer, die Sommeruniversität und die Sommerinsel. Die Idee entstand aus der Bewerbung Tübingens um den Titel „Stadt der Wissenschaft“. Geschaffen wurde ein kleines, hochkarätig besetztes Festival, bei dem sich Kunst und Kultur, Wissenschaft und das Ambiente der Universitätsstadt zu einer einzigartigen Mischung verbinden.

Der erste Tübinger Sommer im August 2004 war verbunden mit einer Premiere der besonderen Art: Der Hof des Schlosses Hohentübingen – aufgrund der Fledermaus-Population im Fasskeller über viele Jahre für jegliche Veranstaltungen gesperrt – konnte erstmals wieder „bespielt“ werden. Vorausgegangen waren das Gutachten eines anerkannten Fledermausspezialisten, viele Gespräche mit den Tiereschützern sowie die Zusage des Theaters, auf laute Musikinstrumente zu verzichten.

Sommeruniversität und Theatersommer wurden seit Beginn des Tübinger Sommers mit der Sommerinsel gemeinsam vermarktet. Bereits im ersten Jahr entwickelte sich das Festival zu einem Markenzeichen der Universitätsstadt. Es wurde regelmäßig darüber in zahlreichen Medien weit über die Grenzen der Region hinaus berichtet, 2006 war es für Spiegel Online (www.spiegel.de) sogar eines der fünf wichtigsten kulturellen Sommerprogramme Deutschlands. Jeweils rund 5000 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik und

Sommerinsel 2006
nach dem Umzug von der Platanenallee an den Anlagensee



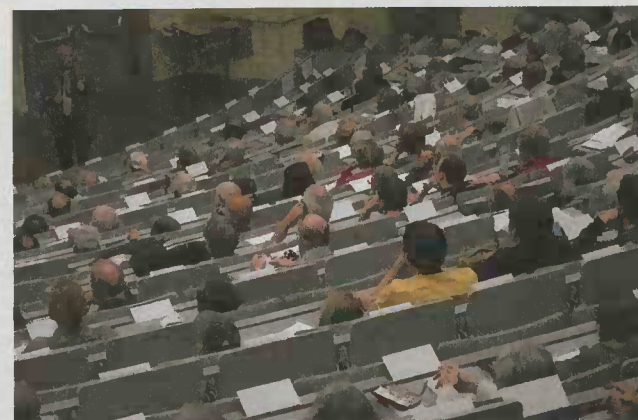
Sommertheater 2005: Die drei Leben der Lucie Cabrol in der Inszenierung von Vera Sturm, Intendantin des Tübinger Zimmertheaters

aus dem Ausland besuchen alljährlich die Sommeruniversität bzw. den Theatersommer. Die Sommerinsel lockt in den ersten beiden Augustwochen regelmäßig rund 100.000 Besucherinnen und Besucher nach Tübingen.

Mit diesem Ergebnis wurde ein weiteres Ziel der gemeinsamen Initiative erreicht: Der Tübinger Sommer leistet einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Stadt und zur Förderung des Tourismus – gerade im sonst häufig beklagten „Tübinger Sommerloch“.

Die Bilanz der Veranstalter ist überaus positiv. Überschwängliche Begeisterung beim Publikum des Theatersommers, große Faszination bei den Zuhörerinnen und Zuhörern bei der Sommeruniversität und ausgelassene Stimmung bei der Sommerinsel sind kennzeichnend für den Tübinger Sommer.

Sommeruniversität 2006: Vorlesung im renovierten Audimax



TüArena

Ausgangssituation

Seit Jahrzehnten herrschte in Tübingen eine sehr angespannte Hallensituation. Der Sport hatte kaum adäquate Möglichkeiten, sein Angebot den Bürgern zu unterbreiten oder sich weiter zu entwickeln. Für die immer noch steigenden Schülerzahlen in Tübingen, sowie für den Breiten- und Spitzensport wurde dringend eine weitere ballspieltaugliche Halle benötigt. Unterschriftensammlungen der Schulen und Bürgerinitiativen zeigten auf, wie wichtig das Thema für Tübingen war. Mit dem Aufstieg der Basketballmannschaft des SV03 Tübingen in die 1. Bundesliga, fiel die Entscheidung zum Bau einer neuen Halle.

Planung und Bau

Nach der Standortentscheidung im April 2002 wurde die neue Halle, nach einer europaweiten Ausschreibung, unter Leitung des Architekturbüros Allmann, Sattler und Wappner in Rekordzeit erbaut. Die Investitionskosten wurden mit knapp 8,5 Mio. Euro veranschlagt, davon sollten u.a. rund 2,5 Mio. Euro durch Zuschüsse und 2 Mio. durch die Beteiligung Dritter gedeckt werden.

Vom Spatenstich am 15. Dezember 2003 bis zur Einweihung am 4. Dezember 2004 vergingen knapp zwei Jahre, in denen es gelang, alle Nutzergruppen, die Politik und andere Interessensgruppen in die Entwicklung der Halle einzubinden.

Mitte 2004 wurde die Sporthalle Europastraße erfolgreich in das Konzept der Ganztages Schulen (IZBB) integriert. Die Außenbereiche der Halle (Halfpipe, Minipipe, Basketballanlage und Kletteranlage) konnten so mit 200.000 Euro Baukostenzuschuss über IZBB gefördert werden. Insgesamt schloss der Bau mit Kosten von knapp über 9 Mio. Euro ab.

Betrieb

Die Sporthallenbetriebsgesellschaft wurde, nach eingehenden Gutachten zu den verschiedenen Betriebsformen, zum 27. Juli 2004 gegründet, wobei die Stadtverwaltung die kommissarische Geschäftsleitung inne hielt. Im April 2005 übernahm die hauptamtliche Geschäftsführung den Betrieb und sorgt seitdem für eine hohe Auslastung, sowie für eine professionelle Vermarktung der Halle, um ein möglichst wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen. Das Betriebsdefizit wurde





durch entsprechende Vorkalkulationen im Jahr 2004 auf 280.000 Euro pro Jahr festgesetzt und konnte bereits 2005 um 90.000 Euro unterschritten werden.

Auslastung

Die periodische Belegung wurde in Abstimmung mit den Vereinen erstellt. Es kristallisierte sich schnell heraus, dass die Spitzenzeiten 18.00 Uhr – 22.00 Uhr sehr begehrt sind und trotz der neuen Kapazität, der Bedarf noch nicht gedeckt werden konnte. Im ersten Jahr war die Halle mit 86 Prozent (montags bis freitags) ausgelastet, im Jahr 2005 / 2006 wurde

sie mit 97 Prozent bereits an die Kapazitätsgrenze getrieben. Die Hauptumsatzquelle der Großveranstaltungen konnte vom Jahr 2004 mit 14 Veranstaltungen und 2005 mit 33 Veranstaltungen auf 44 Veranstaltungen im Jahr 2006 gesteigert werden. Dies liegt in erster Linie im sportlichen Erfolg der umliegenden Nachbarvereine begründet. Neben den Walter Tigers (1. Bundesliga Basketball) nutzen in der Saison 2006/2007 auch die Vereine HBW Balingen-Weilstetten (1. Bundesliga Handball) und TV Rottenburg (1. Bundesliga Volleyball) die Sporthalle Europastraße als Heimspielstätte. Auch die Kletterwand ist ein voller Erfolg. Über 8.000 Kletterer in 2005 und über 10.000 Kletterer in 2006 nutzen die zweitgrößte Outdoorkletteranlage in Süddeutschland.



Bebenhausen



Kilchberg



Bühl



Pfrondorf



Hagelloch



Unterjesingen



Hirschau



Weilheim



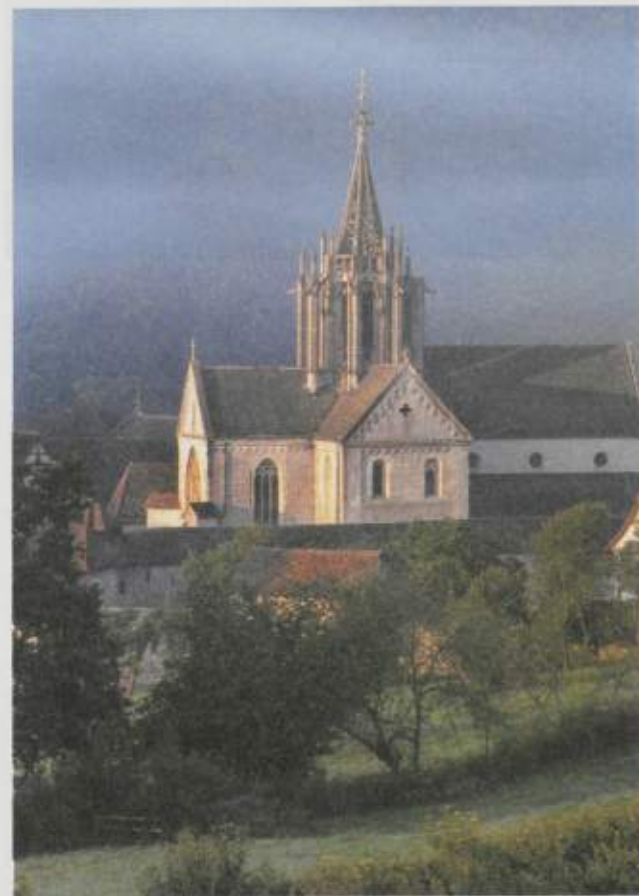
Universitätssstadt Tübingen

Bebenhausen

Bebenhausen, die „Perle des Schönbuchs“, liegt am Zusammenfluss von Goldersbach und Seebach eingebettet zwischen Streuobstwiesen und bewaldeten Hängen. Mit 334 Einwohnern – die Zahl sank leicht von 356 – und rund 200 Arbeitsplätzen ist Bebenhausen der kleinste Stadtteil Tübingens. Die einst von Mönchen für ihr Kloster gewählte und über Jahrhunderte hin von vielen ausgestaltete Stätte, hat die Atmosphäre ihrer Vergangenheit weitgehend bewahrt und bietet noch immer das Bild eines harmonischen Ganzen. Allerdings verlangt der Ensembleschutz den Einwohnern des Dorfes auch mancherlei individuelle Einschränkungen ab und verhindert eine Vergrößerung. Die dadurch entstehenden Probleme dürfen der Ortschaft und ihren Einwohnern nicht zum Nachteil gereichen. Bebenhausen muss ein junger, lebendiger Ort bleiben und darf nicht selbst zum Denkmal werden.

Dennoch: Die Schönheit, Einheit und Ausstrahlung dieses einmaligen Ortes zu erhalten und ihn vorsichtig so zu entwickeln, dass er lebendig bleibt, ist heute wie in Zukunft eine

Klosterkirche Bebenhausen (Foto: Nikola Hild, © Silberburg-Verlag)



sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Sie wurde im Berichtszeitraum von den jeweiligen Ortschaftsräten mit großer Kontinuität verfolgt.

Im Jahr 1999 war Ursula Stöffler Ortsvorsteherin, Imanuel Märkle und Joachim Jacobowski Stellvertreter. Außer ihnen gehörten dem Ortschaftsrat an: Titus Häußermann, Dr. Werner Lauchart, Birgit Maurer und Dietmar Scholz. Im Januar 2000 wurde Rainer Pohl zum Ortsvorsteher, Birgit Maurer und Dagmar Röhm zu Stellvertreterinnen gewählt. Außer ihnen gehörten dem Ortschaftsrat an: Bernhard Günzl, Joachim Jacobowski, Dr. Werner Lauchart und Imanuel Märkle. Im September 2004 wurde Rainer Pohl als Ortsvorsteher bestätigt, Dagmar Röhm und Lisa Bark zu Stellvertreterinnen gewählt. Außer ihnen gehören seither dem Ortschaftsrat an: Dr. Werner Lauchart, Imanuel Märkle, Birgit Maurer, Michael Scholz. Dienstätester Ortschaftsrat ist Imanuel Märkle, der seit 26 Jahren mitarbeitet. Im Juli 2002 wurde ihm dafür die Silberne Ehrennadel des Städtetags Baden-Württemberg verliehen.

Der Ortschaftsrat hat 2000 neue Wege beschritten. Er gliederte die Belange der Ortschaft in Themenblöcke und diskutierte sie in öffentlichen Veranstaltungen unter Beteiligung der zuständigen Verwaltungen. Ziel war es, möglichst viele Blickwinkel, die Rechtsgrundlagen und die Verwaltungspraxis kennen zu lernen. Daraufhin wurden vom Ortschaftsrat Zielbeschlüsse gefasst, welche die Forderungen zu den jeweiligen Themenbereichen priorisiert auflisteten und begründeten. In den folgenden Jahren wurden die meisten der aufgelisteten Forderungen erfüllt: Der Touristenparkplatz am Goldersbach konnte im Juli 2002 nach jahrzehntelanger Vorgeschichte endlich eingeweiht werden (Finanzierung: 60 Prozent Land, 40 Prozent Stadt). An Wochenenden wurde in Bebenhausen Anwohnerparken eingeführt und mittels eines eigenen Vollzugsdienstes durchgesetzt. Der Ort wurde für Busse gesperrt. Bebenhausen wurde damit von Verkehrs- und Parkproblemen wesentlich entlastet. Außerdem passiert der Radweg nach Lustnau die L1208 seit Oktober 2003 kreuzungsfrei durch den Neubau einer Unterführung. Angeregt durch den Ortschaftsrat konnte 2004 bewusst gemacht werden, dass immer dichter werdender Bewuchs den Blick auf die Kulturdenkmale bedenklich einschränkte. Private und staatliche Grundstückseigentümer haben durch Pflegearbeiten diese Situation verbessert. Die umstrittene Freilegung des Mühlkanals im Kasernenhof bescherte dem Ort ein weiteres Schmuckstück.

Die städtischen Einrichtungen wie Ortsverwaltung, Feuerwehr, Kindergarten, Versammlungsraum im Schulhaus, Kinderspielplatz, Jugendspielplatz und Backhaus blieben erhalten. Das alte Feuerwehrauto soll 2006 ersetzt werden. Pläne der Verwaltung, den Kindergarten zu privatisieren, wurden vom Gemeinderat im Mai 2003 zurückgewiesen. Der städtisch organisierte Transport der Grundschüler der ersten beiden Schulklassen nach Lustnau wurde im Jahr 2006 aufgegeben. Die Eltern erhalten seither einen Zuschuss von Stadt und Landkreis und organisieren den Transport selbst. Die Eigenwasserversorgung mit Brunnen im Jungfernhäule wurde im Juli 2003 wegen hygienischer Mängel durch einen Anschluss an den Mischwasserbehälter in Waldhäuser-Ost beendet.

Die Abteilungskommandantur der Feuerwehr ging im Januar 2002 von Andreas Fischer an Bernhard Günzl und im März 2004 an Michael Scholz über. Im März 2000 wurde die Jugendfeuerwehr gegründet, für die Michael Bark zuständig ist. Die Verwaltungsstelle war bis Juni 2003 durch Ruth Wiesenmaier und seither durch Daniela Schäfer besetzt und genießt als „Bürgerbüro“ hohes Ansehen.

In dem Maße, wie Läden, Post, Vereine weniger werden, erhält die Förderung der Kommunikation im Ort zunehmend Bedeutung. Kinder in Bebenhausen begegnen sich in der Krabbelgruppe, im Kindergarten, bei den Läutekindern, im Kinderkirchle, beim Flöten, bei der Jugendfeuerwehr und im Jugendraum. Die Erwachsenen werden zusammengeführt durch die Feuerwehr, den Männerchor, die Kirchen, den kirchlichen Projektchor, das Läuteteam für das 18-Uhr-Handgeläute, Gymnastik im Schulhaus, den Seniorenkreis und durch die Kinder. Die Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins hat sich 2005 aufgelöst. Auch private Initiativen, bei denen Literatur, Musik und Bildende Kunst oft mit Natureindrücken oder dem Flair des Ortes in besonderer Weise kombiniert werden, führen Menschen zusammen. Darüber hinaus gab es 2002 und 2005 Dorffeste im Sommerrefektorium, die durch anspruchsvolle kulturelle Beiträge aus Bebenhausen gestaltet wurden, und die im Schulhof organisierten „Dorfhocketsen“.

An vielen Veranstaltungen in Kloster und Schloss waren die Ortschaft oder ihre Bürger beteiligt. Aufgrund des großen Erfolges der Landesausstellung „Ora & Labora“ (75.000 Besucher) im Sommer 1998, richtete deren Kuratorin Dr. Ursula Schwitalla ab September 1999 auch die Dauerausstellung „Die Zisterzienser in Bebenhausen“ ein. Der Naturpark Schönbuch feierte im Jahr 2002 sein 30-jähriges Jubiläum. Im gleichen Jahr wurde das 50-jährige Jubiläum des ersten

Landtages nach dem Krieg in Bebenhausen gefeiert, mit einer Ausstellung und zwei Plenarsitzungen des Landtages Baden-Württemberg im Sommerrefektorium. 2006 gab es eine Ausstellung „Vom Mannskloster zur Knabenschule“. Mit den „Bebenhäuser Dialogen“ wird seit 2001 jährlich im Kloster eine Veranstaltung des evangelischen Kirchenbezirks unter Mitträgerschaft der Bebenhäuser Ortschaft und der evangelischen Kirchengemeinde veranstaltet. Es werden Zeitthemen vor dem klösterlichen Hintergrund behandelt. Die evangelische Kirchengemeinde arrangiert jedes Jahr Kirchenkonzerte (Geistliche Abendmusik) und wiederkehrende Veranstaltungen wie die Bebenhäuser Bibellesenacht oder die Nacht der verlöschenden Lichter. Auch die Sommerkonzerte im Kloster sind seit Jahrzehnten eine Institution mit Aufführungen von hoher Qualität.

Die Unterhaltung des Klosters obliegt der Landesverwaltung Vermögen und Bau, die im Berichtszeitraum rund 4 Mio. Euro in die Anlage investiert hat. Den Großteil der Räume nutzt das Regierungspräsidium Tübingen, Abteilung Forstdirektion. Leiter ist seit Juni 2006 Hubertus Windthorst, der Forstpräsident Fritz-Eberhard Griesinger ablöste. Die Forstdirektion verlor durch eine Verwaltungsreform zum 1. Januar 2005 ihre Selbständigkeit und wurde in das Regierungspräsidium eingegliedert. Die übrigen Räume werden von den „Staatlichen Schlössern und Gärten“ als Museum und zur Vermietung für Veranstaltungen genutzt.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag 1999 entwurzelte der Sturm „Lothar“ 420.000 Festmeter Holz im Staatswald des Forstamtes Tübingen-Bebenhausen. Die Aufarbeitung dieser Holzmassen dauerte über ein Jahr. Das Forstamt wurde bis Februar 2004 von Karl Heinrich Ebert, seitdem von Götz Graf Bülow von Dennewitz geleitet und im ist seit Januar 2005 in das Landratsamt integriert. Der Bebenhäuser Staatswald hat eine landesweit einzigartige Zielsetzung. Als erster Naturpark des Landes und als ehemaliges Jagdrevier der württembergischen Könige gilt folgende Priorisierung: erstens Erholungs- und Schutzfunktion, zweitens Rotwildhaltung, drittens Nutzfunktion.

Sowohl der Schönbuch, als auch Bebenhausen haben historische und landeskulturelle Bedeutung sowie regionale Ausstrahlung und können durchaus als Kleinod bezeichnet werden.

Die vielen Zielsetzungen zusammenzuführen, ist bisher in Zusammenarbeit mit den zuständigen kommunalen und staatlichen Stellen gut gelungen. Die Bebenhäuserinnen und Bebenhäuser sind diesen Weg mitgegangen.

Bühl

Rückblick

Die letzten Jahre waren durch die Haushaltskonsolidierung der Stadt geprägt. Umso wichtiger war es, dass die Entscheidungsträger vor Ort – Verwaltungsstelle und Ortschaftsrat – gemeinsam an einem Strang zogen, um trotz angespannter Haushaltssituation das eine oder andere Projekt durchzusetzen. Ziel war es dabei vor allem, die Lebensqualität und die Versorgung in Bühl zu sichern bzw. zu verbessern. Die L 370, die Bühl durchquert und in zwei Teile zerschneidet, trübt diese Lebensqualität. Das ständig zunehmende Verkehrsaufkommen und die daraus resultierenden Gefahren beunruhigen die politischen Vertreter vor Ort. Eine Beruhigung der Ortsdurchfahrt bis hin zum Rückbau ist allerdings erst im Zusammenhang mit dem Bau der B 28 neu absehbar. Immerhin ist es gelungen, mit dem Bau einer Verkehrsinsel in der Ortszufahrt West einen ersten Schritt zur Verringerung der Geschwindigkeiten innerorts zu realisieren.

In den letzten Jahren zeichnete sich ab, dass der kleine Lebensmittelladen im Ort in der bisherigen Qualität nicht auf Dauer bestehen würde. Die Ansiedlung eines Verbraucher-

marktes im Gewerbegebiet Bonlanden-West stieß jedoch bei der Stadtverwaltung zunächst auf Widerstand. Dennoch gelang es Ortschaftsrat und Ortsvorsteher, dieses Projekt durchzusetzen. Mit der Einweihung am 10. Oktober 2002 konnte die Versorgung der Bühler Bürger langfristig gesichert werden.

Einen großen Anteil an der Lebensqualität Bühls haben die Bühler Vereine, die mit ihren Aktivitäten das Gemeinwohl bereichern und fördern. Besondere Jubiläen konnten der Frauenbund, der Sportverein Bühl e.V. und die Narrenzunft feiern. Auch das Bühler Schloss hatte ein großes Jubiläum zu feiern: Im Jahr 2002 wurde es 450 Jahre alt. Eine zu diesem Ereignis aufgelegte Festschrift dokumentiert eindrucksvoll die Geschichte des Schlosses.

In den Jahren 2002 und 2003 wurde Bühl, in Mitleidenschaft minderschwerer Naturkatastrophen gezogen. Lang anhaltender Starkregen setzte Bühl unter Wasser. Am 14. Juni 2003 regnete es über den Einzugsgebieten von Traubbach und Bühler Talbach so stark, dass beide Bäche zu reißenden Flüssen anschwellen und den alten Ortskern überschwemmten.



Es entstand ein Gesamtschaden von rund 900.000 Euro. Seither prägt das Thema Hochwasser die politische Diskussion im Ort. Bereits im Herbst 2003 wurden erste Sofortmaßnahmen, wie z.B. die Einrichtung eines Hochwasserwarnsystems, ergriffen. Das Ausmaß des Hochwassers führte vor Augen, dass eine dauerhafte Sicherung des Ortskerns ohne bauliche Hochwasserschutzmaßnahmen im Bühler Tal nicht zu erreichen ist. Deshalb stellte der Gemeinderat noch im Herbst 2003 Mittel für eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung. Seither werden die Planungen konsequent fortgeführt. Ziel ist es, möglichst zügig zwei Hochwasserrückhaltebecken im Bühler Tal zu planen und zu realisieren.

Auch für die Kinder und Jugendlichen hat sich in Bühl in den letzten Jahren etwas getan. Dank des großen bürgerschaftlichen Engagements ist es gelungen, gemeinsam mit der Verwaltung den Kinderspielplatz bei der Schule, die Half-Pipe und das Basketballspielfeld zu sanieren. Seit 2005 gibt es ein Kinderferienprogramm.

Ausblick

Themen wie Ausbau der städtischen Jugendarbeit, Ausbau und Sanierung der Sportanlagen, sowie die Verbesserung des ÖPNVs etc. sind einige Bereiche, in denen der Ortschaftsrat gerne etwas bewegen möchte. Das wichtigste Anliegen wird die Realisierung des Hochwasserschutzes sein.

Ortschaftsrat

1999-2004

Gert Faiß, Dr. Gabriele Hauber-Schwenk, Franz Keßler, Hugo Lohmüller, Matthias Müller, Gerhard Neth, Armin Raidt, Dr. Karl-Heinz Röder, Achim Sailer (Ortsvorsteher), Harald Schimpf und Bernhard Weber.

seit 2004

Renate Bodamer, Ute Bürger-Junger, Gert Faiß, Dr. Gabriele Hauber-Schwenk, Christa Huber, Matthias Müller, Gerhard Neth, Dr. Karl-Heinz Röder, Achim Sailer (Ortsvorsteher) und Harald Schimpf.

verstorben sind

Bürgermeister a.D. Josef Bisinger (2004) sowie die ehemaligen Ortschaftsräte Manfred Faiß (1999) und Hugo Lohmüller (2005).

Hagelloch

Bevölkerungsentwicklung

In Hagelloch wurden seit 1985 keine weiteren Erschließungsmaßnahmen vorgenommen. Erst 2005 konnte mit dem neuen Rahmenplan 2005 eine kleine Arrondierungsfläche (1,1ha) ausgewiesen werden. Das Potenzial der Innenverdichtung ist weitgehend ausgeschöpft.

Betreuung von Kindern von 2-10 Jahren.

Bei der Kinderbetreuung im Kindergarten werden nun auch Kinder unter 3 Jahren aufgenommen, seit den Sommerferien 2006 auch 2-jährige Kinder. Das alte Schulhaus wurde von der Verwaltung an eine Freie Schule vermietet. Die verlässliche Grundschule muss nun in ein kleines Zimmer des Nebenraumes an der Turnhalle gezwängt werden.

Entwicklungs- und Baubereich

2002 / 2005	Rahmenplan Hagelloch
2002 / 2007	Schuppenanlage Weiher. Ein Resultat dieser Nachverdichtung im Innenbereich ist die Einrichtung einer Schuppenanlage für nichtprivilegierte Landwirte. Der letzte Bauabschnitt wird 2006/2007 fertig gestellt.
2002 / 2003	Neubau des Rasenplatzes durch den TSV, heute leider nur Trainingsplatz.
2003	PCB und Formaldehydsanierung der Grundschule.
2003	Das „Hagellocher Modell“ wurde vom Ortschaftsrat und der Oberbürgermeisterin in Zusammenarbeit mit den Eltern eine beispielhafte und wegweisende Spielplatzsanierung durchgeführt.
2005	Erster Beitrag zum Ökokonto: die Pflanzung von alten Obstsorten im Nahbereich bei der Grundschule

2005/ 2006	Planung und Bau eines Anbaus an den Nebenraum der Turnhalle, Bauherr ist der Musikverein Hagelloch. 2006 Vorbereitung des Bebauungsplan Schaibleshalden
------------	---

Verwaltung – Personalien

Bei den Kommunalwahlen 2004 wurden folgende Vertreter in den Ortschaftsrat gewählt: Christian Reutter, Martin Lack, Christa Gonser, Rainer Maurer, Helmut Dennele, Andreas Crienitz, Dr. Jürgen Christner, Jochen Schneck, Friedrich Leibfarth, Thomas Reutter, Eckhard Fritz (ausgeschieden 2005) Nachrücker Norman Zeeb. Frau Gertrud Kurz, die 15 Jahre Ortsvorsteherin war wurde im Oktober verabschiedet. Neuer Ortsvorsteher wurde Martin Lack, Stellvertreter sind Christa Gonser und Christian Reutter. Bei der Feuerwehr schied Werner Armbruster aus dem aktiven Dienst aus. Nachfolger wurde Norman Zeeb. Stellvertreter wurde Stefan Schneck. Werner Armbruster wurde zum Ehrenkommandanten ernannt.

Vereinsgründungen und Vereinsjubiläen

1999	75 Jahre Musikverein
1999	70 Jahre Posaunenchor
2003	75 Jahre CVJM
2004	100 Jahre evangelische Kirche Hagelloch
2005	80 Jahre Musikverein
2006	80 Jahre Kirchenchor
2006	140 Jahre Liederkranz
2002	Gründung Förderverein für betreutes Wohnen in Hagelloch e.V.
2003	Gründung Förderverein der Grundschule Hagelloch e.V.
2005	Gründung des Dorf- und Kulturvereins Hagelloch e.V.

900 Jahre Hagelloch

2006 feierte Hagelloch seine erste urkundliche Erwähnung. Mit einem ganzen Festjahr beging Hagelloch sein Jubiläum. Die Präsentation der Festschrift im März, das Festwochenende im Juli mit Umzug und das Dorffest mit historischem Handwerkermarkt bildeten das Gerüst, um das sich weitere rund 20 verschiedene Aktionen und Tage rankten. Die größte Apfel- und Birnenausstellung Deutschlands mit über 900 Sorten sei hier nur beispielhaft erwähnt.



900 (Jahre): Geformt von Hagellocher Bürgerinnen und Bürger

Themen der kommenden Jahre

- Einführung von flächendeckend Tempo 30
- Unterstützung bei der Sicherung der Infrastruktur (maßvolle Außenentwicklung)
- Erhalt der städtischen Gebäude
- Betreutes Wohnen in Hagelloch
- Schaffung eines Dorfmuseums zur Sicherung der gesammelten Kulturgüter
- Gleichbehandlung der „Ortsteile“ und der „Kernstadt mit ihren Quartieren“.

Hirschau

Das ehemalige Weinbaudorf und mit 3.200 Einwohnern einer der größten Tübinger Teilorte wächst weiter. Zentrales und noch ungelöstes Problem war und ist die unerträgliche Verkehrsbelastung mitten durch die Ortschaft mit einem Verkehrsaufkommen von über 15.000 Fahrzeugen am Tag. Zum Jahresende 1999 fanden Kommunalwahlen statt. Die Ortschaftsräte Martin Wekenmann, Werner Wulf und Hermann Barth traten dabei nicht mehr an. Dem neuen Ortschaftsrat gehörten neben dem wieder zum Ortsvorsteher gewählten Hermann Endreß die Ortschaftsräte Richard Fridrich (erster stellv. Ortsvorsteher), Georg Schöllkopf (zweiter stellv. Ortsvorsteher), Karl Dold, Dr. Gernot Ehrmann, Manuela Heffner, Wolfram Kaltenmark, Ulrich Latus, Roland Mayer, Dr. Andreas Nischwitz, und Arno Werner an. Nach der Aufhebung der Unechten Teilortswahl, die bisher zwei Hirschauer Vertreter garantierte, wurde Ulrich Latus (CDU) in den Gemeinderat gewählt.

Unter der bewährten politischen Führung von Ortsvorsteher Hermann Endreß konnten aufgrund enormer Nachfrage nach Wohnraum weitere städtebauliche Entwicklungen angegangen werden. Der Bebauungsplan Burgäcker West wurde zur innerörtlichen Nachverdichtung erstellt. Die GWG Tübingen errichtete im Neubaugebiet Riedstraße zwei Mehrfamilienwohnhäuser. An der Aussegnungshalle des Friedhofs wurde eine Überdachung angebaut.

Im Jahr 2000 kam der lang ersehnte Planfeststellungsbeschluss für die zur Entlastung der Ortsdurchfahrt geplanten B 28 neu. Nach 37 Dienstjahren ging die Schulleiterin der Uhlandschule, Margret Wulf in Ruhestand. Neue Rektorin der zweizügigen Grundschule wurde Lydia Prakash.

Der Fahrbahnbelag der Kingersheimer Straße musste erneuert werden. Im Neubaugebiet Riedstraße wurde ein neuer Kinderspielplatz errichtet. Bereits 2001 befasste sich der Ortschaftsrat mit den Vorbereitungen zur anstehenden 800 Jahrfeier. Mit den Planern des Stadtplanungsamtes wurde ein Rahmenplan zur künftigen Entwicklung Hirschaus entwickelt. Schulhausmeister Wilfried Stemmler ging nach mehr als 30 Dienstjahren in den Ruhestand; ihm folgte Francesco Camiolo.

Im April 2001 verhandelte der VGH Mannheim in der Kiebinger Sülchgauhalle die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss der B 28 neu. Das Gericht wies sämtliche Klagen ab. Im Mai 2001 verstarb Alt-Gemeinderat Wilhelm Binder. Die zweite Hirschauer Gewerbeschau fand regen An-

klang. Im Mai 2002 wurde der neue Kinderspielplatz im Neubaugebiet Riedstraße eingeweiht. Die Kingersheimer Straße zierte ein viel beachteter Blumenschmuck mit an den Masten der Straßenbeleuchtung angebrachten Pflanzschalen. Die komplette Finanzierung erfolgte durch Spenden. Nach schweren Niederschlägen erreichte ein Hochwasser im Sommer 2002 große Teile der Ortslage. Die vorhandenen Abwasserkanäle konnten das Regenwasser nicht aufnehmen. Rückstauungen im Kanalnetz füllten zahlreiche Keller.

Wie überall im Land wurde 2003 auch die Postfiliale in Hirschau geschlossen. Ersatzweise konnte eine Postagentur bei der Steinhauerfirma Krauss eingerichtet werden. Die 40-jährige Partnerschaft mit Kingersheim / Elsaß wurde mit einem Festakt gefeiert. Der Rahmenplan wurde 2004 nach langer Planungszeit vom Ortschaftsrat beschlossen. Michael Schnitzler trat die Nachfolge von Roland Mayer als neuer Abteilungscommandant der Feuerwehrrabteilung Hirschau an.



Mit großem Festprogramm, und einem Festakt mit historischem Straßenfest feiert der gesamte Ort 800 jähriges Bestehen. Es wurde ein eindrucksvolles Festbuch „Hirschau, Landschaft; Kultur; Geschichte; Wirtschaft“ herausgegeben. Außerdem wurden die Geschehnisse im Festjahr in einem privaten Film festgehalten.

Im Herbst fanden wiederum Kommunalwahlen statt. Hermann Endreß trat nach äußerst erfolgreichen 33 Dienstjahren als ehrenamtlicher Ortsvorsteher nicht mehr zur Wahl an. Er wurde mit einer eindrucksvollen Feier in unserer Turn- und Festhalle im November 2004 ehrenvoll verabschiedet. Zum Nachfolger wählte der Ortschaftsrat Ulrich Latus. Außerdem wurden in den Ortschaftsrat gewählt: Manuela Heffner (erste Stellvertreterin), Roland Mayer (zweiter Stellvertreter), Bettina Barth, Dr. Gernot Ehrmann, Thomas Endreß, Richard Fridrich, Ralf Müller, Jürgen Schnitzler, Norbert Schnitzler und Arno Werner. Die langjährigen Ortschaftsräte Karl Dold (36 Jahre) und Georg Schöllkopf (24 Jahre) traten ebenfalls nicht mehr an.

Die Entwicklung des Baggersees nach Beendigung des Kiesabbaues beschäftigte seit 2005 Ortschaftsrat und Verwaltung. Der nach dem Bebauungsplan in den achtziger Jahren vorgesehene Ausbau zu einem Badensee soll nicht mehr umgesetzt werden. Zur Verhinderung von Überflutungen durch Kanalrückstau wurde das vorhandene Kanalnetz am Knotenpunkt der Kingersheimer Straße zum Fährweg verstärkt. Der Ortschaftsrat beschloss im Frühjahr 2006 eine einstimmige Resolution zum dringenden Neubau der B 28 neu. Im Herbst 2006 wurde der Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Käppesäcker gefasst.

Zur 50. Seniorenfeier lud der Ortschaftsrat Senioren über 70 Jahre in die herbstlich geschmückte Turn- und Festhalle ein. Die aktuelle Situation unter Berücksichtigung neuer Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, veranlasste den Ortschaftsrat über künftige Konzeptionen zu beraten. Kurz vor Weihnachten wurde Heidi Schreiner offiziell als Nachfolgerin der zum Schuljahresanfang 2005 / 2006 nach Tübingen gewechselten Lydia Prakash eingesetzt.

Kilchberg

Am Ende des letzten und zu Beginn des neuen Jahrtausends standen Investitionen für die Kilchberger Kinder im Vordergrund der kommunalen Planungen. Der vorgesehene Spielplatz neben dem Schulhaus wurde gemeinsam mit Eltern geplant und realisiert. Er erfreut sich großer Beliebtheit, leider gibt es immer wieder Beschwerden von Anwohnern.

Aufgrund des Zuzugs vieler junger Familien in das neue Baugebiet Bühler Straße / Rammertstraße stieß der Kindergarten an seine Kapazitätsgrenzen und musste um einen Gruppenraum erweitert werden. Verbunden mit dieser Maßnahme war eine Generalsanierung mit Einbau einer neuen Heizung. Bereits ein halbes Jahr nach Vergabe der Arbeiten konnte am 2. Oktober 2000 die Wiedereröffnung stattfinden. Eine Routinekontrolle im Jahr 2001 erbrachte erhöhte PCB-Werte in der älteren Bausubstanz, die eine Sanierung notwendig machte. Freiwillige Feuerwehr und CVJM stellten ihre Räume während der Sanierungsphase zur Verfügung und am 11. Dezember 2001 konnte Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer den Kindergarten der neuen Leiterin Birgit Endriß-Burth übergeben. Aufgrund des Bedarfs an Betreuungsplätzen für Zweijährige ist unser Kindergarten seit 1. Oktober 2002 zu einem ‚Kinderhaus‘ mit maximal acht Teilzeitkrippenplätzen geworden.

Die Kernzeitbetreuung an der Charlottenschule wird gerne angenommen. Das Schulhaus hat zwischenzeitlich durch eine private Initiative eine Photovoltaikanlage auf der südlichen Dachfläche. Die bisherige Schulleiterin Heidi Schreiner wurde aufgrund ihrer Bewerbung nach Hirschau nach fast acht Jahren erfolgreicher Tätigkeit am 31. Juli 2006 mit einem Festakt und der Pflanzung einer Rose in der Ortsmitte verabschiedet. Das seit den Sommerferien 2000 angebotene Kilchberger Sommerferienprogramm erfreut sich großer Beliebtheit.

Der selbstverwaltete Jugendraum ist trotz immer wieder auftretender Probleme ein beliebter Treffpunkt. Jugendliche, Jugendraum-Team, Ortschaftsrat und Eltern bemühen sich gemeinsam um ein gedeihliches Miteinander mit den Nachbarn und um eine geregelte Organisation.

Die finanzielle Beteiligung des Stadtteils über Spenden ermöglichte eine rasche Sanierung des beliebten Bolzplatzes hinter der Schule, der am 7. Mai 2005 mit einem Schülerfußballturnier eröffnet werden konnte und seither wieder häufig und gerne bespielt wird.

Ortschaftsrat

Bei den Wahlen im Jahr 1999 trat zum ersten Mal das ‚Kilchberger Forum‘ an und brachte auf Anhieb Beatrice Bürker, Kerstin Müller und Karin Revellio in das Gremium. Die ‚Freie Kilchberger Wählervereinigung‘ war mit Erich Krauß, der wieder zum Ortsvorsteher gewählt wurde, Kurt Bellack, Richard Gebauer, Wolfgang Krauß, Gundi Reichenmiller und Dr. Heribert Weber vertreten, die ‚Neue Liste‘ mit Ferdinand Kehrer (nach dessen Tod im Jahre 2003 Gustav Haug nachrückte) und Horst Kunz. Im Gemeinderat vertreten waren Gerhard Dieterle und Dr. Heribert Weber. Die größte kommunale Aufgabe in dieser Zeit war die Vergrößerung und Sanierung des Kindergartens. Viele Vorhaben konnten aufgrund der engen Finanzsituation der Stadt Tübingen nicht realisiert werden. Im Zuge der Einsparungen in der Verwaltung übernahm die Verwaltungsfachangestellte Daniela Schäfer zusätzlich die Verwaltungsstelle Bebenhausen, was eine erhebliche Reduzierung der Öffnungszeiten in Kilchberg mit sich brachte.

Seit der Kommunalwahl im Juli 2004 gehören Beatrice Bürker, Bernhard Lorch-Wonneberger, Kerstin Müller und Karin Revellio vom ‚Kilchberger Forum‘ sowie Kurt Bellack, Gustav Haug, Roger Keller, Bettina Koschtjan, Wolfgang Krauß, Martin Möhle und Gundi Reichenmiller von der ‚Freien Kilchberger Wählervereinigung‘ dem Ortschaftsrat an, dem Gemeinderat Beatrice Bürker, Gerhard Dieterle und bis Dezember 2005 Dr. Heribert Weber.

Zum ersten Mal hat Kilchberg mit Ortsvorsteherin Gundi Reichenmiller eine Frau an der Spitze des Gremiums. Die ausscheidenden langjährigen Mitglieder Richard Gebauer, Erich Krauß, Horst Kunz und Dr. Heribert Weber wurden bei der Wahlsitzung am 22. September 2004 für ihre Verdienste ausgezeichnet. Nach 24 Jahren erfolgreicher und verdienstvoller Tätigkeit im Amt des Ortsvorstehers wurde Erich Krauß am 20. November 2004 mit einem Festakt in der Orangerie feierlich verabschiedet. Der neue Ortschaftsrat gab sich mit einer Zielplanung ein Programm für die anstehende Periode, von dem schon einiges umgesetzt ist: die Versorgung am Ort konnte durch die Neueröffnung einer Bäckereifiliale im November 2004 und die Einrichtung einer Postserviceagentur im Januar 2005 verbessert werden, der Bolzplatz hinter der Schule ist saniert, der (Rad?)-Verbindungsweg nach Weilheim hat im Sommer 2006 einen neuen Belag erhalten und der Entwurf des städtebaulichen Rahmenplans

ist in Bearbeitung. Derzeit in Planung durch die GWG sind die seit langem vom Ortschaftsrat gewünschten seniorengerechten Wohnungen und Reihenhäuser für Familien im Vormorgen.

Die Arbeitsbedingungen im Rathaus haben sich nach dem seit vielen Jahren vorgesehenen Einbau einer Gasheizung im November 2005 wesentlich verbessert. Konkrete Möglichkeiten zur Realisierung des seit fast zehn Jahren beantragten Lärmschutzes für die Auchtertsiedlung sowie die Umgestaltung des Spielplatzes ‚Am Keltengrab‘ mit Unterstützung der Beteiligten und des Vereins ‚Pro Kilchberg e.V.‘ scheinen in die Nähe gerückt. Noch nicht gelöste Probleme sind die fehlende Sicherheit für Fußgänger in der Bahnhofstraße (fehlender Gehweg und Anbindung des Pflegeheims) und die Engstelle entlang der Schlossmauer. Wünschenswert ist eine Buswartehalle im Ortskern sowie die Umgestaltung der Ortsmitte, die das Dorfzentrum wieder zu einem Treffpunkt mit Kommunikationsmöglichkeiten für die derzeit 1.302 Einwohner werden lässt.

Bürgerschaftliches Engagement

Nach 47 Jahren im Dienst der Freiwilligen Feuerwehr, davon 25 Jahre als Kommandant der Abteilung Kilchberg, schied Richard Gebauer am 18. Februar 2000 aus dem Amt und wurde zum Ehrenkommandanten der Freiwilligen Feuerwehren Kilchberg/Tübingen und Kilchberg/Zürich ernannt. Hartmut Bürker, wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Ein aktives Vereinsleben mit vielen Angeboten für Jung und Alt sowie zahlreiche Feste prägen den Jahresablauf in Kilchberg. Besonderheiten sind u.a. die traditionelle Maifeier sowie die im Dreschschuppen stattfindenden Konzerte des Jungen Chors und Ausstellungen des Kunstkreises Rammert. Der im Juli 2006 gegründete Verein ‚Pro Kilchberg‘ fördert und unterstützt ehrenamtliches Engagement vor allem in den Bereichen Heimatpflege, Kunst und Kultur. Alle drei Jahre findet das beliebte, von allen Vereinen organisierte Schlossgartenfest im ehemaligen Gemüsegarten des Kilchberger Schlosses statt, zu dem regelmäßig Musikanten und offizielle Vertreter aus unserer Partnergemeinde Kilchberg am Zürichsee anreisen. Ein Jugendaustausch und gegenseitige Besuche zu Festen halten die Partnerschaft lebendig. Im Jahr 2006 gab es ein Doppeljubiläum zu feiern: 50 Jahre Partnerschaft zwischen den Gemeinden Kilchberg/Tübingen und Kilchberg/Zürich sowie 25 Jahre Partnerschaft zwischen Kilchberg in der Schweiz und der Universitätsstadt Tübingen, da die Freundschaft zwischen den namensglei-

chen Schwestern nach der Eingemeindung im Jahr 1981 durch einen offiziellen Partnerschaftsvertrag legalisiert wurde. Am 10. und 11. Juni 2006 wurde dieses Ereignis in der Schweiz groß gefeiert, eingebettet in das 100-jährige Jubiläum des dortigen Musikvereins Harmonie. Ein Partnerschaftsempfang für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Stadtteils Kilchberg am 06.10.2006, dem 50. Jahrestag des ersten Besuchs einer Delegation aus der Schweiz, rundete das Festjahr ab, das mit der Pflanzung einer Freundschaftslinde durch Oberbürgermeisterin Russ-Scherer, Gemeindevorschreiber Bürgisser aus der Schweiz und Ortsvorsteherin Reichenmiller in einem Park in der Gartenstraße abgeschlossen wurde.

Im Jahr 2004 konnte das vom Verfall bedrohte Obstschützenhäuschen durch Spenden und aktiven Arbeitseinsatz vieler Kilchbergerinnen und Kilchberger saniert werden. Die Restaurierung gelang so gut, dass sie im Jahr 2005 mit dem Sonderpreis für Kleindenkmale im Rahmen des vom Schwäbischen Heimatbund und dem Sparkassenverband ausgelobten Kulturlandschaftspreises ausgezeichnet wurde. Ebenso erhielten die Aktiven eine Urkunde des Landes Baden-Württemberg als Anerkennung für dieses bürgerschaftliche Engagement.



Obstschützenhäusle in Kilchberg

Eine Umgestaltung und Erweiterung erhielt das 1986 zur 750-Jahrfeier eingerichtete Heimatmuseum im Rathaus. Neben Museumsquiz und Führungen für Schulkinder findet dort jetzt einmal im Monat ein Museumscafé mit kulturellem Beiprogramm statt und ist zu einem weiteren beliebten Treffpunkt für viele Bürgerinnen und Bürger geworden.

Pfrondorf

Pfrondorf ist mit 3.395 Einwohnern der größte Stadtteil Tübingens. Auf Grund seiner Lage ist es ein sehr gefragter Wohnort, insbesondere für junge Familien. Anton Hellstern ist seit Januar 2000 Ortsvorsteher, im Oktober 2004 wurde er in seinem Amt wieder bestätigt.

Am 24.07.1999 wurde der neue Friedhof in Pfrondorf eingeweiht. Dieser kann seit der Einrichtung eines gemeinsamen Bestattungsbezirks im Jahr 2005 auch von Lustnauer Bürgern genutzt werden. Im Juni 1999 wurden die Tiefbau- und Straßenbauarbeiten für die Erschließung des Gewerbegebiets Hofstrütze II an die Fa. Brodbeck, Metzingen vergeben, die auch den Restausbau der Blaihofstraße im Herbst 1999 machte.

Im Sommer 2000 beschloss der Ortschaftsrat einstimmig, dass in Pfrondorf flächendeckend (mit Ausnahme der K 6911) Tempo 30-Zonen eingerichtet werden. Die Änderung des Bebauungsplanes „Breite“ wurde vom Ortschaftsrat mehrheitlich beschlossen und im August 2003 rechtskräftig; dadurch wurde die Möglichkeit einer zweiten Bauzeile geschaffen. Im September 2000 wurde auf dem Dach der Grundschule sowie im Herbst 2001 auf der Schönbuchhalle jeweils eine Photovoltaikanlage errichtet.

Die überarbeitete Version des Rahmenplans wurde Ende 2003 vom Ortschaftsrat beschlossen.

Eine Bereicherung des Lebensmittelangebots ist die Eröffnung des Dorfladens Anfang 2003.

Kleinspielfeld



Die Untere Höhbergstraße wurde im Jahr 2002 hergestellt. Im Frühjahr 2002 wurden die Tiefbauarbeiten für Kanal und Wasser ausgeführt; damit wurden die Voraussetzungen für das Neubauprojekt „Bei der Kirche“ geschaffen. Im Herbst 2002 wurde der Platz westlich der Kirche hergestellt. Der Bebauungsplan „Herwigweg“, der eine Nachverdichtung ermöglicht, wurde im August 2003 rechtskräftig.

Am 26. August 2002 wurden durch Hochwasser rund 100 Keller und Untergeschosse überflutet; dies war Anlass für zahlreiche Diskussionen im Ortschaftsrat, mit welchen Maßnahmen man künftigem Hochwasser begegnen kann. Die Herstellung von Hochwassermulden bei der Grundschule sowie weitere kleinere Maßnahmen sollen Abhilfe bringen.

Im Herbst 2003 wurde der Arbeitskreis Betreutes Wohnen gegründet; der Ortschaftsrat sprach sich im November 2003 für den Standort in der Ortsmitte aus. Der Musikverein Pfrondorf, der noch das Bauhofgebäude dort nutzt, plant deshalb den Neubau eines Musikzentrums im Kohlplattenweg. Im Sommer 2003 begannen die Stadtwerke Tübingen mit der Gasverlegung in Pfrondorf. Seit 2003 gibt es in Pfrondorf nur noch einen Postservice, da die Postfiliale schloss.

Am 18. Oktober 2005 war der Spatenstich zum Bau des Allwetter-Spielfeldes samt Beach-Volleyball-Platz und Kunststoff-Kleinspielfeld. Seit September 2006 gibt es im Kindergarten Breite eine Kleinkindbetreuung von fünf Kindern, dieses Angebot wird Anfang 2007 mit zehn weiteren Kindern in der städtischen Wohnung Süßerstraße 4 ausgebaut. In den Sommerferien wurden die Jungentoiletten in der Grundschule saniert.

Grünes Klassenzimmer



Unterjesingen

Zahlen, Wahlen, Abschied

Die Einwohnerzahl ist in den letzten acht Jahren beinahe konstant geblieben – trotz bester Infrastruktur mit zwei Kinderhäusern, einem Kindergarten für Kinder mit Behinderungen, einer zweizügig ausgebauten Grundschule, zweier Banken, einer Metzgerei, zweier Bäckereien, vielen Läden, mehreren Gastwirtschaften, 20 verschiedenen aktiven Vereinen und einer sehr guten ÖPNV-Anbindung (Einwohner im Jahr 1999: 2.746; 2000: 2.769; 2001: 2.821; 2002: 2.782; 2003: 2.778; 2004: 2.780; 2005: 2.785). Es spricht vieles dafür, dass dies an mangelnden Neubauplätzen liegt, aber auch an der Bundesstraße, die das Dorf zerteilt und mit über 22.000 Fahrzeugen am Tag äußerst stark belastet.

Die Kommunalwahlen im Jahre 1999 führten Hans-Martin Dittus, Hermann Kaiser, Cornelia Lauxmann, Friedrich Maichle, Harald Mayer, Heinz Möllers, Isolde Rock, Bärbel Schmid, Ulrich Seibold, Hans-Martin Steck und Jörg Stickel in den Ortschaftsrat. Hans-Martin Dittus und Matthias Bruder wurden in den Stadtrat gewählt. Ähnlich waren die Ergebnisse der Wahlen im Jahre 2004: Hans-Martin Dittus, Hermann Kaiser, Cornelia Lauxmann, Alexander Maichle, Harald Mayer, Heinz Möllers, Michael Rak, Isolde Rock, Bärbel Schmid, Ulrich Seibold und Jörg Stickel wurden in den Ortschaftsrat, Frau Dr. Sabine Koch, Hans-Martin Dittus und Matthias Bruder in den Stadtrat gewählt.

Ende der Ära Fritz Maichle: Nach 37 Jahren im kommunalen Ehrenamt, davon die letzten 20 Jahre als ehrenamtlicher Ortsvorsteher trat mit den Neuwahlen im Jahre 2004 Friedrich Maichle von der kommunalpolitischen Bühne. Unter

Ortsvorsteher a. D. Maichle



donnerndem Beifall wurde er von den Vereinen im Kirbezelt verabschiedet. Eine Vielzahl von Entwicklungen in Unterjesingen sind von ihm vorangetrieben und erfolgreich abgeschlossen worden.

Im Oktober wurde zum neuen Ortsvorsteher Michael Rak gewählt, Cornelia Lauxmann und Heinz Möllers zu seinen beiden Stellvertretern.

Ereignisse, Entwicklungen von A bis Z

Die Liste der Ereignisse und Entwicklungen in diesen Jahren ist lang. Eine kleine Auswahl von A wie Ammertalbahn bis Z wie Zählungen.

Ammertalbahn: Am 1. August 1999 startete die Ammertalbahn in der neugebauten durchgehenden Verbindung Tübingen – Herrenberg mit Anbindung an das Stuttgarter S-Bahn-Netz. Weitgehend in einem echten Halbstundentakt ist diese Neueröffnung auch für Unterjesingen mit zwei Haltepunkten eine Erfolgsgeschichte. Allerdings hat diese Verbesserung des ÖPNV nicht zu einer spürbaren Entlastung der Ortsdurchfahrt geführt, sondern allenfalls eine weitere Zunahme des Pkw-Verkehrs abgemildert.

Ammer und Ammertal: In einem mit allen Beteiligten und dem Landratsamt erfolgreich gestalteten Beteiligungsprozess ist es gelungen, für das Ammertal einen ausreichenden Landschaftsschutz abzusichern, ohne eine unerwünschte Rückentwicklung der Natur einzuleiten. Ungeklärt, jedenfalls juristisch, ist weiterhin die Problematik des Bauunterhalts der vielen Drainagen im Tal.

Ammer und Ammerkanal, Ammerbrücken und die Uferzonen: Das Ammerwehr wurde neu gestaltet, das Brückle neu gebaut, ebenso wie die für die Landwirtschaft so wichtige Brücke an der unteren Mühle. Die Änderung der Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung der „Gütle“ an Ammer und Kanal mit den sensiblen Uferzonen wurde behutsam mit allen Beteiligten angegangen.

Bebauungspläne: Nach 13 Jahren vielfältigster Aktivitäten und mehrfachen Anläufen beendete der Ortschaftsrat das erfolglose Unterfangen zur Ausweisung eines kleinen Gewerbegebiets für ortsansässige Handwerker „Beim Enzbach“ im Jahre 2005 mit einem einstimmigen Beschluss jedenfalls

in den nächsten 25 Jahren in diesem Bereich nichts mehr neu zu planen. Nach Aufstellung und Beschluss eines Rahmenplanes für Unterjesingen im Jahre 2004 wurden die Planungen für ein neues Wohngebiet im Osten („Jesinger Loch“) für ca. 55 Häuser und rund 175 neue Bewohner begonnen. Es zieht sich jedoch hin. Ebenso langsam entwickelt sich das neu beschlossene Schuppengebiet für die wiederaufkeimende Erwerbslandwirtschaft.

Fasnet: Am 29. Januar 2006 waren in Unterjesingen so viele Menschen gleichzeitig auf der Straße, wie nie zuvor in der beinahe tausendjährigen Geschichte. Die Bundesstraße war über fünf Stunden gesperrt. Über 4.000 zahlende Gäste aus nah und fern begleiteten die 35 Fasnetsgruppen beim Umzug durch das Dorf und feierten anschließend bestgelaunt mit allen Unterjesingern eine rauschende Straßenfasnet.

Fluglärm: Eine Änderung der Einflugschneisen zum Stuttgarter Flughafen brachte im Jahre 2000 eine Fluglärm Diskussion ins Dorf.

Friedhof und Weiterungen: Im Zuge der Überlegungen für eine Friedhofserweiterung kamen heftige Irritationen auf, inwieweit und wie nahe westlich vom Friedhof Wohnbebauung möglich ist. Die Friedhofserweiterung im Norden wurde beschlossen, die Baumöglichkeiten in einem Vermittlungsausschuss beerdigt. Als eine Art „Ersatz“ wurden die Aktivitäten für einen Rahmenplan beschleunigt und neue Wohngebiet in Aussicht gestellt. Aus Mangel an ausreichenden Finanzen wird die Friedhofserweiterung nur langsam umgesetzt. Derzeit wird diskutiert, ob statt eines Neubaus der Aussegnungshalle ein überdachter Anbau wenigstens der Trauergemeinde bei schwierigen Wetterlagen helfen könnte.

Gashochdruckleitung im Tal: Zwei Jahre drehte sich vieles im Ammertal um den Neubau der Gashochdruckleitung von Tübingen bis Herrenberg mit Abzweig bis Rottenburg. Die Baumaßnahmen sind beinahe vollständig abgeschlossen. Diskussionen gab es immer wieder um den Zustand der Feldwege vor und nach dem Bau. In Unterjesingen wird ab 2007 ein Gasanschluss auch für Wohngebäude möglich sein.

Kelter und Kirchem Umfeld: Der Förderverein „Alte Kelter“ wird im Jahre 2004 für seine vorbildliche Museumsarbeit vom Land ausgezeichnet. Nur kurz und ausnahmsweise präsentiert sich die Alte Kelter Unterjesingen frei von umgebenden Gebäuden.

Kunstdorf: Die von Künstlern ins Leben gerufene „Kunst im Dorf“ führt seit 1996 Künstler, Kunst und Dorf zusammen. In



Scheunen und alten Gebäudeteilen im historischen Ortskern präsentiert sich alle zwei Jahre hochwertiges künstlerisches Schaffen und prägt insoweit auch Unterjesingen.

Luftverschmutzung und Lärm: Die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße B 28 bringt erhebliche Probleme mit sich. In Gutachten und mittels permanenter Messungen an stationären Anlagen erreicht Unterjesingen im Jahre 2006 traurige Berühmtheit. Bei der Feinstaubbelastung liegt Unterjesingen nach Athen und der Hauptverkehrsachse in Stuttgart (Neckartor mit täglich ca. 43.000 Fahrzeugen) europaweit auf Platz drei. Ein Aktionsplan wird erarbeitet. Ein Lärmgutachten bestätigt ebenfalls Handlungsbedarf.

Mobilfunkstation: Die Nachbarn in Ammerbuch sind mit der Standortwahl des neuen Mobilfunkturms nicht einverstanden und suchen – recht spät – auf ihrer Gemarkung nach einem Ersatzstandort. Der Turm bleibt letztendlich jedoch am westlichen Ortsrand unverändert stehen.

Pappelallee: Von den im Jahre 1955 gepflanzten 100 Pappeln an der „neuen Ammer“ sind in den Jahren bereits 20 abgängig aufgrund von Blitzeinschlag und Krankheiten. Verschiedene Vorschläge führen mehrfach zu heftigen Reaktionen, vor allem das Ansinnen, alle angeblich ökologisch standortfremden Bäume zu fällen. Letztendlich setzt sich der Ortschaftsrat mit dem Vorschlag durch, jede abgängige Pappel mit einer „standortgerechten“ Schwarzpappel, dem Baum des Jahres 2006 zu ersetzen.

Schnakenbekämpfung: Mittels Spenden der Bürgerinnen und Bürger gelingt es, die Ausbreitung der Schnaken ökologisch sinnvoll einzudämmen.

Zählungen: Die Verkehrszählung erfolgt ab sofort automatisch, um den Zusammenhang mit der Feinstaubbelastung und den anderen Luftschadstoffen besser kontrollieren zu können.

Weilheim

Personalien

Bei den Kommunalwahlen am 24. Oktober 1999 wurden für die nicht mehr kandidierenden Steffen Andreae, Otmar Geckle und Margarete Raabe neu gewählt: Gisela Dähn, Alexander Meinhof und Berthold von St. André. In der ersten Wahl, nach Abschaffung der unechten Teilortswahl, wurde Roland Glaser erneut in den Gemeinderat gewählt. Er wurde außerdem in seinem Amt als Ortsvorsteher bestätigt. Am 1. Juli 1999 konnte er sein 25-jähriges Dienstjubiläum als Ortsvorsteher feiern, dazu erhielt er am 21. Oktober 2002 die goldene Ehrennadel des Städtetags Baden-Württemberg, für sein 30-jähriges kommunalpolitisches Engagement. Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 wurden, für die nicht mehr kandidierenden Berthold von St. André, Heide Barth und Fritz Poddig, neu in den Ortschaftsrat gewählt: Jutta Goltz, Margarete Roth-Poddig und Torsten Müller. Roland Glaser wurde als Ortsvorsteher bestätigt. Zwei Stimmen fehlten zum Wiedereinzug in den Tübinger Gemeinderat. Als erster Nachrücker in der SPD-Liste rückte er für den ausscheidenden Dr. Heribert Weber im März 2006 wieder in den Gemeinderat nach. Miriam Fischer-Neef beendete nach 3 ½ Jahren ihre Tätigkeit am 17. November 2000 auf der Verwaltungsstelle Weilheim. Ihr folgte Sandra Rümmele nach. Pfarrer Riesch-Clausecker verließ im September 2001 nach über sechseinhalb jähriger Tätigkeit die Kirchengemeinde Weilheim-Hirschau und nach einjähriger Vakanz wurde im September 2002 Pfarrer Wolfgang Kocher sein Nachfolger. Nach über 21 Jahren als Leiterin der Grundschule Weilheim trat Dora Rappsilber-Kurth zum Ende des Schuljahres 2000/2001 in den Ruhestand. Christine Wedel wurde am 8. Juni 2002 in ihr neues Amt eingeführt.

Kirchen / Vereine und deren Aktivitäten

Die evangelische Kirchengemeinde feierte mit einem Festakt am 18. Juli 1999 das 500-jährige Bestehen der Nikomedes-Kirche. Die evangelisch-methodistische Kirche gab im Frühjahr 2000 ihr Friedensheim in Weilheim auf und verkaufte 2001 das Gebäude, das im Schuljahr 2000/2001 die Grundschule beherbergte. Mit einem großen Fasnetsumzug feierten die Narrenfreunde Weilheim am 6. Februar 2000 ihr zehnjähriges Bestehen. Der Obst- und Gartenbauverein Weilheim beging im Jahr 2000 sein 50-jähriges Jubiläum, der Musikverein Weilheim feierte sein 75-jähriges Jubiläum im Jahr 2002. Sein 25-jähriges Jubiläum feierte der Sportverein Weil-

heim Anfang Juli 2003 mit einer Galaschau des weltbesten Tischtennis-Spielers Timo Boll. Auch der Schützenverein konnte mit dem 100-jährigen Jubiläum im Mai 2005 einen runden Geburtstag feiern.

Vollendete Vorhaben

Die notwendige Erweiterung des Friedhofes am Rammtrand wurde im Frühjahr 1999 in Angriff genommen und im Herbst abgeschlossen. Nach der Vollendung des 1998 begonnenen Regenüberlaufbeckens im Bereich der L371 konnte im Herbst 1999 mit dem Bau des notwendigen zweiten Abwassersammlers begonnen werden. Am 28. Juli 2000 war auch dieses Vorhaben fertiggestellt. Die Abwässer aus dem Bereich südöstlich des Feuerwehrhauses werden seitdem über den neuen Sammler abgeleitet. Auch die Buswarte mit einem Buskap bei der Kirche wurde im Jahr 2000 fertiggestellt.

Das „Modell Weilheim“, für den Bau von Sportanlagen, wurde am 13. November 2000 mit dem Spatenstich begonnen.

Das Weilheimer Rathaus



Der Sportverein Weilheim plante und baute die Sportanlagen – Kleinspielfeld 40 x 60 Meter für Fußball, Handball, Basketball oder Volleyball, ebenso einen großen Rasen-Bolzplatz, 100-Meter-Laufbahn mit Weitsprunggrube, Kugelstoßring und Beach-Volleyball-Feld. Die Gesamtkosten von rund 310 000 DM wurden zu zwei Dritteln von der Stadt und zu je einem Sechstel vom WLSB und dem SV Weilheim getragen. Am 08.09.2001 konnte die Anlage den Sportbegeisterten übergeben werden. Die Gemeinde Tübingen der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage weihte am 03. Mai 2003 ihr neues Gotteshaus ein. Wegen eines Erdbebens an der Kreßbacher Straße musste die Verbindung zur B 27 im Januar 2003 einige Tage voll gesperrt werden. Im Frühjahr war der Schaden behoben. Das Studio Tübingen des SWR nahm am 10. Dezember 2003 seinen „Adventskalender“ in Weilheim auf und sendete Ausschnitte daraus am darauffolgenden Tag. Der Erlös des Abends in Höhe von 350 Euro wurde der Aktion „Herzessache“ gestiftet. Am 4. Mai 2004 wurde an der Kreuzung L 370/K 6900 eine sogenannte „Lückenampel“ in Betrieb genommen. Wegen der stark gestiegenen Kinderzahlen in Kilchberg und Weilheim musste in Weilheim neuer Schulraum geschaffen werden. Die vorhandenen Wohnungen wurden während des Schuljahres 2000 / 2001 in Schul- und Verwaltungsräume umgebaut. Dazu zog die Schule mit jetzt drei Klassen für ein Schuljahr in die Räume der ev. meth. Kirche um. Die erstmals in Weilheim eingeführte „Verlässliche Grundschule“ wurde für ein Jahr in den Räumen des Kindergartens untergebracht.

Zu Beginn des Schuljahres 2001 / 2002 konnte die Schule in ein strahlendes neues Gebäude zurückkehren. Der vierte Klassenraum im Dach des Altbaus ist zum Endausbau bei Bedarf vorbereitet.

Seit September 2002 wurde aus dem Kindergarten das „Kinderhaus Weilheim“ mit Ganztagesbetreuung auch für die Kinder des gesamten Neckartals. Seit September 2006 können auch zweijährige Kinder im Kinderhaus aufgenommen werden.

In die leer stehenden Betriebshallen der insolventen Röhrenfabrik Möck hat seit Anfang 2006 die Fa. Walter AG vorübergehend Teile der Produktion verlagert. Die Gemeindeverbindungsstraße Weilheim – Kilchberg erhielt im Sommer 2006 einen neuen Belag. Zwei Themen beschäftigten den Ort über mehrere Jahre hinweg: Eine Mobilfunk-Anlage im Dach des Rathauses wird Ende 2006 in Betrieb gehen, nachdem der Ortschaftsrat am 27. Juli 2005 sein Einverständnis erteilte. Die Golfanlage in den Ortsteilen Kreßbach und Eckhof wird seit 2001 diskutiert, mit dem Raumordnungsver-

fahren im Juni 2003 ins Verfahren gebracht und kann, nach dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplans, Ende 2006 in den Folgejahren gebaut werden.

Verschiedenes

Die Einwohnerzahlen schwankten im Berichtszeitraum erheblich. Von 1.547 Ende 31. Dezember 1998 fielen sie über 1.476 am 31. Dezember 1999 auf 1.466 Ende 2000. Seitdem steigen die Zahlen über 1.525 Ende 2001 auf 1.555 Mitte 2002 wieder an. Den Höchststand erreichten sie zum 30. Juni 2003 mit 1.572. Mitte 2006 haben sie sich auf rund 1.550 eingependelt. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Landkreis im Gelände der Firma Diener seit Anfang 2001 bis zu 100 Aussiedler unterbringt.

Der Orkan Lothar am 26. Dezember 1999 verschonte Weilheim genauso wenig, wie starke Regenfälle am 31. Juli 2002. Seit Juli 1999 gilt auch in Weilheim im gesamten Ort einschließlich Kreßbach Tempo 30.

Am 5. Juni 2000 traf sich eine große Runde im evangelischen Gemeindehaus und diskutierte über das Thema „Älterwerden im 21. Jahrhundert in Weilheim.“ Braucht Weilheim betreutes Wohnen oder eine Altenwohnanlage? Die seit vielen Jahren durchgeführten fünf Bürgeraktionen – Baumschnitt der gemeindeeigenen Obstbäume im Bereich des Regenüberlaufbeckens, Tag des Baumes durch den Schwäbischen Albverein, Markungsputzete durch Albverein und Narrenfreunde, Großputzaktion in der Rammerthalle und Häckselaktion in der Landschaft – wurden auch in den Berichtsjahren fortgesetzt. Weilheim nahm 2000 und 2003 wieder am Wettbewerb des Landkreises „Unser Dorf soll schöner werden“ mit Erfolg teil. Der Blumenschmuck-Wettbewerb, das Vereins-Pokalschießen des Schützenvereins, das Oktoberfest der Narrenfreunde, das Vatertags- und das Straßenfest des Musikvereins, die Tischtennis-Dorfmeisterschaften und die 1. Mai Wanderung „Rund ums Dorf“ des Albvereins mit dem Ortsvorsteher sind jährliche Bestandteile des Weilheimer Kalenders.

Kompetenz-Center Öffentlichkeitsarbeit

Die Universitätsstadt Tübingen hat die Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neu geschaffen und zum 1. Oktober 2000 erstmals besetzt, um die interne und externe Kommunikation zu planen, zu steuern und zu koordinieren. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit und bei den Medien aufzubauen und zu pflegen. Für die mediale Aufbereitung zunehmend komplexer werdender Zusammenhänge liefern die Fachämter die Sachkompetenz und die Öffentlichkeitsarbeit die Medienkompetenz. Wichtigste Aufgabe ist die sachliche, umfassende und kontinuierliche Information der Öffentlichkeit. Das Kompetenz-Center Öffentlichkeitsarbeit ist Anlaufstelle in allen kommunalen Sachfragen für Redakteur/innen von Tageszeitungen, Wochenblättern, Funk, Fernsehen und regionalen sowie überregionalen Pressediensten. Zu den weiteren Aufgaben gehören die Planung und die Koordinierung von Projekten für das Stadtmarketing mit dem Ziel, ein positives Bild der Stadt zu vermitteln. Ausbau und Pflege des städtischen Internetauftrittes gehört ebenfalls zu den Kernaufgaben der Öffentlichkeitsarbeit.

Bei einer Internet-Untersuchung von 101 Städten in Baden-Württemberg, welche die Agentur Rombach & Jacobi aus Esslingen im Frühjahr 2006 durchgeführt hat, landete die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsstadt Tübingen auf Platz eins. Getestet wurde neben Reaktionszeit auf eine Anfrage auch der Service, der für Journalisten im Internet geboten wird. Als einzige der untersuchten Städte hat die Universitätsstadt bei der Untersuchung die maximale Punktzahl des Vergabeschemas erreicht.

Pressearbeit

Der regionale Presseverteiler der Universitätsstadt umfasst derzeit 40 Medien der Region und wird laufend aktualisiert. Die Zahl der Pressemitteilungen hat sich im Berichtszeitraum vervielfacht:

1999	36 Pressemitteilungen
2002	174 Pressemitteilungen
2005	281 Pressemitteilungen

Die Öffentlichkeitsarbeit organisiert und begleitet anlassbezogene Pressegespräche und –termine. Die Zahl stieg von rund 20 im Jahr 2000 auf rund 50 im Jahr 2005. Für Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung wird ein bundesweiter Verteiler ausgewählter Medien bedient.

Interne Kommunikation

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist die interne Kommunikation. Hierzu dient unter anderem die Herausgabe des Mitteilungsblattes für die Beschäftigten der Universitätsstadt, das rund zehnmal pro Jahr erscheint. Im Jahr 2006 bereitet die Öffentlichkeitsarbeit das neue Intranet der Stadtverwaltung vor, das den Beschäftigten zum Jahresbeginn 2007 zur Verfügung stehen soll.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Kompetenz-Center Öffentlichkeitsarbeit beteiligt sich an Marketingaktionen zur Stärkung der Stadt. Kommunikationskonzepte werden erstellt; die Maßnahmen werden mit den Kooperationspartnern wie beispielsweise Universität, Kunsthalle, HGV, TüGast, WIT, BVV, Theatern und Museen abgestimmt und umgesetzt.

Exemplarisch hierfür ist die Aktion „Rousseau in Tübingen“ im Jahr 2001, mit der die international beachtete Ausstellung in der Kunsthalle begleitet wurde. Von der Kunsthalle bis hinunter in die Altstadt führte der „Dschungelpfad“ mit 40 Wegweisern und zehn großformatigen Reproduktionen der Werke Henri Rousseaus. Die Marketingmaßnahmen – Stadtführungen, Wettbewerbe, Vorträge, Faltblätter und umfangreiche Pressearbeit – wurden mit der Kunsthalle abgestimmt und gemeinsam mit hgv, BVV, Universität, Gaststättenverband und den Stadtwerken umgesetzt. Ein spürbarer Anstieg der Übernachtungszahlen während der Ausstellungsmonate im Vergleich zu den Vorjahren war die Folge.

Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit begleiteten ebenfalls die Tour de Ländle (2002), das Landesjubiläum 50 Jahre Baden-Württemberg (2002), den Weihnachtsmarkt der Tübinger Händler in Aix-en-Provence (2001, 2002), den Umbrisch-Provenzalischen Markt (jährlich) und die Tübinger Europatage (2005). „Lust auf mehr“ war 2005 der Titel einer außergewöhnlichen Kooperation in Begleitung zur Bordell- und Boudoir-Ausstellung in der Kunsthalle. In den Erstwohnsitz-Kampagnen der Universitätsstadt (2003 – 06) wurde gemeinsam mit der WIT die bundesweit beachtete Verlosung eines Smarts organisiert („Be smart – be Tü“). Ferner wurde ein Gutscheineft gestaltet sowie die Produktion von zwei Kinospots begleitet. Für das Jahr 2007 ist eine Veranstaltung für Neubürger/-innen geplant mit dem Titel „Theater zum Start“.

Wissenschaftsstandort Tübingen

Zweimal beteiligte sich die Universitätsstadt an der Ausschreibung des Stifterverbandes für den Titel „Stadt der Wissenschaft“ und gelangte beide Male in die Endrunde. Die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit war maßgeblich an der Erstellung der Konzepte und ihrer Präsentation in Bonn (2004) und in Bremen (2005) beteiligt.

2004 wurde im Internet ein virtueller Pfad des Wissens angelegt, bei dem ein Stadtrundgang mit Informationen aus der Tübinger Wissenschaftsgeschichte hinterlegt wurde. Diese Idee griff der SWR 2005 auf und produzierte gemeinsam mit dem Kulturamt eine CD, die mit Abspielgerät und Kopfhörer im Stadtmuseum auszuleihen ist. Die „Tübinger Wege des Wissens“, die zunächst nur im Internet existierten, sind seither real erfahrbar und leiten mittels Wegzeichen durch die Tübinger Altstadt.

Im Anschluss an die erste Bewerbung für die „Stadt der Wissenschaft“ wurde der Tübinger Sommer aus der Taufe gehoben. Seit 2004 findet das Festival mit Theatersommer, Sommerinsel und Sommeruniversität alljährlich im August statt. Das Kompetenz-Center für Öffentlichkeitsarbeit koordiniert die Werbemaßnahmen und hat mit der WIT die Organisation der Tübinger Sommeruniversität übernommen, im dritten Jahr gemeinsam mit dem Stadtmuseum.

Neues Erscheinungsbild

Mit Jahresbeginn 2002 wurde das „Neue Erscheinungsbild“ der Universitätsstadt Tübingen eingeführt, das aus einem Wettbewerb an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach hervorgegangen war. Mit dem neuen Logo („t wie Hölderlinturm“) und dem Gestaltungshandbuch erhielt die Universitätsstadt ein klares und unverwechselbares Profil. In den Folgejahren erschienen eine Fülle von Broschüren und Faltblättern. Zeitungsanzeigen, Touristenleitsystem, Beschilderung städtischer Gebäude werden ebenso nach den Richtlinien gestaltet wie der städtische Internetauftritt. 2003 erhielt das Erscheinungsbild der Stadt eine Auszeichnung des Deutschen Designer Clubs.

Internetauftritt

Der Zugriff auf die städtische Website (www.tuebingen.de) hat sich im Berichtszeitraum vervielfacht:

2001	29.000 Besuche / Monat ¹
2004	66.700 Besuche / Monat
2006	101.000 Besuche / Monat

Für den Bereich „Informationsfluss Kommunalpolitik“ wurde der städtische Internetauftritt vom Verein „Mehr Demokratie e.V.“ im Jahr 2004 ausgezeichnet. Eine kleine Auswahl der Ausbauschritte enthält die folgende Übersicht:

2001	Verabschiedung des neuen Internetkonzeptes durch den Gemeinderat
2002	Virtuelles Baurechtsamt, Leitlinienprozess
2003	Relaunch mit neuem Design, neuer Technik und neuen Inhalten, u.a. diverse Online-Verfahren
2004	Bürgerbeteiligung stark erweitert
2005	Portal für Kinder, Englische Version, Vereinsdatenbank (derzeit rund 190 Vereine)
2006	Einkaufsführer des hgv, Vermarktung Mühlenviertel, Läden im Stadtplan

Netzwerk der Europapreisträgerstädte

Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer hat 2004 die Präsidentschaft im Netzwerk der Europapreisträgerstädte übernommen. Seither fungiert das Kompetenz-Center für Öffentlichkeitsarbeit als Geschäftsstelle und hat unter anderem einen dreisprachigen Internetauftritt für die Gemeinschaft entworfen und realisiert (www.europeprize.net).

Ausblick

100 Jahre nach der Gründung der ersten städtischen Presseämter in Deutschland und sechs Jahre nach Einführung der zentralen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Universitätsstadt Tübingen geht es in den kommenden Jahren in erster Linie um eine Konsolidierung der erreichten Standards. Für die nahe Zukunft ist der Ausbau der überregionalen Pressearbeit für ausgewählte Ereignisse geplant. Für den städtischen Internetauftritt steht der nächste Relaunch voraussichtlich im Jahr 2007 an.

¹ Hochrechnung aus den Werten eines älteren Statistikprogrammes

Kompetenz-Center Umweltbeauftragte und Bürgerschaftliches Engagement

Für eine nachhaltige Entwicklung

Die Organisationseinheit der Umweltbeauftragten wurde auf Beschluss des Gemeinderats 1986 als Ein-Personen-Stabsstelle eingerichtet und dem Baudezernat zugeordnet. Als außerhalb der Ämterorganisation stehende Stelle ist es Aufgabe von Dr. Sybille Hartmann, durch ämterübergreifende Maßnahmen die problemgerechte Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben zu unterstützen und das Bewusstsein in Verwaltung und Öffentlichkeit zu fördern. Je nach politischer Zielsetzung und Haushaltslage arbeitet die Stabsstelle seit ihrer Einrichtung mit unterschiedlichen Schwerpunkten und wechselndem Personalbestand an der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Inhalte sich mehr und mehr vom vorsorgenden Umweltschutz zur übergreifenden nachhaltigen Entwicklung verschoben haben. Von 1995 bis 1998 wurde der Aufgabenbereich und der Personalbestand des Energiebeauftragten mit übernommen, bevor dieser Komplex in die neu zu bildende Einheit des Gebäudemanagements eingegliedert wurde. Von 1998 bis 2004 gehörte zum Aufgabenbereich auch die Abteilungsleitung der Abteilung Landschaft und Umwelt im Stadtplanungsamt. Im Oktober 2004 wurde im Zuge der Verwaltungsreform das Kompetenz-Center Bürgerschaftliches Engagement neu eingerichtet und die Erfüllung dieser Aufgaben mit einem 50%-Stellenanteil der Umweltbeauftragten übertragen. Seitdem sind beide Aufgabenbereiche im Dezernat der Oberbürgermeisterin angesiedelt. Die Spannweite der Aufgaben reicht von der Datenerfassung und Koordination der Maßnahmen in Rahmen des Luftreinhalteplans über die Unterstützung der Landwirte bei der Schaffung einer gentechnikfreien Anbau-region Neckar-Alb bis zur Organisation des jährlichen Gebrauchtwarentauschtags, von der Einführung des Ökokontos in der Bauleitplanung über die Erfassung und Bewertung von Schadstoffen in öffentlichen Gebäuden bis zur Projektleitung im EU-Projekt ECOCITY, von der Betreuung des Öko-Audit-Konvois für sechs Tübinger Betriebe bis zur Weiterführung des Leitlinienprozesses im EU-Projekt MUE-25 „Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“, von der Organisation von Beteiligungsverfahren im Rahmen der Stadtentwicklung bis zur Förderung der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements.

Dies macht folgende Auswahl an Arbeitsfeldern der letzten Jahre deutlich:

Lokale Agenda

Gemeinsam mit verschiedenen Organisationen und Institutionen hat die Umweltbeauftragte im April 1997 einen Initiativkreis Lokale Agenda Tübingen 21 gegründet, um einen Agenda-Prozess für und in Tübingen anzustoßen. Mit der Arbeit an einer gemeinsamen Broschüre über den Agenda-Prozess und die Projektarbeit an den Agenda-Tischen ist es gelungen, auf der bürgerschaftlichen Ebene die vielfältigen Aktivitäten im sozialen und kirchlichen Bereich, im Bereich der Unterstützung der Dritte-Welt-Länder und im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes in einem ersten Ansatz miteinander zu vernetzen und Berührungspunkte zu finden. So initiierte der Agenda-Tisch Handel die faire Altkleidersammlung für Tübingen, der Landnutzungs-Tisch brachte gemeinsam mit Landwirten und Metzgern die „Tübinger Stocherstange“, eine Altkuhsalami zur Schließung regionaler Produktkreisläufe auf den Markt. Andere Tische erforschten die Hintergründe für die Armut in und um Tübingen, stellten eine Projektpartnerschaft mit Villa el Salvador in Peru auf die Beine und befragten die Bewohner der Tübinger Nordstadt zu ihren Wünschen und Problemen als Grundlage für eine zukunftsfähige Nordstadtentwicklung. Angestoßen und koordiniert von der Umweltbeauftragten entwickelte der Mittelhangzonen-Tisch Lösungsansätze für eine tragfähige Bewirtschaftung des Gebiets „Käsenbach-Öhler“. Mit dem Beschluss des Tübinger Gemeinderats vom 18. Oktober 1998 bekam der Agendaprozess auch die notwendige



politische Unterstützung. Damit wurde er Grundlage und gleichzeitig auch Motor für den Leitbildprozess zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Zur Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses wurde in der Verwaltung eine dezernatsübergreifende Projektgruppe unter Federführung der Umweltbeauftragten eingerichtet. Ein Workshop im September 1999 befasste sich dann mit Unterstützung der Landesanstalt für Umweltschutz und der Akademie für Technikfolgenabschätzung in einem ersten Schritt mit dem Rollenverständnis der Akteure bei der Entwicklung von Leitbildern. Vertretungen aus der Verwaltung, dem Gemeinderat und den Agenda-Tischen diskutierten und klärten die Erwartungen, die die jeweilige Gruppe an die anderen Prozessbeteiligten stellte. Im weiteren Verfahren lag die Priorität bei der Vorbereitung des „Leitlinienprozess nachhaltige Stadtentwicklung“, so dass die Agenda-Projektgruppe aufgelöst und die weitere Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Beteiligungsstrukturen erst einmal zurückgestellt wurde. Mit der Broschüre „Bausteine zur Stadtentwicklung 12“ legte die Verwaltung für die Auftaktveranstaltung des Leitlinienprozesses die im Gemeinderatsbeschluss geforderte „Analyse der örtlichen Situation mit ihren Stärken und Schwächen“ vor. Die umfangreiche Broschüre enthält neben den in der Verwaltung ausgearbeiteten Informationen auch eine Zusammenstellung der Projekte der bürgerschaftlichen Agenda-Tische. Die Leitlinien nachhaltige Stadtentwicklung, die im Wechselspiel zwischen den bürgerschaftlichen Arbeitsgruppen und dem repräsentativ besetzten Forum erarbeitet und formuliert wurden, entsprechen mit ihrer engagierten Bürgerbeteiligung während des Arbeitsprozesses bereits einem wesentlichen Kriterium des Agenda-21-Prozesses.

Erfolgreiche Agendaprojekte in den Jahren nach Abschluss des Leitbildprozesses sind die Einrichtung einer unabhängigen Patientenberatungsstelle, der Einkaufsführer für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen „Salat, Shampoo und Sonnenenergie“ oder die „Klima-Kiste“ für den Schulunterricht. Gemeinsam mit dem BüroAktiv ist die Umweltbeauftragte, gerade auch in ihrer Doppelfunktion als Kompetenzzentrum bürgerschaftliches Engagement, weiterhin Ansprechpartnerin für die im Agenda-Prozess aktiven Bürgerinnen und Bürger.

Klimaschutz

Seit 1993 ist Tübingen Mitglied des „Klimabündnis / Allianz del Clima e.V.“ Mit dem zweiten Klimaschutzbericht wur-

den 2001 sowohl die Entwicklung klimarelevanter Daten seit 1994 als auch die Umsetzung des Maßnahmenplans von 1996 bilanziert. Der dritte Klimaschutzbericht wird Anfang des Jahres 2007 vorgelegt. Die Daten zeigen, dass trotz aller Anstrengungen noch keine deutliche Reduktion des Kohlendioxidausstoßes erreicht werden konnte. Um die Ziele des Klimabündnisses zu erreichen, müssen in Tübingen noch intensiver als bisher alle Möglichkeiten zur nachhaltigen Kohlendioxidreduktion ergriffen werden. Eine dieser Möglichkeiten ist der von der Umweltbeauftragten koordinierte Klima-Tisch, der sich in Verbindung mit dem Agenda-21-Prozess im Herbst 1997 konstituiert hat. Unter Mitwirkung vieler Gruppen, Einzelpersonen und Institutionen wurde in eigenen Projekten der Klimaschutz aktiv gefördert. Das bekannteste Projekt des Klima-Tisches ist das Projekt „Altbau mit Zukunft“, eine „Motivierungskampagne zur klimagerechten Gebäudesanierung“, die vom Land Baden-Württemberg 2001 mit einem Zuschuss von 35.000,- DM gefördert wurde.



Aus der Zusammenarbeit an diesem Tisch ist auch die zum 01.10.2002 gegründete „Kooperation zum WÄRMEPASS im Kreis Tübingen“ hervorgegangen, die von einer breiten Mitgliedschaft von Handwerkern, Architekten, Planern, den Stadtwerken Tübingen, Mössingen und Rottenburg und den Städten Tübingen und Rottenburg getragen wird. In der von der Kooperation getragenen Beratungsstelle zum WÄRMEPASS und zur Gebäudesanierung im Umweltzentrum Tübingen konnten seitdem durchschnittlich 90 Hausbesitzer pro Jahr über die klimagerechte Gebäudesanierung und den Erwerb des Tübinger WÄRMEPASSES informiert werden. Seit Einführung des Tübinger WÄRMEPASSES 1996 als Bestandteil des Tübinger Maßnahmenplans zum Klimaschutz konnten insgesamt 51 Wärmepässe ausgestellt werden, mit denen eine jährliche CO₂-Einsparung von gut 580.000 kg CO₂ dokumentiert werden kann. Für das Jahr 2007 strebt die Kooperation in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Tübingen und der FH Rottenburg die Gründung einer „regionalen Energieagentur“ nach dem Landesförderprogramm Klimaschutz-Plus an, um die Förderung und Aktivierung von Klimaschutzmaßnahmen auf eine breitere Basis zu stellen. Mit der Förderung des Klima-Tisches im Rahmen der bun-

desweiten Aktion „Wärme von der Sonne“ konnte im Jahr 2006 neben der Energieeinsparung auch die verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien intensiver beworben werden.

Anlagenpark

Gemeinsam mit dem Planungsamt hat die Umweltbeauftragte im Juni 2000 einen Antrag bei der Stiftung Naturschutzfonds eingereicht und eine Projektförderung von 80.000 DM für erste Schritte zur Umgestaltung des Anlagenparks zum Naturerlebnispark erhalten. Zur Ausgestaltung der Ideen im Rahmen einer breiten Bürgerbeteiligung wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet, zwei konkrete Projektgruppen zur Einrichtung eines grünen Klassenzimmers und zur Renaturierung des westlichen Seeufers sowie ein Agenda-Tisch, an dem Perspektiven für den Gesamtpark entwickelt wurden. Während Klassenzimmer und Uferrenaturierung weitgehend im Konsens entwickelt und umgesetzt werden konnten, machte das Beteiligungsverfahren neben vielen Ideen auch die weit auseinander liegenden Vorstellungen über die verträgliche Anzahl der Schwäne auf dem Anlagensee deutlich. Nachdem in vielen Gesprächen kein Einvernehmen mit den Schwanenpatinnen über den richtigen Weg gefunden werden konnte, wurden im Herbst 2002



mit Zustimmung des Gemeinderats in einer spektakulären Aktion alle Schwäne auf dem See eingefangen und nach dem Ablassen des Wassers für eine Winterung des Anlagensees auf dem Neckar freigelassen. Da die verletzten oder behinderten Schwäne an Pflegestellen außerhalb von Tübingen vermittelt wurden, konnte anschließend ein Fütterungsverbot am See durchgesetzt werden. Seitdem haben sich die Wasserqualität und die Sauberkeit im Park deutlich verbessert. Im nächsten Schritt soll jetzt die Neukonzeption des Gesamtparks wieder aufgegriffen werden, um unter anderem auch der Tübinger Sommerinsel der TUGast nach dem Umzug von der Platanenallee in den Park ein attraktives Umfeld zu ermöglichen.

Mobilfunk

Rechtliche Grundlage der Standortentscheidung für eine Mobilfunkbasisstation sind die in der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz festgelegten Grenzwerte. Da diese Grenzwerte heftig umstritten sind, werden seit 1999 unter Federführung der Umweltbeauftragten die Standortwünsche der Netzbetreiber koordiniert, um einen weitergehenden vorsorgenden Gesundheitsschutz zu erreichen. Mit Hilfe von Ausbreitungsberechnungen und Regelungen in den Verträgen zur Nutzung städtischer oder stadtwirkeigentlicher Grundstücke ist es gelungen, Standorte für Basisstationen der GSM-Netze zu finden, bei denen die elektromagnetische Belastung der Bevölkerung weit unter den Grenzwerten der 26. BImSchV liegen.

Auf Vorschlag der Verwaltung hat der Gemeinderat im September 2002 die folgenden Grundsätze beschlossen: Im Sinne der Gesundheitsvorsorge werden den Netzbetreibern von der Verwaltung nur solche Standorte angeboten, an denen in der Umgebung der Anlage im Freien eine Leistungsflussdichte von 100 mW/m² (Schweizer Vorsorgewert) und innerhalb der Gebäude eine Leistungsflussdichte von 10 mW/m² sicher unterschritten werden können. Eine weitest mögliche Unterschreitung dieser Vorsorgewerte wird angestrebt.

Auf der Grundlage dieses Gemeinderatsbeschlusses werden seitdem alle Anfrage der Netzbetreiber zu neuen UMTS-Standorten in den zuständigen Ortschaftsräten bzw. Ortsbeiräten behandelt. Da mit Hilfe von Ausbreitungsberechnungen die Einhaltung der Vorsorgewerte nachgewiesen werden kann, hat es seitdem keine grundsätzlichen Konflikte bei der Standortauswahl mehr gegeben. Ende 2006 sind in der Kernstadt und den Stadtteilen an insgesamt 35 Standorten Mobilfunksendeanlagen installiert.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Neben der Steuerung und Unterstützung von Beteiligungsverfahren gehört auch die gezielte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere die Entwicklung einer Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement sowie die Förderung und Unterstützung der Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen, Vereinen und Institutionen zu den Aufgaben des neuen Kompetenzzentrums. Seit Dezember 2004 sind die ehrenamtlichen Vorstände und die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen der Vereine Sozialforum



und BüroAktiv mit dem Kompetenz-Center BE im Gespräch mit dem Ziel, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Tübingen nach außen und innen klarer und damit auch effizienter zu gestalten. In einem ersten Schritt Anfang 2005 wurden in einer Synopse Ziele, Aufgaben, Organisationsstruktur, Finanzen, Räume und Infrastruktur der Beteiligten erhoben. In diese Synopse und die weiteren Arbeiten wurden auf Grund der organisatorischen und personellen Verflechtung auch das Koordinationstreffen der Tübinger Behindertengruppen sowie der Club für Behinderte und ihre Freunde einbezogen. Im zweiten Schritt wurden die Stärken und Schwächen der Ist-Situation den Chancen und Risiken einer zukünftigen engeren Kooperation und Zusammenarbeit gegenüber gestellt. Diese beiden Papiere waren Grundlage für den dritten Schritt, einen gemeinsamen Workshop im September 2005, der unter dem Titel „Gemeinsam engagiert für Tübingen“ vom Sozialministerium als kommunaler Entwicklungsbaustein gefördert wurde. Auf dieser Basis war es möglich, im vierten, sehr wichtigen Schritt von den Mitgliederversammlungen beider Vereine im Dezember 2005 die Zustimmung zu erhalten, auf dem Weg der Veränderung beider Vereine weiter zu gehen und an einer gemeinsamen Struktur zu arbeiten. Der Umzug des Sozialforums in die Fruchtschranne fördert die im Aufbau befindliche Kooperation mit dem BüroAktiv und wird in Zukunft

die Ansprechbarkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger erleichtern.

Gemeinsam mit dem Stadtseniorenrat, der Hirsch-Begegnungsstätte für Ältere, dem BüroAktiv und dem Sozialforum wurde in einer Arbeitsgruppe mit dem Kompetenz-Center eine Neukonzeption für den Freiwilligentag entwickelt. Motiviert durch den Erfolg des Freiwilligentags 2005 in der Aula der Albert-Schweitzer-Realschule arbeitet seitdem eine Arbeitsgruppe an Ideen für die Weiterentwicklung der Anerkennungskultur in Tübingen. Zur Umsetzung bereit ist die Idee der Spielplatz-Patenschaften, mit denen das Miteinander von Spielplatzinitiativen und Stadtverwaltung auf eine für beide Seiten verlässliche Grundlage gestellt wird. Der Gemeinderat hat im November 2006 dem vom Kompetenz-Center in Zusammenarbeit mit Elterninitiativen entwickelten Vertragsmuster zugestimmt.

Um weitere Menschen für bürgerschaftliches Engagement zu begeistern und ihnen das dafür notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben, wurde im Rahmen der Ausbildung zur Bürgermentorentrainerin zusammen mit dem BüroAktiv der dritte Bürgermentorenkurs mit 14 Teilnehmenden durchgeführt. Für einen nächsten Kurs haben sich bereits genügend Interessierte vormerken lassen.

Kompetenz-Center Frauenbeauftragte

Verfassungsauftrag

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“. Diese Formulierung aus Art. 3 des Grundgesetzes ist keine Beschreibung eines bereits gegebenen Zustandes. Mit der Erweiterung des Grundgesetzartikels von 1994 ist deshalb der Staat ausdrücklich in die Pflicht genommen, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken“. Auch die Kommunen haben hier ihren Beitrag zu leisten. Das Amt der kommunalen Frauenbeauftragten ist geschaffen worden, um „vor Ort“ gezielt für die Verwirklichung des grundgesetzlichen Postulats der Gleichberechtigung zu arbeiten.

Theorie und Praxis

Zwischen dem allgemeinen Verfassungsauftrag und den konkreten Maßnahmen auf kommunaler Ebene ist Übersetzungsarbeit notwendig. Auf welchen Feldern sie getätigt werden muss, lässt sich nicht allgemein gültig festschreiben. Stets muss sie für Formen der Benachteiligung aufmerksam sein, die bisher zu wenig beachtet worden sind, wie zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die geschlechtsspezifische Berufswahl von jungen Frauen. Sie hat Rahmenbedingungen zu fördern, unter denen Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der Geschlechter erst möglich werden. Dies macht die Tätigkeit der Frauenbeauftragten innerhalb der städtischen Verwaltung in besonderem Maße zu einer Querschnittsaufgabe.

Gleichstellungsarbeit und Networking

Mit diesem Querschnittprofil entspricht das Amt der Frauenbeauftragten der Art und Weise, wie die Durchsetzung von Gleichberechtigung in der Gesellschaft erfolgt. Diesem Ziel wird in der Gesellschaft von unterschiedlichen Personen und Gruppen und von verschiedensten Orten aus gearbeitet. Insgesamt ergibt sich das Bild einer lebendigen und sich nach vielen Richtungen verzweigenden Netzwerkstruktur.

Frauenarbeit ist Kooperationsarbeit

Die Tübinger Landschaft ist geprägt von einem regen sozialpolitischen und gesellschaftlichen Vereins- und Organisationsleben. Diese Vielfalt spiegelt sich auch in den zahlreichen Projekten von Frauen wieder, zwischen denen sich

wiederum unterschiedlichste Verbindungen hergestellt haben. Die Frauenbeauftragte hat bei vielen Gelegenheiten mit diesen Projekten zusammengearbeitet und an der Herstellung von Querverbindungen mitgewirkt. So fand 1999 unter dem Titel „Die Zeit ist reif ... Erfahrungen, Entwicklungen und gemeinsame Perspektiven für die Arbeit von Frauen für Frauen und Mädchen in Tübingen“ ein Workshop für engagierte Frauen statt. Aus dem Grundgedanken, dass Frauenarbeit sich wesentlich durch Kooperationsarbeit vollzieht, ist während dieses Workshops die Idee eines Frauenprojektehauses entstanden.

Frauenprojektehaus

Das Ziel einer solchen Einrichtung ist es, Synergieeffekte zu erzielen. Die über viele Jahre hinweg gewachsenen Projektstrukturen sind räumlich zusammengeführt, um auf diese Weise vorhandene Ressourcen und Kräfte bündeln und gemeinsam öffentliche Präsenz erreichen zu können. Zu diesem Zweck hat sich im September 2001 der gemeinnützige Verein Frauenprojektehaus e.V. konstituiert, dessen Beirat die Frauenbeauftragte angehört. Die GWG hat sich bereit erklärt, ein Gebäude in der Weberstraße zu einer entsprechenden Nutzung an den Verein zu vermieten. Das Gebäude, das rollstuhlgerecht umgebaut ist, wurde im Sommer 2004 bezugsfertig. Mieterinnen sind folgenden Projekte und Vereine: Mädchentreff e.V., Tübinger Initiative für Mädchenarbeit e.V. (TIMA), Beratungsstelle von Frauen helfen Frauen e.V., NoFra – Notruffrauen gegen sexualisierte Gewalt e.V., Frauenverband Courage e.V. Ortsgruppe Tübingen, Frauencafé Tübingen e.V., Frauenkrisenhaus e.V.

Projektmanagement

Insgesamt markieren die Anstrengungen um die Schaffung des Frauenprojektehauses eine neue Phase der Entwicklung von Frauenpolitik in Tübingen. Es geht darum, die gewachsenen Aktivitäten zu konsolidieren, sie fortzugestalten und für die neuen Herausforderungen der Zukunft bereit zu machen.

Ein Handlungsfeld: Gewalt gegen Frauen

Eines der zentralen Themen, das sich auch in den einzelnen Initiativen des Frauenprojektehauses niederschlägt, bleibt das Thema der Gewalt. Ihm sind verschiedene Veranstaltungen und Kooperationen der Frauenbeauftragten gewidmet.



Frauenprojektehaus in Tübingen, Weberstraße 8

Verschiedene Formen der Gewalt

Eine Gewaltform ist die durch Krieg und gesamtgesellschaftliche Machtverhältnisse verursachten Gewalt. Zu diesem Bereich wurde in Zusammenarbeit mit der Tübinger vhs eine Veranstaltung zum Thema „Frauen auf der Flucht“ organisiert. Ein anderes Beispiel sind die seit 2001 gemeinsam mit TERRE DES FEMMES veranstalteten Filmwochen „einBlicke in FrauenWelten“. Diese Filmreihe, die anlässlich des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen“ durchgeführt wird, macht deutlich, dass der Widerstand gegen die an Frauen verübte Gewalt von der Umsetzung und Verteidigung von Menschenrechten nicht zu trennen sind. Die Kooperation mit TERRE DES FEMMES wird fortgeführt.

Ein anderes Feld sind die Interventions- und Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt, wie sie im alltäglichen Zusammenleben von Männern und Frauen stattfinden kann. Neben der Einzelfallberatung, in der betroffene Frauen an die für sie hilfreichen Institutionen und Beratungsstellen weiter vermittelt werden können, hat die Frauenbeauftragte in diesem Bereich bestehende Initiativen unterstützt.

Das Tübinger Interventionsprojekt Häusliche Gewalt

Bedeutung weit über Tübingen hinaus hatte der Modellversuch „Platzverweis für häusliche Gewalttäter“, der vom 1. Juli 2000 – 30. Juni 2001 durchgeführt worden und im Tübinger Interventionsprojekt Häusliche Gewalt (T.I.P.) veran-

kert worden ist. Ergebnisse des Projektes wurden auf der Fachtagung Platzverweis – Intervention – Kooperation am 6. Juli 2001 vorgestellt und in einer umfangreichen Broschüre dokumentiert. Die Frauenbeauftragte ist im Rahmen dieses Projektes vor allem konzeptionell und moderierend tätig. Das Projekt leistet eine Vernetzung von Fachleuten unterschiedlicher Organisationen. Sein vorrangiges Ziel ist, den Opferschutz in den Mittelpunkt der Interventionsarbeit zu stellen. Seit 2006 ist eine Koordinierungsstelle und eine neue Gesamtstruktur für die Gewaltschutzarbeit geschaffen.

Die Gleichstellungsstelle im Kontext der Verwaltungsreform

Bei der Verwirklichung von Gleichberechtigung innerhalb der Verwaltung wurden in den letzten Jahren neue Möglichkeiten und Instrumente hinzugewonnen. Neben den traditionellen Wegen der verwaltungsinternen Sicherung von Gleichstellung, die der Frauenbeauftragten zur Verfügung stehen – etwa als Ansprechpartnerin für frauenspezifische Probleme der Mitarbeiterinnen, mit der Teilnahme an Bewerbungsgesprächen oder mit der Fortschreibung des Frauenförderplans – sind im Zuge der Verwaltungsreform neue Handlungsmöglichkeiten entstanden, wie etwa der Bereich der Fort- und Weiterbildung und Personalentwicklung mit Ansätzen von Gender Mainstreaming.

Führungsunterstützung

Die Führungsunterstützung (FU) ist eine kleine, hochqualifizierte Organisationseinheit, die zur Unterstützung und Beratung der Verwaltungsführung in Fragen der geänderten Anforderungen an eine moderne Stadtverwaltung im Oktober 2004 eingerichtet wurde. Schwerpunktthemen sind die Weiterentwicklung der Verwaltungsreform nach dem Neuen Steuerungsmodell, die strategische Personal- und Organisationsentwicklung mit dem Anspruch, eine effektive und effiziente Aufbau- und Ablauforganisation zu schaffen und das Controlling mit einem aussagefähigen Berichtswesen für eine wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung. Die FU erhält Ziele und Vorgaben ausschließlich von der Verwaltungsführung und bereitet Entscheidungen vor. Sie besitzt keine direkten Weisungs- oder Eingriffsrechte in die Fachbereiche und übernimmt in Abstimmung mit der Verwaltungsspitze eine zentrale Aufgabe im gesamten Steuerungsprozess.

Schlank und effizient – die Verwaltungsreform

„Es hat sich ein Klima der Reform in der Denkweise unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt. Die kritische Auseinandersetzung mit den künftigen Aufgaben unserer Stadt..., betriebswirtschaftliches Denken und Kostenbewusstsein und die Bereitschaft, flexibel auf Veränderungen zu reagieren... sind unverkennbar.“

Mit dieser Erkenntnis schließt der Verwaltungsbericht 1991 – 1998. Dieses erwachende Reformbewußtsein galt es aufzugreifen und mit der Phase II der Verwaltungsreform auszubauen. Der Start ist gelungen. Nach dem Wechsel in der Verwaltungsspitze kam neue Dynamik in den Reformprozess. Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer hat unmittelbar nach ihrem Amtsantritt die Projektgruppe VERWALTUNGSREFORM wieder aktiviert und den Auftrag erteilt, den eingeschlagenen „Tübinger Weg“ fortzusetzen. Mit Edda Rosenfeld (Frauenbeauftragte, Personalentwicklung), Uta Schwarz-Österreicher, (Leiterin des Sozialamtes), Jochen Großhans (Leiter des Hauptamtes), Berthold Rein (Leiter der Stadtkämmerei) und Gerhard Ohme (Leiter des Schul- und Sportamtes) wurde die unter 008 agierende Verwaltungsreformgruppe gestärkt. Mit von der Partie blieben Albert Füger (Leiter des Tiefbauamtes und zwischenzeitlich auch Betriebsleiter von EBT und SBT), Wilfried Raiser (stv. Leiter des Ordnungsamtes) und Richard Heß (zwischenzeitlich Leiter des Rechnungsprüfungsamtes), der nach dem Ausscheiden von Mi-

chael Lucke mit der Leitung der Projektgruppe betraut wurde. Die Oberbürgermeisterin stellte den Reformprozess unter folgende Zielvorgaben:

Ziel der Phase II der Verwaltungsreform ist der weitere Umbau der Stadtverwaltung in eine Organisation, die

- Bürgerorientierung als einen wichtigen Grundsatz in den Mittelpunkt stellt und die politische Führung durch die demokratisch gewählten Gremien achtet,
- sich als moderner Dienstleister versteht, der effektiv und effizient arbeitet und für Kostentransparenz sorgt,
- sich der Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst ist und kooperativ führt.

Eine Akzeptanz der Reformbemühungen entstand für die Mitarbeiterorientierung, die nunmehr ihren Schwerpunkt in der Personalentwicklung und Fortbildung sah und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine wichtige Voraussetzung und Grundlage darstellte, sich aktiv am Reformprozess zu beteiligen. Damit sollte künftig Umbau vor (Personal-)Abbau stehen. Diese Entlastung für den Prozess wurde uns seit dem Haushaltsjahr 2002 wieder genommen. Die Verwaltungsreform stand erneut auf dem Prüfstand, welchen Beitrag sie zur Konsolidierung der sich drastisch verschlechterten Finanzlage leisten könne. Zielvorgabe war eine Effizienzsteigerung von 5 – 10 Prozent, die sowohl auf der Ausgabe- bzw. Einnahmeseite erbracht werden konnte, als auch in Bezug auf die Qualitätssteigerung der Aufgabenerfüllung; so konnten Sparpotentiale auch zur Stärkung wichtiger Aufgaben „umgeschichtet“ werden, wie zum Beispiel für die Einrichtung eines Kompetenz-Centers Bürgerschaftliches Engagement oder auch der Führungsunterstützung im Jahre 2004.

Die Schwerpunktthemen der Verwaltungsreform

Die Projektgruppe-VERWALTUNGSREFORM hat sich in ihrer ersten Arbeitssitzung am 10.12.1999 auf nachfolgende acht Schwerpunktthemen geeinigt, die in Teilprojekten (TP 1 – 8) mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet werden sollten:

- Personalentwicklung (TP 1) mit den Themen Arbeitsplatzsicherheit, Fortbildung, Motivation, Leistungsanreize, Mitarbeitergespräche. Ziel dieses Projektes ist ein Personalentwicklungskonzept

- Controlling und Berichtswesen (TP 2) mit dem Auftrag, ein Konzept für ein künftiges Berichtswesen unter Einsatz von SAP R/3 -ISPS vorzulegen
- Bürgeramt (TP 3) mit dem Anspruch, ein Konzept für die Einrichtung eines Bürgeramtes in der alten Albert-Schweitzer-Realschule zu erarbeiten, mit den dazugehörigen Serviceleistungen
- Aufbauorganisation (TP 4) mit dem Ziel, eine Vision über den künftigen Aufbau der Stadtverwaltung zu schaffen und dabei Kriterien für die Beurteilung effizienter Strukturen festzulegen
- Ablauforganisation (TP 5), mit den Schwerpunkten Geschäftsprozessoptimierung, Vorschlagswesen und Qualitätsmanagement
- Sicherstellung des Informationsflusses (TP 6) über den Reformprozess mit begleitenden Maßnahmen, insbesondere die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Einbindung des Gemeinderates
- Aufgabenanalyse (TP 7), genauer Analyse der Aufgabenpalette und ihre Effektivität
- Gebäudewirtschaft (TP 8), diese Projektarbeit bestand schon und sollte fortgesetzt werden.

Betroffene zu Beteiligten machen

Nach dem Motto von Christoph Kolumbus „nur wer sich auf den Weg macht, kann neue Welten und ungeahnte Möglichkeiten entdecken“ machten sich die Projektgruppen an die Arbeit und mehr als 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sahen eine Herausforderung und gleichfalls Chance darin, sich aktiv am Reformprozess zu beteiligen. Leitgedanke im Reformprozess blieb „Betroffene zu Beteiligten zu machen“ und die Projektarbeit von unten nach oben zu gestalten.



ten. Eine Vereinbarung mit dem Personalrat schloss betriebsbedingte Kündigungen aus.

Vision 2010 – das Zukunftsmodell der Stadtverwaltung

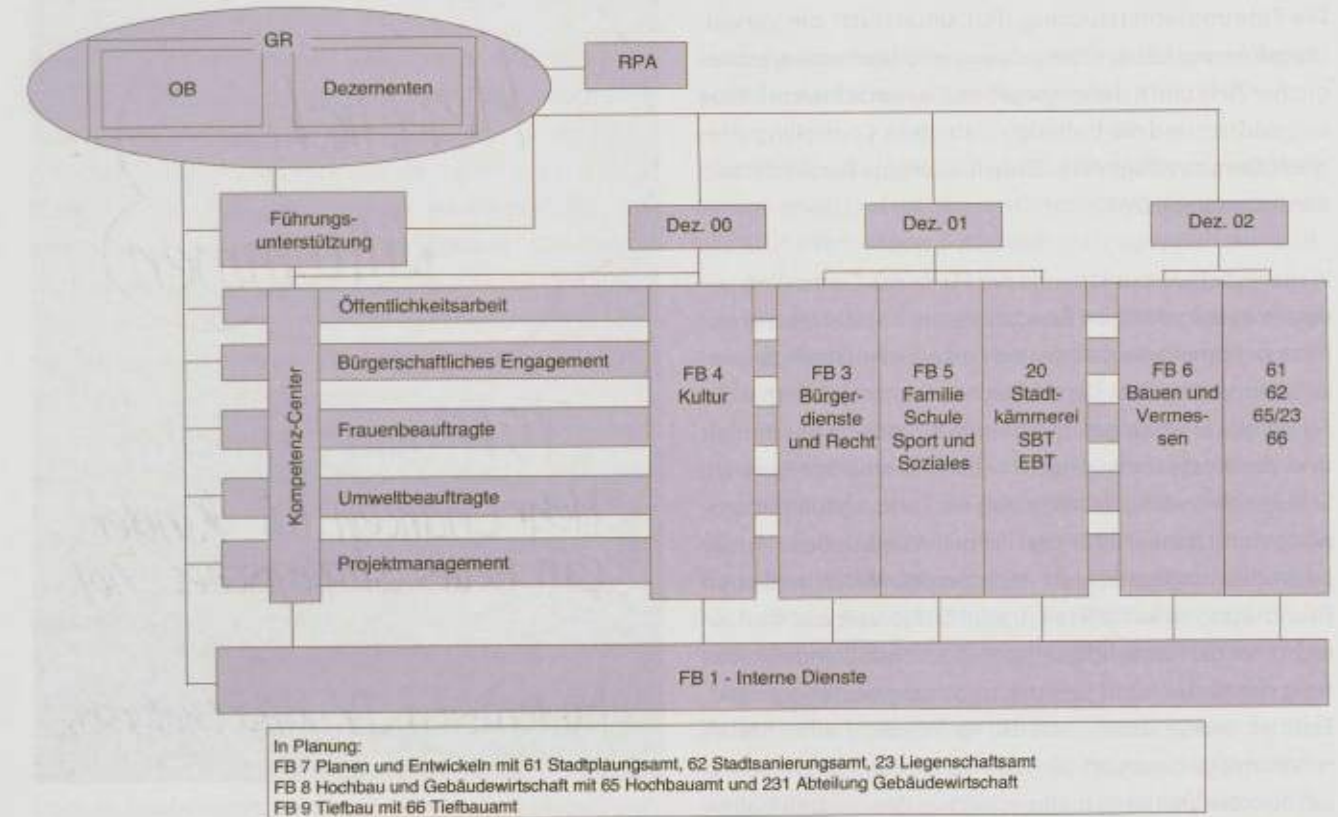
Das Teilprojekt 4 – Aufbauorganisation entwickelte sich zu dem schwierigsten und auch brisantesten Thema, denn dort würde sich die Verwaltung am sichtbarsten verändern und in das Arbeitsumfeld vieler Kolleginnen und Kollegen eingreifen. Eine Reform sollte nach dem Prinzip „win/win“ erfolgen. Eine Realisierung ganz ohne Kritik oder Ablehnung ist jedoch kaum möglich. Hauptursache kann in schlechter Kommunikation oder Unterbrechung des Informationsflusses liegen. Die vielfältigen Angebote der Projektgruppe Informationsfluss – u.a. ein Rathausfest, bei dem die jeweiligen Teilprojekte vorgestellt und diskutiert wurden, schaffte begrenzt Abhilfe. Schnell wurde ein Bedarf an externer Begleitung deutlich. Der Gemeinderat befürwortete die Beauftragung von Arthur Andersen, ein Beratungsunternehmen mit Kompetenz und Erfahrung speziell im Öffentlichen Sektor.

Nach neunmonatiger Projektarbeit stellte die Verwaltung dem Lenkungsausschuss ein Organisationsmodell mit dem Namen „Prozessorientierte Matrixorganisation“ vor mit flexiblen Komponenten für die künftigen Herausforderungen einer Kommunalverwaltung. Die nebenstehende Grafik (Stand 12/2006) verdeutlicht die Struktur, die der Gemeinderat in seinen wesentlichen Komponenten am 28. Januar 2002 beschlossen hat.

Geprägt ist das neue Organisationsmodell von vier Elementen: Zunächst die Fachbereiche, die als größere Einheiten die wesentlichen Kernprozesse vereinen und die Leistungen „aus einer Hand“ anbieten sollen; dabei verwalten sie ihr Budget in dezentraler Ressourcenverantwortung weitgehend selbständig. Gleichzeitig unterliegen sie einem Steuerungskreislauf, der die Zielvorgaben und ihre Erreichung über ein aussagefähiges Controlling und Berichtswesen sicherstellen soll. Dann die Führungsunterstützung; sie hat den Auftrag, die notwendigen Steuerungsinstrumente zu schaffen und ein Zielesystem ausgehend von den strategischen Zielen der Stadtverwaltung aufzubauen. Sie hat ebenso den Auftrag, Grundlagen und Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die ein reibungsloses Zusammenspiel der Elemente sicherstellt. Die Matrixorganisation in Form der Kompetenz-Center bildet das flexible Element des Modells. In den Kompetenz-Centern sollen Themen abgebildet werden, die für die Stadt Tübingen aus strategisch-politischen Gründen

Neues Organisationsmodell der Stadtverwaltung Tübingen

Stand: 12/2006



PMO-Stand-20061213

Erstellt: He9008

eine besondere Rolle spielen. Diese in erster Linie auf die Bürgerschaft gerichteten Themen sollen in der Organisationsstruktur „sichtbar“ sein und können auch temporär ausgebildet werden. Das vierte Element sind die Entscheidungsträger, also die Verwaltungsführung mit OBM und Dezernenten und der Gemeinderat mit seinen Ausschüssen.

Nicht nur der Aufbau, sondern insbesondere die Abläufe in einer Verwaltung sind für deren Effizienz entscheidend. Deshalb wurden seit April 2002 die wichtigsten Kernprozesse der Verwaltung untersucht und die Erkenntnisse in die Optimierung des Organisationsmodells eingespeist. Ende 2006 wurde dieser Prozess (weitgehend) abgeschlossen und die vier Kernelemente des neuen Organisationsmodells: Verwaltungsführung, Führungsunterstützung, Kompetenz-Center und Fachbereiche bestätigt. Die Abbildung 2 stellt in der Zusammenfassung den derzeitigen Stand der Fachbereiche und ihrer Fachabteilungen dar. Die gemeinderätlichen Beschlüsse für die Fachbereiche 7 bis 9 stehen noch aus.

Danach wurden aus 14 Ämtern sieben Fachbereiche gebildet (ohne Kulturamt und Stadtkämmerei). Im Ergebnis konnte die Zielvorgabe einer Effizienzsteigerung von fünf bis

zehn Prozent erfüllt werden. Mit der Bildung der größeren Fachbereiche fielen auch Amtsleitungsstellen weg, ein wichtiges Signal für die Akzeptanz einschneidender Sparmaßnahmen, die somit auf allen Schultern verteilt wurden. Die Verwaltung erwartet insgesamt einen Konsolidierungsbeitrag durch die Optimierung von Organisation und Abläufen von rund 2 Mio. Euro oder fünf Prozent der Personalkosten.

Die Vision 2010 ist der wichtigste Bestandteil unserer Verwaltungsreform und Orientierungshilfe für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Verwaltungsreform ist in ihrer Evolution und Dynamik unumkehrbar und unerlässlicher Bestandteil der notwendigen Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, um für die künftigen Herausforderungen gerüstet zu sein. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen sich in der neuen Organisation wiederfinden und Chancen für ihre eigene Entwicklung erkennen. Der Reformprozess wird deshalb in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) münden. Somit kann sich die Verwaltung optimal den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen anpassen. Beispielsweise wird das eGovernment uns vor noch nicht abschätzbare Herausforderungen stellen und eine ständige Neuausrichtung der Verwaltung erfordern.

Die Führungsunterstützung und ihre Aufgaben

Die Führungsunterstützung (FU), unterstützt die Verwaltungsführung bei der Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele und Rahmenvorgaben. Sie wurde im Jahre 2004 eingerichtet und die bisherige Stabsstelle Controlling integriert. Damit verfügt diese Einheit über eine Personalstärke von insgesamt 4,5 AK.

Weiteres Schwerpunktthema der FU ist das Controlling mit einem aussagefähigen Berichtswesen. Kostentransparenz führt zu Kostenbewusstsein und Kostenbewusstsein zu wirtschaftlichem Handeln. In zahlreichen Pilotprojekten hat die FU bereits Erfahrungen mit diesem Grundsatz gesammelt und das Kostenbewusstsein sensibilisiert (Kiga-Bereich, Schulen, Bußgeld). Die Änderung der Landesgebührenordnung zum 1. Januar 2007 und die damit verbundene Vorgabe, Verwaltungsgebühren nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu kalkulieren (u.a. im Bürgeramt und im Bauamt), hat die Notwendigkeit einer flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung weiter gestärkt. Erstmals wurde dabei auch die Verrechnung einer Steuerumlage diskutiert, die auch die „Kosten der Demokratie“, also die Kosten gemeinderätlicher Gremien, enthalten soll. Für die Sinnfälligkeit dieser betriebswirtschaftlichen Vorgehensweise ist noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Aufwand ihrer Anwendung einerseits und der Steuerungsrelevanz und ihrer Wirkung andererseits muss gefunden werden. Der Entwurf der Landesregierung zur Einführung der Kaufmännischen Buchführung (Doppik) in den Kommunalverwaltungen sieht vor, dass Produkte nach dem Kommunalen Produktplan Baden-Württemberg definiert, die Kosten für die Leistungserbringung zugeordnet und mit der Definition von aussagefähigen Kennzahlen der Verwaltung und der Politik steuerungsrelevante Informationen zur Verfügung gestellt werden. Vollendet wird dieser Steuerungskreislauf mit der Vereinbarung von Zielen der Politik mit der Verwaltung über die Ausgestaltung ihres Leistungskataloges. Das Land war bisher nicht in der Lage, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und den Produktplan Baden-Württemberg einzuführen. Im ersten Quartal 2007 werden die Gesetzesänderungen für die Kommunalverwaltungen erwartet.

Eine motivationsorientierte Personalentwicklung muss begleitend sichergestellt werden. In der dezernatsübergreifenden Fort- und Weiterbildung ist ein wichtiger Grundstein gelegt. Die jährlichen Führungsklausuren mit allen Dezernats-, Fachbereichs- und Amtsleitungen bilden mit Themen wie Projekt- und Changemanagement, Teambildung und



Führungsklausur am 17. und 18. Februar 2006

aktuellen Führungsthemen einen weiteren Schwerpunkt der Personalentwicklung.

Schließlich begleitet die FU in Personalunion das Kompetenz-Center Projektmanagement; eine Aufgabe, die aus einer Führungsklausur erwachsen ist und mit Einführung des Projektleitfadens im Mai 2004 die reibungslose und vor allem ergebnisorientierte Projektarbeit in der Verwaltung sicherstellen soll.

Wir wollen eine moderne Stadtverwaltung schaffen, die ihre Ziele und ihr Handeln konsequent an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet, nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt und über politische Zielsetzungen gesteuert wird.

(Aus der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsweisung (AGA) der Stadtverwaltung, Nr. 2.00 – Leitbild)

Fachbereich Interne Dienste

Im Rahmen der städtischen Verwaltungsreform wurden 2003 die ursprünglich in eigenständigen Organisationseinheiten betreuten Aufgaben des Hauptamtes und des Personalamtes gebündelt; es entstand der Fachbereich Interne Dienste mit den Fachabteilungen „Kommunales“, „Personal und Organisation“ und „Informationstechnik“. Gleichzeitig wurde vom Kulturamt die Zuständigkeit für die Austauschmaßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaften und einen Teil der repräsentativen Veranstaltungen in die Fachabteilung „Kommunales“ übernommen.

Der Fachbereich Interne Dienste als typisches Querschnittsamt hat – orientiert an den traditionellen Selbstverwaltungsaufgaben wie auch an den zahlreichen gesetzlich übertragenen Pflichtaufgaben – für ein stabiles Grundgerüst der Stadtverwaltung zu sorgen. Nach außen, also für die Bürgerschaft wahrnehmbar, tritt der Fachbereich Interne Dienste bei der Repräsentation der Stadt, sei es der Glückwunsch an einen Geburtstagsjubilare, die Ehrung besonders verdienter Bürger oder der festliche Empfang besonderer Gäste der Stadt in Erscheinung. So trugen sich im Berichtszeitraum neben zahlreichen anderen Persönlichkeiten Bundespräsident Horst Köhler, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, der britische Premierminister Tony Blair und die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi ins Goldene Buch der Stadt ein. Regelmäßig tritt der Fachbereich Interne Dienste mit der Bürgerschaft direkt in Verbindung, wenn er anstehende Wahlen zu organisieren hat, seien es die Wahlen zu unseren kommunalen Vertretungsorganen (Gemeinderat, Kreistag und Ortschaftsräte) oder unsere Parlamentswahlen auf der Ebene von Land, Bund oder Europa.

Fachabteilung Kommunales

Die Fachabteilung arbeitet dem Hauptverwaltungsorgan der Stadt, dem Gemeinderat mit seinen 48 ehrenamtlichen Mitgliedern organisatorisch ebenso zu wie der Oberbürgermeisterin als Vorsitzende des Gemeinderats und Leiterin der Stadtverwaltung.

Die Geschäftsstelle des Gemeinderats sorgt vom Festlegen des Sitzungskalenders über das Aufstellen der Tagesordnung bis zur Sicherung der Beratungsergebnisse in Sitzungsprotokollen für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Gremienarbeit; dazu werden für die zahlreichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse die Tagesordnungen

erarbeitet, die Beratungsunterlagen für die Sitzungen bereitgestellt und die Niederschriften geführt.

Von „Wahlen und Statistik“ wird die Durchführung von Wahlen organisiert und statistisches Datenmaterial für Bürgerschaft wie für die Verwaltung aufbereitet und zugänglich gemacht.

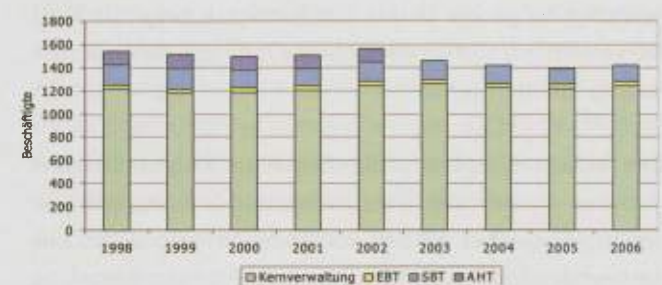
Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadtverwaltung kontrolliert, ob die Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes und andere Datenschutzregelungen (z. B. das Sozialgeheimnis) bei der Stadtverwaltung Tübingen eingehalten werden. Er führt das Verzeichnisse und unterstützt und berät die Ämter und Eigenbetriebe in Fragen des Datenschutzes. Der Datenschutzbeauftragte geht Hinweisen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach, die der Ansicht sind, dass die Stadtverwaltung Tübingen mit ihren Daten nicht rechtmäßig umgeht.

Zu den weiteren Aufgaben gehören unter anderem die Pflege der internationalen Kontakte Tübingens, die Organisation von Empfängen und Ehrungen – darunter auch solche, die von externen Organisationen im Rathaus durchgeführt werden –, Angelegenheiten der Arbeitssicherheit und weitere zentrale Dienstleistungen wie z. B. die Telefonzentrale, Pforte sowie Haus- und Postdienste.

Fachabteilung Personal und Organisation

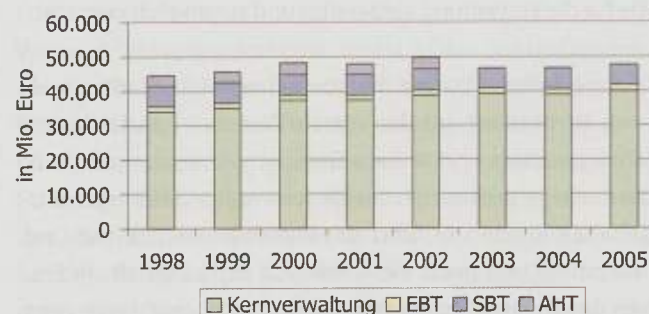
Durch die Zusammenlegung des Hauptamtes und des Personalamtes im Jahr 2004 ist die neue Fachabteilung Personal und Organisation entstanden. Die Arbeitsabläufe der Bereiche Personal und Organisation wurden zusammengeführt und neu strukturiert und somit die Leistungsfähigkeit der Fachabteilung durch die Synergieeffekte gestärkt.

Entwicklung Personalstand



Die Altenhilfe Tübingen GmbH wurde zum 01.01.2002 gegründet. Rund 120 aktive Beschäftigte wurden von der neuen Gesellschaft auf der Grundlage eines Personalüberleitungsvertrags übernommen.

Entwicklung Personalaufwand



Dienstvereinbarungen

Um den Veränderungen in der Stadtverwaltung Rechnung zu tragen und den Beschäftigten Sicherheit zu vermitteln, wurden mehrere Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat abgeschlossen. Beispiele hierfür sind die Dienstvereinbarung zur Begleitung der Verwaltungsreform, die betriebsbedingte Kündigungen ausschließt und die Dienstvereinbarung über das Stellenbesetzungsverfahren. Ferner wurden z. B. die Dienstvereinbarung zur Konfliktlösung und zum Schutz vor Mobbing und die Dienstvereinbarung über die Einführung von Mitarbeitergesprächen abgeschlossen sowie die Dienstvereinbarungen über die Arbeitszeit für die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe dem TVöD angepasst.

TVöD

Die Tarifvertragsparteien haben mit der Einführung des neuen TVöD zum 1. Oktober 2005 das Tarifrecht im öffentlichen Dienst grundlegend neu gestaltet. Wesentliche Ziele sind Stärkung der Effektivität und Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Aufgaben- und Leistungsorientierung, Straffung, Vereinfachung und ein einheitliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiter/-innen.

Die Fachabteilung leitete die ehemaligen Angestellten und Arbeiter/-innen in den neuen Tarifvertrag über, was sehr zeitintensiv war, jedoch mit dem vorhandenen Personal geschultert werden konnte. Die Kündigung der Arbeitszeitregelung

durch den KAV hat im Frühjahr 2006 zu mehreren Streiktagen geführt und endete mit der Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden ab Mai 2006.

Ausbildung

Die Universitätsstadt Tübingen ist Ausbildungsbetrieb. Bis einschließlich 2004 betrug die Zahl der Auszubildenden pro Jahr im Schnitt insgesamt 41. Folgende Ausbildungsberufe wurden bis dahin angeboten:

Gehobener Dienst (1. Jahr)	2
Verwaltungsfachangestellte	12
Wirtschafts-/Verwaltungsinformatiker/in	1
Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste	6
Vermessungstechniker	3
Fachkraft für Abwassertechnik	3
Anerkennungspraktikant/innen im Erzieherinnenbereich	15
Pädagogikstudenten im vorgeschriebenen	
Praxissemester in der Jugendarbeit	2

Der Verwaltungsausschuss hat im Sommer 2004 beschlossen, dass sich die Universitätsstadt Tübingen an den auf Bundes- und Landesebene abgeschlossenen Bündnissen für Ausbildung beteiligt und anstrebt, die Zahl der Auszubildenden ab September 2005 um 20 Prozent (entspricht acht Stellen) zu erhöhen.

Im Herbst 2005 wurde dieser Beschluss wie folgt umgesetzt:

- 2 zusätzliche Verwaltungspraktikanten (Gehobener Dienst 1. Jahr)
- 2 zusätzliche Ausbildungsplätze für Verwaltungsfachangestellte
- 2 zusätzliche Anerkennungspraktikantinnen
- 1 neuer Ausbildungsplatz für eine BA-Studentin Sozialpädagogik
- 1 neuer Ausbildungsplatz für einen BA-Studenten Dienstleistungsmanagement.

Die Zahl der Plätze für ein freiwilliges Soziales Jahr im Erzieher/-innenbereich steigerte sich in den Jahren von 1999 bis 2006 von 15 auf 30. Im Bereich des Gehobenen Dienstes (drittes Jahr) verdoppelte sich die Zahl der Praktikanten von fünf (1999) auf zehn (2006).

Außerdem stellt die Universitätsstadt Tübingen als Kooperationspartner für verschiedene Institutionen zahlreiche Praktikumsplätze zur Berufsorientierung oder Wiedereingliederung zur Verfügung.

Kommunale Verwaltungsschule / Bezirksschule Tübingen

Die im Jahr 1985 gegründete Tübinger Bezirksschule der Verwaltungsschule des Gemeinde- Landkreis- und Städtetags Baden-Württemberg hat sich zur größten Bezirksschule in Baden-Württemberg entwickelt. Einzugsbereich der Schule ist der mittlere Neckarraum und der Schwarzwald. Zwei Mal pro Jahr werden in jeweils zwei Klassen durchschnittlich 60 bis 70 Schüler/-innen auf die Abschlussprüfung des Ausbildungsberufes Verwaltungsfachangestellte/r vorbereitet. Seit dem Frühjahr 2002 wird auch in Tübingen die fachpraktische Abschlussprüfung durchgeführt. Bis zum Jahresende 2006 haben insgesamt 2.050 Schüler/-innen in 72 Klassen die Tübinger Schule besucht.

Stellenbewertungen

Die Kommission für Stellenbewertungen hat in den Jahren 1999 – 2006 in 38 Sitzungen 500 Stellen und Dienstposten bewertet. Schwerpunkte waren die jährliche Überprüfung der Eingruppierung der Leitungsstellen in den Kindertageseinrichtungen, die generelle Neubewertung aller Stellen bei der Stadtkasse sowie die Umsetzung der neuen Organisationsstrukturen der Fachbereiche bei der Stellenbewertung.

Arbeitszeiterfassung

Im Mai 1998 wurde mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung über die elektronische Arbeitszeiterfassung abgeschlossen und der überwiegende Teil der Verwaltungsgebäude konnte mit einem Zeiterfassungssystem ausgestattet werden. Die Beschäftigten können so ihre Arbeitszeit durch Buchung am Terminal nachweisen.

Postbeförderung

Im Jahr 2000 konnte die Stadtverwaltung durch den Wegfall des Briefmonopols der Post mit einem privaten Briefbeförderungsservice einen Vertrag über die Postzustellung abschließen, dessen Zustellgebiet sich zunächst auf die Landkreise Tübingen und Reutlingen erstreckte, zwischenzeitlich aber erweitert wurde. Die Portokosten konnten dadurch deutlich gesenkt werden.

Organisationshandbuch

1998 und 2006 wurde die Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung (AGA) überarbeitet und in das Organisationshandbuch integriert. Das Organisationshandbuch steht jedem Beschäftigten zur Verfügung und enthält die wesentlichen organisatorischen Regelungen. Neben der AGA sind dies Leitlinien, der Dezernatsverteilungsplan und die Aufgabengliederungspläne sowie verschiedene Anlagen wie z.B. zu den Themen Arbeitszeit, Mobbing, Projektmanagement und Vergabewesen.

Bereich Organisation

Im Berichtszeitraum wurde die Verwaltungsreform konsequent weitergeführt. Es wurden folgende Fachbereiche neu gebildet:

- Fachbereich Bürgerdienste und Recht
- Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales
- Fachbereich Interne Dienste
- Fachbereich Bauen und Vermessen

Der Reformprozess wurde vor allem bei der Bildung des Fachbereichs Interne Dienste begleitet und unterstützt. Für alle wurden die entsprechenden Organisationsverfügungen erarbeitet und umgesetzt.

Fachabteilung

Informations- und Kommunikationstechnik – IT

Der PC als Werkzeug zur Erledigung der Aufgaben der Stadtverwaltung hat seit dem Jahr 2002 weiter an Bedeutung gewonnen. Damit sind die erforderlichen Maßnahmen zur Bereitstellung und Sicherung der Infrastruktur für die Informations- und Kommunikationstechnik weiter gestiegen. Der Aufbau einer eigenen Firewall, der Einsatz eines Netzüberwachungssystems, die Installation einer aktiven Virenschutzlösung, ein zweiter Serverraum und die Erweiterung der Server von 21 im Jahr 2002 auf 51 Ende 2005 sind einige Beispiele der gesteigerten Infrastruktur-Maßnahmen. Zur Unterstützung der Anwender wurde ein Benutzerservice eingerichtet (Hotline- und Springer-Dienst). Große, neue Anwendungen waren die Einführung des Content-Managementsystems RedDot zum Aufbau und zur Pflege des neuen Internetauftritts und die Installation des neuen Mail- und Bürokommunikationssystems Scalix / Outlook.

In den nächsten drei Jahren werden wichtige neue Anwendungen im Umfeld des E-Government, der Internet-/Intranet-Technologie und der Dokumentenverwaltung erwartet. Hierfür ist die Weiterentwicklung der Infrastruktur auf dem Gebiet der Netzwerktechnik und der Server- und PC-Technik geplant. Auf der Netzwerkseite gilt es die Bandbreite zu steigern (Gigabit-Ethernet bis zum Arbeitsplatz). Auf der Seite der Server und PC sind die Aktualisierung der Betriebssysteme, die Einführung von multiprotokollfähigen Fileserver, die Servervirtualisierung (Server, die mit unterschiedlichen Betriebssystemen arbeiten können) und die Weiterentwicklung der Terminalserver-Technologie vorgesehen. In den nächsten drei Jahren werden sich auch auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik starke Änderungen durch das Thema „Telefonieren über den PC“ ergeben. Diese Weiterentwicklung der Kommunikationstechnik, die auf eine kostengünstige Zusammenfassung von Daten- und Sprachverkehr über eine Leitung abzielt, wird gerade bei Stadtverwaltungen interessante Anwendungen ermöglichen.

Geschäftsstellen Lustnau und Derendingen

Die beiden in den Eingemeindungsverträgen von 1934 verankerten Geschäftsstellen haben ihren guten Ruf als kleine Bürgerämter gewahrt und ausgebaut. Die angebotenen Leistungen sind vielfältig: Standesamtsangelegenheiten (Geburten, Heiraten, Tod), Meldewesen, Lohnsteuerkarten, Führungszeugnisse, Personalausweise, Reisepässe, Kinderausweise, Rentenangelegenheiten, Wahlunterlagen, Fahrausweise und vieles andere mehr.

Kinderhaus Neuhalde Lustnau



In beiden Rathäusern sind auch die örtlich (und darüber hinaus) zuständigen Grundbuchämter mit den Notaren untergebracht.

Der Tübinger Gemeinderat hat auch nach den Kommunalwahlen 1999 und 2004 die beiden traditionellen Ortsbeiräte Lustnau und Derendingen neu gebildet. In diesen Ortsbeiräten berichtet die Verwaltung über aktuelle Angelegenheiten des Stadtteils. Regelmäßig geben die Ortsbeiräte dabei ein Votum an die zuständigen gemeinderätlichen Gremien ab.

Ordentliche Mitglieder des Ortsbeirates Lustnau

Ab 1999:	Ab 2004:
Andrea Le Lan / SPD	Siegfried Nold / AL/GRÜNE
Rudi Hurlebaus / CDU	Michael Fromm / UFW/W.U.T
Siegfried Nold / AL/GRÜNE	Rudi Hurlebaus / CDU
Peter Aicheler / UFW	Heinz Haußmann / SPD
Elke Meyer-Dubbers / FL	Volker Embgen / TÜL/PDS
Gerhard Brauer / W.U.T	Ingrid Hassberg / FDP
Silvia Riekert / FDP	

Ordentliche Mitglieder des Ortsbeirates Derendingen

Ab 1999:	Ab 2004:
Gerhard Aichele / SPD	Dr. Albrecht Müller / AL/GRÜNE
Manfred Wurster / CDU	Gudrun Sinner/UFW/W.U.T
Gerhard Schnaitmann / AL/GRÜNE	Ute Friesch / CDU
Gudrun Sinner / UFW	Sven Schiffel / SPD
Klaus Schiffler / FL	Erika Braun / TÜL/PDS
Jürgen Kost / W.U.T	Gerhard Raiser / FDP
Gerhard Raiser / FDP	

Im Berichtszeitraum hat sich aus dem sogenannten Lustnauer Loch das Lustnauer Zentrum durch Umnutzung / Neubebauung der Flächen der ehemaligen Chemischen Fabrik Eberle entwickelt. Neben Wohnungen wurden unter anderem erhebliche Räumlichkeiten für Einkaufsflächen, Arztpraxen, Büroflächen und sogar für das erste „Lustnauer Straßencafe“ geschaffen.

Nachdem die Baumöglichkeiten im Neubaugebiet Herrlesberg weitestgehend erschöpft waren, konnte mit der Ausweisung des Baugebietes „Südlicher Stäudach“ neue Wohnbaumöglichkeiten geschaffen werden. Auf intensive Nachfrage ist die Bereitstellung von Grundstücken zur Schaffung von preisgünstigen Reihenhäusern gestoßen. Im April 2001 wurde der Betrieb im Kinderhaus Neuhalde aufgenommen. Möglich war dies nur, indem die GWG Tübingen erstmals für eine solche Einrichtung als Bauträger aufgetreten ist.



Luftbild des Mühlenviertels

Im Sommer 2006 wurde mit dem Ausbau der Dorfschule zu einer „offenen Ganztagschule“ begonnen, die ihren Betrieb ab dem Schuljahr 2007 / 2008 aufnehmen wird.

Die ehemalige Lustnauer Stadtteilbücherei in der Turnhalle wird nach der Renovierung der offenen Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Dadurch soll Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren eine Möglichkeit zur strukturierten Freizeitgestaltung eröffnet werden.

Im Stadtteil Derendingen hat sich das lange Warten auf eine Nachfolgenutzung für das Wurster & Dietz-Gelände gelohnt. Das Gelände ist Anfang 2005 durch die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WIT) aufgekauft worden. Ein städtebaulicher Wettbewerb, bei dem die Derendinger Bevölkerung über einen „Runden Tisch“ ihre Interessen wahrgenommen hat, bildet die Grundlage für einen daraus entwickelten Bebauungsplan. Über einen bürgerschaftlichen Wettbewerb ist der neue Name „Mühlenviertel“ gefunden worden. Das Mühlenviertel wird etwa 600 Menschen eine neue Heimat bieten. Darüber hinaus ist ein Pflegeheim und insbesondere im südlichen Bereich Platz für Gewerbetreibende vorgesehen. Die Nutzung des Maschinenmagazins ist weiter offen.

Der Turnverein Derendingen hat 2002 nach kontroverser Debatte über den Standort den neuen Kunstrasenplatz in Besitz nehmen können. Die lang ersehnte Generalsanierung der Derendinger Straße ist 2005 abgeschlossen worden. Die Grenzen der Nachverdichtung der Gartenstadt und die (zu) intensive Nutzung der Vorderen und Hinteren Halde haben die städtischen Gremien und insbesondere den Ortsbeirat Derendingen beschäftigt. Die städtischen und die kreiseigenen Schulen entlang der Primus-Truber-Straße haben im Berichtszeitraum sowohl Sanierungen als auch Erweiterungen erfahren. Die Realisierung des Baugebiets Saiben (Hoffnung auf die Entwürfe aus dem EcoCity-Projekt) und die Renovierung der Ludwig-Krapf-Turnhalle stehen auch künftig noch auf der Wunschliste der Derendinger Bürgerschaft.

Beide Stadtteile zeichnen sich durch eine ausgeprägte und vielfältige Vereinslandschaft aus, deren gemeinsame Belange durch die sehr aktiven Arbeitsgemeinschaften Lustnauer und Derendinger Vereine gesteuert werden. Diesen beiden Institutionen werden auch in Zukunft wichtige Aufgaben für den jeweiligen Stadtteil zufallen. Das im Stadtteil Lustnau monatlich erscheinende Mitteilungsblatt „Lustnau aktuell“ hat angenehme Konkurrenz im Derendinger Stadtteil gefunden: Seit Januar 1999 erscheint ebenfalls auf eigene Verantwortung und auf eigene Rechnung das „Derendinger Blättle“.

Rechnungsprüfungsamt

Das Rechnungsprüfungsamt ist ein klassisches Querschnittsamt, das die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Eigenprüfung erfüllt und unmittelbar der Oberbürgermeisterin untersteht. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Erfüllung seiner Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Es ist vergleichbar mit der betrieblichen Innenrevision. Die jährlichen Schlussberichte über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung und die Jahresabschlussprüfungen der städtischen Eigenbetriebe sind, anders als die klassische Innenrevision jedoch an den Gemeinderat und damit an die Öffentlichkeit gerichtet. Sie dokumentieren, ob Stadt und Verwaltung gesetzmäßig, wirtschaftlich und sparsam handeln.

Große Kreisstädte sind grundsätzlich verpflichtet, ein Rechnungsprüfungsamt einzurichten, um die Selbstkontrolle als elementaren Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung sicherzustellen. Der Gemeinderat hat dem Rechnungsprüfungsamt zu seinen gesetzlichen Aufgaben hin weitere Aufgaben übertragen: die Prüfung der Vergaben, die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des Privatrechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist.

Aufgabenschwerpunkte und Entwicklung

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Tübingen ist ein alljährlicher Schwerpunkt der Arbeit im Rechnungsprüfungsamt. Die wesentlichen Prüfungsfeststellungen werden in einem Prüfungsbericht zusammengefasst und dem Gemeinderat vorgelegt. Der Bericht wird in öffentlicher Sitzung behandelt. Die Bürgerschaft erhält so die Möglichkeit, sich über ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln zu informieren. Seit der Bildung der Eigenbetriebe 1996 erhält der Gemeinderat zusätzliche Prüfungsberichte über die Jahresrechnungen der Stadtbaubetriebe (SBT) und Altenhilfe (AHT) – bis zur deren Verselbstständigung zum 1. Januar 2001 und seit 1997 über die Entsorgungsbetriebe (EBT). Auch die kleineren städtischen Gesellschaften, wie die Tübinger Zimmertheater GmbH und die WIT Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen mbH, werden vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und die Ergebnisse im Aufsichtsrat und Gemeinderat vorgestellt.

Den veränderten Anforderungen an die Prüfungstätigkeit wurde dadurch Rechnung getragen, dass bei der Besetzung der stellvertretenden Amtsleitungsstelle Ende 1998 eine betriebswirtschaftliche Ausbildung vorausgesetzt wurde. Damit ist das Rechnungsprüfungsamt auch gerüstet für die künftigen Veränderungen einer Stadtverwaltung, die sich an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientiert und ihr Handeln mit einem steuerungsrelevanten Controlling und Berichtswesen überprüft.

Aufgeschlossen gegenüber den Reformgedanken des Neuen Steuerungsmodells (NSM) der KGSt¹ hat sich das Rechnungsprüfungsamt schon frühzeitig mit Fragen der Effektivität und Effizienz auch bei der Prüfungsarbeit auseinandergesetzt. Mit dem Kooperationsvertrag zwischen den Städten Reutlingen und Tübingen über die Zusammenarbeit der Rechnungsprüfungsämter im Jahre 1999 hat es einen neuen Weg der interkommunalen Zusammenarbeit beschritten. Der Entscheidung ging ein Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) voraus, die verschiedene Kooperationsmodelle im Auftrag der Verwaltung untersucht hat. Der mit diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag institutionalisierte Austausch von fachspezifischem Wissen und gegenseitigen Prüfungsaufgaben im Team fördert die in der Praxis so wichtige Akzeptanz der Rechnungsprüfung in den Ämtern und Dienststellen der beiden Städte. Er stellt qualifizierte und vorrangig präventive Prüfungsarbeit mit einer deutlichen Wirkung in die Zukunft sicher. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Kolleg/-innen der Rechnungsprüfungsämter beider Städte funktioniert und trägt zu einer effektiveren Prüfung bei, wobei Wert auf präventive Prüfungsarbeit und nicht nur auf die Nacharbeitung abgeschlossener Sachverhalte gelegt wird.

Unterstützt wird diese Kooperation dadurch, dass beide Städte seit 2000 bzw. 2001 das neue Finanzwesen SAP R/3 – ISPS im Einsatz haben. Das Rechnungsprüfungsamt hat sich aktiv in die Projektarbeit zur Einführung des neuen Finanzwesens eingebracht und konnte dadurch sicherstellen, dass für die künftige Prüfungsarbeit das erforderliche Know-how im Amt vorhanden ist. Seit November 2002 treffen sich zudem vergleichbare Städte, um ihre Prüfungsarbeit mit SAP zu optimieren.

¹ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung – eine dienstleistungsorientierte Fachorganisation der Städte, Gemeinden und Kreise

Im Berichtsraum wurde die Universitätsstadt Tübingen von der überörtlichen Prüfungseinrichtung, der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg, sowohl im bautechnischen Bereich als auch im allgemeinen finanziellen Bereich geprüft. Über die Prüfungen und die Erledigung der Prüfungsbeanstandungen wurde der Gemeinderat informiert.

Neue (alte) Aufgaben – Ausblick

Seit dem 1. August 2000 hat das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Tübingen die bautechnische Prüfung wieder aufgenommen, die zu den gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsaufgaben gehört. Die Stelle war als Ausfluss aus den Pfrondorfer Konsolidierungsempfehlungen seit April 1997 vakant. Der Gemeinderat folgte der Auffassung der Verwaltung, dass neben der gesetzlichen Anforderung, die bautechnische Prüfung an sich eine rentable Aufgabe darstellt, und stimmte der Wiederbesetzung zu.

Gestärkt durch die vorgenannten Personalentscheidungen hat das Rechnungsprüfungsamt im Berichtszeitraum weitere Aufgaben übernommen; so ist es seit Ende 2000 mit der Innenrevision der Stadteigenen Gesellschaft Stadtwerke Tübingen GmbH (SWT) betraut; ferner wurde die Prüfung des Landestheaters Tübingen (LTT) und weitere Vereinsprüfungen übernommen.

Damit erreicht das Rechnungsprüfungsamt die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit mit den zur Verfügung gestellten personellen Ressourcen; dabei muss erwähnt werden, dass die GPA in ihrem Gutachten anlässlich der Kooperation mit Reutlingen einen zusätzlichen Personalbedarf von mindestens einer Prüferstelle festgestellt hat. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der zu erwartenden Entwicklung wird jedoch kein Spielraum für eine Verbesserung der personellen Situation bestehen. Das Rechnungsprüfungsamt der Universitätsstadt Tübingen wird mit einem ausgeprägten Teamgeist auch künftig seine Möglichkeiten ausschöpfen und qualifizierte Prüfungsarbeit sicherstellen.

Die Mitarbeiter/-innen des Rechnungsprüfungsamtes sind auch im Reformprozess engagiert und können so fundierte Beiträge und Anregungen in die Projektarbeit der Verwaltungsreform einbringen. Die Grenzen zum operativen Reformgeschäft einerseits und der für ein Rechnungsprüfungsamt vorgeschriebenen Neutralität und Konzentration auf die Prüfungsaufgaben andererseits sind fließend; das Rechnungsprüfungsamt ist aber der Überzeugung, dass die erforderliche Akzeptanz der Prüfungsarbeit in der Verwaltung mit einer unabhängigen, die Verwaltung unterstützenden und beratenden Tätigkeit gewonnen wird und so insgesamt ein Baustein des Teams Stadtverwaltung darstellt.

Kulturamt

In Zeiten finanzieller Engpässe ist in den Kommunen in der Regel der Kulturbereich mit seinen sogenannten Freiwilligenleistungen bei Sparmaßnahmen am meisten betroffen. Doch beweisen die zurückliegenden Jahre, dass Anspannungen, Schwierigkeiten und Probleme durchaus auch positive Seiten haben, setzen sie doch überall Kreativität frei. Sie machen findig, führen zu neuen Wegen, neuen Ideen, schweißen zusammen, offenbaren Worthülsen und Tatkraft. Und dies ist auch notwendig, nimmt in schwierigen Zeiten die Bedeutung der Kultur doch eher zu als ab. Deutlich hat sich innerhalb unserer Gesellschaft ihr Stellenwert erhöht, als Beschäftigungsfaktor (vermehrte Freizeit etwa durch Arbeitslosigkeit), als Lern- und Erziehungselement, als Gestaltungs- und Wirtschaftsfaktor.

In diesem Prozess spielen die Kommunen, spielt ihre Kultur- und kulturelle Subventionspolitik eine entscheidende Rolle. Denn nach wie vor gilt: Kulturpolitik ist in der Bundesrepublik, trotz der den Ländern zugewiesenen Kulturhoheit, in erster Linie Kommunalpolitik. Ja, der Kulturbereich ist das letzte große Aufgabenfeld, in dem sich die Kommunen der Bundesrepublik eine eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz bewahren konnten. In ihm gibt es so gut wie keine Normierungen.

Kulturpolitik betreibt die Universitätsstadt Tübingen mit eigenen kulturellen Einrichtungen (Stadtbücherei, Stadtmuseum im Kornhaus, Zimmertheater, Kunsthalle, Stadtarchiv, Kulturhalle), mit der Durchführung von Veranstaltungen und der Förderung privater Initiativen, Vereinen, Kultureinrichtungen, Gruppen und einzelner künstlerisch tätigen Personen. Dabei achten wir in Tübingen auf eine kulturelle Ausgewogenheit, auf kulturelle Vielfalt, kulturellen Reichtum und versuchen allen Bürgern bzw. Bewohnern eine aktive und passive Teilhabe als „Macher“ und / oder als Konsument zu ermöglichen.

Es ist bekannt, dass das Kulturleben einer Stadt seinen Reichtum nicht zuletzt durch die Breite und Vielfalt kultureller Aktivitäten seiner Bürger und der von ihnen gegründeten Gruppen und Vereinigungen gewinnt. Das Kulturamt sah deshalb eine seiner wichtigen Aufgaben darin, solches bürgerschaftliche Engagement auf kulturellem Gebiet zu ermöglichen, zu initiieren, es nach besten Kräften zu fördern und zu sichern.

Natürlich gehört zu den wichtigen Aufgaben der Kulturverwaltung neben dem „Ermöglichen“ für andere auch die eigene Kulturgestaltung mit eigenen Aktivitäten, Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen, Projekten sowie durch den Betrieb der eigenen Kultureinrichtungen.

Stadtarchiv

Das Stadtarchiv ist verantwortlich für die schriftliche Überlieferung zur Geschichte der Universitätsstadt Tübingen. Früher verstand man darunter nur die städtischen Urkunden, Akten, Amtsbücher sowie Karten und Pläne. Heute gehören jedoch Fotos, Filme, Tonbänder, Videos, CDs und digitale Dateien dazu.

Eine Abteilung des Stadtarchivs ist in den letzten Jahren besonders stark gewachsen: die Archivbibliothek, deren Anfänge auf das 17. Jahrhundert zurückgehen. Sie enthält nicht nur die wertvollen gedruckten Bücher zur Stadtgeschichte, sondern auch die unzähligen Broschüren und Festschriften von Firmen, Vereinen und Behörden. Die Datenbank, in der alle Veröffentlichungen erfasst sind, weist mittlerweile 55.000 Titel aus und ist im Internet unter www.tuebingen.de/archiv abrufbar.

Kräftig angewachsen ist in den letzten Jahren auch der Bestand an historischen Fotografien. Bemerkenswert ist der Erwerb von etwa 1000 Farbdias des Tübinger Professors Albrecht Faber aus den 1950er Jahren (2001). Eine kleine Auswahl konnte 2003 in dem Bildband „Tübingen in den 50er Jahren“ publiziert werden. Hervorzuheben ist außerdem der Erwerb von 1.800 großformatigen Glasnegativen des Tübinger Fotografen Eugen Rühle (Anfang 2002), die aus den 1920er und 1930er Jahren stammen. Anfang 2006 erhielt das Stadtarchiv als Geschenk die Postkartensammlung Willi Hartmaiers mit mehr als 10.000 alten Bildpostkarten, die fast ausnahmslos Tübingen und seine Umgebung zeigen. Dank moderner Technik konnte in den letzten Jahren eine Vielzahl von Aufnahmen, auch aus Privatbesitz, gescannt werden. Gegen Ende des Berichtszeitraumes war die Zahl der Bilddateien auf etwa 50.000 Stück angewachsen.

Das Stadtarchiv war im Berichtszeitraum bemüht, die Defizite bei der Erschließung seiner Bestände weiter abzubauen. Dennoch muss hier eingeräumt werden, dass zahlreiche Aktenbestände aus dem 20. Jahrhundert praktisch noch

unbenutzbar sind. Ferner befinden sich in zahlreichen Ämtern der Stadtverwaltung Unterlagen, teils noch aus dem 19. Jahrhundert, die längst gesichtet und vom Stadtarchiv übernommen werden sollten.

Das Stadtarchiv war im Berichtszeitraum an vielerlei stadtgeschichtlichen Projekten beteiligt. So wurden zum Beispiel die Einzelschicksale der Zwangsarbeiter erforscht, die während des Zweiten Weltkriegs in Tübingen beschäftigt waren, darunter die etwa 80 Personen, die für die Stadtverwaltung und die Stadtwerke gearbeitet haben. Zudem wurden im Stadtarchiv mehrere Beiträge zur Stadtgeschichte verfasst und publiziert, darunter die Festschrift zur Wiedereröffnung des Bürgerheims (Mai 1999) und der „Sieben Jahre Landeshauptstadt 1945-1952 / Tübingen und Württemberg-Hohenzollern“. Die gleichnamige Ausstellung wurde 2002 im Kloster Bebenhausen gezeigt und war der Beitrag der Universitätsstadt Tübingen zum Landesjubiläum. Im Frühjahr 2006 präsentierte das Stadtarchiv die Ausstellung „Tübinger Szenenwechsel 1950-1970 / Alfred Göhner und seine Pressefotos“. Der zugehörige Begleitband, wie auch die Ausstellung im Stadtmuseum entstanden in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Uhland-Institut. Katalog und Ausstellung waren eingebettet in ein größer angelegtes Projekt des Kulturamts, bei dem der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit untersucht wird.

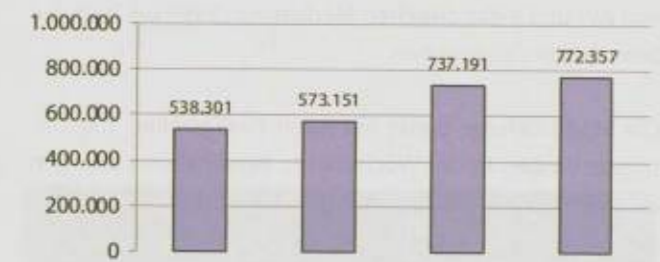
Stadtbücherei

In den vergangenen Jahren ist ein kontinuierlicher Zuwachs der Ausleihen zu verzeichnen, von 1998 bis 2005 haben sich die Ausleihzahlen um 30 Prozent erhöht, der größte Anteil des Zuwachses entfällt auf die Hauptstelle in der Nonnengasse. Pro Monat werden über 58.000 Ausleihen verbucht, an manchen Tagen bis zu 5.000 Ausleihen.

Zahl der ausgeliehenen Medien

	1998	2000	2003	2005
Hauptstelle	467.389	503.578	652.401	81.489
Waldhäuser-Ost	35.528	35.082	39.495	40.774
Derendingen	19.204	19.558	39.918	41.060
Wanne	12.810	12.622	5.377	9.034
Lustnau	3.370	2.311	wurde geschlossen	
Gesamt	538.301	573.151	737.191	772.357

Ausleihentwicklung gesamt 1998 - 2005



2003 nahm die Stadtbücherei erstmals am deutschlandweiten BIX-Bibliotheksindex, einem Benchmarking für Bibliotheken, teil. Die Stadtbücherei bewegt sich im oberen Drittel zwischen dem 12. und 17. Platz. In der Kategorie „Wirtschaftlichkeit“ schnitt die Bücherei immer überdurchschnittlich ab zwischen dem dritten und achten Platz, das heißt die Mittel werden optimal eingesetzt.

1999 wurde in der Stadtbücherei das neue Bibliothekssystem Bibliotheca 2000 eingeführt, das den Besuchern ermöglicht, Medienrecherchen von zu Hause aus durchzuführen. Im Jahr 2005 hatte der Web-Opac über 29.000 Zugriffe. Nachdem 160.000 Medien umgearbeitet worden sind, wird zum 1. Januar 2007 die Ausleihe per Selbstverbucher realisiert.

Seit Jahren ist die Bestandserneuerung ein schwieriges Thema. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird der Bestand ersetzt und ergänzt, aber die wünschenswerte Erneuerungsquote von zehn Prozent – das heißt rund 20.000 Medien müssten pro Jahr angeschafft werden – konnte auch in den letzten Jahren nicht erreicht werden. Um eine schwerwiegende Bestandsüberalterung zu verhindern, führte dies in den Jahren 1999 bis 2005 zu einer Bestandsreduktion um 35.000 Medieneinheiten auf 190.662 Medien. Durch bedach-



ten und sinnvollen Mitteleinsatz ist es gelungen, den Anteil von AV- und elektronischen Medien von 1999 bis 2005 auf zehn Prozent zu erhöhen.

Die Stadtbücherei bietet mit ihren Zweigstellen 100 Öffnungsstunden in der Woche; trotz Personaleinsparungen und verstärkter Nutzung konnten diese in den vergangenen Jahren beibehalten werden. Ehrenamtliche helfen in der Hauptstelle und in den Zweigstellen.

Die Anzahl der aktiven Leser konnte von 1999 bis heute um 23 Prozent auf 13.279 gesteigert werden. Seit 2003 werden die Besucherzahlen ermittelt, 2005 waren es 335.969 Besucher. Rund 70 Führungen führt die Bücherei im Jahr für Kindergärten, Schulen und Gruppen durch.

Die kombinierte Schul- und Stadtteilbücherei in der Geschwister-Scholl-Schule musste 2006 wegen Baumaßnahmen vorübergehend geschlossen werden. Die Wiedereröffnung in neuen Räumen ist für 2007 vorgesehen. Die kombinierte Schul- und Stadtteilbücherei Derendingen profiliert sich zu einer Schul- und Familienbibliothek, die das Thema „Literacy und Leseförderung“ zum Schwerpunkt hat. Die Projektförderung der Landesstiftung im Jahr 2004 / 2005 lieferte dazu einen Grundstein. Die Kinderbibliothek der Zweigstelle Wanne wird seit mehreren Jahren von Ehrenamtlichen betrieben; die Versorgung der Kindergarten- und Grundschulkinder mit Literatur im Stadtteil konnte dadurch gesichert werden.

Im Jahr 2005 feierte die Jugendbuchwoche ihr 25-jähriges Jubiläum – das Gemeinschaftsprojekt zwischen der Stadtbücherei, den Buchhandlungen Osiander und Gastl, dem Kulturamt, dem Institut Culturel Franco-Allemand und dem Landestheater Tübingen ist vorbildlich und weit über Tübingen hinaus bekannt. Das Tübinger Bücherfest, an dem die Stadtbücherei mitarbeitet, fand im Berichtszeitraum viermal statt.

Stadtmuseum

Im Frühjahr 2002 konnte der erste „Bauabschnitt“, 2004 schließlich die gesamte Dauerausstellung zur Geschichte Tübingens eröffnet werden. Sie bietet erstmals einen Gesamtüberblick zur Entwicklung Tübingens vom alemannischen Dorf, über die Stadtwerdung und die Universitätsgründung bis heute. Den Schwerpunkt bildet das 19. und 20. Jahrhundert. Zur Dauerausstellung erschien ein reich und schön bebildeter Katalog.

Daneben belebten Wechselausstellungen das Haus, führen ihm Besucher zu. Im wechselnden Ausstellungsbetrieb werden und wurden vor allem spezielle Themen und Epochen der Tübinger Stadtgeschichte erarbeitet und vorgestellt. Realisiert wurden unter anderem Ausstellungen zu den Themen: Tübingen und die Revolution 1848/49 (1998); Tübingen und der Wein (1999); Tübingen und die Industriezeit 1850-1950 (2000); Leonhard Fuchs (1501 – 1566); Mediziner und Botaniker (2001); Tübinger Studentenleben von 1600 bis heute (2001); Zwei Begegnungen. Photographien aus Tübingen und Aix-en-Provence (2003); 125 Jahre Wasserversorgung in Tübingen (2004); Mit Ernst und Liebe. Zur Geschichte der Alten Silcherschule in Tübingen (konzipiert vom Verein der Freunde des Stadtmuseums 2005).

Daneben haben lokale und regionale Künstler und Künstlerinnen einen festen Platz im Ausstellungsprogramm des Stadtmuseums. 2001 kam es zur Absprache mit dem Tübinger Künstlerbund, jährlich alternierend eine Ausstellung mit Werken seiner Mitglieder und eine offen ausgeschriebene, aber juriierte Ausstellung mit Werken Tübinger Künstler allgemein zu zeigen.

Zum Stadtmuseum gehört seit 1999 auch das „Tübinger Geräuscharchiv“: Die Geräusche Tübingens zu erkunden und festzuhalten, ist das Ziel eines international einmaligen Projekts des Südwestrundfunks in Tübingen, das dieser in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt durchführt. Man will damit der Flüchtigkeit des Mediums Rundfunk begegnen und Geräusche archivieren, die Auskunft über unsere Umwelt, unsere Heimat, unser Leben und Arbeiten geben. Wie klingt eine Stadt, wie klingt Tübingen – zum Beispiel am Neckar, am Bahnhof, im alten Stadtviertel der Handwerker oder im Weinberg? Das Tübinger Geräuscharchiv, im Stadtmuseum installiert, kann dort über Lautsprecher abgehört werden. Es lädt ein zu einem Stadtrundgang, bei dem man die Stadt nicht über das Auge, sondern über das Ohr entdecken kann. Hergestellt wurden daraus bis 2006 sieben CDs. Die letzte „Tübinger Wege des Wissens“ lädt ein zu einer Hörpromenade durch sechs Jahrhunderte Wissenschafts- und Universitätsgeschichte.

Jäh unterbrochen wurde die kontinuierliche Arbeit des Stadtmuseums durch die im November 2002 erfolgte Aufdeckung von Diebstählen, die ein Museumsmitarbeiter über Monate hinweg betrieben hatte. Betroffen war unter anderem die große graphische Sammlung moderner Kunst. Dank rascher Reaktionen konnten bis auf zehn Blätter, darunter ein Campendonk, die meisten gestohlenen Gegenstände noch vor ihrer Versteigerung sichergestellt werden. Die Verkaufserlöse

Rechts:
Blick in die Dauerausstellung des Stadtmuseums

Unten links:
Eröffnung der Französischen Filmtage –
ein von der Stadt gefördertes kulturelles Aushängeschild Tübingens

Unten rechts:
Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs
an Tübinger Schülerinnen und Schüler im Rathaus

Ganz unten:
Blick in die Kinder- und Jugendabteilung der Stadtbücherei



der nicht zurück erworbenen Blätter beliefen sich einschließlich der Versicherungsleistungen auf 99.590 Euro. Eine in den folgenden Monaten durchgeführte Inventur – die städtischen Sammlungen verfügen über rund 30.000 Objekte – brachte einen Fehlbestand von rund 300 Gegenständen ans Tageslicht. Nach einer ausführlichen Diskussion künftiger Organisationsmodelle im Jahr 2003 verabschiedete der Tübinger Gemeinderat 2004 eine Neukonzeption des Stadtmuseums (siehe Kapitel „Stadtmuseum – ein Neuanfang“).

Die Kulturhalle

Bis vor einigen Jahren sumteten noch die Transformatoren der Stadtwerke in dem großen Raum unter den Büros des Kulturamts in der Nonnengasse 19. Nach dem Auszug der Trafo-Station begann die kulturelle Nutzung 1998 mit einer Inszenierung des Zimmertheaters und seither bietet die Kulturhalle ein Forum, auf dem Künstlerinnen und Künstler Tübingens und seiner Umgebung ihre aktuellen Arbeiten dem Publikum zeigen können. Eine Vergabekommission wählt unter den zahlreichen Bewerbungen aus und terminiert die Ausstellungen.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 80 Ausstellungen präsentiert. Den Beginn in der damals noch sehr provisorisch ausgestatteten Halle machte die in Tübingen und Italien lebende Hanna Elisabeth von Braitenberg mit „Gespräch mit den Phänomenen“, es folgten weitere Einzelausstellungen etwa von Ruth Schleeh, Renate Scherg, Carola Dewor, Irmela von Hoyningen-Huene, Axel von Criegern, Frido Hohberger, Koho Mori und Ralf Bertscheit. Etliche Künstlerinnen und Künstler präsentierten sich in Gemeinschaftsausstellungen, Organisationen, wie die GEDOK und der Verband Bildender Künstler/innen Württemberg e.V., zeigten ihr breites Spektrum. Eine Installation von Serge Le Goff und die Aufführungen der „Flamingo Bar“ des Figurentheaters Tübingen rundeten das Programm ab.

Seit 2001 findet die Jahresausstellung des Tübinger Künstlerbunds in der Kulturhalle und jedes zweite Jahr zeitgleich im Stadtmuseum statt. Auch der Tübinger Kunstverein hat in der Kulturhalle für seine Ausstellungen eine neue Heimat gefunden. Den Auftakt machte im Juni 2002 die Ausstellung „4 Künstler aus Neubrandenburg“, es folgten seither immer zwei Ausstellungen pro Jahr, etwa mit Werken renommierter Tübinger Künstlerinnen und Künstlern, wie beispielsweise Friedel Peisert, Maria Heyer-Loos, Erich Mönch und Andreas Felger. Durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen, wie dem Instituto Cultural Boliviano Aleman Sucre

und dunapArt Budapest, ist es dem Kunstverein gelungen, auch international bekannte Künstlerinnen und Künstler nach Tübingen in die Kulturhalle zu holen.

Zum Gedenken an die Reichspogromnacht hat das Kulturamt in Kooperation mit dem Verein Courage zur Verleihung des Lilli Zapf-Jugendpreises im November 2006 das Ausstellungsprojekt STEIN – LICHT – WORT – BILD organisiert. Im Blickpunkt der Ausstellung standen die wenigen erhaltenen originalen Fundamentsteine der Tübinger Synagoge. Tübinger Jugendliche rekonstruierten anhand alter Pläne und Fotografien virtuell das Gotteshaus, dazu wurden von einem Schauspieler Auszüge aus den Einweihungsworten des ersten Rabbiners der Synagoge gesprochen, Portraits ehemaliger Tübinger Juden wurden gezeigt.

Publikationen

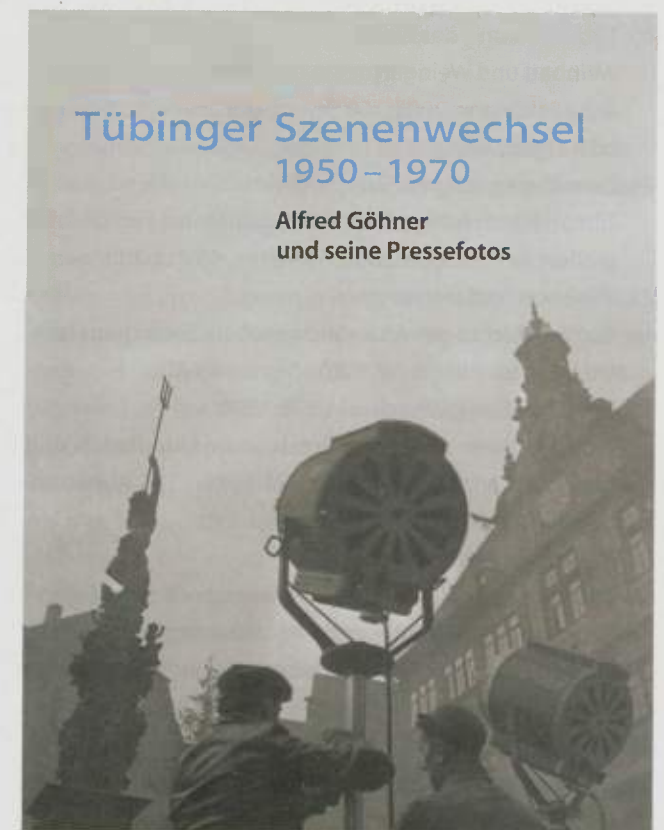
Eine Aufgabe kommunaler Kulturarbeit liegt im Bewusstmachen historischer Zusammenhänge, kulturgeschichtlicher Traditionen, aktueller Strömungen in Kunst und Kultur, im Anstoßen von Denkprozessen über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einer Stadt – zumal einer traditionsreichen, durch eine äußerst vielseitige Kultur- und Bildungslandschaft charakterisierten Universitätsstadt. Das Kulturamt gibt solche Denkanstöße auch durch die Herausgabe dreier stadt- und kulturgeschichtlichen Buchreihen (Tübinger Kataloge, Beiträge zur Tübinger Geschichte, Kleine Tübinger Schriften) sowie durch die Publikation von vielfältigem Informationsmaterial über Tübingen.

Herausragende Beispiele für solche Publikationen waren in den vergangenen Jahren die Kataloge zu den Ausstellungen „Dankeföhn. Die Dieter-Thomas-Kuhn-Retrospektive“, „Die Künstler der Ellipse“ oder „Sieben Jahre Landeshauptstadt. Tübingen und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952“, wissenschaftliche Studien etwa zur „Buchstadt Tübingen 1498 bis 1998“ und zur Kulturgeschichte des Tübinger Metallhandwerks oder auch die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Kulturreferats der Universität. Deutlich wird an diesen Beispielen im übrigen, auf welcher vielfältigen und fruchtbaren Weise die Universitätsstadt mit den verschiedensten Kulturinstitutionen Tübingens kooperiert.

Tübinger Kataloge von 1998 bis 2006

Nr.

50. Eine Stadt des Buches. Tübingen 1498-1998.
Mit Beiträgen von Gerd Brinkhus, Wilfried Lagler, Klaus Schreiner. 1998, 180 Seiten, 105 Abbildungen.
51. Wilhelm Pfeiffer.
Hrsg. und bearb. von Vero Pfeiffer. 1998, 79 Seiten, 65 Abbildungen.
52. Lotte Reiniger. Die Hochzeit des Figaro.
Hrsg. von Claudine Pachnicke. 1999, 88 Seiten, 38 Abbildungen.
53. Valeska Biese.
Bearbeitet von Claudia Biese, Roswitha Degenhard und Iris Gerlach. 1999, 64 Seiten, 41 Abbildungen.
54. In Bewegung.
30 Jahre Neue Frauenbewegung in Tübingen.
Bearbeitet von Roswitha Degenhard und anderen. 1999, 220 Seiten, 180 Abbildungen.
55. Simone Boiseq.
Le sculpteur et ses poètes. A escultora e os seus poetas. Die Bildhauerin und ihre Dichter. Herausgegeben von Valérie Lawitschka und Anne Longuet Marx. Texte französisch/deutsch/portugiesisch. 1999, 216 Seiten, 13 Farbabbildungen.
56. Dankeföhn.
Die Dieter Thomas Kuhn Retrospektive. 2000, Mappe mit zahlreichen Materialien, Postern, Postkarten.
57. Das Tübinger Kornhaus.
Geschichte und Architektur eines Baudenkmals. Hrsg. von Claudine Pachnicke. 2000, 152 Seiten, 129 Abbildungen.
58. Metallhandwerk im Wandel der Zeit.
Ein Jahrhundert Schmiede- und Schlosserinnungen in Stadt und Kreis Tübingen.
Bearbeitet von Susanne Feldmann. 2001, 296 Seiten, 208 Abbildungen.
59. Leonhart Fuchs 1501-1566. Mediziner und Botaniker.
Bearbeitet von Gerd Brinkhus und Claudine Pachnicke. 2001, 192 Seiten, 143, teilw. farbige Abbildungen.
60. Die Künstler der Ellipse.
Mit Beiträgen von Ugge Bärtle, Erich Mönch, Kurt Hafner, Barbara Lipps-Kant. 2001, 152 Seiten, 119, teilw. farbige Abbildungen.
61. Sieben Jahre Landeshauptstadt. Tübingen und Württemberg-Hohenzollern 1945 – 1952.
Udo Rauch und Antje Zacharias (Hrsg.). 2002, 240 Seiten, 300 Abbildungen.
62. „Fris“.
Mit Beiträgen von Ulrike Künstle-Reich, Roswitha Degenhard und Walter Springer. Fritz Springer. 2002, 136 Seiten, 89, teilw. farbige Abbildungen.



Titelbild des Katalogs „Tübinger Szenenwechsel“.

63. 30 Jahre Blatt des Monats des Künstlerbunds Tübingen.
Werkverzeichnis. Kurt Hafner. 2002, 96 Seiten, ca. 50 farbige Abbildungen.
64. Politics and Pop. People and Partnership.
50 Jahre Deutsch-Amerikanisches Institut Tübingen.
Ute Bechdorf und Christiane Pyka (Hrsg.). 2002, 118 Seiten, ca. 100 Abbildungen.
65. Martin Schmid.
Zeichnungen. Mit einem Gedicht von Peter Härtling und einem Beitrag von Martin Schmid. 2003, 160 Seiten, 146 Abbildungen.
66. Zwei Begegnungen. Double Reflet.
Tilman Rösch fotografiert in Aix-en-Provence. Gérard Berne photographie à Tübingen. Übersetzt von Jean-Claude Crespy. 2003, 64 Seiten, 30 farb. Abbildungen.
67. Lotte Reiniger. Schöpferin einer neuen Silhouettenkunst.
Alfred Happ. 2004, 208 Seiten, ca. 130 Abbildungen.
68. Im Locus antwortet er verwirrt.
Eduard Mörike im Evangelischen Stift in Tübingen 1822-1826. Dokumentation. Alexander Köhler und Cordula Rassing (Hrsg.) 2004, 232 Seiten, 31 Abbildungen.
69. Der stadthistorische Spaziergang.
Begleitbuch zur Dauerausstellung im Stadtmuseum Tübingen. Kathrin Fastnacht und Claudine Pachnicke (Hrsg.). 2005, 206 Seiten, rd. 220 meist farbige Abbildungen.

70. Tübingen und der Wein.

Weinbau und Weingärtner in der Universitätsstadt. Susanne Feldmann. 2005, 160 Seiten, 109 überw. farbige Abbildungen.

71. Zwei Begegnungen. Doppio Riflesso.

Tilman Rösch fotografiert in Perugia. Marco Fagioli fotografiert in Tübingen. 2005, 64 Seiten, 48 Abbildungen.

72. Mit Ernst und Liebe.

Zur Geschichte der Alten Silcherschule Tübingen. Hans-Otto Binder (Hrsg.). 2005, 108 Seiten, 53 Abbildungen.

73. Tübinger Szenenwechsel 1950-1970.

Alfred Göhner und seine Pressefotos. Udo Rauch und Antje Zacharias (Hrsg.). 2006, 224 Seiten, 155 Abbildungen. ISBN 3-910090-67-2.

74. Kunstformen des Meeres.

Zoologische Glasmodelle von Leopold und Rudolf Blaschka 1863-1890. Karlheinz Wiegmann und Meike Niepelt (Hrsg.). 2006, 160 Seiten, rd. 130 meist farbige Abbildungen. ISBN 3-910090-68-0.

75. Enter!

Das Persönliche im Computer. Karlheinz Wiegmann (Hrsg.). 2006, 128 Seiten, 171 Abbildungen. ISBN 3-910090-71-0

Kultur des Erinnerns

Seit gut zwei Jahrzehnten hat sich die Universitätsstadt Tübingen wie kaum eine andere Gemeinde auf vielerlei Weise – Publikationen, Ausstellungen, Lesungen, Stadtführungen – intensiv um die Aufarbeitung ihrer Geschichte in der NS-Zeit bemüht. Im Zusammenhang mit der Kontroverse um die Errichtung eines Synagogen-Denkmales, das dann schließlich am 9. November 2001 eingeweiht werden konnte, hat das Kulturamt, um eine sachliche Grundlage zur Diskussion über angemessene Formen des Erinnerns und den Umgang mit der Vergangenheit zu schaffen, im Sommer / Herbst 2000 unter dem Titel „Vom Erinnern und Vergessen“ eine Reihe von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Rathaus durchgeführt, an der unter anderen auch Salomon Korn, Schatzmeister des Zentralrats der Juden in Deutschland, teilnahm.

Im Zeichen der Erinnerung stand auch der Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit. Früher als andere Kommunen hat die Universitätsstadt Tübingen bereits im Oktober 1999 begonnen, im Stadtarchiv über „ihre“ Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen Nachforschungen anzustellen. Nachdem wei-

tere Archive zu Rate gezogen waren, konnten schließlich 83 Personen namentlich gemacht werden, die zwischen 1941 und 1945 bei der Universitätsstadt Tübingen als Zwangsarbeiter oder -arbeiterinnen beschäftigt waren. Nach außerordentlich schwierigen Recherchen (55 Jahre nach Kriegsende) konnten schließlich – die Suche beschränkte sich auf sogenannte „Ostarbeiter“ – zwölf Personen (sechs aus Russland/Ukraine und sechs aus Polen) ausfindig gemacht und mit ihnen Kontakt aufgenommen werden.

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin beschloss der Tübinger Gemeinderat dann im März 2001: „Jede/r Zwangsarbeiter/-in aus den früheren Ostgebieten, der bei der Universitätsstadt Tübingen beschäftigt war, erhält von der Stadt Tübingen 5.000,00 DM“, wobei dieser Betrag nicht als „Entschädigung“ gedacht war, sondern als „humanitäre Geste“. Diese zwölf sowie 32 weitere Personen, die einst zwar nicht bei der Stadtverwaltung aber in Tübingen bei Privatpersonen, in Fabriken, der Universität oder der Eisenbahn gearbeitet haben und sich inzwischen bei der Stadt gemeldet hatten, wurden mit je einer Begleitperson vom 20. bis 24. September 2001 nach Tübingen eingeladen. Zehn sind dieser Einladung gefolgt.

Begleitet wurde dieser Besuch, wie schon zuvor die Recherchen und die Kontaktaufnahme, auch von einem Team von 15 Studierenden. Diese haben sich auf Anregung und unter Mitwirkung des Kulturamtsleiters zwei Semester lang, im Rahmen eines Hauptseminars am Institut für Geschichtliche Landeskunde, mit dem Thema „Zwangsarbeit am Beispiel Tübingens“ beschäftigt.

Der „Tübinger Weg“ des Umgangs mit der NS-Vergangenheit und der Zwangsarbeit, insbesondere die finanzielle Unterstützung und die Einladung, bescherte der Stadt nicht nur überregionale Aufmerksamkeit, er wurde auch Vorbild und Beispiel für zahlreiche andere Kommunen in ganz Deutschland.

Im September 2002 beschloss der Tübinger Gemeinderat die Errichtung einer Kommission „Kultur des Erinnerns“, die „bei Planungen über dauerhafte Einrichtungen zum Gedenken (insbesondere was den Umgang mit der NS-Zeit betrifft) Vorschläge erarbeitet, über die im Gemeinderat abgestimmt wird“. Erstmals tagte die Kommission am 9. März 2004, nachdem entdeckt worden war, dass auf der sogenannten Heimkehrertafel an der Stiftskirchenmauer auch zweier Kriegsverbrecher gedacht wird. In diesem Zusammenhang wurde 2005 ein Projekt begründet, dessen Ziel es ist, den Umgang mit der NS-Vergangenheit im Nachkriegs-Tübingen aufzuarbeiten und in einer Ausstellung im Stadtmuseum darzustellen.

Stadtkämmerei

Die Stadtkämmerei, besteht aus den vier Abteilungen (Abteilung Controlling seit 2000 übergangsweise)

- Haushalt- und Betriebswirtschaft
- Stadtkasse
- Steuerabteilung
- Erschließungsabteilung

Abteilung Haushalt und Betriebswirtschaft

Zwei große Projekte der Stadtkämmerei, die „unter Betrieb“ durchzuführen waren, lauteten SAP R/3 und Euro-Umstellung.

Die schon lange überfällige Umstellung des Buchführungsprogramms auf ein neues modernes SAP-Verfahren war eine Anstrengung, die die Finanzverwaltung bis an den Rand der Leistungsfähigkeit beanspruchte. Nach umfangreichen Vorarbeiten zusammen mit dem Rechenzentrum in Reutlingen und der Datenzentrale Baden-Württemberg sowie einem Beraterstab der Firma SAP selbst, gelang es, den Haushalt 2000 landesweit als Pilotprojekt in SAP R/3 zu erstellen und zu vollziehen. Vor allem zwei Umstände machten den Einführungsprozess schwierig. Einmal wurde nicht die eingeführte Standardsoftware zur kaufmännischen Buchführung, bekannt unter der Bezeichnung SAP R/3 allein verwendet, sondern auf diese wurde eine kamerale Software aufgesetzt. Die Software wurde teilweise von der Datenzentrale Baden-Württemberg, teilweise von der Firma SAP geliefert und war nicht ausgereifte Pilotsoftware. Zum anderen hat die Stadt kein zusätzliches Personal eingesetzt, noch hat sie Personal freigestellt. Dennoch ist der Produktivstart geglückt. Am 1. Januar 2000 konnten mehr als 170 städtische Mitarbeiter buchen und am Ende des Jahres 2001 war nach monatelangen Arbeiten der Jahresabschluss 2000 fertiggestellt. Eine Chronologie der Ereignisse folgt unten.

Zeitgleich mit der Einführung des SAP – Programms wurde flächendeckend die Kostenrechnung mit dem SAP Modul CO eingeführt. Die Kostenrechnung wurde vorläufig von einer Abteilung Controlling bei der Stadtkämmerei betreut.

Nach zwei fertigen Jahresrechnungen 2000 und 2001 kann man vorsichtig resümieren, dass wir ein Buchungssystem auf dem neuesten Stand haben, das völlig neue Möglichkeiten des Controlling und der Kostenplanung und -überwachung bietet. Allerdings mit einer komplizierteren Buchungsweise in der Stadtkasse und mit höheren laufenden Kosten verbunden als bisher. Der höhere Komplexitätsgrad ist aller-

dings unvermeidlich, solange es kein einheitliches Kontensystem für alle deutschen Kommunen gibt, das erlaubt, ausschließlich kaufmännisch zu buchen.

Die von vielen mit Bangen erwartete und auch von der Stadt Tübingen unter großem Aufwand an Vorsichtsmaßnahmen eingeleitete Umstellung der EDV-Verfahren auf den Jahrtausendwechsel hat eher eine Nebenrolle gespielt. Diese verlief unerwartet problemlos.

Als das SAP-System leidlich lief, stand die stadtweite Umstellung der DM auf den neuen Euro zum 1. Januar 2002 als nächstes an. Auch hierfür wurden Projektgruppen und ein Lenkungsausschuss eingerichtet. Hier waren jahrelange Vorbereitungen notwendig. Satzungen und andere Rechtsvorschriften mussten geändert werden, Automaten und vor allem die gesamten Zahlenbestände in der Buchführung waren auf die neue Währung umzustellen. Die technische Umstellung verlief dann reibungslos und schnell.

Bericht über die Jahre 2003 bis 2006

Inzwischen hatte sich die Finanzlage drastisch verschlechtert. Nach guten Anfangsjahren 1999 bis 2001 ging es steil bergab. In den Jahren 2003 und 2004 wurden erstmalig in der Geschichte der Universitätsstadt Tübingen negative Rechnungsergebnisse des laufenden Haushalts ausgewiesen (vgl. Tabellen im Anhang). Die Hauptursachen lagen in der abgeschwächten Konjunktur und in bestimmten Effekten der Steuergesetzgebung sowie der Umlagegesetzgebung, also auf der Einnahmenseite begründet. Die Ausgabenseite trägt mit einem höheren Personalbestand ebenfalls zum schwachen Verwaltungshaushalt bei.

Unzählige Papiere und Vorlagen, die in vielen Verwaltungsrunden und Gemeinderats- diskutiert und beschlossen wurden, waren notwendig, um das städtische Schiff auf Kurs zu halten. Es fanden statt:

- Gemeinderats-Klausur 12. November 2002
- Pfrondorfer Workshop 4. und 5. April 2003
- Beschlüsse des GR vom 12. Mai 2003, Konsolidierungspaket über rund 3.200.000 Euro 2003 und 3.100.000 Euro 2004, Bericht an RP vom 8. Juli 2003
- Gemeinderat-Workshop 17./ 18. Oktober 2003
- Bürgerversammlung 7. Oktober 2003, „Bürgerhaushalt“
- „Elefantenrunde“ (der Fraktionsvorsitzenden und Stellvertreter) 11. Oktober 2004
- GR-Workshop 16. Dezember 2004 Liste der Möglichkeiten

- Konsolidierungsbeschluss des Gemeinderates vom 25. Juli 2005 zur Verschiebung von Investitionen im Finanzplanungszeitraum und erheblichen Verbesserungen im VWH beginnend mit 1,9 Mio. Euro in 2006, 2,3 Mio. Euro in 2007, 2,7 Mio. Euro in 2009
- Freigabe des gesamten Haushalts 2005 durch RP-Erlass vom 18. August 2005
- Gemeinderat-Workshop 29. September 2005

Erst ab dem Rechnungsjahr 2005 wurden mit einer guten Zuführungsrücklagenzuführungen wieder möglich. Auch im Jahr 2006 hat sich die verbesserte Konjunktur ausgewirkt. Für dieses Jahr wird mit einem ähnlich guten Ergebnis wie 2005 gerechnet.

Die Stadtkasse – modernste Buchhaltung mit SAP R3

Neue Steuerungsmodelle, Produkthaushalt und Controlling, das sind die aktuellen Themen der heutigen Verwaltung. Die Stadtkasse sorgt mit modernster kaufmännischer Buchführung die auch die zusätzlichen Anforderungen der Kameralistik erfüllt dafür, dass die neuen Steuerungsinstrumente erfolgreich eingesetzt werden können.

Pilotvorbereitungsphase für die neue Software SAP R3 „Industrie Solution – Public Sector“

1999 begann die Pilotvorbereitungsphase für die neue Software SAP R3 „Industrie Solution – Public Sector“. Zur Umsetzung dieses Projekts war der Kassenleiter, Herr Pache, seit September 1997 in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus ganz Baden-Württemberg, der Datenzentrale und SAP, um dieses Verfahren für die Gemeinden zu entwickeln. In sechs Teilprojektgruppen wurden die einzelnen Module für die Stadt Tübingen weiterentwickelt. Haushaltsplanung, Haushaltsbewirtschaftung / Kasse incl. Finanzbuchhaltung, Forderungsmanagement (Mahnung und Vollstreckung), Kosten- und Leistungsrechnung (Controlling), Projektssystem und Systemtechnik mussten reibungslos ineinander greifen.

Jahrtausendwechsel

Der unter den EDV Spezialisten mit dem Fachbegriff Y2k teilweise gefürchtete Jahrtausendwechsel verlief erfreulicherweise problemlos. Die Computer blieben nicht stehen, somit konnte am 2. Januar 2000 mit der neuen Software gestartet werden, es gab auch keine Stromausfälle, die Telefonverbindungen funktionierten weiter und die in allen Städten eingerichteten Notfallstäbe konnten nach Hause gehen.

Pilotanwender gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart

Am 2. Januar 2000 fiel der Startschuss der Produktivsetzung als Pilotanwender gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart; hinsichtlich des Moduls Bewirtschaftung/Kasse erstmalig in der Bundesrepublik. Nur durch den Einsatz aller Mitarbeiter der Kasse und vieler hundert Überstunden gelang der Produktivstart. Im Sommer 2000 arbeiteten alle Einzelbausteine zufriedenstellend. Einzig die Zahlungsvorgänge wurden von der Finanzbuchhaltung noch nicht fehlerfrei in das Haushaltsmanagement, die kamerale Haushaltsrechnung übertragen. Die Differenzen wurden im Tagesabschluss dargestellt und mussten berichtigt werden.

Release-Wechsel

2001 war das Jahr der Rückschläge. Im Sommer 2001 schien zunächst ein voller Erfolg eingetreten zu sein: Das Controlling begeistert die Finanzfachleute und der Tagesabschluss stimmt! Damit waren erstmals alle Zahlungen aus der Finanzbuchhaltung auch im Haushaltsmanagement richtig dargestellt. Wenige Tage später machte der Release-Wechsel alles zunichte. Der Tagesabschluss zeigte wieder Fehler, das Mahnwesen kollabierte komplett, die Saldenausgleichsprogramme führten ein „Eigenleben“, um nur einige Pannen zu nennen. Es erforderte Monate anstrengender Fehleranalyse- und Berichtigung bis das System wieder korrekt arbeitete.

Euro-Umstellung

Ende November 2001 wurde die DM im System durch den Euro abgelöst – unsere Probleme bekamen Zuwachs durch die überall auftretenden Euro-Rundungsdifferenzen. Diese Differenzen erfordern bei allen Abstimmarbeiten einen Zusatzaufwand. Trotz aller Schwierigkeiten gelang uns Ende 2001 der erste Rechnungsabschluss für das Jahr 2000 im neuen Verfahren.

Stellvertretende Kassenleiterin ist seit November 2001 Gabriele Schäfer.

Organisationsuntersuchung

2002 erfolgte nach einer mehrmonatigen aufwändigen Organisationsuntersuchung durch die Gemeindeprüfungsanstalt eine Umorganisation der Stadtkasse: Die Zusammenlegung der Sachkonten- mit der Debitorenbuchhaltung soll die Geschäftsprozesse effizienter und transparenter gestalten, ohne das hohe Maß der Kassensicherheit zu gefährden. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2001 verlief erfolgreich. Auch das Mahnverfahren arbeitet inzwischen wieder fehlerfrei.

Umzug 2003

Im September 2003 erfolgte der Umzug der Stadtkasse in den 3. und 4. Stock des herzoglichen Fruchtkastens in dem in den unteren drei Ebenen der Fachbereich Bürgerdienste und Recht mit dem Bürgeramt einschließlich den Fachabteilungen Recht, Straßenverkehr, Ordnung und Gewerbe, Ausländerangelegenheiten und Standesamt untergebracht ist.

Rechnungsabschlüsse

Die Rechnungsabschlüsse ab dem Haushaltsjahr 2001 verliefen wie erwartet zunehmend reibungsloser. Der Rechnungsabschluss 2005 wurde bereits Anfang Juli und damit praktisch im 1. Halbjahr 2006 fertiggestellt.

Vermögensrechnung

Im Jahr 2005 gelang es, auch die Vermögensrechnungen für die Jahre 2000 bis 2004 fertigzustellen. Die Vermögensrechnung für das Jahr 2005 ist inzwischen ebenfalls fertig. Sobald die Bewertung des Anlagevermögens abgeschlossen ist, wird auch dessen Bestand in die Vermögensrechnung / Vermögensbilanz aufgenommen.

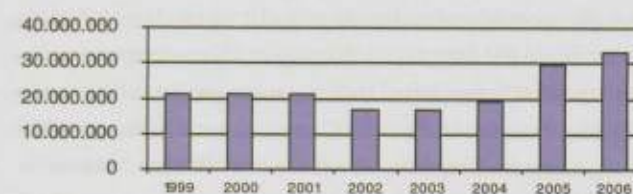
Steuerabteilung

Die Steuerabteilung veranlagt die Gewerbe-, Grund-, Hunde- und Vergnügungssteuer und ist zuständig für die Umsatzsteuer der städtischen Betriebe gewerblicher Art.

Gewerbsteuer

Im Berichtszeitraum wurden weitere Gewerbegebiete (u.a. Güllen, Handwerkerpark) erschlossen und bebaut. Die Anzahl der Gewerbesteuerzahler hat sich dadurch nur unwesentlich verändert, sie liegt nach wie vor bei ca. 900. Der Hebesatz liegt seit 1990 unverändert bei 360 v.H.

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens



Der Planansatz des Gewerbesteueraufkommens 2006 von 24 Mio. Euro wird auf Grund von Nachzahlungen für Vorjahre und der aktuell guten Wirtschaftslage deutlich überschritten.

Grundsteuer

Das Grundsteueraufkommen stieg von 8,9 Mio. Euro im Jahr 1998 auf 11,1 Mio. Euro im Jahr 2006. Die Erhöhung ist neben der Anhebung des Hebesatzes zum 1. Januar 2004 von 410 v.H. auf 450 v.H. insbesondere auf Wertfortschreibungen (Anbauten, Modernisierungsmaßnahmen), auf die rege Bautätigkeit im Loretto-Areal und im Französischen Viertel sowie auf den Wegfall der Grundsteuerbefreiungen für die ehemals französischen Garnisonswohnungen zurückzuführen. Das Grundsteueraufkommen ergibt sich aus rd. 33.000 Objekten und verteilt sich auf annähernd 23.000 Steuer-schuldner. Der Hebesatz der Grundsteuer A lag im Berichtszeitraum unverändert bei 360 v.H..

Hundesteuer

Der Steuersatz für den ersten und jeden weiteren Hund beträgt seit dem 1. Januar 2004 144 Euro. Zuvor waren es 240 DM bzw. ab dem 1. Januar 2002 120 Euro. Die Steuer bringt im Jahr 2006 bei ca. 1.500 Hundehaltungen rund 205.000 Euro ein.

Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer ist rechtlich noch immer heftig umstritten. Dabei geht es um die Pauschalbesteuerung und um die Höhe (Erdrosselungswirkung).

Das Aufkommen entwickelte sich von rd. 250.000 Euro im Jahr 1999 auf rd. 265.000 Euro im Jahre 2006.

Steuerverbund Reutlingen / Tübingen

Die Städte Reutlingen und Tübingen betreiben Wissenschafts- und Technologieparks im „Wirtschaftsgebiet Reutlingen-West“ und an den Standorten „Obere Viehweide“ und „Vor dem Kreuzberg“ in Tübingen. Beschränkt auf diese Gebiete vereinbarten die beiden Städte am 6. Oktober 1999 einen Steuerverbund für das Realsteueraufkommen (Grundsteuer B und Gewerbesteuer). Das in den genannten Gebieten anfallende Aufkommen an Grundsteuer B und Gewerbesteuer (Ist-Einnahmen) wird zwischen Reutlingen und Tübingen im Verhältnis 1:1 aufgeteilt. Für die Jahre 2000 bis 2005 wurden insgesamt ca. 57.000 Euro (nur Grundsteuer) an die Stadt Reutlingen überwiesen. Die Stadt Reutlingen hat bisher die Jahre 2000 bis 2004 abgerechnet und für diesen Zeitraum ca. 110.000 Euro Grund- und Gewerbesteuer ausbezahlt.

Die Stadt als Steuerschuldnerin

Die Stadt ist mit ihren Betrieben gewerblicher Art umsatzsteuer- und ggfs. ertragsteuerpflichtig. Die Universitätsstadt Tübingen ist in folgenden Bereichen unternehmerisch tä-

tig: EBT, SBT, Vermessungsverwaltung, Tiefgarage Lange Gasse 54, Märkte, Sammelantenne WHO, Fest- und Messeplatz, Ratschreiber, Reinigung von Glascontainerstandplätzen für Duales System und mit der Sporthalle Europastraße. Für die hier erzielten Umsätze müssen monatliche Umsatzsteueranmeldungen und eine Umsatzsteuererklärung abgegeben sowie Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt werden. Außerdem müssen für den Bereich Kfz-Werkstatt und Grünpflege der SBT Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen abgegeben werden.

Abteilung Erschließungsrecht

Abwassergebühren

Die in Tübingen zu entrichtenden Abwassergebühren basieren seit Jahrzehnten auf dem sogenannten Frischwassermaßstab. Dieser einfach zu handhabende Maßstab (u. a. Erhebung der Abwassergebühr mit dem Wassergeld) geht davon aus, dass Wasserbezug und Abwassereinleitung im Großen und Ganzen in einem sich ähnelnden Verhältnis zu einander stehen. Nachdem die Rechtsprechung in den letzten Jahren dieses Verhältnis und damit die Gebührengerechtigkeit immer stärker hinterfragt, hat die Verwaltung damit begonnen, die Notwendigkeit der Einführung der sogenannten „Gesplitteten Abwassergebühr“, die bei der Gebührenbemessung auch das auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser berücksichtigt, u. a. unter dem Aspekt der Homogenität der Bebauungsstrukturen in Tübingen zu überprüfen. Dass die Frage des Bemessungsmaßstabs erhebliche Auswirkung haben kann, ergibt sich schon aufgrund des jährlichen Gebührenaufkommens: Im Berichtszeitraum wurden von den Stadtwerken für rund 32.500.000 cbm Verbrauch rund 52.800.000 Euro Abwassergebühren in Rechnung gestellt. Dies entspricht einem jährlichen Durchschnittsverbrauch von rund 4 Mio. cbm Wasser, einem durchschnittlichen jährlichen Gebührenaufkommen von 6.600.000 Euro bzw. einem durchschnittlichen Gebührensatz von rund 1,63 Euro/cbm.

Die seit 1998 von der Abteilung Erschließungsrecht (bis dahin von der Steuerabteilung) zu bearbeitenden besonderen Gebührenfälle (Eigenwasserversorger, landwirtschaftliche Betriebe und gärtnerische Nutzungen, Starkverschmutzer, nachweislich eingeschränkte Einleitungen, Kleinkläranlagen, geschlossene Gruben etc.) betrafen im Berichtszeitraum ein Abwasservolumen von insgesamt gut 6,45 Mio. cbm (durchschnittl. jährlich 800.000 cbm), wovon für 6,4 Mio. cbm Gebühren zu erheben und für 51.000 cbm Gebühren zu erstat-

ten waren. Saldiert lag das Gebührenaufkommen bei insgesamt 10,24 Mio Euro, durchschnittlich jährlich also bei 1,28 Mio. Euro.

Abwasserbeiträge

Im Berichtszeitraum wurden 316 Grundstücke erstmals zu Abwasserbeiträgen herangezogen bzw. wegen Befreiung vom zulässigen Maß der baulichen Nutzung nachveranlagt. Da die Abwasserbeitragspflicht entsteht, sobald ein Grundstück bebaut und an das Kanalsystem angeschlossen werden kann, spiegelt die Fallzahl nicht die Bautätigkeit wider. Das Beitragsaufkommen lag bei gut 1,93 Mio. Euro. Gegen die Heranziehung zu Abwasserbeiträgen wurden nur ganz ausnahmsweise (sechs Fälle) Widersprüche eingelegt, die in fünf Fällen nach entsprechender Erläuterung der Sach- und Rechtslage zurückgenommen, im letzten Fall nach Widerspruchsbescheid nicht weiter verfolgt wurde.

Erschließungsbeiträge

Im Berichtszeitraum wurden 1.375 Beitragsbescheide mit einem Volumen von 6,139 Mio. Euro erlassen. Als größere Maßnahmen sind zu nennen: Güllen/Neckaraue, Riedstraße, Hofstrüttele II, Otto-Erbe-Weg, Matthias-Koch-Weg, Steinackerstraße, Im Winkelrain. Nachdem 1993 das Recht auf Erhebung von Vorausleistungen verbessert wurde, ist es bei der Stadt schon zur Regel geworden, bereits während der Herstellungsmaßnahmen, also vor dem Entstehen der endgültigen Beitragspflicht eine oder mehrere Vorausleistungsraten auf den endgültigen Beitrag zu erheben. Dies ist, auch wenn damit zunächst ein höherer Verwaltungsaufwand verbunden ist, für beide Seiten vorteilhaft: für die Beitragspflichtigen, weil sie sich zu einem frühen Zeitpunkt mit der nicht eben leichten Beitragsmaterie auseinandersetzen und sich auf die auf sie zukommende Beitragsbelastung einstellen können; für die Stadt, weil sie so kaum Fremdmittel zur Finanzierung einsetzen muss. Der andauernde Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung vom Baubeschluss bis zur endgültigen Abrechnung trägt im Übrigen dazu bei, dass sich sowohl die Anzahl der Anträge auf Stundungen verringern (sie tendieren gegen Null) als auch die Anzahl der durch Widerspruchsbescheid oder Klagen zu entscheidenden Widersprüche. Im Berichtszeitraum wurden knapp 100 Widersprüche gegen Erschließungsbeitragsbescheide eingereicht, wovon 15 den ungewöhnlich aufwändigen Otto-Erbe-Weg betrafen. Der Großteil der Widersprüche wurde aufgrund ausführlicher mündlicher oder schriftlicher Aufklärung zurückgenommen, in 13 Fällen erging ein förmlicher Widerspruchsbescheid, wovon in vier Fällen (ein Eigentümer) Kla-

ge erhoben wurde, die momentan zur gerichtlichen Entscheidung ansteht.

Für die Herstellung der Wilhelm-Keil-Straße entlang KSK und LRA und die Erschließung der Wohnanlagen an Hirschauer Straße / Rappenberghalde auf dem ehemaligen Gärtnerengelände bzw. an der östlichen Teillänge der Straße Im Rotbad wurden Erschließungsverträge geschlossen.

Kostenerstattungen

Im Berichtszeitraum wurden Kostenerstattungsbeträge als Vorauszahlung für den Eingriff in Natur und Landschaft im Bebauungsplangebiet „Südl. Stäudach“ i. H. v. 137.825 Euro angefordert. Je nach der „zulässigen Grundfläche“ auf den einzelnen Grundstücken betrug die Belastung – umgerechnet auf die Grundstücksgröße – zwischen rund 4,50 Euro/qm und 9 Euro/qm. Damit dürften rund zweidrittel der endgültigen Kosten für die im Bebauungsplan „Südl. Stäudach“ festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen abgedeckt sein. Des Weiteren wurden die Ausgleichsbeträge in Höhe von 50.700 Euro für die Überbauung des ehemaligen Gärtnerengeländes an der Hirschauer Straße / Rappenberghalde vertraglich abgelöst.

Rundfunkverteilanlage WHO

Die zehnprozentigen linearen Abschreibungen der Kosten für die aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. November 1989 mit einem Aufwand von über 700.000 DM durchgeführte Erweiterung des Rundfunk- und Fernsehprogrammangebots auf WHO sind mit dem Jahr 2001 ausgelaufen. Dadurch hat sich die jährliche Umlage ab 2002 von etwa 53,00 DM / 27 Euro auf rund 15 Euro je Wohneinheit verringert.

Das zu geringe Angebot vor allem an ausländischen Programmen wurde zunehmend bemängelt. Folge war eine Zunahme bei der Errichtung unerlaubter Satellitenanlagen. Gespräche mit der „Bosch-Telekom“ und „Kabel BW“ haben schon anfangs des Berichtszeitraums nicht den Eindruck hinterlassen, dass eine finanziell vertretbare Versorgung von diesen Anbietern erwartet werden konnte. Mit der Einspeisung digitaler Programme in das Reutlinger / Tübinger Kabelnetz zum Jahreswechsel 2004 / 2005 traten im städtischen Netz auf WHO erhebliche Empfangsstörungen auf. Die Suche nach einem externen Netzbetreiber blieb erfolglos. Kabel BW hat sich zwar 2005 bereit erklärt, ihr technisches Know-how der Stadt zur Verfügung zu stellen und das Netz auf WHO nach einer entsprechenden Modernisierung durch die Stadt (Kosten: rund 2 Mio. Euro) dann selbst auch für Telefon- und Internetdienste zu nutzen; eine Übernahme der

Anlage im seitherigen Zustand lehnte sie aber ebenso kategorisch ab wie die Übernahme der Modernisierungskosten. Auch die SWT haben es nach interner Prüfung abgelehnt, die Rundfunkversorgung auf WHO von der Stadt zu übernehmen.

Fachbereich Bürgerdienste und Recht

Der Fachbereich „Bürgerdienste und Recht“ wurde im Zuge der Verwaltungsreform der Universitätsstadt Tübingen mit Wirkung zum Jahresbeginn 2003 durch die Zusammenlegung der bisher selbstständigen Organisationseinheiten Rechtsamt, Ordnungsamt und Standesamt gebildet. Alle Abteilungen des Fachbereichs „Bürgerdienste und Recht“ sind im Bürgeramt in der Schmiedtorstraße 4 untergebracht. Der Fachbereich untergliedert sich in die Abteilungen „Recht“, „Straßenverkehr“, „Ordnung und Gewerbe“ sowie die Abteilung „Bürgerdienste“.

Rechtsabteilung

In den Jahren 1999 bis 2006 haben sich innere Struktur und Aufgaben der Rechtsabteilung der Universitätsstadt Tübingen nicht verändert. Lediglich organisatorisch ist das ehemalige Rechtsamt als Rechtsabteilung dem Dezernat 01 des ersten Bürgermeisters unterstellt und in den Fachbereich „Bürgerdienste und Recht“ eingegliedert worden. Im Zuge dessen zog die Rechtsabteilung in das Gebäude des Bürgeramtes in die Schmiedtorstraße 4 um. Die Anzahl der anhängigen Gerichtsverfahren und der interne Beratungsbedarf der städtischen Dienststellen schwankten im Berichtszeitraum leicht. Es war ein Zuwachs an Mitwirkungsbedarf der Rechtsabteilung im Bereich der Vertrags- und Satzungs-gestaltung zu verzeichnen.

Durchschnittlich war die Rechtsabteilung in den Jahren 1999 bis 2005 mit jährlich 220 internen Beratungen betraut. Gerichtsanhängig waren im Berichtszeitraum jahresdurchschnittlich 143 Verfahren.

Für die Universitätsstadt Tübingen waren folgende Angelegenheiten von besonderer wirtschaftlicher bzw. politischer Bedeutung:

- die Wahlanfechtung der Oberbürgermeisterwahl 1999
- die Überprüfung der Vergnügungssteuersatzung der Universitätsstadt Tübingen
- das Planfeststellungsverfahren für die Sanierung des Hochwasserbeckens Elysium
- die angefochtene Baugenehmigung für die Erstellung eines Geschäftshauses in der Grabenstraße
- die Räumungsklage „in letzter Minute“ im Zusammenhang mit der Erweiterung der Grundschule Weilheim

- die Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen wegen erheblicher Baumängel in der neu erbauten Grundschule Innenstadt
- die erstmals aufgrund einer neuen Polizeiverordnung ausgesprochenen Hundehaltungsverbote
- die inzidente Überprüfung der 1999 neu beschlossenen Kindergartengebührensatzung, die erstmals nach Einkommen gestaffelte Gebühren vorsah
- die Verhinderung eines Bauvorhabens, das die Zerstörung des Ammerbegleitweges zur Folge gehabt hätte
- die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in der Knollstraße in Tübingen-Bühl auf 20 km/h
- die Erhebung von Ausgleichsbeträgen im städtebaulichen Entwicklungsbereich „Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“
- die Überprüfung der Satzung für die Wiedereröffnung des Stadtfriedhofs
- der Antrag eines Dritten gegen die Baugenehmigung für den Verbrauchermarkt „Minimal / Saturn“
- der Diebstahl von Kunstgegenständen aus dem Stadtmuseum
- die Klage gegen das Festival „Viva Afro Brasil“
- die Ausarbeitung der Verträge anlässlich der Kommunalisierung der Landeszuschüsse für Kindertagesstätten

Im Zeitraum von 1999 bis September 2006 wurden 77 Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen bei der Rechtsabteilung im Rahmen ihres Referendariats ausgebildet.

Seit dem Jahre 2005 ist die Rechtsabteilung Sühnestelle für Sühneverfahren. Dieser Aufgabenbereich war zuvor dem Standesamt zugeordnet. Im Jahre 2005 wurden vier Sühneverfahren durchgeführt.

Straßenverkehrsabteilung

Neben der Umsetzung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften wurden der Straßenverkehrsabteilung alle Bußgeldverfahren für die Gesamtverwaltung übertragen. Daneben untersteht der Leitung der Straßenverkehrsabteilung der städtische Vollzugsdienst, der sowohl für die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs, als auch für die Überwachung der örtlichen, durch den Gemeinderat erlassenen Vorschriften zuständig ist.



In Ausführung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung regelt und lenkt die Straßenverkehrsabteilung als „Untere Straßenverkehrsbehörde“ den öffentlichen Verkehr. Sie kann in eigener Zuständigkeit verkehrsregelnde Maßnahmen aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs anordnen, die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten. Zur Verkehrslenkung und -sicherung gehören alle verkehrsregelnden Maßnahmen, wie die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, Vorfahrtsregelungen, Halt- und Parkverbote, Fußgängerüberwege, Knotenpunkten mit und ohne Lichtzeichenanlagen, Wegweiser, innerörtliche Hinweise zu öffentlichen und privaten Einrichtungen, Anordnung von Tempo-30-Zonen und Parkzonen, verkehrsberuhigten Bereichen und Fußgängerzonen, die Sicherung der Schul- und Kindergartenwege sowie Maßnahmen zur Busbeschleunigung, zur Förderung des Fahrradverkehrs oder zur Sicherung des Fußgängerverkehrs.

Hier gilt, dass getroffene Anordnungen im Sinne der StVO erforderlich sein müssen und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Als oberster Grundsatz gilt, dass nicht mehr zu reglementieren ist, als für die Verkehrsabwicklung grundsätzlich notwendig.

Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass Arbeitsstellen im öffentlichen Straßenraum durch Anordnungen gegenüber den Bauunternehmen gesichert und Veranstaltungen auf öffentlichen Straßenflächen ohne Gefährdung von Personen und Sachwerten durchgeführt werden können.

Durch Erteilung von Ausnahmegenehmigungen soll das Parken unter anderem für Bewohner, Schwerbehinderte, Ärzte, Soziale Dienste und Handwerker erleichtert bzw. ermöglicht werden, sowie das Fahren von Großraum- und Schwertransporten von, nach und durch Tübingen geregelt werden.

In den Jahren 1999 bis 2006 wurde eine Vielzahl von verkehrsrechtlichen Maßnahmen durch die Straßenverkehrsabteilung umgesetzt. So wurde 1999 die Tempo-30-Zone auch für die Nürtinger Straße, in Weilheim und Pfrondorf angeordnet. In den Jahren 1999 und 2000 wurde die Parkraumbewirtschaftung auf die Gebiete 8 – 13 ausgedehnt. Gleichzeitig wurden im Stadtgebiet 15 Grünpeile an Lichtsignalanlagen angebracht und ein Freizeitleitsystem – Verbindungswegweisung – zwischen den Ammertalbahnhöfen entworfen und umgesetzt. In 2000 wurde die Deutschland-Tour, ein Profi-Radrennen mit einer Sprint- und einer Bergwertung durch Tübingen geführt.

Im Jahr 2002 wurde die Schweickhardtkreuzung umgebaut und mit einer Lichtsignalanlage in Betrieb genommen. Der Linksabbieger auf der B 28 aus Fahrtrichtung Reutlingen in das Französische Viertel wurde aufgehoben. Im selben Jahr wurde die vom Gemeinderat beschlossene stationäre Geschwindigkeitsmessanlage, auf Höhe des Französischen Viertels, in der Reutlinger Straße installiert. In der Mühlstraße wurde ein Seitenstreifen zum Schutz der Radfahrer und zum Parken bzw. als Ladezone markiert.

In den Jahren 2003 bis 2006 wurde unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Tübingen (UKT), der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Tübingen, der Tropenklinik Paul-Lechler-Krankenhaus, dem Staatlichen Vermögens- und Hochbauamt und der Universität Tübingen ein Verkehrslenkungskonzept fertig gestellt, das derzeit umgesetzt wird. Die bisherige Wegweisung wies auch hinsichtlich der Kontinuität und in der Zielführung Mängel auf. Diese konnten bei der jetzigen Neukonzeption behoben werden. Bereits im Vorfeld wurde eine neue Hotelwegweisung und ein Parkleitsystem entwickelt und umgesetzt. Parallel zum Bau der Sporthalle wurde ein Konzept erstellt, das einen reibungslosen Ablauf bei Veranstaltungen gewährleistet. Die Parkraumbewirtschaftung wurde weiter ausgedehnt, wobei der Schwerpunkt hier die Umsetzung im Französischen Viertel und den Randgebieten bildete. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehrsplanung wurde das Radwegenetz kontinuierlich erweitert, verändert, umgestaltet und entsprechend beschildert; ebenso die Radwege zwischen Bahnhof und Karlsstraße und von Tübingen nach Bebenhausen.

Die Überwachung des fließenden Verkehrs wird durch drei mobile Messwägen sowie neun stationäre Messstellen, die wechselweise mit vier Messgeräten betrieben werden, durchgeführt. Im Oktober 2006 wurde erstmals eine kombinierte Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der B27, auf Höhe der Galgenbergkreuzung, in Betrieb genommen.

Durch die mehrmalige Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung sind heute 16 gemeindliche Vollzugsbedienstete mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs im gesamten Stadtgebiet beschäftigt. Darüber hinaus entlasten sie den Polizeivollzugsdienst bei der Gefahrenabwehr und der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten in denjenigen Aufgabenfeldern, die vorrangig im kommunalen Interesse liegen und auf das Gemeindegebiet beschränkt sind.

In den vergangenen Jahren wurden jahresdurchschnittlich rund 166.000 Ordnungswidrigkeitsverfahren bearbeitet. Hiervon entfallen rund 71.000 Verstöße auf Geschwindigkeitsübertretungen, rund 95.000 Verstöße werden im ruhenden Verkehr festgestellt.

Abteilung Ordnung und Gewerbe

Der Zuständigkeitsbereich der Abteilung Ordnung und Gewerbe umfasst eine Vielzahl von ordnungsrechtlichen und gewerberechtlichen Sachgebieten. Sie ist zuständig für die Feuerwehrverwaltung, das Gaststättenrecht, das Gewerbe-, Handwerks-, Waffen-, und Sprengstoffrecht sowie das Gesundheitswesen und den Zivil- und Katastrophenschutz, soweit diese Aufgaben nicht dem Landratsamt Tübingen obliegen. Daneben verwaltet und organisiert die Fachabteilung Ordnung und Gewerbe die Wochen- und Spezialmärkte in Tübingen, verwaltet den Festplatz „Weilheimer Wiesen“ und die als öffentliche Einrichtung betriebenen Stocherkahnanlegeplätze. Daneben ist die Abteilung als Ortspolizeibehörde zuständig für die kommunale Kriminalprävention, Demonstrationen und Versammlungen im öffentlichen Raum und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Gesamtstadt. Sie bedient sich hierzu, falls notwendig, des städtischen Vollzugsdienstes bzw. des Polizeivollzugsdienstes.

Im Berichtszeitraum wurden im Stadtgebiet der Universitätsstadt Tübingen rund 500 Versammlungen abgehalten. Die Demonstrationen verliefen weitgehend friedlich; lediglich beim „Mai-Einsingen“ der Studentenverbindungen musste ein größeres Polizeiaufgebot eingreifen.

Thematische Schwerpunkte der Versammlungen waren die Asylpolitik, die Hochschul- und Bildungspolitik und die Friedens- und Arbeitspolitik. In einigen Fällen mussten Ordnungsstörungen und Straftaten mit Aufenthaltsverboten und Platzverweisen begegnet werden. In einigen Fällen wurde auch Alkohol beschlagnahmt und Hundehalteverbote ausgesprochen. Oft war es nur mit polizeilichen Mitteln möglich, Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt vor Schäden zu bewahren.

Aufenthaltsverbote und Platzverweise sind jedoch nicht nur Standardmaßnahmen bei Problemen im öffentlichen Raum. Insbesondere in Fällen häuslicher Gewalt wurde mit dem Platzverweisverfahren gegen die Täter/Störer vorgegangen und diese für eine bestimmte Zeit aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen.

Der spektakulärste Fall der Gefahrenabwehr durch die Abteilung Ordnung und Gewerbe erfolgte in den Jahren 2001 und 2002. Im Jahr 2001 hatten Schüler der Mörikeschule eine große Menge von Quecksilber in der Schule und an mehreren anderen Stellen der Südstadt sowie in ihren Wohnungen verteilt und hierdurch großen Schaden angerichtet. Im Jahr 2002 wurde die Ordnungsbehörde mit den so genannten „Anthrax-Alarmen“ konfrontiert, bei denen bundesweit „verdächtiges weißes Pulver“ in Briefumschlägen verschickt wurde, welches ein hohes gesundheitliches Risiko für den Empfänger barg. Glücklicherweise handelte es sich immer um „blinden Alarm“.

In den Folgejahren war die Abteilung mit der Vorbereitung von Pockenschutzimpfungen sowie der Vogelgrippe befasst. Auch bei Unwettern und Hochwassern waren sie in diesen Jahren gefordert, wie selten in der Vergangenheit.

Mit dem Erlass der neuen Sondernutzungsrichtlinien durch den Gemeinderat im Jahr 2005 wurden die Plakatierung, die Außenbewirtschaftung und die Veranstaltungen im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Altstadtgebiet“ neu und umfassender geregelt, mit dem Ziel, die Interessen der Nutzer und Bewohner in Ausgleich zu bringen.

Derzeit gibt es in Tübingen 308 konzessionierte Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe sowie insgesamt fünf Spielhallen. In den vergangenen Jahren wurde die Nachfrage nach Außenbewirtschaftung immer größer. Zum 1. Juli 2005 hat sich das Gaststättengesetz geändert; seit diesem Zeitpunkt bedarf einer Erlaubnis nicht mehr, wer alkoholfreie Getränke, unentgeltliche Kostproben oder zubereitete Speisen verabreicht. Auch die Erlaubnispflicht für Beherbergungsbetriebe mit mehr als acht Betten ist entfallen. Ladengeschäften ist es nun erlaubt Sitzgelegenheiten bereit zu stellen. Lediglich im Bereich des Bebauungsplans Altstadtgebiet ist dies auf Grund der Festsetzung in diesem Bebauungsplan nicht möglich.

Das herausragende Ereignis im Berichtszeitraum war die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Aus diesem Anlass wurde im Bereich vor der Großsporthalle in der Europastraße sowie am Anlagensee eine WM-Arena bzw. eine WM-Park mit jeweils einer Public Viewing Anlage errichtet.

Im Berichtszeitraum wurden pro Jahr durchschnittlich mehr als 700 Gewerbebeanmeldungen, rund 400 Gewerbeabmeldungen und rund 150 Gewerbeummeldungen vorgenommen. Des Weiteren wurden jährlich rund 1.500 Auskünfte aus dem Geweregister erteilt.



Jahresdurchschnittlich sind in Tübingen rund 4.500 erlaubnispflichtige Schusswaffen bei rund 1.300 Waffenbesitzern registriert. Die Zahl der Neuerteilungen von Waffenbesitzkarten für Sportschützen und Jagdscheininhaber liegt bei rund 35 Fällen pro Jahr.

Im Zuge der Landesverwaltungsreform sind zum Jahresbeginn 2005 die Zuständigkeiten für die Gewerbeuntersagungen nach § 35 Gewerbeordnung geändert worden. Seither sind alle unteren Verwaltungsbehörden, das heißt auch die Universitätsstadt Tübingen, für Gewerbeuntersagungen in ihrem Bereich zuständig. Im Jahr 2005 wurden neun Gewerbeuntersagungsverfahren durchgeführt.

Mit Inkrafttreten der Polizeiverordnung des Landes Baden-Württemberg über die Haltung gefährlicher Hunde zum 16. August 2000 wurden alle Personen mit Wohnsitz in Tübingen verpflichtet, die Haltung nachfolgend aufgeführter Hunde anzuzeigen:

American Staffordshire Terrier, Bullterrier und Pitbull-Terrier sowie Mischlinge der genannten Hunderassen. Derzeit befinden sich insgesamt 19 Hunde im Bereich der Stadt Tübingen die in oben genannte Kategorie fallen. Die überwiegende Anzahl davon absolvierte erfolgreich die Verhaltensprüfung, welche vom Landratsamt Tübingen durchgeführt wird.

Zum 1. Januar 2004 wurde die Aufgabe der Obdachlosenbehörde auf die Fachabteilung Ordnung und Gewerbe übertragen. Derzeit sind insgesamt 109 Personen, darunter 17 Kinder, mittels Einweisungsverfügungen in 31 Obdachlosenunterkünften untergebracht. Die Anzahl der von Obdachlosigkeit bedrohten Personen hat Jahr für Jahr stetig zugenommen.

Ebenfalls bemerkenswert ist der ständige Anstieg von Sterbefällen, in denen die Universitätsstadt Tübingen als Ortspolizeibehörde, anstelle der eigentlich bestattungspflichti-

gen Angehörigen, für die Bestattung sorgen muss, entsprechend den Vorschriften des Bestattungsgesetzes für Baden-Württemberg.

Die Leitung der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen obliegt dem Feuerwehrkommandanten, Herrn Michael Oser; dieser wird durch die Abteilung Ordnung und Gewerbe als Feuerwehrverwaltung unterstützt. Die Freiwillige Feuerwehr Tübingen besteht aus elf aktiven Abteilungen, einer Jugendfeuerwehr, einer Altersabteilung und zwei Spielmannszügen. Ferner aus 12 hauptamtlichen Mitarbeitern, von denen sieben Mitarbeiter die Leitstelle für die Kreisalarmierung betreuen. Zwei Mitarbeiter nehmen in der zentralen Schlauch- und Atemschutzwerkstatt die erforderliche Wartung und Instandsetzung der Schläuche bzw. Atemschutzgeräte vor. Ein Mitarbeiter ist für die Pflege und Instandsetzung sowie für die erforderliche Wartung von Fahrzeugen und Geräten verantwortlich. 2004 wurde erstmals die neu geschaffene Stelle für den vorbeugenden Brandschutz besetzt.

Die Personalstärke der aktiven Feuerwehrangehörigen bewegte sich zwischen 1998 und 2006 von 349 bis 366 Angehörige. Derzeit stehen 346 aktive Feuerwehrangehörige im Einsatzdienst.

Die Jugendfeuerwehr Tübingen wurde am 14. November 1985 gegründet. Heute gehören 103 Jungen und Mädchen aus neun Abteilungen zur Jugendfeuerwehr.

Die Einsatzstatistik stellt sich wie folgt dar:

• 1999	663 Einsätze
• 2000	464 Einsätze
• 2001	446 Einsätze
• 2002	892 Einsätze
• 2003	604 Einsätze
• 2004	401 Einsätze
• 2005	418 Einsätze
• 2006 – bis 30. September	316 Einsätze

Die Einsatzstatistik macht die Mehreinsätze von 1999 durch den Sturm „Lothar“ und in 2002 und 2003 durch die Hochwassereinsätze deutlich.

Der Brandeinsatz in der Nacht zum 17. Dezember 2005 in der Reutlinger Straße 34/1 in Tübingen endete für zwei engagierte und erfahrene Feuerwehrangehörige, Andreas Mang und Kurt Schwägerle, tödlich. Das Ereignis hat die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen tief erschüttert. Die Bevölkerung und Feuerwehren aus dem ganzen Land nahmen großen Anteil an diesem Geschehen.

In den Jahren 1999 bis 2006 wurden für die Freiwillige Feuerwehr Tübingen sieben Feuerwehrfahrzeuge angeschafft, eine Investition in Höhe von 690.000 Euro. Das Land hat sich hierbei teilweise bis zu 40 Prozent an den Kosten beteiligt. Die in den Feuerwehrfahrzeugen und Feuerwehrhäusern in Betrieb befindlichen Funkgeräte waren zum Teil 25 bis 30 Jahre alt und mussten ausgetauscht werden. Eine Investition von über 50.000 Euro war erforderlich. Für die Beschaffung von Funkmeldeempfängern mussten weitere 50.000 Euro ausgegeben werden. Bei den Feuerwehrtauchern der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen wurde der technische Standard für über 23.000 Euro verbessert, indem Leicht- und Tauchgeräte mit Zubehör angeschafft wurden. Für die Anschaffung von Geräten, Unterhaltung und Instandsetzung der Geräte und Fahrzeuge sowie für die persönliche Dienst- und Schutzkleidung stehen der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen jährlich über 150.000 Euro zur Verfügung.

Abteilung Bürgerdienste

Mit dem Einzug des Fachbereichs „Bürgerdienste und Recht“ in das neue Bürgeramt in der Schmiedtorstraße 4 wurde das Einwohnermeldeamt sowie die Ausländerbehörde und das Standesamt in einer Fachabteilung „Bürgerdienste“ zusammengefasst; die Abteilung untergliedert sich nun in die drei Sachgebiete „Bürgeramt“, „Ausländerrechtliche Angelegenheiten“ und „Standesamt“.

Die Entwicklung des Einwohnermeldeamtes zu einem Bürgeramt mit umfassenden Dienstleistungen für die Bürgerschaft wurde bereits in den Jahren 2000 und 2001 durch mehrere Projektgruppen vorbereitet. Im Laufe der ersten Jahreshälfte 2003 wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgeramtes auf ihre Aufgabe im neuen Bürgeramt vorbereitet und intensiv geschult. Neben den fachlichen Themen stand auch ein mehrtägiges Seminar auf dem Programm, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgeramtes für die neuen Herausforderungen im Bürgeramt fit zu machen.

Mit dem Bürgeramt hat die Universitätsstadt Tübingen das Ziel verfolgt, den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand an einem Ort anzubieten. So wurden neben den Pass- und melderechtlichen Angelegenheiten alle diejenigen Verwaltungsverfahren im Bürgeramt angesiedelt, die schnell und ohne großen Beratungsbedarf abgewickelt werden können. Auch wurde eine Vielzahl von Aufgaben anderer Ämter in das Bürgeramt verlagert; darüber hinaus können die Bürgerinnen und Bürger



Service-Team im Bürgeramt

nun auch andere Dienstleistungen, die keine eigentlichen Verwaltungsleistungen sind, wie Adressbücher, Handbücher, Müllsäcke, Stadtpläne und Fahrkarten für den öffentlichen Personennahverkehr erhalten.

Das Bürgeramt wurde von der Bevölkerung der Universitätsstadt Tübingen sehr positiv aufgenommen. Eine dauerhaft durchgeführte Kundenbefragung im Bürgeramt hat ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger mit den Leistungen des Bürgeramtes außerordentlich zufrieden sind.

Im Sachgebiet Ausländerwesen wurde im Jahr 2001 die bisher bestehende Trennung der Teilbereiche Aufenthaltsgenehmigungen und Asylbewerber aufgehoben. Damit wird eine gleichmäßigere Auslastung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erreicht und die Wartezeiten konnten verringert werden. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei knapp 10.000 Personen. Ein sehr hoher Anteil (1.560) davon ist nur vorübergehend in Deutschland ansässig. Vorwiegend handelt es sich hierbei um Studierende und Wissenschaftler an der Universität Tübingen. Der Anteil der Personen aus einem Mitgliedstaat der EU liegt bei ca. 4.500 Personen. Die größte Bevölkerungsgruppe stellen die türkischen Mitbürger/-innen mit einem Anteil von etwas über 12 Prozent. Die griechischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind mit einem Anteil von 11 Prozent sowie die italienischen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem Anteil von 9,5 Prozent vertreten.

Die Asylbewerberzahlen sind in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Derzeit halten sich knapp 50 Personen in Tübingen auf. Die Zahl der nach negativem Abschluss des Asylverfahrens Geduldeten ist konstant hoch und liegt bei rund 300 Personen. Die Anzahl der Visumsanträge in den letzten Jahren liegt im Durchschnitt bei etwa 500. Es handelt sich hierbei in der Regel um Fälle, in denen ein längerfristiger Aufenthalt, z.B. zum Studium oder zur Familienzusammenführung, beabsichtigt ist.

Die Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, welche 1997 begonnen wurde, wurde zunächst fortgesetzt; ab dem Jahr 2000 betraf dies auch die Flüchtlinge aus dem Kosovo. Die zunächst vom Innenministerium verfolgte Linie wurde nach immer stärker werdenden Protesten von Arbeitgebern jedoch aufgegeben. In der Folge wurde in den Jahren 2001 / 2002 Regelungen verabschiedet, die es ermöglichen, erwerbstätigen Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien ein Aufenthaltsrecht einzuräumen, wenn der Arbeitgeber die Unabkömmlichkeit bestätigte. Wenigen Familien, die nicht unter diese Bleiberegulungen gefallen sind, konnte mittlerweile auch eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz hat sich die Arbeit der Ausländerbehörde leicht verändert. Neue Aufgaben sind hinzugekommen, wie z.B. die Teilnahmeberechtigung bzw. –verpflichtung von Ausländern an Integrationskursen. Arbeitserlaubnisse, welche bisher von der Arbeitsagentur zur Arbeitsaufnahme erteilt wurden, sind weggefallen. Diese werden nun gleichzeitig mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde geregelt. EU-Staatsangehörige benötigen seither keine Aufenthaltserlaubnis mehr; ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Abbau bürokratischer Hürden.

Standesamt

Bereits zum 1. Juli 1998 trat sowohl ein neues Eheschließungsrecht als auch ein neues Kindschaftsrecht in Kraft. Mit der Aufhebung des Ehegesetzes wurde das öffentliche Aufgebot mit Aushang abgeschafft und durch die Anmeldung zur Eheschließung ersetzt. Auch sind für die Eheschließung jetzt keine Trauzeugen mehr erforderlich. Das Kindschaftsrecht unterscheidet nicht mehr nach ehelichen und nicht-ehelichen Kindern. Ebenso wurde das materielle und das internationale Abstammungsrecht grundlegend geändert. Auch für die Namensführung eines Kindes ist es nach deutschem Recht nicht mehr entscheidend ob seine Eltern zum Zeitpunkt der Geburt miteinander verheiratet sind. Vom Standesamt zu prüfen ist insoweit lediglich noch, ob das Kind im rechtlichen Sinne einen Vater hat (wirksame Anerkennung der Vaterschaft bzw. Verheiratung der Eltern), ob die elterliche Sorge nur einem oder beiden Elternteilen zusteht und ob die Eltern einen Ehenamen führen oder nicht.

Änderungen im Namensrecht ergaben sich im Februar 2005. Danach ist es möglich, nicht nur den Geburtsnamen der Frau oder des Mannes zum Ehenamen zu bestimmen, sondern

auch den zu diesem Zeitpunkt geführten Namen (z.B. auch den in der Vorehe geführten Ehenamen). Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Namensführung von Kindern.

In der Praxis wird neben der Bestimmung des Namens des Mannes zum Ehenamen vor allem von der getrennten Namensführung Gebrauch gemacht. Dies zeigt die nachfolgende Statistik über die Namensführung in der Ehe für die Jahre 1999 bis 2005.

Die Anzahl der Eheschließungen in den Jahren 1999 bis 2005 hat sich vor allem in den letzten Jahren zwischen 2003 und 2005 reduziert; während in den davor gehenden Jahren durchschnittlich 500 Eheschließung pro Jahr durchgeführt wurden, reduzierten sich diese in den Jahren 2003 bis 2005 jahresdurchschnittlich auf rund 450.

Namensführung in der Ehe	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Geburtsname des Mannes als gemeinsamer Ehenamen	303	322	358	339	296	260	274
Geburtsname der Frau als gemeinsamer Ehenamen	20	20	20	18	20	20	12
Jede/r behält den bisherigen Namen	154	145	158	140	148	126	134
Geburtsname bzw. bisheriger Name wird zum Ehenamen hinzugefügt	58	77	82	63	65	55	31

Heiratsbuch / Eheschließungen	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Eheschließungen insgesamt	497	500	536	499	466	407	422
davon							
beide Eheleute ledig	406	380	419	390	356	316	327
einer bzw. beide nicht ledig	91	120	117	109	110	91	95
beide deutsche Staatsangehörige	383	393	409	366	352	302	315
eine oder beide nicht deutsch	114	107	127	133	114	105	107
beide wohnen im Standesamtsort	289	259	257	210	211	179	193
einer wohnt außerhalb	101	83	80	68	59	52	55
beide wohnen außerhalb	107	158	199	221	196	176	174
Samstagstraunungen	0	38	52	56	53	54	48

Zum 1. Januar 2000 ist ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft getreten. Ein seit diesem Datum in Deutschland geborenes Kind, dessen Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, kann unter Umständen diese erwerben, wenn bestimmte Ausländer- und Aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen vorliegen. Dies prüft das Standesamt im Zusammenhang mit der Geburtsbeurkundung zusammen mit der zuständigen Ausländerbehörde.

Im Mai 2002 hat die Universitätsfrauenklinik ein neues Gebäude bezogen und wurde wesentlich erweitert. Sie ist die größte Frauenklinik Europas. Entsprechend sind beim Standesamt auch die Anzahl der Geburten, sowie der Todesfälle bei Neugeborenen (bedingt durch die ebenfalls erweiterte Neonatologie) angestiegen. Die Entwicklung der Geburtenzahlen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Geburten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Geburten insgesamt	2406	2248	2288	2408	2776	2714	2636
davon waren							
weiblich	1172	1048	1099	1137	1309	1328	1278
männlich	1234	1200	1189	1271	1467	1386	1358
Totgeborene	11	9	12	7	13	15	17
ortsansässige Eltern	459	415	411	394	433	447	440
ortsfremde Eltern	1947	1833	1877	2014	2343	2267	2190
deutsche Eltern	1871	1738	1745	1849	2171	2090	1978
mind. ein ausländischer Elternteil	535	510	543	559	605	624	658

Bedingt durch die Frauenklinik ist ein starkes Übergewicht ortsfremder Eltern festzustellen, ebenso durch die Erweiterung / den Umzug der Frauenklinik im Jahr 2002.

Im Jahr 1999 wurde die Neugestaltung des Trauzimmers abgeschlossen; im selben Jahr war der 9.09.1999 ein besonders beliebter Trautag; an diesem Tag wurden 33 Paare getraut. Allgemein werden vermehrt besondere Datumkombinationen für eine Eheschließung nachgefragt. Seit dem Jahr 2000 führt das Standesamt auch Samstagstraunungen durch. Wegen der großen Nachfrage wurde diese Möglichkeit im Jahr 2001 noch erweitert.

Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

Verwaltungsreform und entscheidende organisatorische Änderungen

- Einführung des Fachbereichsmodells**
 Der Fachbereich 5 hat als Pilotbereich die Umstrukturierung von der Ämter- zur Fachbereichsorganisation durchgeführt. Der Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales wurde durch Zusammenführung des bisherigen Sozialamtes mit dem Schul- und Sportamt gebildet und hat sich durch Verfügung der Oberbürgermeisterin vom 13.02.2003 endgültig konstituiert.
- Ausgliederung des Eigenbetriebs Altenhilfe**
 Eine Analyse zeigte, dass es für kommunale Träger schwierig ist, unter den Bedingungen von Pflegeversicherung und steigenden Qualitätserwartungen die erforderlichen Kenntnisse und Instrumente vorzuhalten, die es möglich machen, Einrichtungen wie die Altenhilfe wirtschaftlich und auf hohem Niveau zu führen. Der Eigenbetrieb Altenhilfe Tübingen wurde deshalb in eine GmbH umgewandelt. Die Betriebsführung wurde Anfang des Jahres 2002 per Managementvertrag der Firma „Kleeblatt Consult“ übertragen. Damit blieb die Einrichtung in kommunaler Hand, die Betriebsführung wurde durch Frau Petra Hetzel, die im Jahr 2002 die Geschäftsführung übernahm, optimiert. Frau Hetzel wurde im Juni 2003 von Stefanie Lohrmann abgelöst. Das Modell ist wirtschaftlich und fachlich erfolgreich.
- Gründung der Sporthallenbetriebsgesellschaft**
 Mit dem Bau der neuen Sporthalle an der Europastraße, die im Jahr 2004 fertiggestellt wurde, kamen Anforderungen auf die Betriebsführung zu, die nur schwer in den Strukturen der Fachabteilung Schule und Sport zu bewältigen waren. Das Ziel wirtschaftlicher Betriebsführung einer Halle mit Erstligisten und die enge Verflechtung mit den Vereinen führte zur Gründung einer GmbH mit dem Betrieb unter Beteiligung der Vereine. Die neue Geschäftsführerin, Tanja Heimberger, nahm im Jahr 2005 ihre Arbeit auf.

Schwerpunkte der Arbeit des Fachbereichs

Fachabteilung Soziale Angebote

Vom BSHG zu „Hartz IV“

Die Vermittlung von Arbeit zur Reduzierung der Verweildauer in der Sozialhilfe war bereits lange vor Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe unter dem Stichwort „Hartz IV“ wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung. Neben individuellen Hilfen wurden geeignete Hilfestrukturen geschaffen. Bereits 1996 war die kommunale Arbeitsförderungsgesellschaft „KomAG“ gegründet worden, die schwerpunktmäßig die Vermittlung von Klienten/-innen in den ersten Arbeitsmarkt zum Ziel hatte. Die Arbeit der KomAG erwies sich als sehr erfolgreich, in den Jahren 1999 bis 2004 wurden jährlich durchschnittlich 100 bis 150 Personen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt vermittelt. Für Personen mit starken Vermittlungsschwierigkeiten und Handicaps wurde im Jahr 2000 auf Initiative und unter Mitwirkung des städtischen Sozialamtes das Projekt „Job-On“ gegründet. Es wurde in gemeinsamer Trägerschaft von Neue Arbeit e.V. und Drogenhilfe betrieben. Ein Assessment-Verfahren, das Auskünfte über die Stärken und Interessen wie auch über mögliche Einschränkungen der Klienten/-innen geben sollte, wurde der Vermittlung vorgeschaltet. Die Bemühungen zeigten Erfolg: Die geringere Verweildauer wirkte sich auch auf die Fallzahlen aus.

	BSHG 1999	BSHG 2002	BSHG 2004	SGB XII 2006
Fallzahlen Hilfe zum Lebensunterhalt	1218	1050	1020	520
Fallzahlen Hilfe in Einrichtungen	160	157	165	170
Fallzahlen Asylbewerber	190	165	142	140

Eine Neuordnung ergab sich, als mit der Reform des sozialen Leistungsrechts zum 1. Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Sozialgesetzbuch II zusammengefasst wurden. Nach langen Verhandlungen wurden die Aufgaben nach Hartz IV (Grundsicherungsgesetz für Arbeitssuchende) im Landkreis Tübingen einer Ar-

beitsgemeinschaft „Job-Center“ unter Trägerschaft des Landkreises und der Bundesagentur für Arbeit übertragen. Die Universitätsstadt Tübingen unterstützt als Delegationsgemeinde den Landkreis und ist in der Trägerversammlung sowie im Beirat mit einem Sitz und einer Stimme vertreten.

Der Übergang gestaltete sich schwierig. Von der Universitätsstadt Tübingen wurden zunächst zehn Mitarbeiter/-innen zum Job-Center abgeordnet. Raumsuche, neue ungeklärte Organisationsformen und steigende Fallzahlen bestimmten die Arbeit des Job-Centers in der zweiten Hälfte des Jahres 2005. Die bisherigen Strukturen der Arbeitsförderung waren hinfällig, neue konnten kaum aufgebaut werden, weil das Job-Center bereits mit der Leistungsgewährung nahezu überfordert war. Erst seit September des Jahres 2006 zeichnen sich geordnete Strukturen und sinnvolle Fallzahlen pro Mitarbeiter/-innen ab.

Soziale Grundsicherung im Alter

Kleine Veränderungen gab es in der Sozialhilfe, als zum 1. Januar 2003 das Gesetz für eine soziale Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) in Kraft trat. Ziel war es, ein von der Sozialhilfe unabhängiges Leistungsrecht für den Personenkreis zu schaffen, um der Altersarmut entgegen zu wirken. Die Aufgabe wurde vom Landkreis ebenfalls an die Universitätsstadt delegiert, die Kosten wurden entsprechend der Vereinbarung über die Sozialhilfe zu 80 Prozent refinanziert. Zwei Jahre später wurde die Grundsicherung im Alter wieder in das SGB XII eingegliedert und damit die Eigenständigkeit rückgängig gemacht.

Betreuung von Flüchtlingen / Asylbewerbern

Die Universitätsstadt Tübingen leistet dem Landkreis Ausführungshilfe bei der Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes, sie umfasst alle Aufgaben nach diesem Gesetz einschließlich der Betreuung und weiteren persönlichen Hilfen.

Die im Wege der Anschlussunterbringung zugewiesenen Flüchtlinge werden in dezentralen Unterkünften untergebracht und versorgt. Die jährlichen Zuweisungen haben sich bei rund 20 bis 30 Personen eingependelt. Die Zahl der zu betreuenden Flüchtlinge ist zurückgegangen, was vor allem in der Rückkehrpflicht der bosnischen Staatsangehörigen begründet lag, und darin, dass die Zahl der Asylbewerber in den letzten Jahren fiel und ein Teil der geduldeten Asylbewerber Arbeit gefunden hat und aus dem Leistungsbezug herausgefallen ist. Derzeit erhalten 220 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und werden von der Fachabteilung Soziale Angebote betreut.



Hilfen für Obdach- und Wohnungslose

Die Hilfen nach dem § 67 SGB XII werden von der Fachabteilung Soziale Angebote und von der Fachberatungsstelle für Wohnungslose gewährt. In dem Berichtszeitraum konnten vor allem die Wohnungsangebote durch Bereitstellung des Aufnahme- und Übernachtungshauses, der Notübernachtung im Männerwohnheim, einer Frauennotunterkunft, von vier Projekten des Schwellenwohnens sowie einem Gebäude für die Anschlussunterbringung verbessert werden. Die Neukonzeption im Männerwohnheim mit Betreuung vor Ort zeigt eine günstige Entwicklung für die Betroffenen und den Kostenträger. Dieser Struktur ist auch das „Arbeitsprojekt Wohnungslosenhilfe“ zuzuordnen, wo in der Vergangenheit jährlich 10 bis 15 Personen über die Sozialhilfe versicherungspflichtig beschäftigt wurden. Seit dem 1. Januar 2005 werden dem Projekt vom „Job-Center“ die „1-Euro-Jobber“ zugeteilt die hier eine echte Integrationschance erhalten. Ein besonderes Augenmerk gilt in der Zukunft der Betreuungsarbeit in Form des ambulant betreuten Wohnens in Obdachlosen- oder Notunterkünften. Mit der persönlichen Betreuung soll den dort untergebrachten Menschen die Integration in die Gesellschaft erleichtert werden.

Wohngeldstelle

Die Wohngeldstelle wurde ab 1. März 2003 vom Liegenschaftsamt dem Sozialamt, Abteilung Sozialhilfe, zugeordnet. Damit waren wieder alle sozialen Leistungen „unter einem Dach“ zusammengefasst.

Jugendarbeit –

Verbesserung und Weiterentwicklung der Angebote

In der Fachabteilung Jugendarbeit wurde die Angebotsstruktur in den letzten acht Jahren kontinuierlich ausgeweitet und differenziert. Zur Konsolidierung des Haushalts wurden im gleichen Zeitraum drei Stellen gestrichen. Die daraus erwachsenden erheblichen Belastungen führten zu einem

Leitungswechsel im Juli des Jahres 2003. Aufgabe der neuen Leitung war es, ein den veränderten Rahmenbedingungen angepasstes Konzept auszuarbeiten.

Neue Rahmenstruktur

Durch die Neuordnung fand eine Ausweitung der stadtteilorientierten Arbeit auf alle Tübinger Stadtteile statt. Verschiedene stadtteilübergreifende Angebote wurden thematisch zusammengefasst, so der Bereich Jugendkulturarbeit und der Bereich Sport, Bewegung und Prävention. In diesen Bereichen arbeiten mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form von Aktionen und Projekten synergetisch zusammen.

Angebotserweiterungen

Lustnau

Die ehemalige Stadtteilbibliothek im Gebäude der Turn- und Festhalle Lustnau wurde zu einem Jugendraum umgebaut, die Baumaßnahme ist nahezu abgeschlossen. Eine Sozialpädagogin steht im Umfang einer halben Planstelle zur Verfügung, um einen offenen Jugendtreff für 12 bis 16-jährige Mädchen und Jungen sowie ein Gruppenangebot für Mädchen aufzubauen.

Weststadt

Im August 2001 wurde die Jugendarbeit in der Weststadt mit einem kleinen freizeitpädagogischen Projekt im Haus des Kindergartens am Westbahnhof begonnen. Heute werden die 12 bis 16-jährigen Jungen und Mädchen im Dachgeschoss des Gebäudes von einem Mitarbeiter und einer Mitarbeiterin betreut, so dass auch geschlechterdifferenzierende Angebote möglich sind.

Jugendmediencafé

Im Herbst 2003 öffnete das Jugendmediencafé im Epplehaus. Hier können Mädchen und Jungen ein breitgefächertes Angebot rund um die „neuen Medien“ wahrnehmen. Den



offene Betrieb und die technische Infrastruktur betreuen überwiegend ehrenamtliche Jugendliche und junge Erwachsene. Konstant arbeiten rund 15 bis 20 Jugendliche mit großer Begeisterung im Jugendmediencafé. Die Besucher/innen kommen aus allen Schularten, Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund sind rund zur Hälfte vertreten. Das Angebot erreicht damit auch diejenigen, die sonst wenig Gelegenheit haben, die eigene Medienkompetenz zu fördern.

Sommerferienprogramm

Das Sommerferienprogramm konnte seit 1997 von insgesamt 144 Angeboten auf 284 Einzelangebote im Sommer 2006 erweitert werden. Über 1.300 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 15 Jahren nahmen in den letzten Jahren an diesem Programm teil, das entspricht 20 Prozent der Altersgruppe. Die Angebotssteigerung wurde maßgeblich durch die engagierte Mitarbeit von Vereinen und Verbänden der Jugendarbeit, von Tübinger Firmen und Privatpersonen ermöglicht. Die Kinder und Jugendlichen können seit 2001 auch bei der Anmeldung für das Programm zwischen schriftlicher und einer persönlichen Verfahrensweise wählen.

Kooperation mit Tübinger Schulen

Durch die Entwicklung einiger Schulen zu Schulen mit Ganztagesbetrieb wurden Kooperationsformen zwischen Jugendarbeit und Schulen ausgeweitet. Zwei Beispiele:

Hauptschule Innenstadt

In Zusammenarbeit mit dem Landratsamt und der Hauptschule Innenstadt wurde ein Projekt entwickelt, in dem eine Gruppe von Schüler/-innen der Klassenstufe 5 und 6 nachmittags betreut werden. Dieses für die Schüler/-innen verpflichtende Zusatzangebot soll sie darin unterstützen, die Anforderungen ihres schulischen Alltags besser zu bewältigen. Das Projekt startete im September 2005. Alle Beteiligten



Der erste Jugendgemeinderat von 1999 bis 2001

ten zogen bisher eine positive Bilanz. Die Fachabteilung Jugendarbeit beteiligt sich mit einer personellen Kapazität von 35 Prozent einer Planstelle an diesem Kooperationsprojekt.

Geschwister-Scholl-Schule

In Waldhäuser-Ost ist das Jugendhaus im Gebäude der Schule untergebracht. Durch ihren Umbau wurde die Möglichkeit der Kooperation wesentlich verbessert. Das Jugendforum kann von der Schule auch für die Zeit des Mittagessens genutzt werden, an drei Tagen ist das Jugendforum von 12 bis 15 Uhr für alle Schülerinnen und Schüler geöffnet.

Jugendtreffs in den Teilorten

Die offene Jugendarbeit in den ehrenamtlich geführten Jugendtreffs in den Tübinger Teilorten wird seit November 2003 von einer Fachkraft der Fachabteilung Jugendarbeit im Rahmen einer 25 Prozent-Stelle begleitet. Die Betreuung bietet eine kontinuierliche fachliche Beratung und Unterstützung der ehrenamtlichen Teams.

Jugendgemeinderat

Der Gemeinderat beschloss am 25. Januar 1999 die Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderates. 24 Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren stellen den Rat. Sie

werden an den Tübinger Schulen und im Rathaus gewählt. Einige Themen, mit denen sich der Jugendgemeinderat in den bisherigen Amtsperioden beschäftigt hat: Schule, Verkehrspolitik, Spielplätze und Spielräume in Tübingen, Verhinderung der Abschiebung einer jungen Migrantin, legale Flächen für Graffiti, Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung, Jugendkultur, Verleihung des Lilli Zapf-Jugendpreises. Der Jugendgemeinderat wird heute von einem Mitarbeiter der Fachabteilung Jugendarbeit zu 50 Prozent der Wochenarbeitszeit unterstützt. Das Büro des Jugendgemeinderats ist im Epplehaus untergebracht.

Fachabteilung Kindertagesbetreuung

Strukturelle Veränderungen

Fachberatung

Für das Aufgabengebiet der fachlichen Beratung der städtischen Kindertageseinrichtungen wurden ab dem Jahr 2000 befristet für drei Jahre eineinhalb Stellen zusätzlich geschaffen. Die Stellen wurden notwendig, weil Aus- und Umbau der Kindertageseinrichtungen sowie Projekte zur fachlichen Weiterentwicklung der Kinderbetreuung zu einer verstärkten Belastung der Leitung geführt hatten. Seit dem Jahr 2003 ist den Fachberaterinnen die gesamte Zuständigkeit für die Kindertageseinrichtungen mit Fach- und Dienstaufsicht übertragen.

Fachdienst Migration

Zur Unterstützung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und deren Familien in die Kindertageseinrichtungen wurde im Jahr 2000 der Fachdienst Migration neu geschaffen. Er ist eine Weiterentwicklung der bis dahin praktizierten Integrationsarbeit durch den Einsatz einer griechischen und einer türkischen Erzieherin. Diese Stellen wurden aufgegeben.

Ziel der Neukonzipierung war es, alle in den Kindertageseinrichtungen vertretenen Nationen durch die Schaffung einer Koordinationsstelle in die Integrationsbemühungen einzubeziehen. Aktuell ist ein Arbeitsschwerpunkt die Organisation und Begleitung der gesamten Sprachfördermaßnahmen (derzeit in 18 Kindertageseinrichtungen mit 13 zusätzlichen Kräften zur Sprachförderung). Zu den neuen Aufgaben gehört auch die Schulung und Begleitung der Einrichtungen im Umgang mit Vielfalt der Familien (mainstreaming diversity) in den Kindertageseinrichtungen. Der Fachdienst ist mit 0,75 Stellen ausgestattet.

Ergänzende Betreuung an der Verlässlichen Grundschule

Seit dem Jahr 2003 ist die Fachabteilung Kindertagesbetreuung für die Angebote der ergänzenden Betreuung zur Verlässlichen Grundschule zuständig. Damit wurden alle städtischen Angebote der Schulkindbetreuung in einen Zuständigkeitsbereich zusammengeführt. Seit 1. April 2003 steht der Fachabteilung für dieses weitere Aufgabengebiet eine 50 Prozent Stelle zur Verfügung. Eine neue Herausforderung ist die Beteiligung der Fachabteilung Kindertagesbetreuung an der Entwicklung des Ganztagesangebots durch das Einbringen vorhandener Angebote der Schulkindbetreuung.



Inhaltliche Schwerpunkte

Kommunalisierung der Landeszuschüsse für Kindertagesstätten – Entwicklung eines neuen Bezuschussungssystems für freigemeinnützige Träger

Zum 1. Januar 2004 wurde das Kindergartengesetz für Baden-Württemberg und das Finanzausgleichsgesetz geändert. Die wesentlichste Änderung dieser Gesetze war die Übertragung der Förderzuständigkeit für die Betreuungsangebote des Kindergartens und der altersgemischten Gruppen auf die Kommunen. Das bedeutet, dass die Universitätsstadt Tübingen vom Land pauschale Zuweisungen für alle Kindergärten und altersgemischten Gruppen erhält und diese sowohl an die eigenen Kindertageseinrichtungen als auch an die freigemeinnützigen Träger weiterleitet.

Um die zukünftigen Fördermodalitäten zu regeln, beschloss der Gemeinderat Ende 2003 die Durchführung eines Projektes, in dem ein neues System der Bezuschussung der Kindertageseinrichtungen erarbeitet werden sollte. Um eine möglichst hohe Zustimmung für das neue Bezuschussungssystem zu erreichen, wurde das Projekt mit einer breiten Beteiligung von Trägern, pädagogischen Mitarbeiter/-innen, Eltern, den Fraktionen des Gemeinderates und des Personalrates durchgeführt.

Wesentliche Ergebnisse waren:

- Ein neues Bezuschussungssystem wurde entwickelt, dem ein einheitlicher Bemessungsmaßstab für das Personal – unabhängig von der Trägerschaft – als Steuerungsparameter zu Grunde gelegt wird.
- Freigemeinnützige Träger mit eigener Finanzkraft erhalten einen einheitlichen Fördersatz auf den Abmangel von 86 Prozent.
- Freigemeinnützige Träger ohne eigene Finanzkraft (Vereine) erhalten einen einheitlichen Fördersatz auf den Abmangel von 94,3 Prozent auf der Grundlage einer pauschalierten Analogrechnung.
- Einrichtungen mit einem gemeindeübergreifenden Einzugsgebiet erhalten – wie im Kindergartengesetz vorgesehen – einen Zuschuss in Höhe von 31,5 Prozent ihrer Betriebsausgaben.
- Ein mit allen Trägern abgestimmtes Verfahren der Fortschreibung der Bedarfsplanung wurde erarbeitet (Trägertreffen).
- In das Projekt einbezogen waren auch Kleinkindgruppen, die die Universitätsstadt Tübingen seit vielen Jahren auf freiwilliger Basis bezuschusst. Für sie wurde ein neues Bezuschussungssystem pro Platz und Wochenöffnungsstunde entwickelt.

- Bausteine für die Vertragsgestaltung der Universitätsstadt Tübingen mit den freigemeinnützigen Trägern wurden formuliert.

Ende 2004 beauftragte der Gemeinderat die Stadtverwaltung, auf der Grundlage der Projektergebnisse ab dem 1. Januar 2005 mit den freigemeinnützigen Trägern Verträge abzuschließen und die Bedarfsplanung zu erarbeiten. In der Zwischenzeit wurden mit 13 Trägern zur Rechtssicherheit auf beiden Seiten Verträge abgeschlossen.

Qualitätsentwicklung in den Kindertageseinrichtungen

Von 2004 bis 2006 wurde in der Fachabteilung Kindertagesbetreuung zusammen mit sechs Piloteinrichtungen ein Qualitätsentwicklungsprozess mit Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems eingeleitet. Es wurden verbindliche Regelungen für alle städtischen Kindertageseinrichtungen erarbeitet, die einen Mindeststandard für die Qualität ihrer Arbeit festlegen. Für die pädagogischen Mitarbeiterinnen erhöhen sie Klarheit und Handlungssicherheit. Als sichtbare Ergebnisse liegen das Leitbild für die Kindertageseinrichtungen und ein Qualitätshandbuch vor.

Kinderbetreuung in Kooperation

Seit 2005 werden im Kinderhaus Feuerhügle als Piloteinrichtung Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kooperation und unter finanzieller Beteiligung von Betrieben angeboten. Sie tragen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Steigerung der Familienfreundlichkeit und zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Tübingen bei. Die Plätze sind stark nachgefragt, eine Ausweitung auf andere Standorte ist angedacht.

Bürgerschaftliches Engagement

Für die Kindertageseinrichtungen wurde ein Konzept zur Einbindung bürgerschaftlich Engagierter entwickelt. Durchschnittlich 15 bis 20 Ehrenamtliche sind inzwischen in den Kitas tätig. Unterstützende Maßnahmen wie Begleitung Beratung und Qualifizierungsangebote werden entwickelt.

Fachabteilung Schule und Sport

Leitungswechsel und organisatorische Veränderungen
Am 28. Februar 2002 ging Gerhard Ohme in den Ruhestand. Im Rahmen der Verwaltungsreform wurde das Amt neu strukturiert und als Fachabteilung Schule und Sport in den Fachbereich Familie, Schule Sport und Soziales eingebunden. Die neue Fachabteilung hat operative Aufgaben an andere Fachabteilungen abgegeben. Für die Städtischen Sport-, Spiel- und Gymnastikstunden (SSG) konnte die Volks-

hochschule Tübingen als Kooperationspartner gewonnen werden, die seit 2001 die Gesamtorganisation der SSG übernommen hat.

Am 1. Mai 2003 wurde die neue Stelle der Fachabteilungsleitung mit Sabine Hoffmann besetzt. Frau Hoffmann erkrankte leider nach einem halben Jahr sehr erfolgreicher Tätigkeit schwer und verstarb im Januar 2005. Seit dem 4. Oktober 2005 leitet Christine Vollmer die Fachabteilung.

Schwerpunkte der Arbeit

Neben direkten Servicefunktionen hat die Fachabteilung vor allem die strategische Aufgabe, die Tübinger Schulen und Sporttreibenden in der Weiterentwicklung zu unterstützen. Unter anderem sorgt sie für die Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen und die Vernetzung von Freizeitangeboten.

Zudem war die Fachabteilung intensiv mit der Planung und der fachlichen Begleitung des Baus und der ersten Betriebszeit der Sporthalle an der Europastraße beschäftigt. Da die Halle vormittags den Schulen und nachmittags den Vereinen zur Verfügung steht, konnten die Hallenengpässe im Schulsport und der Nutzungsdruck auf die Sporthallen am Nachmittag verringert werden. Mit der Wahl von Tanja Heimberger zur Geschäftsführerin der neu gegründeten Tübinger Sporthallenbetriebsgesellschaft mbH wurde die Verwaltung der Sporthalle im April 2005 an die GmbH übergeben (siehe Kapitel „TüArena“).

Jugendliche Basketballer an der TüArena



Entsorgungsbetriebe (EBT)

Aufbau eines Umweltmanagement-Systems

Seit Mai 1999 wird für den EBT mit seinen unterschiedlichen Standorten ein Ökoaudit gemäß europäischer Verordnung (EWG) Nr.1836/93 durchgeführt. Die Standorteintragung der Entsorgungsbetriebe Tübingen in das Verzeichnis der geprüften Standorte war im März 2001. Seitdem wird das Management-System mit Umweiterklärung, Umweltprogramm, Abarbeitung und Revalidierung angewendet.

Die Entscheidung für die Einrichtung eines Umweltmanagementsystems hat sich als wertvoll herausgestellt. Es hilft, Schwachstellen besser zu erkennen, Abhilfen zielgerichtet zu schaffen, noch mehr Sorgfalt aufzubringen und regelmäßig Rechenschaft abzulegen. Diese Rechenschaft wird mit den Umweiterklärungen in der Öffentlichkeit abgelegt und die neuen Ziele für die Folgejahre anvisiert. Den Beschäftigten wurde am 13. April 2005 im Rahmen des Wettbewerbes um den Umweltpreis für Unternehmen Baden-Württemberg ein Anerkennungspreis verliehen.

Ausbau und Erweiterung im Klärwerk

Der Berichtszeitraum war geprägt durch den Ausbau und die Erweiterung des Klärwerks. Nach Abschluss der Bauabschnitte 1 bis 3 im Jahre 1998

Bauabschnitt 1, 1992 – 93

- Phosphatfällung
- Erweiterung Sandfang/Rechengebäude

Bauabschnitt 2, 1993 – 95

- Neubau Verbindungssteg

Bauabschnitt 3, 1995 – 98

- Neubau Schlammbehandlung

ging es 1997 weiter mit dem Kernstück für die Verbesserung der Reinigungsleistung

Bauabschnitt 4, 1997 – 2002

- Erweiterung Biologische Reinigung
- Neubau Nachklärbecken
- Neubau Belebungsbecken
- Erweiterung Abwasserhebwerk
- Umbau alte Belebungsbecken
- Mess-, Steuer-, Regeltechnik

Kosten: ca. 19 400 000 Euro

Danach konnte als letzter Bauabschnitt der **Bauabschnitt 5, 1999 – 2002**

- Neubau Betriebsgebäude
- Umbau altes Betriebsgebäude
- Umbau Rechenanlage

Kosten: rund 4 900 000 Euro in Angriff genommen werden.

Die Gesamtabrechnungssumme beläuft sich auf 38.989.184,48 Euro.

Zum formalen Abschluss gebracht wurde die Großinvestition mit einem großen Tag der offenen Tür am 14. Juli 2002, mit Bewirtung durch die Arbeitsgemeinschaft Lustnauer Vereine, Vorführungen und Informationen rund um das Thema Abwasser.

Die Geruchsemissionen aus der Schlammbehandlung wurden durch den Einbau eines Biofilters auf faktisch Null gebracht.

Sonstige Baumaßnahmen

Entsprechend des bereits fast 20 Jahre alten Abwasserprogramms 2000 wurden im Berichtszeitraum weitere Investitionen für den Ausbau der Regenwasserbehandlung vorgenommen.

Regenwasserbehandlung

Im Berichtszeitraum wurde das

- RÜB Weilheim und der dazugehörige Sammler Weilheim gebaut. Damit konnte der Weilheimer Landgraben und der Neckar von Schmutzfrachten im Regenwasserfall deutlich entlastet werden.
- RÜB Sportinstitut, womit sämtliche Regenüberläufe in den Goldersbach beseitigt bzw. durch RÜB's ersetzt sind.
- RÜB Täglesklinge, über das der Bereich Winkelrain, Haußerstraße, Rotbad (teilweise) etc. in den verdolten Täglesklingenbach entwässert wird.
- RÜB Schillerstraße mit Entlastungskanal Hohe Steige ins Käsenbachtal ist zwischenzeitlich im Bau.

Kanalverstärkungen

Durch Kanalverstärkungen im Netz wird die Leistungsfähigkeit erhöht und es können Regenüberläufe entfallen, über die im Regenwetterfall verschmutztes Regenwasser direkt ins Gewässer gelangen konnte.

Im Berichtszeitraum wurden die

- Teilkanalverstärkung Dorfstraße
- Kanalverstärkung Jürgensenstraße / Salzwasenweg (Wegfall von 3 Regenüberläufen)
- Teilkanalverstärkung Fuchs- / Füllmaurerstraße
- Kanalverstärkung/-neuerlegung Correnstraße / Haußerstraße / Winkelrain bis zum RÜB Täglesklinge
- Teilkanalverstärkung Riekertstraße Lustnau
- Kanalverstärkung Eisenhutstraße / Wennfelder Garten
- Kanalverstärkung Wilhelmstraße, Benzstraße fertiggestellt.

Für das Rotbad wurde im östlichen Teil ein neuer Abwasserkanal verlegt.

Sonstige Planungen und Vorhaben

Überprüfung Allgemeiner Kanalplan

Der bald 20 Jahre alte Allgemeine Kanalplan (AKP) wird derzeit schrittweise überprüft und neu überrechnet. Mit modernen, leistungsfähigen Rechnern lässt sich das Abflugeschehen im Kanalnetz besser und wirklichkeitsnäher abbilden.

Bis zum Ende des Berichtszeitraumes wird die gesamte Nordstadt nördlich des Neckars (ohne Stadtteile) überprüft sein. Konsequenz wird die Verschiebung mancher RÜB-Standorte und der Ersatz einiger Standorte durch die Aufdimensionierung eines Kanalabschnittes sein.

Die Notwendigkeit dieser Überprüfung erwies sich während der Unwetterserie im Sommer 2002.

Für die Stadtteile Hirschau und Pfrondorf werden die sich aus der Überprüfung ergebenden Konsequenzen derzeit systematisch in einzelne Baumaßnahmen umgesetzt.





Kanaluntersuchungen

Die in der Einkontrollverordnung vorgegebene Kanalbefahrung zur Prüfung der Dichtigkeit des Kanalnetzes sind im Stadtgebiet erstmals komplett abgeschlossen. Derzeit werden alle Kanalhaltungen, die vor mehr als zehn Jahren bereits befahren wurden, erneut untersucht. Alle Ergebnisse sind in der unten genannten Kanaldatenbank abgelegt und dokumentiert.

Fremdwasser

Derzeit läuft eine systematische Überprüfung des Kanalnetzes nach den Einleitungen sogenannten „Fremdwassers“, das im Klärwerksbetrieb stört und unnötige Kosten verursacht. Diese Einleitungen sollen sukzessive, am besten im Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen beseitigt werden.

Klärschlamm Entsorgung

Die Entsorgung des getrockneten Klärschlammes, der bisher in die landbauliche (nicht landwirtschaftliche) Verwertung geht, wird zum Ende des Berichtszeitraums neu zu überprüfen sein.

Indirekteinleiterkataster

Für den Berichtszeitraum gilt, dass jährlich ca. zehn Betriebe neu in das Kataster aufgenommen und eine Begehung durchgeführt wurde. Bei durchschnittlich fünf Betrieben wurde das Produktionsabwasser untersucht und ca. zehn Leichtstoffabscheider überprüft und beprobt. Besonders zu erwähnen ist eine Veranstaltung des EBT in 2001, bei der alle Gewässerschutzbeauftragten zu einer Klärwerksbesichtigung mit Erfahrungsaustausch eingeladen waren.

Kanaldatenbank

Die Digitalisierung der Kanalnetzpläne sowie Anlage und Ausbau einer Kanaldatenbank wurden zwischenzeitlich abgeschlossen. Weitere Daten und Informationen werden schrittweise zusätzlich aufgenommen und für Auswertungen zugänglich gemacht (z.B. Kanalreinigung).



Fernwirkanlage für die Regenwasserbehandlung

Die veraltete Fernwirkanlage für die Regenwasserbehandlung wurde bis Ende 2003 komplett erneuert, so dass eine noch engere Vernetzung von Kanalbetrieb und Klärwerksbetrieb möglich wird.

Abwasserpfad

Als „Überrest“ des Tags der offenen Tür zur Inbetriebnahme der Erweiterung des Klärwerks ist auf dem Klärwerk ein sogenannter Abwasserpfad eingerichtet, über den interessierte Gruppen und Schulklassen geführt werden und der Reinigungsprozess des Tübinger Abwassers verfolgt werden kann.

Müllabfuhr

Für die Müllabfuhr ist im Berichtszeitraum zu vermerken, dass diese zwischenzeitlich so wirtschaftlich und kostensparend betrieben wird, dass gegenüber dem Vertragspartner für die Abfuhr die Entgelte gesenkt werden mussten / konnten. Ein besonderes Einzelereignis war der gemeinsame Tag der offenen Tür mit den SBT im Mai 2001 auf dem Freibadparkplatz.



Stadtbaubetriebe (SBT)

Personalien

Im Berichtszeitraum gab es im Verlauf des Jahres 2000 einschneidende personelle Änderungen an der Spitze der Stadtbaubetriebe. Der Betriebsleiter, Werner Friedrich, ist zur Jahresmitte nach mehr als 35 Jahren Dienst bei der Universitätsstadt Tübingen ausgeschieden. Als kommissarischer Betriebsleiter wurde Albert Füger zum 1. Oktober desselben Jahres bestellt. Der Betriebswirt Frank Endrich, der die gesamten betriebswirtschaftlichen Strukturen aufgebaut hatte, wechselte zum Jahreswechsel 2000 / 2001 zur Landeshauptstadt Stuttgart. Nach fast einjähriger Vakanz konnte die Stelle zum 1. November 2001 mit Beate Johner neu besetzt werden.

Wir bedauern sehr den frühen Tod des Leiters der Friedhofsabteilung, Andreas Reutter, der nach langer schwerer Krankheit im Dezember 2000 verstarb.

Standortkonzept – Projekt EBT/SBT

Standortkonzept

Bei der Organisationsuntersuchung der städtischen Regiebetriebe im Jahr 1994 durch Mummert & Partner war eine wesentliche Erkenntnis, dass die bisher dezentral verteilten Standorte zur Effizienzsteigerung zusammengefasst werden sollen. An diesem Thema wurde im gesamten Berichtszeitraum gearbeitet – bisher ohne Abschluss. Die ersten Überlegungen, die SBT (ohne Bereich Grün, der an der Lindenallee / Europastraße neuwertig untergebracht ist) am Standort Sindelfinger Straße zu konzentrieren, mussten wegen der hohen Investitionskosten und der räumlichen Enge verworfen werden. Nach der Prüfung einer dezentralen Variante mit Aufgabe der Standorte „Schleifmühlweg“ und Konzentration auf das Schwärzlochertäle (unter Beibehaltung der Sindelfinger Straße) ist nun das Augenmerk wieder auf eine bereits im Jahre 1995 angedachte Unterbringung der SBT an der verlängerten Nürtinger Straße in Richtung Klärwerk gerichtet. Die Vorteile dieser Variante sind, dass die Lage zum Stadtgebiet in die beiden Täler der Ammer und des Neckars optimal ist, die Brachfläche des Alten Neckarbetts genutzt werden kann, keine Anwohner gestört werden und Synergieeffekte mit den EBT genutzt werden können.

Projekt EBT/SBT

Mit der kommissarischen Bestellung des Betriebsleiters der EBT zum Betriebsleiter des SBT war die Aufgabe verbunden, Möglichkeiten der Zusammenarbeit von EBT und SBT zu prüfen und zu verwirklichen. Dieses Projekt wurde im Berichtszeitraum nicht abgeschlossen.

Bereich Verwaltung – Gesamtbetrieb/Betriebswirtschaft

Bereich Betriebswirtschaft/Verwaltung

Im Berichtszeitraum wurde das gesamte Rechnungswesen auf das neue SAP-System umgestellt, was für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem sehr hohen Aufwand verbunden war. Um die hohen Aufwände bei der Fakturierung zu reduzieren und zeitnah abzurechnen, wurden in Absprache mit den innerstädtischen Auftraggebern vermehrt Aufwandspauschalen vereinbart.

Gesamtbetrieb

Die große gemeinsame Aufgabe im Berichtszeitraum war die Durchführung eines Tags der offenen Tür am 6. Mai 2001 auf dem Freibadparkplatz einschließlich Gärtnereihof. Der Gesamtbetrieb stellte sich – gemeinsam mit der Müllabfuhr von EBT – der interessierten Tübinger Öffentlichkeit vor. Kaltes Wetter und Konkurrenzveranstaltungen schmälerten den Erfolg.

Bereich Dienstleistungen/Werkstatt

Die Wirtschaftlichkeit der nach den heutigen Bedürfnissen räumlich überdimensionierten Werkstatt sollte im Berichtszeitraum weiter gesteigert werden. Um die notwendigen hohen Investitionskosten für eine Sanierung der Betriebstankstelle einzusparen, wurde diese geschlossen. Seither wird über einen Rahmenvertrag mit einem hiesigen Mineralölhändler dezentral bzw. über einen oberirdischen genehmigungsfreien 10 000 Liter-Dieseltank vor Ort getankt. Der gesamte Fuhrpark wurde schrittweise weiter erneuert und modernisiert. Stichworte:

- Feinstaub
- Lärmdämmung im Motorraum
- Biologisch abbaubares Hydrauliköl
- Einsatzmöglichkeit für Biodiesel
- reduzierter Kraftstoffverbrauch



Bei der Beschaffung von Multifunktionsfahrzeugen, kamen vom SBT gemeinsam mit den EBT entscheidende Anstöße. Bisher wurden drei Multifunktionsfahrzeuge beschafft, die eingesetzt werden können als

- Dreiseitenkipper
- Krankkipper und
- Streufahrzeug mit Schneepflug

Bereich Straßen

Schwerpunktthema im Berichtszeitraum war Sauberkeit. Durch interne Personalumschichtungen, Einrichtung eines Schichtbetriebes, Einsatz bzw. Kooperation mit der Neuen Arbeit etc. konnte in Sachen „Saubere Stadt“ eine deutliche Verbesserungen erzielt werden.

Die Unterhaltung der Einrichtungen des öffentlichen Raumes wie Geländer, Verkehrszeichen, Parkautomaten, Straßenschilder, Lichtsignalanlagen, Straßenmarkierung und Poller konnte trotz knapper Mittel aufrechterhalten werden. Das gesamte Französische Viertel und das Lorettoareal als Stadtteile mit 2500 Neubewohnern und sehr unterhaltungsintensiven neuen öffentlichen Flächen konnten ohne eine einzige zusätzliche Personalstelle geschultert werden.

Als besonders arbeitsintensive Sonderaufgaben im Berichtszeitraum sind die Aufarbeitung der Lotharschäden Anfang 2000, die Hochwassereinsätze / Schadensbeseitigung in Hochwasser-Unwettersommer 2002 und der ungewöhnlich schneereiche, lange Winter 2005 / 2006 zu erwähnen.

Bei der Gewässerunterhaltung wird streng nach Leistungsverzeichnis des Tiefbauamtes gearbeitet. Bei der Grabenpflege im Ammertal wird vorbildhaft für andere Städte und Gemeinden nach ökologischen Gesichtspunkten gearbeitet.

Für die Einrichtungen der Parkraumbewirtschaftung gilt, dass rund 188 Automaten betreut, geleert und gewartet werden. Die Zahl der Lichtsignalanlagen beläuft sich auf 118 (49 Kreuzungsanlagen / 69 Fußgängerschutzanlagen) – die Anzahl der Verkehrszeichen, die pro Jahr angebracht oder wieder entfernt werden, bewegt sich in der Größenordnung von 1 000 Verkehrszeichen, d.h. pro Arbeitstag werden 4 Verkehrszeichen auf- oder abgebaut.

Bereich Grün

Die einschneidendste Veränderung beim Bereich Grün war die Schließung des Anzuchtbetriebes in der Hirschauer Straße zum Jahresende 1999. Inzwischen sind die Gewächshäuser abgebrochen und die Fläche ist mit einem neuen kleinen Stadtteil bebaut. Seit Schließung des Anzuchtbetriebes muss sämtliches Pflanzgut eingekauft werden.

Ein „Highlight“ ist seit sechs Jahren der vom hgv / Mode-Zinser gesponserte und von den SBT gepflegte Blumenschmuck der Eberhardsbrücke, des Ammerkanals beim Nonnenhaus und weiterer Blumensäulen im Stadtgebiet.

Die Pflege der Grünflächen ist als Quartierspflege im Umlaufverfahren organisiert. Das heißt, eine Kolonne ist für einen bestimmten Bereich zuständig, den sie fortlaufend im Umlauf pflegt. Aus finanziellen Gründen mussten die Pflegequartiere größer und die Zahl der Mitarbeiter kleiner werden. Der Pflegestandard musste deshalb im Berichtszeitraum weiter gesenkt werden. Die Wiesen- und Rasenflächen werden von einer eigenen spezialisierten Kolonne gepflegt.

Eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe ist die Überwachung und Pflege des Baumbestandes an 30.000 Bäumen im Stadtgebiet, die in einem digitalen Kataster neben allen übrigen städtischen Grünflächen dokumentiert sind.

Das Thema „Platanenallee“ und deren Schutz – Konflikt mit anderen Nutzungen – war im Frühjahr 2005/2006 das alles beherrschende Thema unter dem Stichwort „Bäume“.

Friedhofswesen

Investitionen

1999	Erstbelegung auf dem neuen Pfrondorfer Friedhof
2000/2001	Überdachung des Vorplatzes Leichenhalle Hirschau mit Lärmschutzwand und neuer Einfahrt
2002	Sanierung der Heizung der Friedhofskapelle auf dem Stadtfriedhof
2002	Planung und Neubau einer Urnengemeinschaftgrabstelle „Garten der Zeit“ auf dem Bergfriedhof
2002	Planung und Neubau einer anonymen Urnengrabstätte „Fluss der Zeit“ auf dem Bergfriedhof



Blumenschmuck auf der Neckarbrücke

2004	Eröffnung Totgeburtenabteilung „Schmetterling“ auf dem Bergfriedhof
2005	Umzug der Friedhofsverwaltung auf den Bergfriedhof

Wiedereröffnung des Stadtfriedhofs

Wesentlich in der Außenwahrnehmung und in der Tübinger Bürgerschaft war die Wiedereröffnung des Stadtfriedhofs auf Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses vom Mai 2000. Um diesen Beschluss umzusetzen, war einiges an Vorarbeiten notwendig.

- Erfassung und Bewertung alter Grabstellen aus denkmal- schutzpflegerischer Sicht
- Gehölzkonzept/Satzung geschützter Grünbestand
- Erarbeitung einer spezifischen Stadtfriedhofssatzung einschließlich Gebührenkalkulation
Anmerkung: Auch für die übrigen Friedhöfe wurde die Satzung novelliert
- Öffentlichkeitsarbeit mit Broschüre
- Anschreiben aller (ehemaligen) Grabnutzungsberechtigten

Durch die Fülle der Arbeit und den großen Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf mit der Denkmalschutzbehörde

dauerten die Vorarbeiten für die Wiedereröffnung länger als geplant, so dass sich ein riesiger Erwartungsdruck aufbaute. Bis heute hat sich eine beispielhafte Zusammenarbeit mit dem Schwäbischen Heimatbund entwickelt, dessen besonderes Anliegen der Erhalt der historischen Grabstätten ist.

Umstrukturierungen

- Zentralisierung der Pflege der Stadtteilmfriedhöfe 1999
- Einführung von Samstagsbestattungen 1999/2000
- Schulungsprogramm Mitarbeiter seit 2001
- Konzentration der Bestattungstermine seit 2005 auf vier Tage

Öko-Audit

Im Vorlauf für die übrigen Bereiche wurde 2002 ein Umweltmanagementsystem (EMAS-II) erarbeitet und eingeführt. Die erste Revalidierung durch einen externen Gutachter wurde Anfang 2006 gemeistert.

Aus diesem Managementsystem heraus wurden Maßnahmen zum schonenderen Ressourceneinsatz entwickelt und umgesetzt (vgl. Umwelterklärung).

Das Stadtplanungsamt

Schwerpunkte setzen

Vier der wichtigsten Schwerpunkte der Jahre 1999 bis 2006:

- die Erarbeitung von Leitlinien einer nachhaltigen Stadtentwicklung,
- die Entwicklung des Wissenschafts- und Technologieparks Obere Viehweide,
- die Aufstellung eines Entwicklungskonzeptes Altstadt / Stadtzentrum Tübingen,
- die Entwicklung von Nutzungskonzepten für brachliegende Gewerbe- und Gärtnereiflächen.

Zwei richtungsweisende Schwerpunkte, die bereits in den Jahren 1991 bis 1998 erarbeitet wurden, das „Grundsatzprogramm Wohnen“ und das „Zentren- und Märktekonzept“, bilden wichtige Grundlagen für unsere Arbeit.

Das Grundsatzprogramm Wohnen war Grundlage bei der Aufstellung des Bebauungsplans „Südlicher Städtach“ in dessen Bereich rund 30 kostengünstige Reihenhäuser errichtet werden konnten. Auch bei den beiden Bebauungsplänen „Käppelesäcker“ in Hirschau und „Jesinger Loch“ in Unterjesingen, die derzeit aufgestellt werden, wird die Stadt in der Lage sein, preiswertes Bauland für den Wohnungsbau anbieten zu können. Damit soll Familien die Eigentumsbildung im Tübinger Grundstücksmarkt ermöglicht werden, die sonst dazu nicht in der Lage wären.

Mit Hilfe des „Zentren- und Märktekonzeptes“ konnte in Tübingen verhindert werden, dass neue, innenstadtschädliche Handelseinrichtungen in peripherer Lage entstanden sind und dass zwei Standorte für bisher im Tübinger Einzelhandelsangebot defizitäre Angebote entwickelt werden konnten: an der Reutlinger Straße und zwischen Herrenberger Straße und Hagellocher Weg.

Die Handelsentwicklung selbst stellt ein schwerwiegendes Problem der Stadtentwicklung dar. Wie schaffen wir es, dass unsere Altstadt ihre zentrale Versorgungsfunktion bewahren kann und lebendig bleibt? Dafür wurden bereits durch die Bauleitplanung und die Stadtbildsatzung Grundlagen geschaffen, die heute noch positive Wirkung zeigen (siehe auch Kapitel „Konzept zur Stärkung der Altstadt“).

Städtebaubericht

Jeweils zu Beginn einer neuen Legislaturperiode wurde der Gemeinderat mittels eines Städtebauberichts über die wichtigsten Grundlagen, über abgeschlossene sowie laufende Planungen und Projekte unterrichtet.

Wissenschafts- und Technologiepark Obere Viehweide

Als Vorbereitung für die Entwicklung eines Wissenschafts- und Technologieparks in Tübingen wurde ein zweitägiger Workshop mit Vertretern aus Politik und Verwaltung und externen Fachberatern abgehalten. Die Erkenntnisse aus diesem Workshop führten zur Beauftragung des Planungsbüros Wolfrum und Janson, Stuttgart, einen „Städtebaulichen Rahmenplan Wissenschafts- und Technologiepark Obere Viehweide“ zu erarbeiten. Dieser Rahmenplan konnte nach zahlreichen Beratungen und Informationsveranstaltungen in der Bürgerschaft am 3. Februar 2003 vom Gemeinderat verabschiedet werden. Der Städtebauliche Rahmenplan Technologiepark TTR wurde als „Bausteine zur Stadtentwicklung 13“ veröffentlicht. Realisiert werden konnten bisher in einem ersten Bauabschnitt ein Gründerzentrum und die Renovierung und der Umbau der Sternwarte zu einem Restaurant. Für die Gestaltung der Freiflächen liegt ein vom Gemeinderat beschlossenes Plankonzept vor. Derzeit steht die Verwaltung in Verhandlung zur Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat als Folge der Entwicklung des Technologieparks TTR ihre Institute auf der Oberen Viehweide ausgebaut und erhebliche Investitionen getätigt. Die Universität hat ein neues Forschungsgebäude errichtet.

Europaplatz

Die Planungen für die Neugestaltung der Straßenräume im „Zinser-Dreieck“ sowie des Europaplatzes auf der Basis des Entwurfs des ersten Preisträgers des Wettbewerbs von 1998 wurden weiterentwickelt und detailliert ausgearbeitet. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt musste die Umsetzung zurückgestellt werden.

EcoCity

Die Europäische Union hatte 2002 das Forschungsprojekt EcoCity aufgelegt, das sich mit der Entwicklung von Konzepten für nachhaltige Modellsiedlungen beschäftigen sollte. An diesem Projekt waren sechs europäische Städte beteiligt: Bad Ischl in Österreich, Győr in Ungarn, Tampere in Finnland, Trnava in der Slowakei, Umbertide in Italien und Tübingen in Deutschland. Das Untersuchungsgebiet umfasste den süd-westlichen Teil Derendingens um die Mühlbachäcker und den Saiben und bezog auch das Gelände der ehemaligen Firma Wurster & Dietz mit ein. Bearbeitet wurde dieses Projekt von einer interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des Tübinger Architekturbüros J. Eble, der TU Harburg, des IAW, Tübingen, des Ingenieurbüros ebök, Tübingen, der Von Zadow GmbH, Caputh und der Stadtverwaltung Tübingen. Die Projektkoordination aller sechs Städte lag bei der Abteilung für Wirtschaft und Umwelt der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Tübinger Projektkoordination lag bei der Umweltbeauftragten Frau Dr. Hartmann. Begleitet wurde die Planung vom „Komitee EcoCity“, das gebildet wurde aus Vertretern der Stadtverwaltung, des Tübinger Gemeinderats und dem Architekturbüro Eble. Betreut wurde es von einem externen Moderator. Das Projekt zeichnete sich durch eine intensive Beteiligung der Bürgerschaft (Perspektivenkonferenz, Werkstattgespräche, Informationsveranstaltungen) aus. Am 27. März 2006 wurde das Projekt im Planungsausschuss abschließend dargestellt. Das Konzept EcoCity wird wesentlicher Bestandteil der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans.

Städtebaulicher Rahmenplan Güterbahnhof / Reutlinger Straße

Für den Güterbahnhof und das gewerblich genutzte Gelände zwischen Eisenbahn- und Reutlinger Straße wurde – in verschiedenen Varianten – eine Nutzungs-, Verkehrs- und Gestaltungskonzeption entwickelt, deren Ziel es ist, diesen Bereich städtebaulich neu zu ordnen und aufzuwerten. Die Konzeption wurde im Gemeinderat beraten, aber noch nicht endgültig verabschiedet. Darauf aufbauend wurde das Konzept für die Neuordnung des ehemaligen Heeresdepots und der angrenzenden brachliegenden Firmengelände entwickelt. Weitere Überlegungen, insbesondere zur Verwertung der untergenutzten und in absehbarer Zeit brachfallenden Flächen, müssen angestellt werden. Die Neuordnung eines Teils des Güterbahnhofs wird eine Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Städtebaulicher Rahmenplan Weststadt

Bereits 1999 konnte die Erarbeitung eines Städtebaulichen Rahmenplans für die Weststadt (Bausteine zur Stadtentwicklung 10) abgeschlossen werden.

Seit 1998 finden regelmäßig Treffen des Weststadtforums statt, in denen aktuelle und längerfristige Probleme und planerische Aufgaben zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung diskutiert werden.

Einige wichtige Wünsche dieses Forums konnten umgesetzt werden:

- die Umgestaltung des ehemaligen „Zanker-Parkplatzes“
- die Neugestaltung des Kinderspielplatzes an der Stöcklestraße
- die Neugestaltung der Rappstraße
- die Neugestaltung des Vorplatzes des Westbahnhofs.

Von besonderer Bedeutung war es, dass der Lebensmittelmarkt zwischen Westbahnhostraße und Schleifmühlweg erhalten werden konnte.

Derzeit arbeitet die Verwaltung an einer Konzeption für die Erweiterung des Handwerkerparks Aischbach in Richtung Westen.

Weilheimer Wiesen

Die Verwaltung bereitet mit umfangreichen Lärmuntersuchungen die Ausarbeitung einer Entwicklungskonzeption für den Bereich der Weilheimer Wiesen – Sportgelände / Freibad / Festplatz – mit den dazu gehörenden Parkplätzen, Fuß- und Radwegen vor.

Städtebauliche Rahmenpläne für die Tübinger Stadtteile

Die Überarbeitung und Fortschreibung der Städtebaulichen Rahmenpläne für die Tübinger Stadtteile ist seit 2001 in Arbeit. Dies konnte das Stadtplanungsamt nur mit teilweiser Unterstützung durch externe Planungsbüros leisten. Bisher konnten die Arbeiten für Pfrondorf, Unterjesingen, Hirschau und Hagelloch abgeschlossen werden.

Wichtige Aspekte, für die bei diesen Neuaufstellungen der Rahmenpläne tragfähige Lösungen gefunden werden müssen, sind die Stärkung der Ortsmitten und der Umgang mit der heute noch freien Landschaft. Die Leitliniendiskussion setzt dabei Orientierungsmaßstäbe. Der Konflikt zwischen dem Wunsch nach Ausweisung neuer Baugebiete für Wohnen und Gewerbe und der Forderung nach konsequentem Erhalt der wertvollen Landschaft, fordert erheblichen Diskussionsaufwand. Auch bei diesen Planungen war die Bür-

gerschaft einbezogen. Die Städtebaulichen Rahmenpläne stellen die Grundlage für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Bereich der Stadtteile dar. Die Rahmenpläne wurden ebenfalls in der Reihe „Bausteine zur Stadtentwicklung“ veröffentlicht.

Derzeit arbeitet die Verwaltung am Städtebaulichen Rahmenplan Kilchberg und hat erste Vorarbeiten für den Stadtteil Bühl geleistet.

Planungswerkstatt Nordstadt

Im November 2003 hat die Verwaltung mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern aus der Bürgerschaft und der Politik eine zweitägige Planungswerkstatt durchgeführt. Ziel war, Vorstellungen für die Weiterentwicklung der Nordstadt zu bilden. Die Ergebnisse dieser Planungswerkstatt sind als „Bausteine zur Stadtentwicklung 15“ dokumentiert.



Architekturwettbewerbe

Von 1999 bis 2006 konnte eine Reihe wichtiger Bauaufgaben durch Architekturwettbewerbe bzw. Mehrfachbeauftragungen vorbereitet werden.

Südlicher Stäudach

Im Jahre 2000 hat die GWG – Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH – einen Wettbewerb für den Bau kostengünstiger Reihenhäuser auf den aus dem Grundsatzprogramm Wohnen gewonnenen Grundstücken im Baugebiet Südlicher Stäudach in Tübingen Lustnau ausgelobt. Den ersten Preis erhielt das Architekturbüro D'Inka – Scheible aus Fellbach. Die Reihenhäuser sind gebaut und seit einigen Jahren bewohnt.

Wohnbebauung am Neckar

2001 hat das Siedlungswerk Stuttgart vier Architekturbüros aufgefordert, Entwürfe für eine Wohnbebauung am Neckar auf dem Gelände der vormaligen Anzuchtgärtnerei der

Stadtbaubetriebe zu erarbeiten. Mit der Realisierungsplanung, der auch der Bebauungsplanung zu Grunde gelegt wurde, wurde das Tübinger Architekturbüro Ackermann und Raff beauftragt. Das Besondere an diesem Wohnungsbaukonzept ist, dass durch Vergabe von Erbbaurechten preiswertes Wohneigentum ermöglicht werden konnte. Der erste Bauabschnitt wurde bereits 2005 abgeschlossen. Derzeit ist der zweite Bauabschnitt im Bau.

Landesgartenschau

Auf der Basis umfangreicher Voruntersuchungen durch das Stadtplanungsamt wurden im Frühjahr 2002 vier Landschaftsarchitekten in einer Mehrfachbeauftragung eingeladen, Ideen und Vorstellungen für die Ausrichtung einer Landesgartenschau in Tübingen zu entwickeln. Aus diesem Konkurrenzverfahren ging das Stuttgarter Büro Pfrommer + Roeder hervor. Eine Bewerbung beim Land Baden-Württemberg konnte zwar aus finanziellen Gründen nicht eingereicht werden, die erarbeiteten Ideen stellen jedoch wertvolle Hinweise für künftige Planungen dar.

Freifläche um die Sternwarte im WTP Obere Viehweide

Aus der Mehrfachbeauftragung für die Gestaltung der Grün- und Freiflächen um die Sternwarte ging das Büro der Landschaftsarchitektin Elke Ukas, Karlsruhe, siegreich hervor. Die Planung konnte dahingehend konkretisiert werden, dass bei einer entsprechenden Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Technologieparks Obere Viehweide die Umsetzung erfolgen kann.

Gärtnerengelände Friedrich-Dannenmann-Straße

Die Mehrfachbeauftragung für die Errichtung eines Alten- und Pflegeheims, von betreuten Seniorenwohnungen und familiengerechten Wohnungen auf dem derzeit als Gärtnerei genutzten Gelände gewann das Tübinger Architekturbüro Hähning und Gemmeke. Mit dem Bau des Pflegeheims soll bereits 2007 begonnen werden. Die Realisierung der Wohngebäude wird abschnittsweise in den nächsten Jahren erfolgen.

Derzeit führt das Siedlungswerk Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt einen Architektenwettbewerb Wohnbebauung auf dem Gelände des derzeitigen „Hauses am Österberg“ durch.

In der Altstadt wurden drei größere Bauvorhaben durch vom Stadtplanungsamt betreute Wettbewerbe vorbereitet:

Die Wohn- und Geschäftsbebauung Hintere Grabenstraße (Architektengemeinschaft Rädle und Hess aus Ravensburg und Panzer aus Tübingen)

Dieses Gebäude hat zusammen mit der Kelter zu einer Verdeutlichung und Belebung des nördlichen Altstadteingangs an der Schmiedtorstraße beigetragen.

Katholisches Gemeindezentrum Bachgasse

(Architekturbüro Schwille, Reutlingen)

Das neue Gemeindezentrum ist eine wesentliche Aufwertung dieses Teiles der Altstadt.

Pflegelhofstraße

(Architekturbüro Allmann-Sattler-Wappner, München)

Die besonders schwierige Bauaufgabe der Renovierung und teilweise Neubebauung in der Pflegelhofstraße konnte bisher nicht umgesetzt werden.

Das Stadtplanungsamt war in die Vorbereitung und Beurteilung der Ergebnisse der Architektenwettbewerbe und Mehrfachbeauftragungen

- Sporthalle an der Europastraße
- Neubau des Landratsamts und des neuen
- Verwaltungsgebäude der Kreissparkasse in den Mühlachäckern
- Städtebaulicher Wettbewerb Mühlenviertel und
- Neubebauung des Bereichs des alten Landratsamts aktiv einbezogen.

Behördenzentrum auf den Mühlbachäckern



Flächennutzungsplan

Eine sehr umfangreiche Arbeit wird die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans des Nachbarschaftsverbands Reutlingen-Tübingen darstellen. Umfangreiche Grundlagen und Vorarbeiten wurden bereits geleistet; dazu gehören auch die o.g. Städtebaulichen Rahmenpläne und das Ecocity-Projekt. Ein erster Entwurf liegt vor und wird 2007 in die Gremien eingebracht werden.

Ökokonto

Seit Inkrafttreten der Baugesetzbuchnovelle am 1. Januar 1998 sollen die Kommunen Eingriffe in den Naturhaushalt, die durch die Bauleitplanung vorbereitet werden, über ein „Ökokonto“ ausgleichen. Für die Umsetzung und Abrechnung von Ausgleichsmaßnahmen wurde die „Konzeption zur Umsetzung der Eingriffsregelung im Rahmen der Bauleitplanung Tübingens“ erarbeitet und 2001 vom Gemeinderat verabschiedet.

Zur Erstellung eines Maßnahmenpools, aus dem Maßnahmen umgesetzt und damit dem Ökokonto „gutgeschrieben“ werden können, werden auf der Basis des Landschaftsplanes Konzepte zur Landschaftsentwicklung erarbeitet. Sie enthalten konkrete Maßnahmenvorschläge in abgestufter Priorität. Pilotprojekt ist Pfrondorf, die übrigen Gemarkungsflächen werden folgen.

Bebauungspläne

In den acht Jahren von 1999 bis 2006 konnten 31 Bebauungspläne und Vorhaben- und Erschließungspläne aufgestellt werden. Dazu gehören z.B.:

- Südlicher Stäudach, Lustnau
- Corrensstraße / Im Rotbad Teil I
- Vordere- / Hintere Halde
- Hirschauer Straße
- Südlich Hagellocher Weg
- Ehemalige Heeresdepot Reutlinger Straße
- Burgäcker, Hirschau
- Gewerbepark Neckaraue (Änderung)
- Vor dem Kreuzberg (Änderung)
- Österberg Mitte
- Obere Viehweide – Teil I
- Friedhoferweiterung Unterjesingen
- Schulzentrum Schleifmühlweg (Änderung)
- Thiepvalkaserne
- Wilhelm- / Goldersbachstraße
- Lorettoareal-Ost

Derzeit sind 14 Bebauungspläne und Vorhaben- und Erschließungspläne im Aufstellungsverfahren:

- Aischbach Teil II
- Goethestraße / Iglersloh
- Golfanlage Kreßbach
- Käppelesäcker, Hirschau
- Riedern
- Raichberg- / Jura- / Lembergstraße
- Luise-Poloni-Heim, Lustnau
- Gärtneriegelände Friedrich-Dannenmann-Straße
- Gartenstraße / Hundskopf
- Jesinger Loch, Unterjesingen
- Stadtgraben / Wilhelmstraße
- Ölmühle, Derendingen
- Wilhelm- / Doblerstraße
- Mühlstraße / Gartenstraße

Landschaftsplanerische Beiträge in der städtebaulichen Planung

Sowohl zur städtebaulichen Rahmenplanung als auch zur Bauleitplanung werden landschaftsplanerische Fachbeiträge erarbeitet. Auf der Basis einer Bestandserhebung und -bewertung werden die städtebaulichen Planungsvorstellungen auf ihre Verträglichkeit hin untersucht. Durch diese enge Verzahnung von Städtebau und Landschaftsplanung können städtebauliche Entwürfe sehr frühzeitig im Sinne einer größtmöglichen Umweltverträglichkeit optimiert werden. Außerdem werden Zielvorstellungen zur Entwicklung der

Landschaft und der innerörtlichen Freiräume formuliert. Auf der Ebene der Bebauungsplanung münden diese in der Regel in grünordnerischen Festsetzungen.

Umweltprüfung in der Bauleitplanung

Mit der Novelle des Baugesetzbuches 2004 wurde die Umweltprüfung in der Bauleitplanung obligatorisch eingeführt. Damit ist die Pflicht entstanden, in einem separaten Bericht die Umweltauswirkungen der Planung zu erfassen und darzustellen. Diese neuen Anforderungen wurden seither inhaltlich und methodisch in Bebauungsplanverfahren und den Änderungen des Flächennutzungsplanes umgesetzt. Ein Leitfaden für externe Auftragnehmer wurde erarbeitet. In der Anfangsphase der neuen Regelungen war eine intensive Betreuung auch extern vergebener Planungsleistungen erforderlich, um die inhaltliche und methodische Vergleichbarkeit der Umweltprüfung zu gewährleisten. Die Umweltprüfung stellt neue Anforderungen an das Verfahren, die in den bisherigen Planungsablauf implementiert werden mussten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen einen frühzeitigen und umfassenden, vor allem aber einen transparenten Umgang mit Umweltbelangen im Planungsprozess.

Wohnraumbericht

Alle zwei Jahre, zuletzt 2005, veröffentlicht das Stadtplanungsamt den Wohnraumbericht, der über die letzte Entwicklung und die Problematik in der Wohnraumversorgung der Bürgerschaft Auskunft gibt.

Stadtbildpflege und Denkmalschutz

Innerhalb des Stadtplanungsamtes wurde die Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung in die Abteilung Stadtplanung integriert, um flexibler auf die wechselnden Tätigkeitsschwerpunkte reagieren zu können und Bauleitplanung und Stadtgestaltung besser miteinander zu verzahnen. Wichtige Aufgabe des Amtes bleibt die Information und Beratung der Bauherren in der Altstadt und den historischen Kernen der Teilorte. Seit 2001 können für Baumaßnahmen in diesen Gebieten auch wieder Zuschüsse aus Mitteln der Stadtbildpflege gewährt werden. Ziel dieser Zuschüsse ist zum einen, die Mehraufwendungen die aus der Einhaltung der Gestaltungsregeln resultieren abzufedern und damit die Akzeptanz der Regeln zu erhöhen; zum anderen soll mit den Zuschüssen erreicht werden, dass auch nicht genehmigungspflichtige Maßnahmen dem Planungsamt bekannt werden, damit es beratend tätig werden kann. Auf diese Weise sollen aus Unwissenheit verursachte Verstöße vermieden werden. 2001 wurde das Denkmalschutzgesetz geändert: die Stadt als Denkmalschutzbehörde hat mit dem Landesdenkmalamt (LDA) nicht mehr das Einvernehmen zu er-

zielen, sondern das LDA nur noch zu informieren, welches in besonderen Fällen ein Vetorecht ausüben kann. Außerdem wurde den unteren Denkmalschutzbehörden die Zuständigkeit für die Bauten im Eigentum des Landes Baden-Württemberg übertragen, was durch die vielen von der Universität genutzten Kulturdenkmale zu erheblich mehr Beratungsarbeit geführt hat. Seit August 2002 muss die Stadt eine weitere umfangreiche Aufgabe übernehmen, die Erteilung der Steuerbescheinigungen bei Baudenkmalen.

Erhaltungssatzung

Für den Bereich Karl- / Uhlandstraße wurde eine städtebauliche Erhaltungssatzung erlassen.

Sanierung Thiepvalkaserne

Eine der erfolgreichsten Maßnahmen der Denkmalpflege war die Sanierung und Umnutzung der Thiepvalkaserne. Der ehemalige Exerzierplatz steht für öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung und soll damit das kulturelle Leben Tübingens bereichern; dieses Angebot wurde bisher leider nicht genutzt.

Öffentlicher Raum

Vorplatz Neckarmüller

Die Umgestaltung des Vorplatzes der Neckarmüllerei wurde im Zuge des Ausbaus der Gartenstraße begonnen: Der Abgang zur Trafostation wurde neu gestaltet und bis dahin ungepflegte Grünflächen und Nischen wurden dem oberen Niveau des Platzes zugeschlagen. Die massive Brüstung wurde durch ein den Blick auf den Neckar gestattendes Geländer ersetzt, eine Brunnenleitung zur späteren Verwendung verlegt. Der Abbruch des Kioskes machte deutlich, dass auch die westliche Hälfte des Plätzchens dringend einer Neugestaltung bedarf. Ideen dafür liegen vor, das Schwäbische Tagblatt und die Stadt Tübingen hatten 2001 einen öffentlichen Ideenwettbewerb ausgelobt. Bisher konnte keiner der Gestaltungsvorschläge umgesetzt werden.

Programm Einfache Stadterneuerung

Die Programme Einfache Stadterneuerung in der Weststadt und in Lustnau wurden in reduzierter Form abgeschlossen: Die Rappstraße insbesondere zwischen Milchwerk und Jesinger Straße sowie der östliche Teil der Mauerstraße wurden umgestaltet und bieten jetzt mehr Aufenthaltsqualität. In Lustnau wurde der Kreuzungsbereich Friedhofstraße/Steinbößstraße neu geordnet und der Lustnauer Kirchplatz und der Hohlweg umgestaltet.

Altstadt

In der Altstadt wurden in der Hirschgasse und in der Kornhausstraße Straßenbeläge ausgetauscht, um Menschen mit Behinderungen mehr Bewegungsfreiheit zu gewähren. In einer älter werdenden Gesellschaft werden veränderte Bedingungen an den öffentlichen Raum gestellt, die mit anderen Aspekten wie der altstadtkonformen Gestaltung in Deckung gebracht werden müssen.

Pfrondorf

Von den historischen Kernen der Ortsteile sind hauptsächlich in Pfrondorf Veränderungen eingetreten: „Bei der Kirche“ war bisher ein asphaltiertes Sträßchen mit Parkbucht. Durch eine neue Wohnbebauung konnte ein kleiner öffentlicher Platz geschaffen werden, auf dem vielfältige Aktivitäten möglich sind. Auch eines der wichtigsten Gebäude Pfrondorfs, das ehemalige Schulhaus, wurde saniert.

Verkehrsplanung

Straßennetz

Im 1993 eingeleiteten Planfeststellungsverfahren für die B 28 neu Rottenburg-Tübingen erfolgte am 10.12.1999 der Planfeststellungsbeschluss. Nach dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Regierungspräsidium zu Rückbaumaßnahmen an der heutigen L 370 und Zusagen zu Einzelproblemen verzichtete die Stadt Tübingen auf eine Klage. Nach einer ablehnenden VGH-Entscheidung über andere Klagen ist der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig. Die Finanzierung des ersten Bauabschnittes vom Freibad bis zum Abzweig Hirschau ist inzwischen gesichert. Der Baubeginn erfolgt noch 2006.

Der Neubau der B 27 Tübinger Kreuz – Bläsibad ist im vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes enthalten. Für den zweiröhrenigen, langen Basistunnel werden vom Regierungspräsidium die notwendigen Planunterlagen für das Planfeststellungsverfahren erarbeitet.

Verbesserungen im Straßennetz ergaben sich durch die Ansiedlung oder Aufwertung von Gewerbestandorten. Ein Kreisverkehr bindet seit 1999 den Hornbach-Baumarkt optimal an die Kusterdinger Straße und die B 27 an. Die 2002 vorab vom Investor gebaute Aufweitung der Ludwigstraße am Knoten mit der B 28 ermöglichte erst den Bau des Kaufland-Marktes. Eine ähnliche Lösung wurde beim Neubau am Standort des Minimal-Marktes in der Westbahnhofstraße realisiert. Für die Neubebauung des Depot-Areals wurden

sowohl eine akzeptable Erschließungslösung als auch eine die Interessen aller Verkehrsarten berücksichtigende Gestaltung der umgebenden Straßenräume entwickelt.

Fußgänger

Verbesserungen durch zusätzliche Querungsmöglichkeiten wurden 2002 mit dem neuen Knoten Schweickhardtstraße über die B 27 Stuttgarter Straße und bei der ARAL-Tankstelle über die B 28 Reutlinger Straße geschaffen. An der Galgenbergkreuzung und in der Haußerstraße wurde durch verschiedene bauliche Maßnahmen die Sicherheit für Fußgänger erhöht. Der östliche Gehweg in der Wilhelmstraße wurde 2000 verbreitert und seiner Bedeutung entsprechend gestaltet. Eine 2002 vorgestellte aufwändige Zusammenstellung nicht realisierter Fußwegeverbindungen ist Grundlage für ein geplantes Fußwegekonzept mit einer Prioritätenliste.

Radverkehr

Auch Radfahrern kommen die zusätzlichen Querungsmöglichkeiten über die beiden Bundesstraßen zugute. Der 2000 im Planungsausschuss beschlossene Ausbau des stark frequentierten Radweges am Neckar zwischen Landgraben und Hotel am Bad wurde realisiert. 2000 wurde die mit den Radfahrerverbänden und -initiativen abgestimmte Radwege-Mängelliste vorgelegt. Seither konnten viele kleinere Mängel behoben und diese Liste kontinuierlich abgearbeitet werden. Verbesserungen für Radfahrer in der Mühlstraße und die Rampe in der Weberstraße wurden geschaffen. Die Radfahrstreifen am Europaplatz und an der Einmündung Wöhrdstraße / Friedrichstraße wurden gebaut. Der Weg auf der östlichen Steinlachseite zwischen Fürststraße und Füllmauerstraße wird 2006 ausgebaut.

ÖPNV

Die 1999 geplanten Haltestelleneinrichtungen mit Bike+Ride-Anlagen Unterjesingen-Mitte, Sandäcker und Westbahnhof der Ammertalbahn wurden realisiert. Eine weitere große Anlage mit mehr als 100 Einstellplätzen wurde 2006 auf der Südseite des Hauptbahnhofes auf dem Thiepval-Gelände in Betrieb genommen.

Bemühungen der Verwaltung zur Schaffung zusätzlicher Haltepunkte an den Bahnstrecken insbesondere nach Rotenburg führten noch nicht zu sichtbaren Ergebnissen. Die Richtigkeit dieser Bestrebungen wird bestätigt durch die im September 2002 vorgelegten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie RegionalStadtBahn Neckar-Alb. Die mit maßgeblichem Tübinger Engagement zustande gekommene Beauftragung eines externen Gutachters durch den Regionalverband bestätigt überzeugend die Sinnhaftigkeit eines regio-

nen Bahnsystems unter Nutzung vorhandener Bahnstrecken mit Neubaustrecken in die Nachfrageschwerpunkte der Pendler.

Die mit der Umgestaltung des Zanker-Parkplatzes neu geschaffene Endhaltestelle mit Wendemöglichkeit entlastet die Haltestelle in der Westbahnhofstraße.

Verkehrserhebungen

Zur Beantwortung unterschiedlichster Fragestellungen (Lärmgutachten, Mautfolgen, Gewerbestandorte, Bebauungspläne) wurde eine Vielzahl von Verkehrserhebungen durchgeführt. Manuelle und automatische Verkehrszählungen lieferten die Datengrundlage für eine qualifizierte Bewertung der jeweiligen Verkehrssituation. Videoanalysen in der Mühlstraße 2002 und in der Knollstraße und der Neckargasse 2003 lieferten eine Fülle von Informationen über das Verkehrsverhalten aller Verkehrsarten.

Parken

Der 1999 beschlossene Parkplatz Bebenhausen zur Entlastung Bebenhausens vom Ausflugsverkehr wurde am 6. Juli 2002 offiziell eröffnet. Das Parkplatzkonzept Kernstadt wurde mit der Komplettierung der dritten Stufe, der Einführung der Parkraumbewirtschaftung in den Gebieten 10 (Haußerstraße, Frischlinstraße), 11 (Schlachthausstraße, Wächterstraße), 12 (Käsenbachstraße, Gmelinstraße) und 13 (Fronsdbergstraße, Charlottenstraße) im Jahr 2000 weitergeführt. 2003 wurde ein erstes Gebiet 21 (Eisenhutstraße) am Rand des Französischen Viertels bewirtschaftet, 2006 kam Gebiet 22 (Wennfelder Garten) dazu. Gebietserweiterungen in den Mühlbachäckern sind geplant.

Tempo 30

Nachdem 1999 auch der zuständige Ortschaftsrat einen Beschluss entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates von 1989 fasste, wurden die Tempo-30-Zonen in Weilheim und Kreßbach eingerichtet.

Mobilitätsmanagement

Das vom Ministerium für Umwelt und Verkehr in Stuttgart geförderte Pilotprojekt „Mobilitätsmanagement auf kommunaler Ebene“ in Tübingen erbrachte insbesondere mit der erfolgreichen Einführung und Erprobung des Conference-Tickets den Nachweis, dass mit innovativen Maßnahmen zusätzliche Mobilitätsangebote bei gleichzeitiger Verkehrsreduzierung möglich sind. Das städtische Engagement auf diesem Gebiet wurde auf Grund der personellen Situation beendet.

Stadtsanierungsamt

Mit der Konzentration auf die Südstadt-Entwicklung ist das Stadtsanierungsamt als einzige Verwaltungseinheit (abgesehen von den Verwaltungsstellen in den Teilorten) ausschließlich für einen begrenzten Teil der Stadt zuständig. Innerhalb dieses Entwicklungsbereichs besitzt es eine umfassende Koordinationsfunktion. Diese Struktur erklärt sich aus der besonderen Aufgabe: Anfang der 90er Jahre begann die Stadt mit der Südstadt-Entwicklung ihr umfassendstes Städtebauprojekt. In einem rund 65 Hektar großen Gebiet, geprägt durch die ehemaligen französischen Kasernen und die Bundesstraße 27, soll ein neuer urbaner Stadtteil entstehen. Drei wesentliche Ziele liegen dem Entwicklungskonzept zugrunde: Die Ergänzung und Aufwertung der gesamten Südstadt, die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum sowie der Versuch, nicht Siedlungen, sondern urbane Quartiere zu erstellen.

Privates Bauen in ehemaligen Kasernen

Während in den ersten Jahren der Südstadt-Entwicklung vor allem die Umnutzung der alten militärischen Gebäude im Vordergrund stand, nahm ab 1998 / 1999 die Neubautätigkeit an Dynamik zu. Sowohl im Französischen Viertel als auch im Loretto-Areal geschah dies vor allem mit privaten Baugemeinschaften: Privatleute schlossen sich zu unterschiedlich großen Gruppen zusammen, erhielten von der Stadt eine Grundstücksoption und erstellten ihre Gebäude nach eigenen, oft sehr ausgefeilten und individuellen Konzepten und auf eigenes Risiko. Während diese Baugemeinschaften in den ersten Jahren der Südstadt-Entwicklung noch Pioniercharakter hatten, gelang es der Stadtverwaltung ab 1999, das Prinzip zu etablieren und für breite Bevölkerungskreise attraktiv zu machen. Mit gutem Grund: Bezahlbares Bauen,



eine große Vielfalt von Konzepten und eine hohe Identifikation mit den Quartieren waren die offensichtlichen Vorteile des Modells. Mit der bevorzugten Grundstücksvergabe an Privatleute, der „Stadthausbörse“ und einer Vielzahl von Informationen förderte die Verwaltung die private Baukultur gezielt – viele deutsche und internationale Kommunen haben sich seither in Tübingen über das Modell informiert und versucht, es in ihre Städte zu exportieren.

Wohnen und Arbeiten

Mit der Nutzungsmischung wurde bei der Südstadt-Entwicklung ein zweiter Aspekt in den Vordergrund gestellt: Die kleinteilige Mischung von Wohnen und Arbeiten, oft innerhalb eines Gebäudes, wurde in den Kasernen zum Regelfall. So sollten eine urbane Atmosphäre und eine „Stadt der kurzen Wege“ ermöglicht werden sowie handfeste Wirtschaftsförderung geschehen. Obwohl die Ansiedlung der Betriebe für Bauherren und Verwaltung oft nicht leicht war, zeigt sich 2006 eine erfreuliche Bilanz: Rund 160 Betriebe, Dienstleister, Läden, Gastronomen oder Künstler haben sich im Französischen Viertel und im Loretto angesiedelt und rund 900 Arbeitsplätze geschaffen. Leerstand ist die Ausnahme, nicht die Regel, die befürchteten Konflikte sind einer breiten Akzeptanz gewichen.

Soziale Infrastruktur und Bürgerbeteiligung

Zur Mischung in der Südstadt gehörte von Anfang an auch der Ausbau einer hochwertigen sozialen Infrastruktur. Die Jahre 1999 bis 2006 waren hier vor allem durch den Bau von zwei Kinderhäusern im Französischen Viertel und im Loretto sowie durch den Umbau der Französischen Schule zur Ganztagschule geprägt; hinzu kamen Jugendräume und öffentliche Treffpunkte. Auch die private Infrastruktur wuchs mit und ergänzte das öffentliche Angebot: im Werkstadthaus im Französischen Viertel finden in privaten Räumen Kurse und Veranstaltungen statt, die anderswo in einem Bürgerhaus anzutreffen waren. Privates Engagement hat bei der Entwicklung der Quartiere generell eine große Rolle gespielt: schon früh hat die Verwaltung die Bewohner eingeladen, die öffentlichen Flächen mitzugestalten. Seit 2000 findet zwischen dem Forum Französisches Viertel und der Verwaltung ein enger Austausch zu allen wesentlichen Fragen statt – in den letzten Jahren kam auch die Initiative Loretto als weiterer Ansprechpartner hinzu.



Wohin nur mit dem Heilix Blechle ?

Die Parkplatzfrage als eines der größten Probleme der Südstadt-Entwicklung scheint heute weitgehend gelöst, der Weg dahin war allerdings mühselig und konfliktreich. Die Idee, Straßen und Plätze in erster Linie als Aufenthaltsräume zu planen und die Fahrzeuge platzsparend an den Quartiersrändern unterzubringen, zeigte sich im Grundsatz als richtig. Als Fehler hat es jedoch sich erwiesen, 1997 den Parkplatznachweis von der Herstellung der Wohnungen zu entkoppeln und so die privaten Bauherren von der Stellplatzverpflichtung zu befreien. Nachdem der folgende Versuch, die notwendigen Parkieranlagen mit großen Bauträgern zu erstellen, gescheitert war, wurden 2000 die Stadwerke mit der Herstellung und dem Betrieb der Anlagen beauftragt. Leider waren auch hier die ersten Jahre von vielen Schwierigkeiten geprägt: mehrere Nachrüstungen und Softwareanpassungen waren erforderlich, bis die automatischen Parkieranlagen seit 2005 weitgehend störungsfrei funktionieren und ihre Qualitäten – Komfort und Platzersparnis – ausspielen können.

Diese problematische Vorgeschichte war der Anlass für die Verwaltung, ab 2001 auch andere Parkierungskonzepte umzusetzen: mit Baugemeinschaften und Bauträgern wurden Tiefgaragen und mechanische Parkierungssysteme erstellt,

die den großen Parkdruck in den wachsenden Vierteln bewältigten und die benachbarten Quartiere schützten.

Weitere Entwicklungsschritte

Nachdem 2003 der Abschluss der Entwicklung im Französischen Viertel und im Loretto langsam absehbar wurde, begann die Verwaltung mit konkreten Entwicklungskonzepten für die weiteren Südstadt-Quartiere. Der größte Handlungsbedarf wurde im Bereich Stuttgarter Straße / Königsberger Straße, den ehemaligen Garnisonswohnungen, gesehen – nicht nur von Verwaltung und Gemeinderat, sondern auch vom „Begleitkreis Stuttgarter Straße“. Neben den Schulen, Kindergärten und Kirchen arbeiten in dieser Gruppe die GWG als Eigentümer der Gebäude, die Stadtverwaltung und Südstadt-Bewohner mit; gemeinsames Ziel ist die Umsetzung eines städtebaulichen Konzepts, das die notwendige Aufwertung des Quartiers schafft, ohne gleichzeitig die bisherigen Bewohner zu verdrängen. 2004 beschließt der Südstadtausschuss das Konzept, 2005 ist der Bebauungsplan fertig, 2006 beginnen die Sanierungen an den alten Gebäuden und der erste Neubau.

Ab 2004 beginnt die Stadtverwaltung mit den Vorbereitungen für den nächsten Entwicklungsschritt: Nach langen Ver-

handlungen gelingt es, vom Bund das Gelände der ehemaligen Motorsportschule in der Alexanderstraße und den Alexanderpark zu erwerben. Hier bietet sich die Möglichkeit für ein städtebauliches Konzept, das sich zum Einen stark an den vorhandenen Altbauten orientiert, zum Anderen aber auch etwas weniger dicht und städtisch als das benachbarte Loretto. Anfang 2006 entstehen auch Konzepte für weitere Teilgebiete südlich des Hechinger Ecks und Bereiche zwischen der Schweickhardtstraße und dem Französischen Viertel.

Das entscheidende Hemmnis der weiteren Entwicklung ist aber auch 2006 noch nicht beseitigt: Zwar gelang es einer Allianz aller Gemeinderatsfraktionen und vieler Bürgerinitiativen, den vierspurigen Schindhau-Tunnel in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu bekommen – aus der Südstadt verlegt ist die B 27 damit aber noch nicht. Mindestens bis 2020 wird es dauern, bis alle Bereiche der Südstadt-Entwicklung im Sinne des Rahmenplans entwickelt werden können und die trennende Bundesstraße verschwunden ist. Daher wird auch die Südstadt-Entwicklung voraussichtlich nicht in einem Zug – wie ursprünglich geplant – umgesetzt werden können.

Die Finanzierung

Grundprinzip eines städtebaulichen Entwicklungsbereichs ist, dass eine Kommune die Grundstücke innerhalb dieses Bereichs zu einem niedrigen – „entwicklungsunbeeinflussten“ – Wert erwirbt, entwickelt und zu einem höheren – „entwicklungsbeeinflussten“ – Wert wieder verkauft. Aus dem so entstehenden Überschuss wird die notwendige technische und soziale Infrastruktur erstellt. Alle finanziellen Aspekte dieser Entwicklung von der ersten Untersuchung bis zum Straßenbelag sind in einem eigenen Entwicklungshaushalt dargestellt.



Die wesentlichen Ansätze dieses Südstadt-Haushalts stammen aus dem Jahr 1995 bis 2001, 2004 und 2006 wurden sie in mehreren Schritten mit dem Gemeinderat und zuletzt auch mit den Südstadt-Bürgerinitiativen überarbeitet. Kontinuierlich wurde dabei in den letzten acht Jahren die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme verbessert: während 1999 noch von einem kommunalen Zuschussbedarf von 11 bis 12 Mio. Euro ausgegangen wurde, hat sich dieser 2006 auf ca. 8 Mio. Euro, ggf. sogar deutlich weniger, reduziert. Im Herbst 2006 befindet sich das Treuhandkonto erstmals in den schwarzen Zahlen, alle externen Kredite sind abgelöst.

Vom „wildem Süden“ zum Modellprojekt

Seit 1999 haben sich die ehemaligen Kasernen vom „wildem Tübinger Süden“ in attraktive und lebendige Stadtteile verwandelt. Obwohl von der gesamten Südstadt-Entwicklung – vor allem wegen der immer noch nicht erfolgten B 27-Verlegung – erst rund 60 Prozent realisiert sind, ist sowohl der wirtschaftliche als auch strukturelle Nutzen für die Stadt groß. Bezahlbarer Wohnraum für viele Familien, die Tübingen sonst vielleicht verlassen hätten, ist entstanden.

Zudem hat die Südstadt-Entwicklung weit über Tübingen hinaus Beachtung gefunden. Der Ansatz, städtische Strukturen neu zu erfinden, die Beteiligung der privaten Bauherren und die konsequente Umsetzung und Regie durch die Stadt haben das Projekt in den Augen vieler externer Betrachter zu einem Meilenstein der Stadtentwicklung gemacht. Mit angenehmen Folgen für die Stadt: Der Deutsche Städtebaupreis 2001 und der Europäische Städtebaupreis 2002 sind nur zwei der vielen Preise, die das Projekt und damit auch die Stadtverwaltung zwischen 1999 und 2006 erhalten haben.

Fachbereich Bauen und Vermessen

Dieser erste Fachbereich des technischen Dezernats wurde mit Wirkung vom 1. Mai 2005 eingerichtet, indem die bisher selbstständigen Ämter Baurecht und Stadtvermessung zu einer Verwaltungseinheit zusammengefasst und in drei Fachabteilungen Service Center Bauen, Vermessung, sowie Geoinformation und EDV unterteilt wurden. Der Fachbereich hat derzeit 55 Beschäftigte. Aus der Zusammenlegung sind einige Synergieeffekte zu erwarten. Nach Schaffung der räumlichen Voraussetzungen soll in diesem Fachbereich ein weiteres Bürgerbüro für den technischen Bereich eingerichtet werden. Dort sollen allgemeine Beratungen zu Bauanträgen stattfinden, Auskünfte aus Bebauungsplänen, der Richtwertkarte, dem Informationssystem der Universitätsstadt und den Leitungsplänen der Stadtwerke erteilt werden. Es werden die Sonderkarten der Vermessung verkauft, Bauanträge entgegengenommen und verschiedene sonstige Dienstleistungen des Technischen Bereichs angeboten.

Fachabteilung Service-Center Bauen

Änderung gesetzlicher Vorschriften

Nach den umfangreichen Änderungen der Landesbauordnung (LBO) im Jahre 1996 gab es während des Berichtszeitraums nur wenige Änderungen. So wurde im Jahr 2000 ein Dauerwahlrecht zwischen dem bereits im Jahr 1996 eingeführten Kenntnissgabeverfahren und dem Genehmigungsverfahren eingeführt. Dieses Wahlrecht für den Bauherrn sollte ursprünglich zum Jahresende 2001 wegfallen, so dass ab diesem Zeitpunkt u.a. für Wohnbauvorhaben die Pflicht zum Kenntnissgabeverfahren bestanden hätte. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, hätte sich dies erheblich zu Lasten der Rechtssicherheit ausgewirkt. Das Wahlrecht wurde deshalb beibehalten.

Durch eine weitere Änderung der LBO im Jahre 2004 wurden zahlreiche Vorschriften für das barrierefreie Bauen eingeführt.

Zweckentfremdungsverordnung für Wohnraum

Die Universitätsstadt Tübingen ist eine der fünf Städte in Baden-Württemberg, in denen Wohnraum nur mit Genehmigung zweckentfremdet (umgenutzt) werden darf. Die zum Ende des Jahres 2001 auslaufende Verordnung wurde auch auf Drängen der Universitätsstadt Tübingen bis zum 31.12.2006 verlängert. Eine solche Zweckentfremdungsgenehmigung wird in der Regel nur dann erteilt, wenn ent-

sprechender Ersatzwohnraum geschaffen wird. Die Verwaltung strebt an, dass die Regelung über den 31.12.2006 verlängert wird und hat einen entsprechenden Antrag gestellt.

Zuständigkeitsänderung im Denkmalschutz

Die zum 1. Juli 2001 vom Landtag beschlossene Änderung des Denkmalschutzgesetzes brachte wesentliche Neuerungen mit sich. Das bisher bei der Erteilung einer denkmalrechtlich Genehmigung erforderliche Einvernehmen mit dem Landesdenkmalamt entfällt. Dies bedeutet, dass die untere Denkmalschutzbehörde auch gegen die Auffassung des Landesdenkmalamts entscheiden kann. Es besteht lediglich ein Veto-Recht des Präsidenten des LDA in Ausnahmefällen. In Tübingen soll jedoch weiterhin im Konsens mit dem Landesdenkmalamt entschieden werden.

Im Zusammenhang mit dieser Änderung wurde auch die Zuständigkeit für die Erteilung von steuerlichen Bescheinigungen nach §§ 7i, 10f und 11b Einkommenssteuergesetz auf die unteren Denkmalschutzbehörden verlagert.

Weitere Zuständigkeiten

Mit der Verwaltungsreform des Landes wurden der Stadt am 1. Januar 2005 weitere Zuständigkeiten in den Bereichen Wasserrecht, Immissionsschutzrecht, Straßenrecht und Naturschutzrecht übertragen.

Neue Einteilung der Erdbebenzone

Rückwirkend zum 29. Oktober 2005 wurde Anfang 2006 der Landkreis Tübingen sowie die Universitätsstadt Tübingen mit Teilorten in die höchste Erdbebenzone von Baden-Württemberg eingestuft. Dies hat zur Folge, dass sämtliche Neubauten und Erweiterungen von Wohngebäuden einer zusätzlichen Prüfung der Standsicherheit unterzogen werden müssen.

Bauvolumen

Der Umfang der Bautätigkeit in Tübingen lässt sich am deutlichsten am Gesamtvolumen der erhobenen Baugenehmigungsgebühren darstellen, da diese aus den jeweiligen Baukosten errechnet werden.

Verzerrt wird dieses Bild allerdings durch die Gebührenfreiheit von Bund und Land. Hierdurch sind der Stadt im Berichtszeitraum Einnahmen an Baugenehmigungsgebühren in Höhe von rund 850.000 Euro verloren gegangen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass beim Baurechtsamt ein

Stab von drei Mitarbeitern (Bearbeitungsbezirk West) überwiegend mit Vorhaben der Universität und des Klinikums beschäftigt ist.

	Baugenehmigungsgebühren	Bauvolumen
1999	789.879,18	128.921.483
2000	551.929,78	161.849.700
2001	590.862,19	190.206.395
2002	755.892,21	151.644.066
2003	464.622,37	201.524.888
2004	730.196,32	93.620.762
2005	522.148,62	203.510.454
2006	(608.058,95)	(110.955.560)

(Für den Berichtsraum 2006 sind keine endgültige Zahlen vorhanden; Stand 30. November 2006)

Wohnungsbau

Im Jahr 1999 war im Zehnjahresvergleich ein absoluter Tiefstand im Wohnungsbau zu verzeichnen. Glücklicherweise ist die Entwicklung in den folgenden Jahren nach oben weisend. Im Jahr 2001 gestützt von Personalwohngebäuden des Klinikums, deutlich erkennbar an der hohen Zahl der Ein-Zimmer-Wohnungen im betreffenden Jahr.

Ebenfalls deutlich ablesbar ist das rege Baugeschehen auf den Konvertierungsflächen der Südstadt, das insbesondere im Bereich der Drei- und Vier-Zimmer-Wohnungen Zuwächse gebracht hat.

Wohnungen	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
1-Zimmer-Wohnung	57	8	199	6	0	4	11	-
2-Zimmer-Wohnung	27	71	81	43	32	73	4	-
3-Zimmer-Wohnung	58	103	49	97	23	104	20	-
4-Zimmer-Wohnung	26	101	57	47	66	64	30	-
5-Zimmer-Wohnung	23	62	48	34	53	59	30	-
6-Zimmer-Wohnung und größer	28	48	42	71	61	105	68	-
insgesamt	220	393	476	298	235	409	163	-

(für den Berichtsraum 2006 sind noch keine Zahlen vorhanden)

Prüfung des Vorkaufsrechts

Es steht im Interesse der Stadt, rechtzeitig von einer Grundstücksveräußerung zu erfahren, um gegebenenfalls bei entsprechender Rechtslage für öffentliche Zwecke ein Grundstück durch Vorkaufsrecht zu sichern. Insbesondere für Straßen- und Wegebaumaßnahmen und für öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten hat dies eine besondere Bedeutung.

Wenn die Kommune von einem solchen Recht nicht Gebrauch machen will, hat sie den Grundstücksvertragsparteien eine so genannte Negativbescheinigung auszustellen. Im Berichtszeitraum war die folgende Zahl von Anträgen zu bearbeiten:

	Negativbescheinigungen
1999	565
2000	499
2001	396
2002	360
2003	394
2004	365
2005	431
2006	(284)

(Für den Berichtsraum 2006 sind keine endgültige Zahlen vorhanden)

Die Schwankungsbreite zwischen 400 und 600 Veräußerungsfälle entspricht dem normalen Verkaufsgeschehen im Beobachtungszeitraum der letzten zehn Jahre.

Ablösung der Stellplatzverpflichtung

Ist die Herstellung notwendiger Stellplätze weder möglich noch zumutbar, kann die Gemeinde durch Abschluss eines entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vertrages die finanzielle Ablösung zulassen. Die Höhe des Ablösebetrages liegt in Tübingen seit 1984 bei 7.669 Euro pro Stellplatz.

Von dieser Ablösemöglichkeit wurde im Berichtszeitraum in folgendem Umfang Gebrauch gemacht:

	Summe
1999	211.674 Euro
2000	198.074 Euro
2001	334.487 Euro
2002	163.163 Euro
2003	98.875 Euro
2004	120.675 Euro
2005	- 27.612 Euro

Der überproportionale Anstieg der Ablösebeträge im Jahr 2001 ist auf die Abrechnung eines bereits vor 20 Jahren entstandenen Defizits (Fa. Iduna, Blauer Turm, Friedrichstraße 12) zurückzuführen. Im Jahre 2005 mussten Ablösebeträge wieder zurückbezahlt werden, da die Stellplätze real nachgewiesen wurden.



Bautätigkeit auf dem Schnarrenberg

Universität und Klinikum

In den Jahren 1999 bis 2006 wurden folgende bedeutende Vorhaben genehmigt bzw. verwirklicht:

Hals-Nasen-Ohren-Klinik, Schnarrenberg	33,0 Mio. Euro
Institut f. Mikrobiologie und Virologie	22,0 Mio. Euro
Lehrgebäude des Anatomischen Instituts	6,0 Mio. Euro
Neubau Bettenhaus der Med. Klinik	3,3 Mio. Euro
Parkhauserweiterung Med. Klinik	0,7 Mio. Euro
Onkologische Tagesklinik	1,2 Mio. Euro
Neue Nuklearmedizinische Klinik	8,0 Mio. Euro
Forschungsverfügungsgebäude der Medizin	18,5 Mio. Euro
Gebäude für Chemie und Pharmazie-Fakultät	6,5 Mio. Euro
Erweiterung d. Bettenbaus der Zahnklinik	3,5 Mio. Euro
Erweiterung der Universitätsbibliothek	16,5 Mio. Euro
Neubau Geisteswissenschaften	4,8 Mio. Euro
Neubau Geologisches Institutsgebäude	2,2 Mio. Euro
Umbau alte Kinderklinik	4,0 Mio. Euro
Neubau von Personalwohngebäuden	8,5 Mio. Euro

Gewerbe-, Industrie- und Technologiebauten

Dank der Gewerbeförderung der Stadtverwaltung und dem besonderen Augenmerk, das auf die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gelegt wurde, konnten in Tübingen im Berichtszeitraum eine ganze Reihe von gewerblichen Maßnahmen genehmigt und verwirklicht werden. Um nur die größten zu nennen:

Im Gewerbegebiet Neckaraue:

Modine Tübingen GmbH	178 Mitarbeiter/-innen
Zeltwanger Maschinenbau GmbH	95 Mitarbeiter/-innen
Christian Majer GmbH & Co. KG	90 Mitarbeiter/-innen
Spedition Jost GmbH & Co. KG	60 Mitarbeiter/-innen
Walter Maschinenbau GmbH	130 Mitarbeiter/-innen
Im Gewerbegebiet Unter dem Holz:	
Paul Horn GmbH	180 Mitarbeiter/-innen



Spatenstich in der Neckaraue Sommer 2006

Am Europaplatz entstand ein umfangreicher und städtebaulich prägender Baukörper der Unfallkasse von Post und Telekom mit dem ein nicht unerheblicher Teil von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst in Tübingen gebunden werden konnte.

Ein besonderes Augenmerk war seitens der Stadtverwaltung auf die Verwirklichung des Wissenschafts- und Technologieparks „Obere Viehweide“ gerichtet. Für aufstrebende und aus der Universität ausgegründete Firmen der Biotechnologie musste am Standort Tübingen schnellstmöglich ein Angebot an Laborflächen geschaffen werden. Hierzu wurde im Jahr 2001 das erste Laborgebäude an der Paul-Ehrlich-Straße mit 11.000 qm Nutzfläche und einem Baukostenumfang von rund 15 Mio. Euro während des laufenden Bebauungsplanverfahrens nach § 33 BauGB vorgezogen genehmigt. Die von Nachbarn angefochtene Baugenehmigung wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt.

Im Bereich der Max-Planck-Gesellschaft entstand für rund 20 Mio. Euro und einer Geschossfläche von 10.500 qm ein Gebäude zur Förderung der Forschungsarbeit der Tübinger Nobelpreisträgerin Prof. Nüsslein-Volhard.

Im Jahre 2003 wurde an der Europastraße eine Sporthalle mit einem Fassungsvermögen von etwa 3.000 Zuschauern mit rund sieben Mio. Euro realisiert.

Neue Software

Zur Erstellung der Baugenehmigungen wurde Anfang des Jahres 2000 eine völlig neue Software eingeführt. Mit dem Programm INPRO können nicht nur die Bescheide in den einzelnen baurechtlichen Verfahren erstellt werden. Die Software bietet auch die Möglichkeit, das gesamte Genehmigungsverfahren von der Nachbaranhörung bis zur Baufreigabe abzuwickeln. Dabei kann der Programmaufbau individuell und somit flexibel von speziell geschulten Mitarbeitern des Baurechtsamts selbst gestaltet werden. Jede/r Mitarbeiter/-in des Baurechtsamts sowie mehrere städtische Ämter haben die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen im Bearbeitungsprogramm direkt im jeweiligen Fall einzustellen, was wiederum zur Verfahrensbeschleunigung beiträgt. Die Stadt Tübingen war einer der ersten Nutzer und Mitentwickler dieser Software. Zwischenzeitlich wird das Programm in ganz Deutschland, zum Beispiel auch in Großstädten wie Dortmund und Dresden eingesetzt.

Internetauftritt

Seit November 2001 ist das Baurechtsamt mit einem ausführlichen Angebot im Internet vertreten (www.tuebingen/baurechtsamt). Auf der Internetseite können die wichtigsten Informationen zu den verschiedenen baurechtlichen Verfahren nachgelesen werden. Außerdem sind die wesentlichen Rechtsvorschriften und Satzungen sowie Hinweise auf Gesetzesänderungen eingestellt. Daneben gibt es aktuelle Mitarbeiterverzeichnisse, Zuordnungen der Straßen zu den einzelnen Bearbeitungsbezirken sowie ein Verzeichnis der Kehrbezirke der Bezirksschornsteinfeger. Die für die Kunden wichtigste Neuerung ist der Formulare-service. Hier können die für alle baurechtlichen Verfahren notwendigen Formulare aufgerufen, am Bildschirm ausgefüllt und ausgedruckt werden. Die Internetseite wird ständig aktualisiert und erweitert.

Fachabteilung Vermessung

Durch die Verabschiedung des bisherigen Amtsleiters in den Ruhestand und die Umorganisation zu einem Fachbereich konnte nach 2000 eine weitere Stelle im höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst eingespart werden. Insgesamt reduzierte das ursprüngliche Stadtvermessungsamt im Berichtszeitraum die Beschäftigtenzahl um acht Mitarbeiter auf 41 Beschäftigte; von denen neun in Teilzeit beschäftigt sind. Dies ist das Ergebnis des konsequenten und erfolgreichen Umbaus des Stadtvermessungsamts zum „Vermessungsbüro der Stadt“ unter Anwendung der Kostenleistungsrechnung im Bereich der Ingenieur- und Katastervermessung, der Einführung des Kontraktmanagements und der konsequenten Automatisierung von Arbeitsabläufen in den dafür geeigneten Bereichen. Der Schlüssel zum Erfolg ist dabei die vorhandene Bereitschaft der Mitarbeiter, diesen Weg mit zu gehen, die Bereitschaft zur Fortbildung, zur Akzeptanz und Anwendung neuer Techniken und zum kostenbewussten Handeln.

Katastervermessung

Bei der Katastervermessung erfolgt im hoheitlichen Bereich die Grundlagenarbeit mit dem exakten Vermessen von Grundstücken und Gebäuden, die für die Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung sind. Auf der einen Seite sind es die geschaffenen aktuellen Planunterlagen, die für Planung und Entwicklung benötigt werden; auf der anderen Seite sind es die Vermessungsschriften, auf deren Grundlage der Notar den Eintrag des Grundstücks ins Grundbuch erst vollziehen kann. Erst das im Grundbuch eingetragene Grundstück kann beliehen, bebaut oder gar verkauft werden. Erwähnt seien hier als große Maßnahmen die Straßenschlussvermessung der B27 im Neckartal und die Grundstücksvermessungen in der Südstadt (Französisches Viertel, Stuttgarter Straße) für den Entwicklungsbereich neben dem Vermessen von etwa 1.100 weiteren Flurstücken. Der Gebäudebestand in den Karten ist auf aktuellem Stand. Den Anforderungen der Stadtwerke, der städtischen Ämter und Privater ist damit Rechnung getragen. Im Berichtszeitraum wurde das Kartenwerk mit rund 1.500 Gebäudeeinmessungen aktualisiert, knapp 6000 Flurstücke in ihrer Form verändert und rund 18 300 Änderungen der Eigentumsverhältnisse im Liegenschaftsbuch vorgenommen. Bei der Universitätsstadt Tübingen sind aktuell exakt 42.499 Flurstücke im Liegenschaftskataster beschrieben.

Für diese Vermessungsarbeiten im hoheitlichen Bereich hatte das Amt, bis zum August des Jahres 2000 auf der Grundlage des Vermessungsgesetzes von Baden-Württemberg für

das gesamte Stadtgebiet die alleinige Zuständigkeit. Durch die Änderung des Vermessungsgesetzes dürfen nun seit dem 1. August 2000 diese Arbeiten auch vom freien Beruf erledigt werden. Das Wirtschaftsministerium hat hierfür zwischenzeitlich 23 öffentlich bestellte Vermessungsingenieure im Gebiet der Universitätsstadt Tübingen zugelassen, die etwa 20 Prozent der Arbeiten im hoheitlichen Bereich erledigen. Das Amt hat darauf reagiert und das Personal dem reduzierten Auftragsvolumen angepasst.

Ingenieurvermessung

Fast auf den Millimeter genau arbeitet das Vermessungsbüro der Stadt in der Ingenieurvermessung. Sie war erheblich an den im Berichtszeitraum entstandenen Jahrhundertprojekten wie dem Bau der Kläranlage beteiligt. Hier war man während der ganzen Bauphase mit betreuenden Vermessungen tätig. Auch sehr viele kleinere Projekte, die von den Ämtern geplant und ausgeführt wurden, wurden bearbeitet. Hierzu zählen neben der Erarbeitung der Plangrundlagen für die Machbarkeitsstudie Stadtbahn und der Neuplanung des Europaplatzes auch die erforderlichen topografischen Aufnahmen, Berechnungen und Absteckarbeiten für den Technologiepark. Beispielhaft genannt seien hier mit dem Ausbau des Otto-Erbe-Weges, des Südlichen Stäudachs, der Galgenbergstraße, des Winkelrains und den PES-Programmen Weststadt und Lustnau nur einige wenige Maßnahmen, denen kaum anzusehen ist, welche wichtigen Grundlagenarbeiten hier vom Geometer erbracht wurden. Allein diese im Berichtszeitraum erbrachten Planungs- und Vermessungsleistungen entsprechen einem Betrag von rund 2,5 Mio. Euro.

Die Standsicherheit von Gebäuden, Brücken und Stützmauern ist ein Thema, mit dem sich das Hoch- und vor allem auch das Tiefbauamt ständig beschäftigen. Hierzu werden nahezu 2000 Kontrollpunkte in bestimmten Zeitabständen in Lage und Höhe mit einer Genauigkeit unter einem Millimeter aufgemessen und dokumentiert. Jede noch so geringe Bewegung wird dadurch erkannt.

Die Universitätsstadt Tübingen hat einen exakten Überblick über den unterirdischen Verlauf der Gas- / Wasserleitungen, Kanäle, Steuerungskabel, Fernheizrohre und Brunnenleitungen. Seit über 100 Jahren werden diese Leitungen bei offenem Graben eingemessen und im Leitungskataster dokumentiert. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 1.000 Aufträge erledigt und dabei über 100 km dieser Leitungen aufgenommen bzw. abgesteckt und im Leitungskataster dokumentiert.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Ingenieurvermessung ist die Bautechnik. Hier wurden 180 amtliche Lagepläne zu Bau gesuchten privater und öffentlicher Bauherren gefertigt. Darunter waren zum Beispiel die Lagepläne für den ersten Baukörper im Technologiepark Obere Viehweide, für den Neubau beim Pauline-Krone-Heim, für das katholische Gemeindezentrum in der Bachgasse und für das Bürgeramt im Fruchtkasten. Neben den normalen Bauvermessungen wurden sehr umfangreiche Kontrollmessungen während der Bauphase durchgeführt.

Gutachterausschuss / Umlegungsausschuss

Die Aufgaben der Geschäftsstellen des Umlegungs- und Gutachterausschusses liegen im hoheitlichen Bereich. Sie greifen stark in die Rechte der Bürger ein. Dementsprechend streng sind die Anforderungen an die Nachprüfbarkeit aller im Umlegungsausschuss und Gutachterausschuss gefassten Beschlüsse.

Die Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses hat mit dem Südlichen Stäudach ein Umlegungsverfahren auf der grünen Wiese durchgeführt, dessen erfolgreicher Abschluss von großer Bedeutung ist. Es war das erste Verfahren, das nach dem vom Gemeinderat beschlossenen „Grundsatzprogramm Wohnen“ durchgeführt wurde. Bei diesem Programm müssen die Eigentümer bereit sein, neben dem sonst üblichen Flächenabzug von 30 Prozent noch freiwillig 15 Prozent ihrer Einwurfsfläche an die Stadt zu einem deutlich reduzierten Preis zu verkaufen. Mit der so gewonnenen Fläche konnte im vorliegenden Fall die GWG Tübingen das Landesprogramm „Kostengünstiges Bauen“ realisieren mit einem Baulandpreis, der nicht einmal bei der Hälfte des im Gebiet üblichen Baulandpreises lag.

In der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses müssen alle im Gemeindegebiet Tübingen abgeschlossenen Kaufverträge ausgewertet und in der Kaufpreissammlung dokumentiert werden. Im Berichtszeitraum waren dies rund 5.800 Kaufverträge mit einem Umsatz von nahezu 1,9 Milliarden DM. Die Geschäftsstelle hat damit einen umfassenden Überblick über den Immobilienmarkt und kann diesen für die Öffentlichkeit transparent machen. Dies geschieht durch die jährliche Veröffentlichung einer vom gesamten Gutachterausschuss in seiner Jahressitzung beschlossenen amtlichen Richtwertkarte und durch die Herausgabe eines entsprechenden Jahresberichts. Die Richtwertkarte und der Jahresbericht dienen kaufwilligen Bürgerinnen und Bürgern ebenso als hilfreicher Anhaltspunkt, wie den Banken, Maklern, Notaren und sonstigen öffentlichen und privaten Einrichtungen.

Der Gutachterausschuss, ein unabhängiges Gremium von sachverständigen Frauen und Männern aus der freien Wirtschaft, erstellte 527 Gutachten, die zu 70 Prozent von Privatpersonen, zu 10 Prozent von Behörden und zu 20 Prozent vom Amtsgericht in Auftrag gegeben wurden.

Fachabteilung Geoinformation und EDV

Im letzten Verwaltungsberichtszeitraum hat das Amt die Überführung der analogen Karte in digitale Form als Basis für wirtschaftliches Arbeiten der planenden und bauenden Ämter – auch für die Stadtwerke Tübingen – abgeschlossen. Mit dieser Voraussetzung wurde das auf dieser digitalen Karte aufsetzende geografische Informationssystem SIAS (Spatial Information and Access) konzipiert und begonnen. Mit Hilfe eines geografischen Informationssystems kann ein Planer oder ein Entscheidungsträger alle Informationen, die geografisch zugeordnet werden können, binnen kürzester Zeit als Grundlage für seine Entscheidungen am Bildschirm abrufen. Es ist so das optimale Einbeziehen aller entscheidungsrelevanten Informationen in einer bisher nicht da gewesenen Form und Vollständigkeit gegeben. Alle Informationen sind zu jeder Zeit abrufbar und der Bearbeiter entscheidet vollkommen autark. Fachliche Details werden bewusst nicht angeboten.

Derzeit greifen die Beschäftigten der unterschiedlichsten Ämter an mehr als 120 Arbeitsplätzen auf SIAS zu. Die Systembetreuung und die Schulung der Anwender erfolgt durch die Fachabteilung Geoinformation und EDV. Die Angebote an verfügbaren Daten und realisierten Fachanwendungen werden ständig ausgebaut. Derzeit sind neben der digitalen Katasterkarte folgende Themen für das gesamte Stadtgebiet blattschnittlos und maßstabsfrei im System abrufbar:

- Eigentümer der Grundstücke
- Fläche der Flurstücke
- Nutzungsarten der Flurstücke (z.B. unbebaute Bauplätze)
- Landschaftsschutzgebiete
- Naturschutzgebiete
- Wasserschutzgebiete
- Biotope
- FFH- und Vogelschutzgebiete
- Altlasten
- Luftbild
- Topografie
- Kleinräumige Gliederung
- Bebauungsplanübersicht
- 160 von insgesamt rund 400 Bebauungsplänen

- Bäume im öffentlichen Verkehrsraum
- Stromleitungen
- Wasserleitungen
- Gasleitungen
- Brunnenzuleitungen
- Kanäle
- Stadtplan

In Arbeit sind die Baulasten und die Baulastenhinweise, die Baulücken ebenso wie die Baudenkmale. Der weitere Ausbau des kommunalen geografischen Informationssystem wird in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt.

Sehr stark engagiert ist die Abteilung bei der Betreuung und Unterstützung von Informations- und Managementsystemen. Für das Verkehrsmanagementsystem (VMS) der Fachabteilung Straßenverkehr beim Fachbereich Bürgerdienste und Recht wurden die digitale Karte aufbereitet und das Verkehrszeichenkataster in digitale Form überführt und ins VMS migriert. Für das Grünflächenmanagementsystem der Stadtbaubetriebe wurden ebenfalls digitale Daten aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Die **Kartografie** hat sich mit großen Schritten weg von den klassischen Methoden hin zur digitalen Kartografie bewegt. Im Jahr 2001 wurde bereits mit den Arbeiten zur Erstellung des Stadtplans in vektorisierter Form ein wesentlicher Schritt in diese Richtung gemacht. Diese digitalen Daten ermöglichen u. a. sehr elegant und kostengünstig das Erstellen von weiteren Sonderkarten für Touristen, Kongressteilnehmer, Bürger- und Verkehrsverein, Universität, städtische Ämter und Private. Die Neuauflage der Behindertenpläne (Barrierefrei durch Tübingen) erfolgte im Jahr 2005.

Der erste digitale Stadtplan der Universitätsstadt Tübingen wurde im Jahr 2001 fertig. Die Druckunterlagen gingen erstmals auf Diskette an die Druckerei für den Aufdruck von rund 11000 amtlichen Stadtplänen. Dieser Stadtplan ist seit Februar 2002 mit und ohne Radwegeindruck auf dem Markt und erhielt mit der neu erstellten und überarbeiteten Broschüre Mitte des Jahres eine weitere Ergänzung. Der Stadtplan wird laufend aktualisiert und fortgeführt. Bereits seit 2003 gibt es unter www.tuebingen.de eine Online-Version des Stadtplanes. Die Daten wurden 2006 aktualisiert. Hier hat der Bürger außerdem die Möglichkeit, sich themenbezogen Adressen im Plan kombiniert mit den wichtigsten textlichen Zusatzinformationen anzeigen zu lassen. Die Herausgabe der Freizeitkarte für den Landkreis Tübingen wurde aus Kostengründen eingestellt.

Hochbauamt

Die Jahre 1999 bis 2006 waren geprägt von Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung mit dem Ziel einer generellen Verwaltungsreform. Davon betroffen war auch das Hochbauamt. Der langjährige Leiter des Hochbauamts, Stadtbaudirektor Prof. Dr. Rolf Nill, wurde am 31.04.1999 in den Ruhestand verabschiedet. Im Hinblick auf die vorgesehene Neustrukturierung des Amtes wurde diese Stelle vorläufig nicht mehr besetzt. Seither wird die Leitung des Amtes zusätzlich vom stellvertretenden Amtsleiter wahrgenommen. Der Personalstand hat sich im Vergleich zum Verwaltungsbericht 1998 verringert. Weitere drei Mitarbeiter gingen in den Ruhestand, die Stellen wurden nicht mehr besetzt. Das Hochbauamt besteht derzeit aus acht Mitarbeitern und zwei Mitarbeitern für den Bereich Grünplanung. Trotz stetigem Personalabbau wurden im Berichtszeitraum Projekte und Maßnahmen von bedeutender Größenordnung bewältigt. Insbesondere das IZBB Förderprogramm des Bundes sorgte in den letzten Jahren für eine erhöhte Bautätigkeit. Entlastung gab es im Bauunterhalt durch die Abgabe der städtischen Wohnhäuser und Wohnungen an die GWG. Das Hochbauamt ist seither ausschließlich für die städtischen Funktionsgebäude zuständig.

Vermögenshaushalt

Generalsanierungen in größerem Umfang wie beispielsweise Fruchtkasten / Herzogliche Kelter, Geschwister-Scholl-Schule, Sporthalle Uhlandstraße usw., wurden über den Vermögenshaushalt finanziert. Hier ist besonders hervorzuheben, dass es der Verwaltung gelungen ist, den Gemeinderat davon zu überzeugen, dass solch herausragende Gebäude wie der Fruchtkasten / Herzogliche Kelter einer historischen Sanierung und so gewichtige Gebäude wie die Geschwister-Scholl-Schule einer generellen Sanierung und zeitgemäßen Umbaus bedurften. Für beide Vorhaben war ursprünglich nur eine einfache „Alpina-Weiß-Sanierung“ angedacht.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Mittel im Vermögenshaushalt bereitgestellt:

im Jahr 1999	2.696.543 Euro
im Jahr 2000	6.422.577 Euro
im Jahr 2001	3.475.749 Euro
im Jahr 2002	3.976.230 Euro
im Jahr 2003	6.548.747 Euro
im Jahr 2004	9.506.323 Euro
im Jahr 2005	4.728.475 Euro
im Jahr 2006	7.233.500 Euro
insgesamt	44.588.144 Euro

Neben vielen kleineren Projekten, deren Aufzählung diesen Rahmen sprengen würde, wurden folgende erwähnenswerte Projekte vom Hochbauamt (HBA) realisiert:

Verwaltungsgebäude

Umbau / Sanierung Industriesaal, 1999 – 2000

Planung und Ausführung HBA

Umbau / Sanierung Fruchtkasten und Herzogliche Kelter, 2000 – 2003

Planung und Ausführung HBA

Schulen

Erweiterung Dorfackerschule (4 Klassen), 1999

Planung und Bauherrenvertretung HBA – GU-Ausführung

Umbau / Sanierung Geschwister-Scholl-Schule, 2002 – 2007

Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA

Umbau / Sanierung Grundschule Weilheim, 2000

Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA

Einbau Schulküche Dorfackerschule, 2000

Planung und Ausführung HBA

Sanierung Französische Schule, 2001

Planung und Ausführung HBA

Erweiterung Walter-Erbe-Realschule (4 Klassen), 2003

Planung und Bauherrenvertretung HBA – GU-Ausführung

Erweiterung Uhland-Gymnasium (4 Klassen), 2004

Planung und Bauherrenvertretung HBA – GU-Ausführung

Erweiterung Wildermuth-Gymnasium (4 Klassen), 2005

Planung und Ausführung HBA

Erweiterung Französische Schule (Anbau), 2005

Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA

Kindergärten

Neubau Kinderhaus Französische Allee, 1998 – 1999
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Außensanierung KiGa Neckarhalde 36, 1999
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Neubau KiHa und fünf Wohnungen Viktor-Renner-Straße, 1999
 Planung und Ausführung HBA
 Einbau Kindergarten Gebäude Stöcklestraße 35, 1999
 Planung und Ausführung HBA
 Erweiterung / Sanierung KiGa Kilchberg, 1999 – 2000
 Planung und Ausführung HBA
 Umbau/Sanierung KiGa Neuhaldenstraße, 2000
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Einbau Kindergarten Gebäude Eugenstraße 62 – 64, 2001
 Planung und Ausführung HBA
 Neubau Kinderhaus Loretto, 2002
 Planung und Ausführung HBA

Baumaßnahmen im Rahmen des IZBB-Programms

Hauptschule Innenstadt, 2004 / 2005
 Planung und Ausführung HBA
 Mörikeschule, 2005
 Planung und Ausführung HBA
 Umbau / Sanierung NW-Bereich Kepler-Gymnasium, 2005 / 2006
 Planung und Bauherrenvertretung HBA – Ex.-Ausführung
 Umbau / Sanierung Mensa Dorfackerschule, 2005 / 2006
 Planung und Bauherrenvertretung HBA – Ex.-Ausführung
 Neubau Mensa Uhlandstraße, 2006 – 2008
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA

Sporthallen

Sanierung Uhland-Sporthalle, 1999 – 2003
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Neubau Sporthalle Europastraße, 2002 – 2004
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Teilsanierung Ballspielhalle Französisches Viertel, 2005
 Planung und Ausführung HBA
 Teilsanierung Spielhalle Uhlandstraße, 2006
 Planung und Ausführung HBA
 Sanierung Sporthalle Feuerhägle, 2006 / 2007
 Planung und Ausführung HBA

Sonstige Bauvorhaben

Sanierung Panzerhalle Französisches Viertel, 1999
 Planung und Ausführung HBA
 Erweiterung Kunsthalle, 2000
 Externe Vergabe – Bauherrenvertretung HBA
 Sanierung öffentliches WC Marktplatz, 2001
 Planung und Ausführung HBA
 Vordach Friedhofshalle Hirschau, 2001
 Planung und Ausführung HBA
 Aufzug zwischen Gebäude Fruchtschranne 1 + 5, 2006
 Planung und Bauherrenvertretung HBA – Ex.-Ausführung

Grünflächen-Maßnahmen

Aussenanlagen KiHa Französische Allee, 1999
 Planung und Ausführung HBA
 Aussenanlagen KiGa Stöcklestraße 35, 1999
 Planung und Ausführung HBA
 Kunstrasenplatz Unterjesingen, 2000
 Planung und Ausführung HBA
 Teilsanierung Kinderspielplatz Volksgarten, 2001
 Planung und Ausführung HBA
 Neuanlage Spielplatz Riedstraße Hirschau, 2001 – 2002
 Planung und Ausführung HBA
 Neuanlage Skateranlage Zankerparkplatz, 2001
 Planung und Ausführung HBA
 Kunstrasenplatz Derendingen, 2003
 Planung und Ausführung HBA
 Neuanlage Spielplatz Französisches Viertel, 2005
 Planung und Ausführung HBA
 Sanierung Kinderspielplatz Römergräber, 2006
 Planung und Ausführung HBA
 Sanierung Kinderspielplatz alter Botanischer Garten, 2006
 Planung und Ausführung HBA

Herausragende Projekte**Umbau/Sanierung Fruchtkasten und Herzogliche Kelter zu einem Verwaltungsgebäude**

Bauzeit: 2000 – 2003 Baukosten: 5,1 Mio. Euro
 Mit der Entscheidung des Gemeinderats, den mittelalterlichen Gebäudekomplex nach Auszug der Realschule, zu einem zeitgemäßen Verwaltungsgebäude umzubauen, wurde das Hochbauamt mit der Planung und Ausführung beauftragt. Das Gebäude wurde nach 100-jähriger Nutzung als Schule wieder in den baulichen Urzustand zurückgeführt. Ein Gebäude dieser historischen Güte verlangt nach offenen Räumen, so dass die Konstruktion in den wesentlichen Teilen sichtbar ist. Anstelle vieler kleiner Amtsstuben wurden großzügige Räume geschaffen, die das Arbeiten im Team unterstützen. Im Erdgeschoss wurde die dreischiffige Halle wiederhergestellt und zum zentralen Bürgeramt ausgebaut. Architektonisches Konzept war, eine Angleichung an die vorhandene Architektur und Imitation zu vermeiden. So wurden Treppenhaus und Aufzug in Sichtbeton eingestellt – neue Einbauten sollten auch durch die verwendeten Werkstoffe erkennbar bleiben und respektvolle Distanz zu dem 500 Jahre alten Fachwerkbau halten. Das Projekt erhielt die Auszeichnung „Beispielhaftes Bauen in Baden-Württemberg“.

Neubau Sporthalle Europastraße

Bauzeit: 2002 – 2004 Baukosten: 9 Mio. Euro (netto)
 Nach längerer Standortsuche durch das Hochbauamt hat der Gemeinderat Anfang 2002 den Standort für den Neubau der Sporthalle auf dem TSG-Gelände beschlossen. Nach einem europaweiten Auswahlverfahren wurde das Münchner Architekturbüro Allmann-Sattler-Wappner mit der Planung und Ausführung beauftragt. Es entstand ein multifunktionales Gebäude mit Platz für 3.000 Zuschauer. Die Außenfassaden wurden als Funktionsflächen ausgebildet. So entstand auf der Nord-Westfassade eine der größten Outdoor-Kletterwände im südwestdeutschen Raum. Die Süd-Westfassade wurde mit Solarmodulen mit einer Spitzenleistung von über vierzig Kilowatt verkleidet. Die Dachflächen wurden begrünt. Die Planungs- und Bauzeit dauerte insgesamt 27 Monate. Die reine Bauzeit betrug 18 Monate. Für ihren Entwurf erhielten die Architekten mehrere Auszeichnungen.

Umbau/Sanierung Geschwister-Scholl-Schule

Bauzeit: 2002 – 2007 Baukosten: 12,6 Mio. Euro
 Der Zustand und die Konzeption des über dreißig Jahre alten Gebäudes erforderten eine Generalsanierung mit Anpassung an heutige Anforderungen des Schulbetriebs. Nach einem europaweiten Auswahlverfahren wurde die Architektengemeinschaft Malessa-Gork-Geiger (Tübingen / Stuttgart) mit der Durchführung der Maßnahmen beauftragt. Ursprünglich als kompakte Gesamtschule konzipiert, war das Gebäude innen relativ flexibel mit versetzbaren Trennwandelementen ausgestattet, die jedoch mit der Zeit, durch die Beanspruchung, nicht mehr den Schallschutzanforderungen genügten. Die Frischluftversorgung und Heizung erfolgten überwiegend mechanisch über eine Lüftungsanlage, Fenster ließen sich kaum welche öffnen. Der im gesamten Gebäude verlegte Teppichboden war abgelaufen und wurde zunehmend unhygienischer. Die Neuplanung und Umgestaltung sah einen Anbau vor sowie Herstellung von Gebäudeeinschnitten zur Belichtung und Belüftung der Räume. Gleichzeitig wurden große Teile der Lüftung stillgelegt und eine statische Heizung eingebaut. Durch Einbau neuer Fenster und Dämmung der Fassaden nach aktuellem Standard wurde das Gebäude gleichzeitig energetisch verbessert. Die besondere Herausforderung dieser Maßnahme, Umbau unter Betrieb, wurde in enger Zusammenarbeit mit den Nutzern, bis auf wenige Ausnahmen, in beidseitiger Zufriedenheit gelöst. Die Fertigstellung ist für Februar 2007 vorgesehen.

Umbau/Sanierung NW-Bereich Kepler-Gymnasium und Neubau Mensa Uhlandstraße

Bauzeit: 2006 – 2008 Baukosten: 7 Mio. Euro
 Zur Antragstellung für das IZBB-Programm ging diesem Projekt eine ausführliche und schwierige Standortsuche voraus. Nachdem der Standort Aula Kepler-Gymnasium einvernehmlich mit allen Gymnasien an der Uhlandstraße festgelegt wurde, musste als nächster Schritt schnellstens eine Planung für den Zuschussantrag gestellt werden. Dies wurde durch einen eintägigen Workshop mit drei Tübinger Architekturbüros erreicht. Mit den vom Hochbauamt zusammengestellten Planunterlagen wurde eine Zusage der Bezeichnung für den Neubau einer Mensa sowie für die Neugestaltung des NW-Bereichs des Kepler-Gymnasiums erzielt. Über eine europaweite Ausschreibung wurde die Architektengruppe „3 A“ Haag-Haffner-Stroheker, Stuttgart ausgewählt und mit der Umsetzung des Projekts beauftragt. Die Um- / Neugestaltung des NW-Bereichs wurde im Juli 2006 begonnen und soll Anfang 2007 fertig gestellt sein. Die Mensa wird Anfang 2007 begonnen und wird im Frühjahr 2008 fertig gestellt sein.

Projektsteuerung

Bei den genannten Projekten wurden zusätzlich externe Büros mit der Projekt- und Kostensteuerung beauftragt. Der Projektsteuerer ist verantwortlich für die Einhaltung des vorgegebenen Kosten- und Terminrahmens. Er ist Mittler zwischen der Bauherrschaft, den Planern und den ausführenden Firmen. Diese Aufgabe ist nach der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) zunächst Aufgabe der Architekten. Bei jedoch immer komplexer werdenden Planungen unter hohem Kosten- und Zeitdruck will sich der Auftraggeber, in unserem Falle der Gemeinderat, mit der Einschaltung eines Projektsteuerers mehr „Sicherheit“ einkaufen. Das Hochbauamt übernimmt in solchen Fällen die Rolle des fach- und sachkundigen Bauherrn.

Verwaltungshaushalt

Die Unterhaltung der Gebäude, Reparaturen, Sanierungen, usw. wird über den Verwaltungshaushalt finanziert. Durch überwiegende Direktvergabe kommt ein großer Teil der Mittel direkt dem örtlichen Gewerbe zugute.

So wurden im Berichtszeitraum folgende Mittel im Verwaltungshaushalt (SN 2) bereitgestellt:

im Jahr 1999	1.876.433 Euro
im Jahr 2000	2.078.138 Euro
im Jahr 2001	2.272.900 Euro
im Jahr 2002	2.545.900 Euro
im Jahr 2003	2.200.795 Euro
im Jahr 2004	1.121.552 Euro
im Jahr 2005	1.682.967 Euro
im Jahr 2006	1.864.842 Euro
insgesamt	13.869.685 Euro

Da die Zuweisungen aus finanz- und haushaltspolitischen Gründen nie dem Bedarf entsprechen, ist hier ein stetig anwachsender Sanierungsstau vorprogrammiert.

Erstmals wurde 2006 vom Hochbauamt eine „Portfolioanalyse zum Sanierungsbedarf städtischer Gebäude“ erstellt. Durch Unterstützung der KEA (Kommunale Energieagentur) wurden auch energetische Daten und der Sanierungsbedarf von Heiz- und Haustechnik ermittelt. Mit der Einführung verschiedener Bewertungskriterien wie Notenskala, Energiekategorie, Kosten, Wirtschaftlichkeit ergibt sich eine objektive Investitionsreihenfolge zur Beurteilung der Dringlichkeit einer Sanierung. Selbst wenn in den nächsten Jahren eine Gebäudesanierungs-offensive gestartet werden sollte, können nicht alle Gebäude gleichzeitig saniert werden.

Ergebnis der Analyse:

- das Gesamtinvestitionsvolumen (Sanierungsrückstand) beträgt rund 36,5 Mio. Euro
- zur Zeit werden jährlich insgesamt rund 2 Mio. Euro (oder 5,2 Prozent des Bedarfs) zur Verfügung gestellt
- die Abarbeitung des Sanierungsprogramms würde unter diesen Voraussetzungen rund 20 Jahren dauern

Der Sanierungsrückstand stellt sich wie folgt dar:

Objekte	Fläche	in qm	in Euro
Verwaltungsgebäude	BGF	24.000	6.356.000
Feuerwehrrhäuser	BGF	4.800	900.000
Schulgebäude	BGF	87.000	16.136.500
Kindereinrichtungen	BGF	20.000	3.745.000
Jugendeinrichtungen	BGF	3.200	483.000
Sport- u. Mehrzweckhallen	BGF	30.000	7.245.000
Kultureinrichtungen	BGF	7.800	1.285.000
Sonstiges	BGF	4.200	339.000
gesamt		181.000	36.489.500

Eine Bedarfsermittlung über die Sanierung von Sportanlagen ergab einen Sanierungsrückstand in Höhe von rund 3,6 Mio. Euro.

Das Hochbauamt soll im Jahr 2007 mit der Abteilung Gebäudewirtschaft des Liegenschaftsamt zum Fachbereich „Hochbau und Gebäudewirtschaft“ zusammengeführt werden.

Liegenschaftsamt

Das Liegenschaftsamt ist zuständig für die Verwaltung des bebauten und unbebauten Grundvermögens (die Universitätsstadt besitzt rund 30 Prozent Anteil an der Markungsfläche) sowie für die Bewirtschaftung sämtlicher städtischer Funktionsgebäude. Die derzeitigen Aufgaben des Liegenschaftsamts sind auf die Abteilungen Grundstücksverkehr und Gebäudewirtschaft aufgeteilt. Beide Abteilungen wurden im Zuge der Verwaltungsreform zwischenzeitlich im Technischen Rathaus untergebracht. Seit Ende 2001 ist das Liegenschaftsamt dem Geschäftskreis der Baubürgermeisterin zugeordnet.

Abteilung Grundstücksverkehr

In den Jahren 1999 – 10 / 2006 wurden insgesamt 628 Kauf- und Tauschverträge sowie zwei Erbbaurechtsverträge abgeschlossen. Erworben wurden rund 70,7 Hektar um rund 12,2 Mio. Euro und zwar für:

- Grundstücksflächen inkl. Gebäude im Wissenschafts- und Technologiepark Obere Viehweide (3,7 ha um 3,0 Mio. Euro)
- Gebäude um 3,8 Mio. Euro auf 1,8 ha Grundstücksfläche überwiegend im Französischen Viertel
- 4,7 ha Bauerwartungsland für Wohnen und Gewerbe um 2,3 Mio. Euro
- 56,9 ha land- und forstwirtschaftliche Fläche um 2,4 Mio. Euro
- 3,6 ha Gelände für Sportanlagen, Friedhöfe, Straßenflächen und sonstige Flächen für Bedürfnisse der öffentlichen Hand um 0,7 Mio. Euro

Im gleichen Zeitraum hat die Universitätsstadt 57,5 Hektar um rund 37,7 Mio. Euro veräußert. Darin sind enthalten:

- 8 Gebäude und 16 Eigentumswohnungen um 4,3 Mio. Euro (0,8 ha Grundstücksfläche)
- 2,7 ha Baugrundstücke für den Wohnungsbau um 7,3 Mio. Euro
- 10,0 ha Gewerbefläche um 10,8 Mio. Euro
- 14,0 ha im Städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt um 14,1 Mio. Euro
- 29,2 ha landwirtschaftliche Grundstücke vorwiegend im Tausch um 0,8 Mio. Euro
- 0,8 ha Arrondierungsfläche um 0,4 Mio. Euro

Besonders hervorzuheben sind

1999

- Durchführung des Grunderwerbs für den Ausbau des Otto-Erbe-Wegs
- Verkauf eines 1,4 ha großen Bauplatzes zur Ansiedlung der Firma Spedition Jost im Gewerbegebiet Neckaraue
- Verkauf eines Baugrundstücks im Gebiet Obere Viehweide an die Stadtwerke Tübingen zum Bau eines Blockheizkraftwerkes
- Übertragung der Parkhäuser König und Am Stadtgraben auf die Stadtwerke Tübingen GmbH

2000

- Durchführung des Grunderwerbs (rund 0,9 ha) für den Bau eines Sportplatzes im Stadtteil Hagelloch
- Im Zuge des Nachlasses von Rosa Klett wurde der Stadt das Gebäude Haaggasse 19 übertragen
- Der GWG Tübingen wurden Bauplätze im Neubaugebiet Südlicher Stäudach in Lustnau zur Realisierung eines Reihenhausprojektes sowie in Kilchberg in der Rammertstraße zum Bau von Wohnungen zum Gesamtpreis von rund 1 Mio. Euro verkauft

2001

- Kauf von rund 5,4 ha landwirtschaftlicher Grundstücksflächen im Stadtteil Pfrondorf
- Erwerb der bundeseigenen Liegenschaft Wöhrdstraße 25 (Casino)

2002

- Ankauf einer rund 3 ha großen Grundstücksfläche im Technologiepark Obere Viehweide vom Land Baden-Württemberg zum Preis von rund 2,56 Mio. Euro.
- Verkauf einer rund 0,5 ha großen Teilfläche an die Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH zum Bau des ersten Baukörpers im Technologiepark Obere Viehweide
- Verkauf einer 1,3 ha großen Baufläche im Gewerbegebiet Neckaraue an die GSW Sigmaringen zur Ansiedlung der Maschinenfabrik Maier
- Verkauf einer 0,4 ha großen Baufläche im Gewerbegebiet Bonlanden-West im Stadtteil Bühl zur Ansiedlung eines Verbrauchermarktes
- Verkauf einer Arrondierungsfläche an die Firma AXA Colonia zum Bau eines neuen Verbrauchermarktes in der Weststadt. Verpachtung des ehemaligen Parkplatz Minimal am Schleifmühlweg an dieselbe Firma

- Verkauf einer 0,8 ha großen Baufläche an der Hirschauer Straße an das Siedlungswerk zur Wohnbebauung
- Ankauf des Telekomgebäudes Eisenbahnstraße 8 zur Unterbringung von Vereinen aus der Alten Silcherschule

2003

- Verkauf von Wohngebäuden und Eigentumswohnungen im Wert von 1,4 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Finanzierung der Sporthalle Europastraße
- Verkauf von rund 1 ha gewerblichen Baulands zur Ansiedlung verschiedener Betriebe

2004

- Erwerb von rund 1,4 ha Grundstücksfläche im Gewann Horemer für die Entwicklung des Technologieparks Obere Viehweide zum Preis von 1,2 Mio. Euro
- Verkauf von Wohngebäuden im Wert von 0,5 Mio. Euro zur Finanzierung der Sporthalle Europastraße
- Erwerb der bundeseigenen Motorsportschule und der Oberen Infanteriekaserne zum Preis von 1,5 Mio. Euro

2005

- Erwerb des Anwesens der Straßenbaufirma Hahn in der Westbahnhofstraße zur Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche
- Verkauf des Casinos in der Wöhrdstraße an die GWG
- Verkauf von 0,3 ha Wohnbauland an das Siedlungswerk für einen zweiten Bauabschnitt an der Hirschauer Straße
- Verkauf des Depot-Geländes an der Reutlinger Straße an die Heilbronner Baufirma Koch & Mayer zur Entwicklung eines Fachmarktzentrums, von Studentenwohnungen und einer Diskothek

2006

- Verkauf eines gewerblichen Bauplatzes im Azenbach, Derendingen für die Ansiedlung einer Großhandlung für Sanitärbedarf
- Verkauf einer 1 ha großen Baufläche im Gewerbepark Neckarau zur Ansiedlung der Walter Maschinenbau GmbH

Im Bereich Südstadt ist das Liegenschaftsamt zuständig für die zivilrechtliche Ausführung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“. Dazu zählen Konzeption und Gestaltung der Rechtsverhältnisse innerhalb der einzelnen Baublöcke, insbesondere der Innenhofregelungen sowie die rechtliche Umsetzung der Entwicklungsziele im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bauplätze (Baupflichten der Baugemeinschaften und Bau-träger, besondere Anforderungen an den Umweltschutz, Konzept der Flächennutzung usw.).

Der **unbebaute Grundbesitz** (Äcker, Wiesen, Kleingärten, Lagerplätze, Stellplätze, Fischwasser) erbringt jährliche Pachteinnahmen (ausgenommen Wald), die sich auf 219.083 Euro belaufen. Die gemeindlichen Fischwasser sind an den Kreisfischereiverein verpachtet.

Die Abteilung Grundstücksverkehr ist auch zuständig für die Verpachtung der Jagd. Im Frühjahr 2001 wurden die auslaufenden Pachtverträge über 13 Jagdbögen um sechs Jahre bis zum 31.03.2007 verlängert. Aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung wurde im Jahr 2002 ein Jagdkataster aufgestellt und von der Jagdgenossenschaft Tübingen eine Satzung erlassen. Die Verwaltung der Jagdgenossenschaft wurde weiterhin auf den Gemeinderat übertragen.

Der städtische Wald (1829 ha) erfüllt aufgrund seiner siedlungsnahen Lage vorrangig Aufgaben der Erholungs- und Schutzfunktion. Die Nutzungsfunktion tritt dem gegenüber zurück und ist nicht auf eine Maximierung der Reinerträge ausgerichtet. Der Waldaufbau ist geprägt durch forchenreiche Althölzer im Süden und Westen, ansonsten dominieren parkwaldähnliche, meist mehrschichtig aufgebaute buchenreiche Laubbaumbestände, häufig auch mit hohen Alteichenanteilen. Am 26. Dezember 1999 hat der Orkan „Lothar“ auch im Stadtwald Tübingen verheerende Schäden angerichtet und die reichhaltigen Bestände zum Teil schwer vernichtet. Die Schadensfläche betrug über 100 ha. Die Schäden von rund 60.000 fm sind vorwiegend in den Baumarten Fichte, Tanne, Kiefer und Lärche entstanden. Für die Aufarbeitung des Sturmholzes sowie sonstige Schäden im Wald mussten 1,54 Mio. Euro aufgebracht werden. Diesen Ausgaben stehen in etwa Mehreinnahmen in gleicher Höhe aus Holzverkäufen gegenüber. Dennoch ist durch „Lothar“ ein enormer Vermögensschaden durch Zerstörung jüngerer Bestände (Hiebsunreifeschäden) und durch niedrigere Festmeterpreise entstanden.

Seit 2001 sind die städtischen Wälder sowohl nach den weltweit geltenden Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC-Weltforstwirtschaft) als auch nach den in Europa entwickelten Kriterien des PEFC (Plan European Forest Certification) zertifiziert. Mit der Zertifizierung des städtischen Waldbestands als Nachweis einer umweltschonenden und nachhaltigen Waldbewirtschaftung steigen die Vermarktungschancen für den Holzeinschlag.



Lothar-Sturmholz, Weilheimer Wiesen

Abteilung Gebäudewirtschaft

Im Zuge der Verwaltungsreform wurden in den letzten Jahren Aufgaben, die ursächlich nicht gebäudewirtschaftlicher Art sind, an andere Stellen der Verwaltung übertragen. Hierzu gehören die Wohnbauförderung, die kommunale Wohnungsvermittlung, die Wohngeldstelle sowie die Aufgaben der Obdachlosenbehörde. Die damalige Abteilung Wohnungswesen und Gebäudewirtschaft war in den Jahren 1999 bis 2002 mit den zwischenzeitlich ausgelagerten Aufgaben sowie der konzeptionellen Vorbereitung zur Einführung einer zentralen Bewirtschaftung der städtischen Funktionsgebäude beschäftigt. Die Verwaltung des städtischen Wohn- und Gewerbebestands wurde zum 1. April 2004 an die städtische Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau (GWG Tübingen) abgegeben.

Im Gegenzug wurde die Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Funktionsgebäude weitgehend bei der Abteilung Gebäudewirtschaft zentralisiert. Derzeit bewirtschaftet die Abteilung Gebäudewirtschaft 21 Schulen, 16 Sport- und Mehrzweckhallen, 52 Kindertageseinrichtungen, zwölf Jugendeinrichtungen und zwölf Verwaltungsgebäude. Die zentrale Bewirtschaftung der Feuerwehrgebäude durch die Abteilung Gebäudewirtschaft steht noch aus. Der Prozess zur Neuordnung der Gebäudewirtschaft soll in den nächsten Jahren abgeschlossen werden.

Schwerpunkte

2003

- Übernahme der Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen Schulgebäude, Sport- und Mehrzweckhallen
- Einführung kostenstellen- und kostenartenbezogene Buchungsmöglichkeiten in SAP/R3
- zentrale Bewirtschaftung der Grundsteuer und Gebäudeversicherung

- Schaffung einheitlicher Vergaberichtlinien für gebäudewirtschaftliche Leistungen

2004

- Übernahme der Verwaltung und Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude, der Kindertageseinrichtungen und der Jugendeinrichtungen
- Umsetzung von Optimierungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
- zentrale Beschaffung von Reinigungsmittel und -material

2005

- Umsetzung von Optimierungsmaßnahmen im Bereich der Hausmeisterdienste
- Optimierung der Bewirtschaftung städtischer Stellplätze und Garagen an Schulen, Sport- und Mehrzweckhallen
- weitere Optimierungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung

2006

- Abschluss von Rahmenverträgen für Strom- und Gaslieferungen mit den Stadtwerken Tübingen
- Neuorganisation der Kosten- und Leistungsrechnung für die Inanspruchnahme städtischer Gebäudeflächen durch die Verwaltung (Mieter-Vermieter-Modell)
- Umfassende Umsetzung des Konzepts zur Abfalltrennung an Schulen, einhergehend mit Optimierungsmaßnahmen bei Entsorgungsleistungen, u.a. durch Reduzierung von Restmüllmengen

Tiefbauamt

Das Tiefbauamt umfasst derzeit insgesamt 27 Beschäftigte, davon vier im Beamtenverhältnis. Untergebracht ist das Amt im Technischen Rathaus. Zuständigkeitsbereiche sind:

- Straßen, Brücken, Plätze, Wege
- Straßenbegleitgrün
- Gewässer, Gräben
- Brunnen, Bedürfnisanstalten

Das Tiefbauamt nimmt die Planung und Bauabwicklung für den gesamten Bereich der Stadtentwässerung wahr (siehe EBT) und ist, als Hauptauftraggeber für die Stadtbaubetriebe SBT, verantwortlich für die gesamten Unterhaltungsarbeiten im öffentlichen Raum, einschließlich der Sauberkeit. Es arbeitet eng mit allen übrigen Ämtern und Organisationen zusammen, die in und um den öffentlichen Raum planen, arbeiten und bauen. Beispiele für die Mitarbeit an den großen städtischen Projekten sind der Städtebauliche Entwicklungsbereich, das Französische Viertel, die Obere Viehweide oder das Mühlenviertel.

Fachbereiche:

- Fachbereich 3 „Bürgerdienste und Recht“
- Stadtplanung
- Fachbereich 6 „Bauen und Vermessen“

Sonstige Institutionen sind Stadtwerke, Telekom, Straßenbauverwaltung. Die Bürger/-innen mit ihren Anliegen und Bedürfnissen stehen bei uns im Mittelpunkt.

Baumaßnahmen

Der Investitionsumfang war gering – Schwerpunkt ist die Sanierung der öffentlichen Einrichtungen.

Bauprojekte Straßenraum

Erschließungen / Straßenbau

Die Neubauprojekte auf der „grünen Wiese“ sind

- Gewerbegebiet Azenbach und
- Südlicher Stäudach
- Hirschauer Straße (ehemaliges Gärtnergelände)

Im Sinne dieser Innenentwicklung wurden einige bereits angebaute, aber noch nicht bebauungsplanmäßig ausgebaute Straßen, in Angriff genommen

- Ausbau Ob dem Viehweide
- Ausbau Salzwiesenweg Lustnau

- Ausbau Otto-Erbe-Weg mit einem Bauvolumen von über 1.500.000 Euro
- Ausbau Panoramastraße Hagelloch
- Ausbau Wohlboldstraße auf der Grundlage eines Erschließungsvertrages über einen Bauträger
- Matthias-Koch-Weg auf dem Österberg
- Ausbau Untere Hühbergstraße Pfrondorf
- Ausbau Weinbergweg / Hirschhalde Hirschau
- Ausbau Im Winkelrain
- Ausbau Herwigweg Pfrondorf
- Platz „Bei der Kirche“ (Pfrondorf)

Grundhafte Sanierungen von Straßen und Brücken

Im Sinne der oben erwähnten Priorität für die Sanierung der öffentlichen Einrichtungen konnten im Berichtszeitraum einige dringende Projekte verwirklicht werden.

- Sanierung Hölderlinstraße
- Sanierung OD Hirschau
- Erneuerung der Galgenbergstraße („Schneewittchen-Weg“)
- Erneuerung Ammerbrücke Untere Mühle Unterjesingen
- Grundhafte Sanierung der Ammerbrücke Äulestraße
- Teilsanierung der Germanenstaffel
- Sanierung Fußgängerunterführung B 28 beim Aischbach
- Neubau Mühlbachdurchlass Paul-Dietz-Straße
- Erneuerung Hafengasse
- Teilerneuerung der Wilhelmstraße
- Belagssanierung Eberhardsbrücke 2002 einschließlich Sanierung und Teilreinigung der Mühlstraßenmauer
- Mauerabbruch und Neubau Treppenabgang Platanenallee
- Erneuerung Katharinenstraße im Zuge des städtebaulichen Entwicklungsbereichs
- Hangsicherung Kressbacher Straße
- Sanierung Derendinger Straße
- Sanierung Wilhelmstraße

An Treppenanlagen wurden erneuert:

- Treppe zur Gartenstraße / Olgastraße
- Treppenanlage Gartenstraße / Schwabstraße

Sonstige Bauprojekte des Straßenbaues

Laufende Bauprogramme, setzen sich aus einer Vielzahl kleiner Maßnahmen zusammen. Zum Beispiel das – **Programm Barrierefreie Maßnahmen** – mit dem Barrieren für Behinderte im öffentlichen Raum abgebaut oder gemindert werden sollen. Mit den bereitgestellten Mitteln konnte z.B. eine

Vielzahl von Randsteinabsenkungen für Rollstuhlfahrer verwirklicht werden.

Eine größere Maßnahme in diesem Zusammenhang, die auch die Gestaltungsqualität der Fußgängerzone in der Innenstadt erhöhen soll ist der behindertengerechte Umbau der Kornhausstraße auf Höhe des Stadtmuseums.

Radwegeprogramm

Das Radwegeprogramm setzt sich aus kleinen und größeren Maßnahmen zusammen so z.B.

- Radweg entlang des Neckars von Derendinger Allee bis L 371
- Mühlstraße

Besonders zu erwähnen sind die Restabwicklungen der **PES-Programme Weststadt und Lustnau**. In der Weststadt wurden mit einem Bauvolumen von rund 410.000 Euro zu zwei Dritteln vom Land bezuschusst

- Genkinger Spielplatz
 - Vorplatz Hermann-Hepperhalle
 - Ammerbrücke Rappstraße
 - Rappstraße
 - östliche Mauerstraße
- erneuert.

Beim **PES-Programm Lustnau** wurde mit einem Gesamtvolumen von rund 350.000 Euro – ebenfalls zu zwei Dritteln vom Land bezuschusst – der

- Kirchplatz Lustnau
 - Hohlweg einschließlich Stützmauern und neuen, zusätzlichen Gehweg
 - Kreuzungsbereich Steinbößstraße / Steige Hohlweg / Friedhofstraße
- erneuert.

Bei beiden Programmen wurde die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer erhöht.

Ein Bauvorhaben mit hohem symbolischem Wert und hohem bürgerschaftlichen Engagement war die Neugestaltung des **Synagogenplatzes**, die das Tiefbauamt zusammen mit der Projektgruppe und dem Preisträger Weinbrenner und Riehl federführend bearbeiten durfte.

Verkehrliche Maßnahmen

Eine rein verkehrliche Maßnahme war der Ausbau der Schweickhardtstraße mit Neubau der Schweickhardt-Kreuzung, um die Überquerung der B 27 für Fußgänger zu ermöglichen und das Französische Viertel wesentlich besser anzubinden.



Generalsanierung der Derendinger Straße

Ähnlich gelagert sind

- Neubau der Fußgängerlichtsignalanlage B 28 Reutlinger Straße (Araltankstelle)
- Busparkplatz Bebenhausen
- zur Verkehrsentslastung der Ortschaft vom Parksuchverkehr
- Felshangsanierung Reutele in Hirschau
- Buswendeanlage Zankerparkplatz für den ÖPNV und Freimachung eines Teils der Fläche für ein Freizeit- und Bewegungsangebot für Kinder und Jugendliche
- Bahnübergang Weilheim zur Erhöhung der Verkehrssicherheit
- aktuelles Projekt: Verkehrsleitsystem

Bauprojekte der Stadtentwässerung

Die Planung und Bauabwicklung oblag dem Tiefbauamt – Kostenträger und Bauherr ist der EBT, weshalb auf diese Projekte an anderer Stelle eingegangen wird.

Synagogenplatz, Gartenstraße



Wasserbau

Durch die neuen Finanzierungsmöglichkeiten der Eingriffs- / Ausgleichsabwägungen in Bebauungsplanverfahren konnten einige bereits länger geplante Vorhaben zur Gewässerrenaturierung verwirklicht werden.

- Umbau des Ammerwehrs beim Ammerhof zu einer Rauen Rampe
 - Umbau des Ammerwehrs Obere Mühle Unterjesingen zu einer Rauen Rampe
 - Umbau der beiden Absturzbauwerke Goldersbach / Ammer und Ammer Neckar zu einer Rauen Rampe
 - Umbau Absturzbauwerke Ammer bei Aischbachschule
- Damit sind nahezu alle Aufstiegshindernisse an der Ammer auf Tübinger Gemarkung beseitigt.

Ein anderes Bauvorhaben war die Sanierung und Ertüchtigung des – **Hochwasserrückhaltebeckens Elysium** – dessen Sinn durch den „Hochwasser- und Unwettersommer 2002“ bewiesen ist.

Sonstiges

Das Tiefbauamt hat im Berichtszeitraum eng mit den Stadtwerken zusammengearbeitet. Es hat bei allen oben aufgeführten Baumaßnahmen die Bauleitung auch für die SWT wahrgenommen.

In Zusammenarbeit mit SWT und EBT sind so größere Maßnahmen geschultert worden, die zu grundsätzlichen Straßenerneuerungen geführt haben.

- Fuchs- / Füllmauerstraße in der Gartenstadt
- Riekertstraße Lustnau
- Dorfstraße Lustnau
- Haldenstraße

Ein Vorhaben, das in Relation zur Investitionssumme vor allen Dingen von der Stadt bemerkt wurde, war die Sanierung **Bedürfnisanstalt am Marktplatz** mit behindertengerechtem Zugang.

Ziele / Planungen / Konzeptionen

Grundsätzliche Überlegungen zu den einzelnen Zuständigkeitsbereichen.

Öffentlicher Raum (Straßen, Wege, Brücken, Straßenbeleuchtung, Verkehrszeichen, Signalanlagen)

Hinsichtlich Bau und Unterhaltung gilt es, mit der knappen Finanzausstattung umzugehen. Ziel ist es, die Aufwände so weit als möglich zu reduzieren und die vorhandenen Mittel zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen. Bereits in der Planungsphase wird ein Augenmerk auf die zukünftigen Unterhaltungskosten gerichtet. Einrichtungen werden möglichst standardisiert.

Für die Straßenunterhaltung gilt, dass der Einsatz der Unterhaltungsmittel so gesteuert wird, dass Mittel nur dort eingesetzt werden, wo eine nachhaltige Steigerung des Gebrauchswertes zu erwarten ist. Vorrangig werden dabei die Mittel für die Straßenerneuerung, im Zusammenhang mit anderweitigen Maßnahmen der SWT oder bei Kanalsanierungsmaßnahmen, eingesetzt. Isolierte Maßnahmen werden nur durchgeführt, wenn die Verkehrssicherheit dies erfordert. Bei der Erneuerung und Neuaufstellung von Pollern, Absperrungen etc. wird auf einen einheitlichen Standard geachtet, der jederzeit über den Fachhandel verfügbar ist.

Dasselbe gilt für die Straßenbeleuchtung, die von der SWT im Auftrag des Tiefbauamtes übernommen wird. Bereits vor Jahren wurde ein Standardkatalog von sieben Leuchtentypen festgelegt, was mittelfristig zu einer Reduzierung der Lagerhaltungskosten und zu einem einheitlichen Standard führen wird. Bei der Erneuerung der Straßenbeleuchtung ist neben der Ausrüstung mit Energiesparleuchten Ziel, veraltete Leuchten und Überspannungen – nach Möglichkeit mit anderen Maßnahmen – auf den einheitlichen Standard zu bringen.

ÖPNV – Ausstattung

Es wurden nach Möglichkeit sämtliche Einrichtungen standardisiert, insbesondere Wartehallen und Einstiegshilfen.

Gewässer

Im Berichtszeitraum wurde die Renaturierung der Tübinger Fließgewässer konzeptionell und planerisch weiter bearbeitet. Schwerpunkt bei der Umsetzung war insbesondere die Beseitigung der Aufstiegshindernisse im Verlauf der Ammer.

1998/1999

Gewässerentwicklungskonzept für die Tübinger Fließgewässer

1999

Gewässerentwicklungskonzept Steinlach

2000

- Erstellung Randstreifenkonzept
- Ammertal-Gräben
- Öffnung Wankheimer Talbach
- Gewässerentwicklungsplan Ammer zwischen Ammerhof und Kiliansbrücke

2001

- Umbau Absturzwehr Ammerhof in eine Rauen Rampe
- Umbau Absturzwehr Unterjesingen Obere Mühle in eine Rauen Rampe
- Erste Umsetzung Gewässerentwicklungsplan Ammer Ammerhof – Kiliansbrücke (Entfernung Uferbefestigung, Aufbrechen Sohlbefestigung erster Abschnitt)
- Realisierungskonzept Steinlach
- Limnologische Untersuchung des Anlagensees (Stichwort „Winterung“)

2002

- Umbau Absturz Goldersbachmündung in die Ammer
- Abschluss Renaturierung der Ammer zwischen Kiliansbrücke und Himbach

2003

- Initialmaßnahmen an der Steinlach
- Offenlegung Mühlkanal Bebenhausen im Bereich Kasernenhof
- Umbau des Absturzwertes an der Ammermündung in den Neckar

2004

- Gewässerentwicklungsplan Ammer zwischen Gartenstraße und Mündung

2005

- Gewässerentwicklungsplan Ammer und Mühlkanal in Unterjesingen

2006

- Umbau Sohlabsturz Ammer bei der Aischbachschule in eine raue Rampe mit Grünem Klassenzimmer
- Umbau der beiden Sohlabstürze in der Ammer zwischen Köstlinstraße und Goldersbachmündung
- Gewässerentwicklungsplan Ammer
- Stuttgarter Straße bis Gartenstraße (noch in Bearbeitung); Umbauplanung Weilersbachmündung genehmigt

Hochwasserschutz Lustnau

Ein 3-Säulen Modell für die Hochwasservorsorge und -schutz wurde beschlossen und teilweise bereits verwirklicht.

Säule 1

Hochwasservorhersagesystem zur Frühwarnung
Dieses System wurde über das Institut für Wasserbau der Universität Stuttgart entwickelt und installiert.

Säule 2

Teilschutz durch Retentionsräume im Bebenhäuser Tal
Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren wurde eingeleitet. Derzeit werden die notwendigen Untersuchungen für die Einschätzung und Bewertung der Umweltauswirkungen erstellt.

Säule 3

Passiver Hochwasserschutz durch die Eigentümer
Notwendige Vorarbeiten durch die Verwaltung wurden abgeschlossen.

Hochwasserschutz Bühl

Nach dem großen Schadhochwasser vom 14. Juni 2003 wurde eine Hochwasserschutzplanung für Bühl auf den Weg gebracht und beispielhafte passive Hochwasserschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden (z.B. Rathaus) verwirklicht. Derzeit erstellt die Verwaltung die Planunterlagen für die erforderlichen Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig wurde ein einfaches Hochwasservorwarnsystem mit Beobachtungsstellen vor Ort und eine Hochwassersirene installiert.

Altlasten

Das Thema „Altlasten“ wurde weiter aufgearbeitet. Dabei sind die beiden Schwerpunkte „Finanzierung über den Altlastenfonds des Landes“ und „Entwicklungsbereich Süd-stadt“ (zu 90 Prozent durch den Bund für die Sanierung der früheren Kasernen finanziert) zu unterscheiden.

Altlastenfonds

Orientierende Erkundungen

Altablagerungen

- Salzgarten (1999)
- Rappenberg (1998-2000)
- Kiesäcker, Kilchberg (1998-2000)
- Schweigbrühl (1998-2001)
- Bei der L 371, Weilheim (1998-2002)
- Güterbahnhof (1999-2002)
- Holderfeld (1999-2002)
- Kirchgraben, Lustnau (1992-2002)
- Saiben, Derendingen (2000-2002)
- Schelmenklinge, Weilheim (1999-2002)
- Ziegelwiesen, Pfrondorf (1999-2002)
- Bläsiberg, Derendingen (2002-2004)
- Am Ortseingang, Hagelloch (2002-2004)
- Spitzberg, Hirschau (2002-2004)
- Bei der Schule, Hirschau (2002-2004)
- Hochwiesen, Hirschau (2002-2004)
- Hägnach, Pfrondorf (2002-2004)
- Latrinengrube Hagellocher Weg (2002-2004)
- Vor dem Kreuzberg (2002-2004)
- Am Seeweg, Hagelloch (2002-2004)
- See am Goldersbach, Lustnau (2002-2005)
- Höhberg, Pfrondorf (2002-2005)
- Lessingweg-Hohe Steige-Rotbad (2002-2005)
- Aischbach, Unterjesingen (2002-2005)

Altstandort Schlachthof (1998 – 2002)

Nähere Erkundungen

- Altablagerung Altes Neckarbett (1994 – 2000), bewertet 2001
- Altstandort Ehemaliges Gaswerk / Teergrube, Berliner Blau (2002 – 2004)
- Altstandort Zanker, Beim Kupferhammer 5 (seit 2002)

Fachtechnische Kontrolle (auf Kosten der Stadt)

- Altablagerung Altes Neckarbett, Grundwasserüberwachung seit 2002
- Altstandort Ehemaliges Gaswerk / Metropol, Überwachung hydraulische Dichtigkeit der Dichtwand, seit 1996

Entwicklungsbereich Südstadt

Französisches Viertel (ehemalige Hindenburgkaserne) 1995 – 2000

Sanierung Gesamtareal, abgeschlossen

1996 – 2002

Grundwassersanierung Tankstelle 025, abgeschlossen seit 1998

Grundwassersanierung Grundwassermessstelle H7, läuft noch

Lorettoareal

1999 – 2000

Sanierung des Areal Loretto West, Sanierung abgeschlossen

Ehemaliges Heeresverpflegungsamt

1995 – 2003

Bodenluftabsaugung Depot, Sanierung abgeschlossen

Ehemalige Motorsportschule

2003 – 2004

Untergrunduntersuchungen

Ausblick

Die schwierige Finanzsituation wird zwingend zu der Standardisierung in der Ausstattung des öffentlichen Raumes führen. In absehbarer Zeit wird es Hauptaufgabe sein, die wenigen Mittel so effizient als möglich einzusetzen. Für nicht zwingend notwendige Maßnahmen und Projekte werden wohl keine Mittel zur Verfügung stehen können.

Wahlen

Oberbürgermeisterwahlen 1998 und 2006

Oberbürgermeisterwahl	8.11.1998		29.11.1998	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Wahlberechtigte	53.651		53.724	
Wähler	28.044		28.388	
Wahlbeteiligung	52,3 %		52,8 %	
gültige Stimmen	27.909		28.261	
davon entfallen auf:	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Russ-Scherer, Brigitte	7.410	26,6 %	11.433	40,5 %
Hasenclever, Wolf-Dieter	7.817	28,0 %	10.520	37,2 %
Klink, Rainer	4.910	17,6 %	6.067	21,5 %
Freisler, Bernhard	4.366	15,6 %	-	-
Gellert, Joachim	1.526	5,5 %	-	-
Neumann, Hans-Rüdiger	1.109	4,0 %	-	-
Schreiber, Kai	412	1,5 %	149	0,5 %
Zierock, Henning	231	0,8 %	-	-
Burlafinger, Florian	49	0,2 %	60	0,2 %
Nichtbewerber	79	0,3 %	32	0,1 %

Brigitte Russ-Scherer ist zur Oberbürgermeisterin gewählt

Oberbürgermeisterwahl	22.10.2006	
Wahlberechtigte	56.849	
Wähler	29.321	
Wahlbeteiligung	51,6 %	
gültige Stimmen	28.982	
davon entfallen auf:	abs.	in v.H.
Palmer, Boris	14.597	50,4 %
Russ-Scherer, Brigitte	8.759	30,2 %
Stemmler, Hans-Jörg	3.462	11,9 %
Möller, Kornelia	1.740	6,0 %
Good, Steven	325	1,1 %
Nichtbewerber	99	0,3 %

Boris Palmer ist zum Oberbürgermeister gewählt.

Gemeinderatswahlen 1999 und 2004

Gemeinderatswahlen	24.10.1999			13.06.2004		
	abs.	in v.H.	Sitze	abs.	in v.H.	Sitze
Wahlberechtigte	54.026			56.623		
Wähler	27.530			31.684		
Wahlbeteiligung	51,0 %			56,0 %		
gültige Stimmen	1.186.313			1.370.381		
davon entfallen auf:						
AL bzw. AL/GRÜNE	210.970	17,8 %	9	363.315	26,5 %	13
CDU	253.677	21,4 %	10	263.520	19,2 %	9
SPD	194.529	16,4 %	8	226.186	16,5 %	8
UFW	141.485	11,9 %	6	165.548	12,1 %	6
W.U.T.	139.072	11,7 %	6	144.624	10,6 %	5
TÜL/PDS	81.341	6,9 %	3	118.200	8,6 %	4
FDP	62.683	5,3 %	2	88.988	6,5 %	3
Freie Liste	102.556	8,6 %	4	-	-	-

Europawahlen 1999 und 2004

Europawahlen	13.06.1999		13.06.2004	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Wahlberechtigte	52.413		54.371	
Wähler	24.262		31.628	
Wahlbeteiligung	46,3 %		58,2 %	
gültige Stimmen	24.152		31.156	
davon entfallen auf:				
CDU	7.308	30,3 %	8.526	27,4 %
SPD	6.006	24,9 %	5.625	18,1 %
GRÜNE	6.958	28,8 %	11.198	35,9 %
FDP	1.589	6,6 %	2.191	7,0 %
PDS	935	3,9 %	1.489	4,8 %
REP	501	2,1 %	538	1,7 %
sonstige	855	3,5 %	1.589	5,1 %

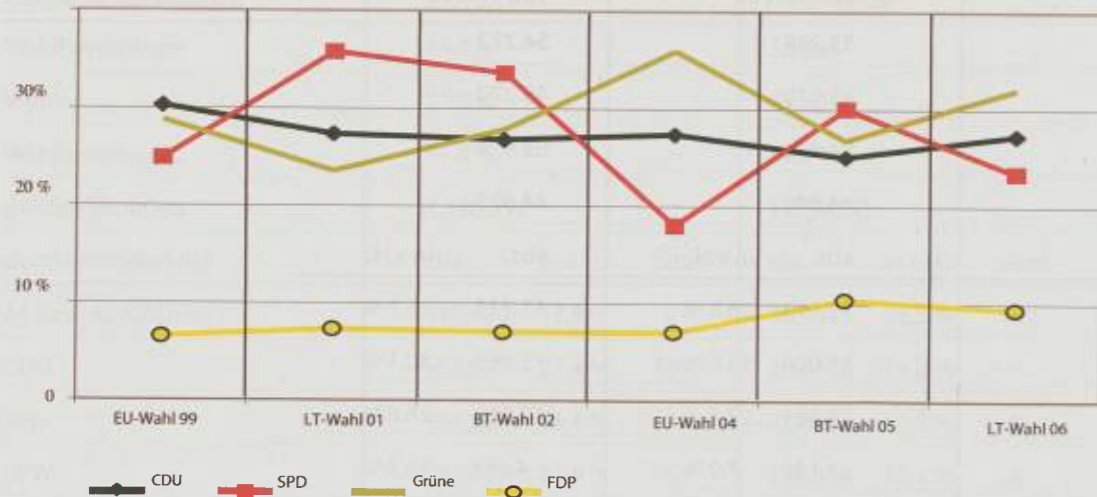
Bundestagswahlen 2002 und 2005

Bundestagswahlen	22.09.2002		18.09.2005	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Wahlberechtigte	53.249		54.272	
Wähler	45.178		45.270	
Wahlbeteiligung	84,8 %		83,4 %	
gültige Stimmen	44.848		44.803	
davon entfallen auf:				
CDU	12.013	26,8 %	11.243	25,1 %
SPD	15.080	33,6 %	13.465	30,1 %
GRÜNE	12.481	27,8 %	12.019	26,8 %
FDP	3.146	7,0 %	4.668	10,4 %
PDS	1.214	2,7 %	-	-
DIE LINKE.	-	-	2.467	5,5 %
REP	302	0,7 %	285	0,6 %
sonstige	612	1,4 %	656	1,5 %

Landtagswahlen 2001 und 2006

Landtagswahlen	25.03.2001		26.03.2006	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Wahlberechtigte	52.676		54.201	
Wähler	35.884		33.432	
Wahlbeteiligung	68,1 %		61,7 %	
gültige Stimmen	35.658		33.209	
davon entfallen auf:				
CDU	9.744	27,3 %	9.051	27,3 %
SPD	12.765	35,8 %	7.778	23,4 %
GRÜNE	8.400	23,6 %	10.632	32,0 %
FDP	2.606	7,3 %	3.123	9,4 %
WASG	-	-	1.597	4,8 %
REP	989	2,8 %	418	1,3 %
sonstige	1.154	3,2 %	610	1,8 %

Wahlergebnisse in v.H. 1999 bis 2006



Gemeinderat

Der Gemeinderat hat, nachdem 1996 die Abschaffung der unechten Teilortswahl beschlossen worden war, seit den Kommunalwahlen am 24. Oktober 1999 48 Mitglieder.

Amtsperiode 1999 – 2004

Im Gemeinderat waren acht Fraktionen vertreten

- CDU (Christlich-Demokratische Union) – 10 Sitze
- AL (Alternative und Grüne Liste) – 9 Sitze
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) – 8 Sitze
- UFW (Unabhängige Freie Wählergemeinschaft) – 6 Sitze
- W.U.T (Wählerinitiative Unabhängiger Tübinger) – 6 Sitze
- FL (Freie Liste) – 4 Sitze
- TÜL/PDS (Tübinger Linke/Partei des demokratischen Sozialismus) – 3 Sitze
- FDP (Freie Demokratische Partei) – 2 Sitze

Bei den Fraktionen hatte sich gegenüber der letzten Wahl eine Änderung ergeben: Die Tübinger Linke (TÜL), die 1994 erstmals angetreten war, hat 1999 mit der PDS eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Dem Gemeinderat gehörten 1999 – 2004 an

- CDU: Hans-Martin Dittus, Ute Friesch, Rudi Hurlebaus (ab 03.02.2003), Albert Klink (bis 22.07.2002), Helmut Kost, Karl Künstle, Ulrich Latus, Bertram Lohmüller (ab 22.07.2002), Dr. Nikos Mellios (bis 03.02.2003), Dieter Pantel, Fritz Poddig (ab 07.05.2001), Eugen Sailer (verstorben 16.03.2001), Dr. Gretel Schwägerle
- AL: Matthias Bruder, Margarethe Gönner (ab 07.05.2001), Christoph Hölscher, Beate Jung, Peter Liebscher (bis 07.05.2001), Gertrud Miller-Poth, Siegfried Nold, Walter Schwenninger, Ulrich Tichy, Helga Vogel
- SPD: Erika Braungardt-Friedrichs, Roland Glaser,

Karin Held (verstorben 11.03.2003), Frank-Thomas Hellwig (bis 02.04.2001), Brigitte Invitto (ab 12.05.2003), Irmgard Rittberger-Rückert (ab 02.04.2001), Hans Schreiber, Dr. Heribert Weber, Renate Wiedemann, Klaus te Wildt

UFW: Gerhard Dieterle, Kurt Friesch, Margot Hamm, Ferdinand Kehrer (bis 21.10.2002), Gerhard Kehrer, Georg Kern, Jürgen Steinhilber (ab 21.10.2002)

W.U.T: Gottfried Gehr, Hans-Peter Horn, Hermann-Arndt Riethmüller, Steffen Schmid (bis 10.11.2003), Ulf Siebert, Heinz Stenz (ab 10.11.2003), Inge Tressel

FL: Peter Bosch, Joachim Gellert, Ulrike Gottschalk, Klaus Schiffler

TÜL/PDS: Gerhard Bialas, Anton Brenner, Gerlinde Strasdeit,

FDP: Dietmar Schöning, Dr. Kurt Sütterlin

Nach der Wahl 1999 hatte der Gemeinderat sechs beschließende Ausschüsse gebildet

- Verwaltungsausschuss, Sozialausschuss
- Kultur-, Schul- und Sportausschuss
- Planungsausschuss
- Verkehrsplanungs- und Umweltausschuss
- Südstadtausschuss

Außerdem wurden wie bisher vier Ortsbeiräte installiert: Ortsbeiräte Derendingen, Lustnau, Mitte/West und Nordstadt.

Amtsperiode ab 2004

Seit den Kommunalwahlen am 13.06.2004 besteht der Gemeinderat aus sechs Fraktionen

- AL/Grüne – 13 Sitze
- UFW/W.U.T – 11 Sitze
- CDU – 9 Sitze
- SPD – 8 Sitze
- TÜL/PDS – 4 Sitze
- FDP – 3 Sitze

Änderungen bei den Fraktionen

Die FL ist zur Wahl 2004 nicht mehr angetreten. Die AL hat mit Bündnis 90/Die GRÜNEN einen gemeinsamen Wahlvorschlag aufgestellt. UFW und W.U.T haben sich nach der Wahl zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Die TÜL/PDS nennt sich seit Ende 2005 TÜL-L (Tübinger Linke/Die Links-partei).

Dem Gemeinderat gehören an

AL/GRÜNE: Matthias Bruder, Beatrice Bürker, Roland de Beauclair, Bruno Gebhart-Pietzsch, Christoph Hölscher, Dr. Sabine Koch, Eva Lehmbuch, Gertrud Miller-Poth (ab 23.10.2006 Mitglied bei der SPD-Fraktion), Ulrich Narr, Ilka Neuenhaus, Cordula Rutz, Aynur Söylemez, Helga Vogel

UFW/W.U.T: Peter Bosch, Gerhard Dieterle, Kurt Friesch (bis 10.04.2006), Gottfried Gehr, Margot Hamm, Ulrike Heitkamp (ab 10.03.2005), Dr. Uwe Heldmaier, Hans-Peter Horn, Gerhard Kehrer, Georg Kern, Hermann-Arndt Riethmüller (bis 28.02.2005), Ulf Siebert, Jürgen Steinhilber (ab 10.04.2006)

CDU: Hans-Martin Dittus, Dr. Bertram Flehmig, Ute Friesch, Helmut Kost, Dr. Albrecht Kühn, Karl Künstle, Ulrich Latus, Sabine Lüllich, Dr. Gretel Schwägerle

SPD: Erika Braungardt-Friedrichs, Roland Glaser (ab 20.03.2006), Andrea Le Lan, Irmgard Rittberger-Rückert, Martin Rosemann, Hans Schreiber, Klaus te Wildt, Hannah Tiesler, Dr. Heribert Weber (bis 20.03.2006)

TÜL-L: Gerhard Bialas (bis 05.12.05), Anton Brenner, Edeltraud Horn-Metzger (ab 05.12.2005), Dr. Günter Kehrer (bis 24.01.05), Bernd Melchert (ab 24.01.2005), Gerlinde Strasdeit

FDP: Anne Kreim, Dietmar Schöning, Dr. Kurt Sütterlin

In der laufenden Amtsperiode gibt es unverändert sechs beschließende Ausschüsse. Auch die vier Ortsbeiräte Lustnau, Derendingen, Mitte/West und Nordstadt wurden 2004 wieder gebildet.

Städtepartnerschaften

Das Interesse von Tübinger Vereinen, Schulklassen, Chören, Orchestern, Sportler/-innen, Künstler/-innen aller Bereiche, Händler/-innen oder Bürgergruppen an Begegnungen und kulturellem Austausch mit entsprechenden Partner/-innen aus den bislang neun Tübinger Partnerstädten in Europa, den USA und Russland ist ungebrochen.

Die meisten Begegnungen finden statt mit Aix-en-Provence, Perugia und Petrosawodsk.

Am 23. September 2006 besiegelten Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer und Bürgermeister Jaime Zea Usca von Villa El Salvador, Peru, im Tübinger Rathaus die Partnerschaft zwischen ihren Städten. Der offizielle Freundschaftsvertrag krönt eine bereits zwanzigjährige Zusammenarbeit von Gruppen in beiden Städten: in Tübingen wirkten vor allem der Peru-Arbeitskreis im Aktionszentrum Arme Welt, Schüler und Lehrkräfte des Uhlandgymnasiums und die Volkshochschule Tübingen e.V. dabei mit. Die 1971 nahe Lima erbaute Stadt hat heute 400.000 Einwohner. Mit Blick auf die erreichte Infrastruktur und die Selbstverwaltung sagte Jaime Zea Usca „Wir haben die Wüste in einen Ort der Würde verwandelt.“ Tübingens Blick wird sich durch die nun offizielle Verbindung nach Südamerika nochmals weiten.

Als „Umschlagplatz“ für die Anfragen und Wünsche der Kultur- und Sportvereine und sonstiger Gruppen vermittelt die Stadtverwaltung (Kulturamt bis Ende 2004, seither Fachbereich Interne Dienste) Kontakte und unterstützt – oft in Zusammenarbeit mit der West-Ost-Gesellschaft, dem Institut Culturel Franco-Allemand, dem d.a.i. und anderen – die Vorhaben, begleitet sie so lang wie nötig, gewährt städtische Zuschüsse und beantragt Fördergelder.

Mit den meisten Partnerstädten gab es im Jahr 2006 Schüleraustausche der Tübinger Schulen, die die Verwaltung mit Zuschüssen unterstützt. Der von 1985 bis 2004 seitens der Stadt organisierte Jugendaustausch mit Ann Arbor wird seit 2005 intern von Wildermuth-Gymnasium und Ann Arbor Pioneer High School und von Uhland-Gymnasium und Ann Arbor Huron High School angeboten. Darüber hinaus finden Schüleraustausche auch mit ausländischen Schulen statt, die nicht per Partnerschaftsurkunde mit Tübingen verknüpft sind, z.B. mit Breslau in Polen oder Lerida und Valencia in Spanien.

Von den kulturellen und anderen Begegnungen, an denen jährlich über 2000 Personen (die Schüler/-innen inbegriffen) teilnehmen, seien stellvertretend zwei genannt:

- Der Umbrisch-Provenzalische Markt in Tübingen: Zum elften Mal in Folge boten hgv und Stadtverwaltung Händlern aus Aix-en-Provence, Perugia und Tübingen ein gemeinsames Forum für ihre Produkte. Ihre jeweilige Kultur kam dabei vielfältig zur Anschauung. Die Anziehungskraft auch des jüngsten Markts von 2006 bestätigt im Nachhinein die Wahl dieser Partnerstädte vor 46 bzw. 22 Jahren erneut auf das Schönste. Zwei Ableger hat der Markt gezeugt: Den Weihnachtsmarkt in Aix-en-Provence (seit 1997) und den Partnerstädtemarkt „Gemelle in Piazza“ jeden Juni in Perugia (seit 2003).
- Zur Tübinger Mini-Fußball-Weltmeisterschaft vom Juni 2006 hatten vier Tübinger Sportvereine in Kooperation mit der Stadtverwaltung auch die Partnerstädte eingeladen. Spieler aus Aix-en-Provence, County Durham, Monthey und Perugia waren gekommen, und traten in Wettstreit mit Tübinger und Baden-Württembergischen Mannschaften und lernten einander persönlich kennen. Die Dankschreiben der Trainer zeigen, dass sie und ihre Jugendlichen sich tatsächlich „zu Gast bei Freunden“ gefühlt und neue, sehr gute Eindrücke von Deutschland nach Hause gebracht haben.

Die Oberbürgermeisterin pflegte die Verbindungen zu allen Partnerstädten, auch den Stadtteilpartnerstädten, und besuchte sie mit kleinen Delegationen, manche unter ihnen mehrfach. Mit großen Gruppen aus dem Tübinger Gemeinderat oder mit Bürgerinnen und Bürgern besuchte sie außerdem im Jahr 2000 Petrosawodsk und Perugia, 2001 Aigle und Monthey, 2005 Ann Arbor.

Umgekehrt waren offizielle Vertreter/-innen aus allen Partnerstädten zu Stadtfesten, Märkten oder Partnerschaftsjubiläen zu Gast in Tübingen.

Einwohnerentwicklung

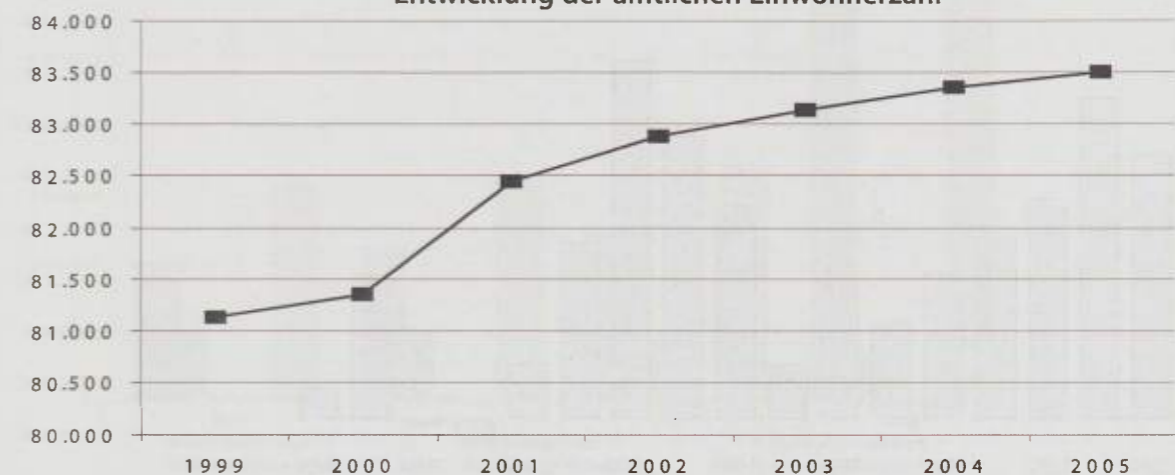
Entwicklung der amtlichen Einwohnerzahl

Jahresende	insgesamt	dar. Ausländer	
		insg.	in v.H.
1997	81.222	12.359	15,2 %
1998	80.944	12.038	14,9 %
1999	81.128	12.109	14,9 %
2000	81.347	11.823	14,5 %
2001	82.444	12.279	14,9 %
2002	82.885	12.389	14,9 %
2003	83.137	12.270	14,8 %
2004	83.360	12.111	14,5 %
2005	83.496	12.037	14,4 %

Wanderungen

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1998	7.623	8.179	-556
1999	7.626	7.685	-59
2000	7.595	7.591	4
2001	7.974	7.131	843
2002	7.648	7.442	206
2003	7.475	7.460	15
2004	7.534	7.545	-11
2005	7.526	7.650	-124

Entwicklung der amtlichen Einwohnerzahl



Haushalt

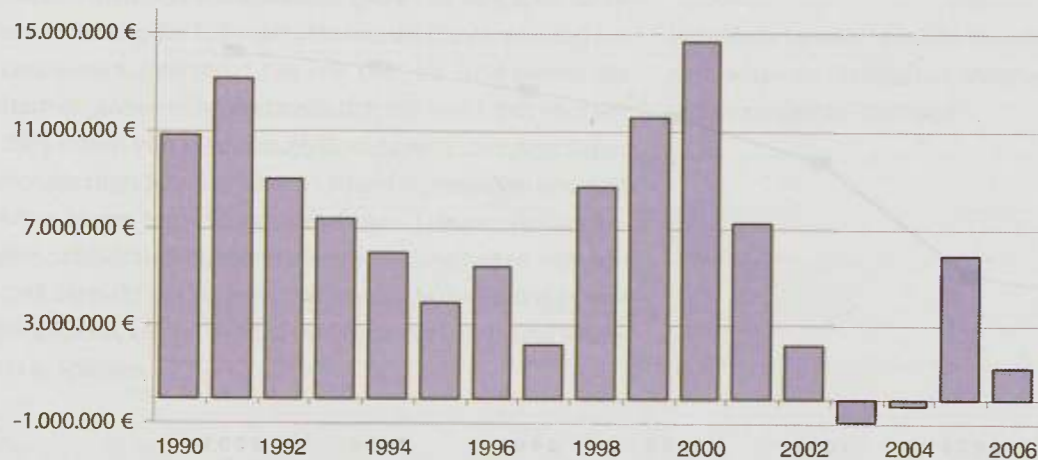
Die Entwicklung der Finanzkraft der Universitätsstadt Tübingen ist aus den folgenden vier Grafiken ablesbar. Grafik 1 enthält die wichtigsten Einnahmearten der Stadt. Aus dieser Abbildung ist die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt (Grafik 2) entwickelt. Diese Grafik zeigt die finanziellen Schwie-

rigkeiten in den Jahren 2002 bis 2004, aber auch die Aufwärtsentwicklung ab dem Jahr 2005. Der Schuldenstand ergibt sich aus der dritten Grafik. Die Kurve des Schuldenstandes führt eine gegenläufige Bewegung zu der Kurve der Zuführungsrate aus. Die letzte Grafik informiert über den Stand der Rücklagen.

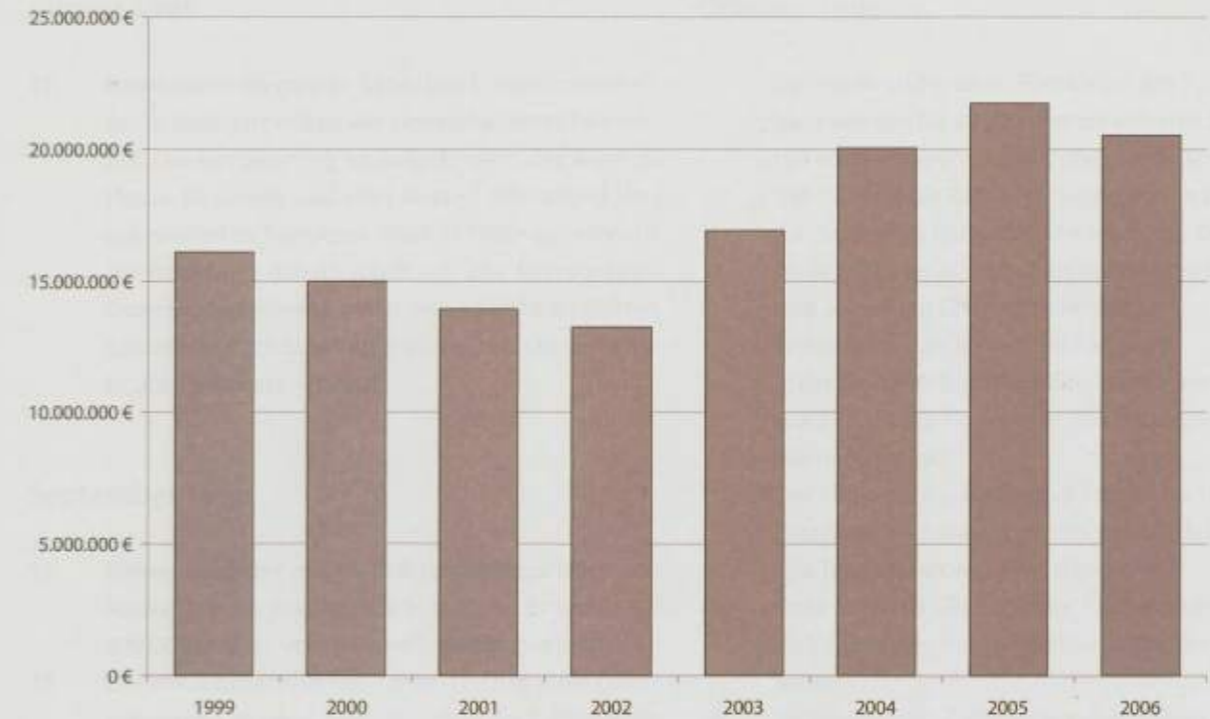
Einnahmen	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Grundsteuer A + B	9.499.139	9.765.992	9.797.508	10.978.035	11.108.334	11.270.000
Gewerbesteuer	20.996.952	17.012.930	16.863.097	19.092.472	29.383.600	24.000.000
Einkommensteueranteil	26.521.470	26.349.297	26.159.875	24.860.030	24.663.833	25.217.940
Umsatzsteueranteil	2.152.557	2.120.117	2.132.243	2.130.153	2.141.332	2.188.240
Schlüsselzuweisungen	28.038.184	29.374.575	24.249.155	26.825.194	25.937.669	29.028.000
Familienleistungsausgleich	1.826.570	2.016.856	2.082.788	2.041.031	2.043.977	2.132.000
Sonstige Einnahmen	1.155.549	1.233.581	1.190.163	1.081.273	1.235.753	1.253.170
gesamt	90.190.421	87.873.348	82.474.829	87.008.188	96.514.498	95.089.350

Ausgaben	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gewerbesteuerumlage	5.263.065	5.055.442	5.244.140	4.740.389	6.440.590	4.940.550
Finanzausgleichsumlage	14.908.489	15.212.940	14.792.060	14.710.939	14.702.644	15.531.270
Kreisumlage	22.709.019	23.172.768	24.318.292	27.371.699	27.900.589	29.711.000
Sonstige Ausgaben	2.334	2.334	2.334	3.955	24.873	24.640
gesamt	42.882.908	43.443.484	44.356.826	46.826.982	49.068.696	50.207.460
Überschuss	47.307.513	44.429.863	38.118.003	40.181.206	47.445.802	44.881.890

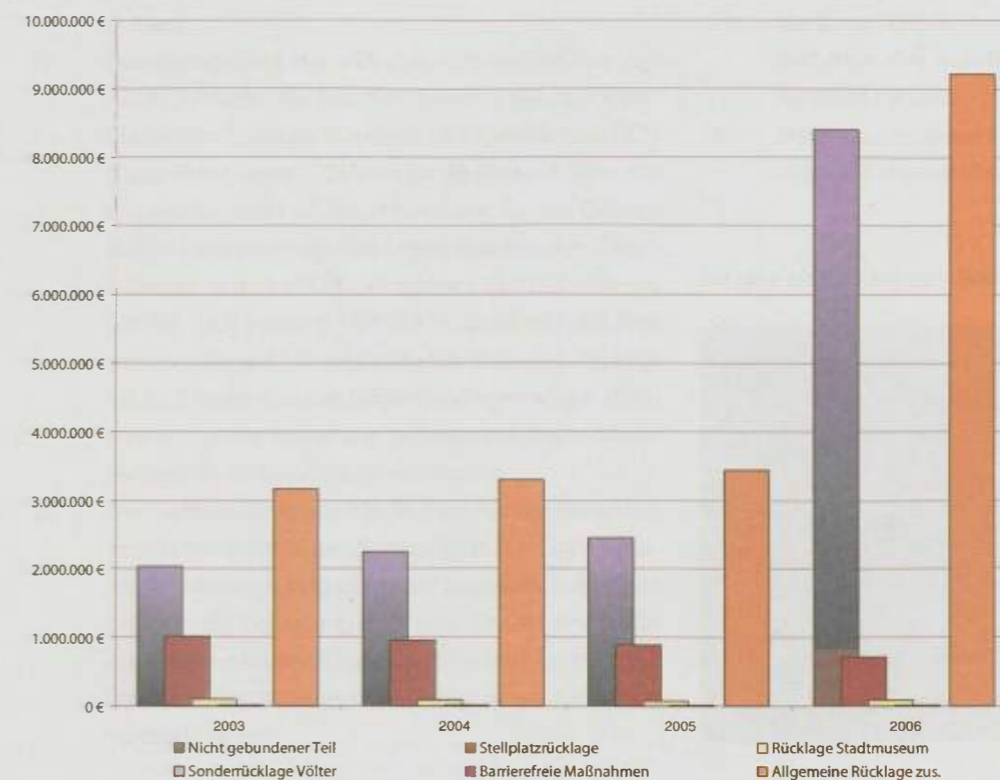
Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt



Schuldenentwicklung im städtischen Haushalt



Entwicklung der Rücklagen jeweils zum 1. Januar



Aus der Tübinger Stadtchronik 1998 – 2006

August 1998

11. Ozon-Alarm im ganzen Land. Das Umweltministerium in Stuttgart erlässt ein eingeschränktes Fahrverbot. Die Bevölkerung ist aufgefordert, das Auto zu Hause zu lassen und statt dessen öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Auch in Tübingen erreicht die Belastung der Atemluft mit 264 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter einen bislang nicht erreichten Spitzenwert. Im Stadtbus werden erstmals verbilligte „Ozon-Tickets“ verkauft.

September 1998

12. Einweihung des neuen Fußgängerstegs über den Neckar bei der Aeulestraße in Lustnau. Er wurde für 600.000 D-Mark vom Klärwerk dorthin versetzt.
12. Die Volkshochschule feiert ihren Umzug in die Loretokaserne. Das neue vhs-Gebäude in der Südstadt hat mit rund 4.000 Quadratmetern eine siebenmal größere Nutzfläche als das alte Domizil im Schwabenhaus am Neckar.
26. Dieter Thomas Kuhn gibt vor 16.000 Zuhörern ein Konzert auf dem TSG-Gelände zu Gunsten des hochverschuldeten Sportvereins. Der Erlös beträgt 60.000 D-Mark.
27. Bundestagswahl. Herta Däubler-Gmelin (SPD) erringt mit 47,2 Prozent der Erststimmen erstmals das Direktmandat im Tübinger Wahlkreis. Der Kandidat der CDU Claus-Peter Grotz (CDU) erhält 38 Prozent. Über die Landesliste zieht Winfried Hermann für die Grünen in den Bundestag ein. Die Ergebnisse bei den Zweitstimmen lauten: SPD 33,4 Prozent, CDU 32,9 Prozent, GRÜNE 14,9 Prozent, FDP 9,8 Prozent, REP 4,8 Prozent, Sonstige 4,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 85,5 Prozent. In den folgenden Tagen wird in Bonn eine rot-grüne Regierung gebildet mit Herta Däubler-Gmelin als Bundesjustizministerin.
28. Der Gemeinderat beschließt, dem kurzen Wegstück neben der ehemaligen Synagoge in der Gartenstraße den Namen Synagogenplatz zu geben. Außerdem billigt er die Gründung der TüNet GmbH, einer neuen Telekommunikations-Gesellschaft unter dem Dach der Stadtwerke, die künftig deren Kabelnetz vermarkten soll.

Oktober 1998

- Die roten und grünen Farbklebe am Tübinger Rathaus werden für 30.000 D-Mark entfernt. Sie stammen von Farbbeuteln, die Unbekannte am 15. Januar 1981 gegen die Rathausfront geworfen hatten.
1. Am Schloss in Bebenhausen wird eine Gedenktafel für den letzten württembergischen König Wilhelm II. und seine Frau Charlotte enthüllt.
 3. Erste Hirschauer Gewerbeschau.
 3. In der für 2,3 Millionen D-Mark renovierten Kunsthalle werden bis 29. November Zeichnungen von Andy Warhol gezeigt.
 10. Der Tübinger Posaunenchor feiert sein 100-jähriges Bestehen. Zu seiner Tradition gehört das sonntägliche Turmblasen von der Stiftskirche.
 10. Erste Spielzeit der Tübinger Puppenbühne im neuen Vorstadttheater auf dem Gelände der Loretokaserne.
 11. Letzter Tag der Zisterzienser-Ausstellung „ora et labora“ im Kloster Bebenhausen. In den knapp drei Monaten ihrer Dauer kamen rund 70.000 Besucher.
 15. Beginn des Wintersemesters an der Universität. Erstmals seit 1980 sind weniger als 20.000 Studenten immatrikuliert.
 16. Feierliche Eröffnung der für rund 19,5 Millionen D-Mark neu gebauten Albert-Schweitzer-Realschule. Architekt des Rundbaus am Schleifmühlweg ist Berthold Fahrner.
 18. Erster Gottesdienst in der grundlegend renovierten evangelischen Kirche in Hagelloch.

Die neue Albert-Schweitzer-Realschule im Schleifmühlweg



19. Landesbischof Eberhardt Renz weiht im Schwabenhaus, bislang Domizil der Volkshochschule, die Evangelische Kirchenmusikhochschule ein, die insbesondere wegen der Kooperation mit der Katholischen Hochschule für Kirchenmusik in Rottenburg von Esslingen nach Tübingen umgezogen ist. Gründungsrektor ist Ingo Bredenbach.

November 1998

5. Die Öffentlichkeit erfährt von den Plänen der Tübinger Traditionsfirma Wurster & Dietz, gegründet 1867, die ihren Standort in Derendingen aufgeben und das vier Hektar große Firmengelände verkaufen will.
8. Tübinger Oberbürgermeisterwahl. Beim ersten Wahlgang erhalten Wolf-Dieter Hasenclever (GRÜNE) 28,0 Prozent, Brigitte Russ-Scherer (SPD) 26,6 Prozent, Rainer Klink (UFW) 17,6 Prozent und Bernhard Freisler (CDU) 15,6 Prozent der Stimmen. Weitere fünf Mitbewerber erhalten nur kleinere Prozentanteile: Joachim Gellert 5,5 Prozent, Rüdiger Neumann 4,0 Prozent, Kai Schreiber 1,5 Prozent, Henning Zierock 0,8 Prozent und Florian Burlafinger 0,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 52,3 Prozent.
14. Tag der offenen Tür in der neuen Kinderklinik auf dem Schnarrenberg, die in den folgenden Tagen ihren Betrieb aufnimmt.
29. Tübinger Oberbürgermeisterwahl. Im zweiten Wahlgang wird Brigitte Russ-Scherer (42, SPD) mit 40,45 Prozent der Stimmen auf acht Jahre zur Oberbürgermeisterin gewählt. Wolf-Dieter Hasenclever (GRÜNE) erhält 37,22 Prozent und Rainer Klink (UFW) 21,46 Prozent. Vier Bewerber sind bei der Neuwahl nicht mehr angetreten.

Dezember 1998

1. Die Künstlerin Rosemarie Dyckerhoff (81), die von 1948 bis 1978 in Lustnau wohnte, vermachte ihr künstlerisches Werk der Stadt. Zum Oeuvre gehören rund 150 Plastiken und mehr als 1.500 Zeichnungen.
4. Das Europazentrum verabschiedet sich von Tübingen und wird seine Arbeit im folgenden Jahr von Stuttgart aus fortsetzen.
15. Festlicher Abschied für Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid, dessen Amtszeit nach 24 Jahren am 2. Januar 1999 endet. Mit dem Ausscheiden verbunden ist seine Ernennung zum Tübinger Ehrenbürger.

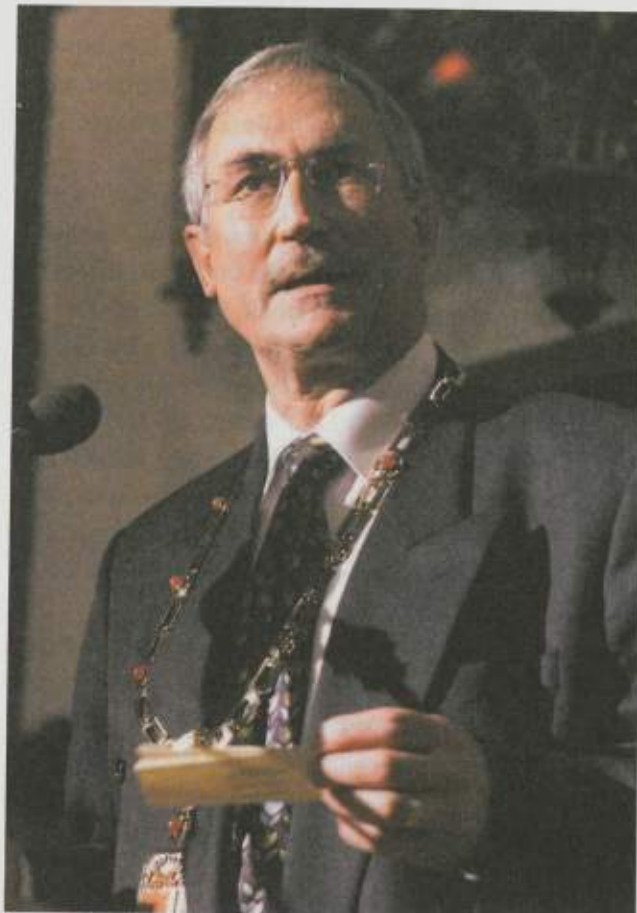
Januar 1999

11. Amtsantritt von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer als Amtsverweserin. Wegen Wahlanfechtung durch einen verhinderten Bewerber erfolgte die offizielle Einsetzung als Oberbürgermeisterin erst nach Einstellung des Verfahrens am 14. Juli 1999.
29. Beim ersten Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer zitiert der Schauspieler Heinz Bennent aus Hölderlins Hyperion.

Februar 1999

3. Die Shed-Hallen der Firma Beka werden abgerissen.
3. 30 Stadtwerke in Baden-Württemberg gründen in Tübingen die Südwestdeutsche Stromhandelsgesellschaft mbH, um damit ihren Stromeinkauf zu bündeln.
11. Der Große Senat der Universität wählt Professor Dr. Eberhard Schaich (57) zum neuen Rektor und damit zum Nachfolger von Dr. Hans-Werner Ludwig. Die Amtszeit beginnt am 1. August.

Oberbürgermeister i.R. Dr. Eugen Schmid, Tübinger Ehrenbürger



März 1999

- 6.-14. Zur 25. Ausstellung „fdf – für die Familie“ auf den Weilheimer Wiesen kommen 96.000 Besucher.
29. Rund 300 Menschen protestieren auf dem Holzmarkt gegen die vor ein paar Tagen begonnene Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO.
31. Das Verteidigungsbezirkskommando 54, das seit 40 Jahren in Tübingen beheimatet war, wird zum Monatsende aufgelöst. Nach dem vorausgegangenen Abzug der französischen Truppen 1991 endet damit die Geschichte Tübingens als Garnisonsstadt.

April 1999

- Das Kulturdenkmal Burgsteige 10 wird mit Zustimmung des Denkmalamtes abgerissen. Es wird durch einen höheren Neubau ersetzt.
17. Ergänzend zum Wochenmarkt auf dem Marktplatz, der jeweils montags, mittwochs und freitags abgehalten wird, findet nun erstmals auch ein samstägliches Markt bei der Jakobskirche statt.
26. Der Gemeinderat stimmt der Gründung einer Technologieförderungs-GmbH Reutlingen / Tübingen zu. Außerdem begrüßt er die Entscheidung der Oberbürgermeisterin, dass die Stadt künftig wieder den Namen Universitätsstadt trägt.
30. Professor Rolf Nill (64), seit 1979 Leiter des städtischen Hochbauamtes, tritt in den Ruhestand.

Mai 1999

8. Eröffnung des Umweltzentrums, Kronenstraße 4.
15. Einweihung des für 7,5 Millionen D-Mark renovierten Bürgerheims an der Schmiedtorstraße als Dienstleistungszentrum der Altenhilfe Tübingen (AHT). Das Café im Erdgeschoss ist ein Geschenk an die Universitätsstadt. Es wurde aus dem großzügigen Vermächtnis von Bertha Kübler finanziert.
19. Im Stadtmuseum wird eine Ausstellung mit Werken der Scherenschnitt-Künstlerin Lotte Reiniger eröffnet, deren Nachlass im Stadtmuseum verwahrt wird.

Juni 1999

13. Europawahl. Die Ergebnisse in der Stadt Tübingen: CDU 30,3 Prozent, GRÜNE 28,8 Prozent, SPD 24,9

- Prozent, FDP 6,6 Prozent, PDS 3,9 Prozent, REP 2,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,3 Prozent.
- 17.-18. Günter Grass ist der achte Tübinger Poetik-Dozent der Universität.
18. Erstes Sommerfest der Universität nach über einem Jahrzehnt. Rund 5.000 Besucher kommen in den Alten Botanischen Garten.
19. Das Südstadtfest findet erstmals unter dem Dach der umgebauten alten Panzerhalle statt.



27. Freifrau von Tessin lädt in Kilchberg zur Besichtigung ihrer neu gebauten Orangerie.

Juli 1999

4. Die Deutschen Meisterschaften der Kunstturnerinnen werden von der TSG in der Universitätsturnhalle ausgerichtet.
- 5.-11. Wahlen zum ersten Tübinger Jugendgemeinderat.
- 9.-10. Das Tübinger Stadtfest besuchen trotz des regnerischen Wetters 50.000 Menschen.
10. Staatsrat a.D. Professor Dr. Theodor Eschenburg, Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen, stirbt im Alter von 94 Jahren und wird am 16. Juli auf dem Stadtfriedhof beigesetzt.
22. Premiere beim Tübinger Sommertheater: Das Melchinger Lindenhoftheater spielt in und vor acht betagten Eisenbahnwaggons, die von einer Dampflok über Land gezogen werden. Das Stück „Eine Bahnfahrt... und der Raum entschwindet“ begeistert das Publikum, so dass schon nach wenigen Tagen alle 31 Vorstellungen restlos ausverkauft sind. Rund 10.000 Zuschauer besuchen dieses Jahr den Tübinger Theatersommer, dessen Erfolgsstück deshalb im folgenden Jahr noch einmal aufgelegt wird.



Die „Bahnfahrt“ des Theaters Lindenhof Melchingen

24. Einweihung der Grundschule am Hechinger Eck. Die Baukosten betragen etwa 15 Millionen D-Mark. Die Pläne für das Gebäude, in dem auch Laden-, Gewerbe- und Wohneinheiten untergebracht sind, stammen von der Architektin Ingrid Meckseper beim städtischen Hochbauamt.
24. Einweihung der Friedhofshalle und des neuen Friedhofs in Pfrondorf.
31. Feierliche Wiedereröffnung der Ammertalbahn zwischen Tübingen und Herrenberg. Nach 33 Jahren ist die Strecke wieder durchgängig befahrbar.

August 1999

- Die Veteranen der 78. Infanterie- und Sturmdivision bauen ihren Gedenkstein auf der Neckarinsel ab, um ihn auf dem Münsinger Truppenübungsplatz wieder aufzustellen.
11. Totale Sonnenfinsternis in Europa. Um 12.32 Uhr wird es auch in Tübingen für kurze Zeit stockfinster. Wegen einer dichten Wolkendecke lässt sich das Ereignis jedoch nicht direkt beobachten.
 21. Erster Spatenstich für den Büromarkt Betz im neuen 3,2 Hektar großen Gewerbegebiet Azenbach am Derendinger Steinlachwasen. Acht bis zwölf Betriebe können hier in den kommenden Jahren angesiedelt werden.

September 1999

- 16.-19. 5. Umbrisch-provenzalischer Markt.
26. Tag der offenen Tür in der für 13 Millionen D-Mark neu erbauten und im Sommer fertig gestellten Blutzentrale der Tübinger Transfusionsmedizin.



Die Grundschule am Hechinger Eck

29. Die Hornbach Baumarkt AG eröffnet auf dem ehemaligen Beka-Gelände an der neuen B 27 den größten Bau- und Gartenmarkt in Tübingen.

Oktober 1999

- Das neue Werk der Firma Modine im Gewerbepark Neckaraue nimmt seinen Betrieb auf.
6. Durch Verordnung des Landratsamtes werden Teile des Unteren Ammertals bei Tübingen zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.
 9. Rund 2.000 Zuschauer verfolgen das erste Tübinger Entenrennen auf dem Neckar. Das kleine Spektakel mit den gelben Plastikvögeln wird zu Gunsten des Tübinger Geschwisterhauses veranstaltet.
 13. Einweihung des Kinderhauses im Französischen Viertel. Es wurde nach den Plänen von Architekt Michel Aguilar errichtet.
 14. In der Universitätsbibliothek wird eine Ausstellung der Stadtarchive von Marbach und Tübingen eröffnet, die dem Wirken des Juristen Karl Georg von Wächter gewidmet ist.
 - 20.-31. Erste Tübinger Jazz- und Klassiktage.
 21. Thomas Rosenlöcher (52) erhält den von der Stadt und der Universität verliehenden Hölderlinpreis für seine Gedichte und Tagebuch-Prosa.
 24. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse für den Tübinger Gemeinderat: CDU 10 Sitze (21,4 Prozent), AL 9 (17,8 Prozent), SPD 8 (16,4 Prozent), UFW 6 (12 Prozent), W.U.T. 6 (11,7 Prozent), FL 4 (8,6 Prozent), TÜL/PDS 3 (6,8 Prozent) und FDP 2 (5,2 Prozent). Nach dem Wegfall der unechten Teilortswahl hat der neue Gemeinderat für eine Übergangszeit von zwei Amtsperioden nur noch 48 Mitglieder, danach 40 Mitglieder. Die Ergebnisse für den Kreis-

tag: FWV 18 Sitze (28,9 Prozent), CDU 16 (24,9 Prozent), SPD 11 (18 Prozent), GRÜNE 7 (12,1 Prozent), FL 3 (5,5 Prozent), FDP 2 (3,5 Prozent), REP 1 (2,6 Prozent), TÜL/PDS 1 (2,6 Prozent), W.U.T. 1 (2 Prozent).

November 1999

1. Michael Oser tritt sein Amt als neuer Kommandant der Tübinger Feuerwehr an. Er ist Nachfolger des im Dezember 1998 verstorbenen Ewald Schnitzler.
3. Rosa Klett stirbt im Alter von 96 Jahren in Bad Sebastianweiler. Ihr Wohnhaus Haagasse 19 hat sie der Stadt vermacht.
18. Der städtische Entsorgungsbetrieb (EBT) nimmt im Klärwerk Lustnau die neue biologische Reinigungsstufe in Betrieb. Die Investitionen belaufen sich auf etwa 38,5 Millionen D-Mark.

Dezember 1999

10. Auftakt zum 25. Weihnachtsmarkt in den Gassen der Tübinger Altstadt.

Die im Juli 1999 wieder eröffnete Ammertalbahn



17. Anton Hellstern wird vom Ortschaftsrat in Pfrondorf zum neuen Ortsvorsteher vorgeschlagen und löst Wilhelm Röthenbach in diesem Amt ab.
26. Der Jahrhundertorkan Lothar zieht mit mehr als 200 Stundenkilometer über Süddeutschland und hinterlässt auch in Tübingen eine Spur der Zerstörung. Besonders betroffen ist der Baumbestand im Schönbuch.

Januar 2000

- Im Bereich des Anlagensees werden die letzten Bäume der 1819 gepflanzten Kastanienallee gefällt.
1. Der Wechsel ins neue Jahrtausend vollzieht sich ohne die befürchteten Computerpannen. Energieversorgung, Telefon, Transport und Verkehr bleiben vollständig intakt.
 12. Rainer Pohl wird vom Ortschaftsrat in Bebenhausen zum neuen Ortsvorsteher vorgeschlagen und löst Ursula Stöffler in diesem Amt ab.

20. Beim Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer bringt Walter Schmidinger, zur Zeit am Zimmertheater, einen Ausschnitt aus seinem Valentin-Programm.

Februar 2000

7. Der Gemeinderat beschließt, für die Stadtbezirke Mitte/West und Nordstadt Ortsbeiräte einzurichten. Für Lustnau und Derendingen bestehen solche beratenden Gremien schon.
11. 1.500 Schüler aus Tübingen, Mössingen und Reutlingen demonstrieren gegen die Oberstufenreform an den Gymnasien.
11. Im Stadtmuseum wird die Ausstellung „Dankeföhn“ des Schlagersängers Dieter Thomas Kuhn eröffnet. Zu sehen sind Erinnerungstücke wie das Brusthaartoupet des Künstlers, Plüschtiere oder BH's. Das Museum erlebt in den folgenden Tagen den größten Besucherandrang seiner Geschichte.



Der „Kelterturm“

März 2000

11. In der Mensa Morgenstelle öffnet zum achten Mal die „Internationale Messe Urlaub und Fahrrad“. Sie findet allerdings in den folgenden Jahren keine Fortsetzung.
15. Das Kilchberger Flender-Werk (vormals Himmelwerk), das bislang der Babcock Borsig AG gehörte, wird an die New-Yorker Citibank verkauft.

16. Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker erhält den Leopold-Lucas-Preis der Universität Tübingen.
22. Einweihung des neuen Personalkasinos und Klinik-Kongresszentrums auf dem Schnarrenberg. In den lichten Räumen können täglich bis zu 1600 Essen ausgegeben werden.

Juni 2000

April 2000

14. In der Kunsthalle wird die Ausstellung „Ansichten eines Sammlers“ eröffnet. Es werden Werke von Otto Dix, Ernst Ludwig Kirchner, Willi Baumeister und anderen Künstlern gezeigt.
15. Im Stadtmuseum wird eine Ausstellung mit Bildern von Theodor Schüz eröffnet.

1. Der 1907 errichtete Bismarckturm auf dem Schlossberg wird nach umfangreicher Renovierung wieder eröffnet.
15. Der Turnverein Derendingen feiert sein hundertjähriges Bestehen.
- 23.-25. Zweites Tübinger Bücherfest in der Altstadt.
30. 1.500 Gäste hören den britischen Premierminister Tony Blair in der Neuen Aula. Er ist auf Einladung von Dr. Hans Küngs „Weltethos-Stiftung“ nach Tübingen gekommen.

Mai 2000

4. Fertigstellung des neuen Turmes am Kelterplatz. Der Erweiterungsbau für die Intensivmedizin der Medizinischen Klinik wird übergeben. Er hat 12,5 Millionen D-Mark gekostet.

Juli 2000

Die Arbeitslosigkeit im Landkreis Tübingen sinkt auf 4,7 Prozent und erreicht damit einen Tiefstand. Zum

- Vergleich: Im Januar 1998 lag die Quote noch bei 8 Prozent. Im August 2006 erreicht sie wieder 6,6 Prozent.
3. Der Gemeinderat wählt Sabine Schmincke zur Referentin für Öffentlichkeitsarbeit. Die Universitätsstadt hat damit erstmals eine Pressesprecherin.
- 21.-28. Das Studio des SWR (Südwestrundfunk, früher Südwestfunk) auf dem Österberg feiert sein 50-jähriges Bestehen mit zahlreichen Veranstaltungen.
21. Fast 14.000 Fans kommen zum Konzert von Eros Ramazotti auf das Gelände der TSG.

August 2000

4. Die Öffentlichkeit erfährt von den Plänen, dass das „Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung“ im Schloss Kreßbach bald nach Ettlingen verlegt werden soll.
31. Die umgebaute Schmiedtorkelter wird als Weingalerie und Feinkostladen mit Restaurantbetrieb wieder eröffnet.

September 2000

- Abbruch der alten Heeresbäckerei beim Depot an der Reutlinger Straße.
- 14.-17. Während des Umbrisch-provenzalischen Marktes wird das 40-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft mit Aix-en-Provence gefeiert.
24. Am Haus Burgsteige 7 wird in Anwesenheit einer 140-köpfigen Delegation aus Slowenien eine Gedenktafel für Primus Truber enthüllt, der dort vor 450 Jahren seine ersten beiden Bücher in slowenischer Sprache drucken ließ.
29. Die Tübinger Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in der Thiepval-Kaserne wird geschlossen und nach Empingen verlegt. Rund 135.000 Deutschstämmige aus Osteuropa wurden hier seit 1990 betreut und auf die Landkreise in Baden-Württemberg verteilt. Der Bund will die Kaserne verkaufen.

Oktober 2000

7. Einweihung der neuen Anatomie auf dem Schnarrenberg. Sie wurde nach den Plänen des Architekturbüros Weber und Schürmaier für 13 Millionen D-Mark errichtet.



Die Thiepval-Kaserne nach der Renovierung

10. Vom statistischen Landesamt kommt die Kunde, dass der durchschnittliche Baden-Württemberger 40 Jahre alt ist. „Jüngste Stadt“ im Lande ist Tübingen mit einem Altersdurchschnitt von nur 37,8 Jahren.
20. Uraufführung des Hölderlinfilms „Scardanelli“ (Regie Harald Bergmann) auf einer Großleinwand beim Hölderlinturm.
27. Das Kinderhaus Neuholden in Lustnau wird eröffnet.

November 2000

9. Einweihung des Denkmals am Synagogenplatz, das nach den Plänen von Architekt Jörg Weinbrenner errichtet wurde.
9. Erste Sitzung des neu geschaffenen Universitätsrates, der den bisherigen Großen Senat ablöst.

Das neue Kinderhaus Neuholden



Dezember 2000

Auf dem Sand wird ein 55 Meter hoher Gittermast für den Mobilfunk errichtet.

20. Die Öffentlichkeit erfährt von den Plänen der Hertie-Stiftung, die mit 43 Millionen D-Mark ein neues Hirnforschungszentrum am Tübinger Uni-Klinikum fördern will.
31. Das Opel-Autohaus Breitmaier schließt zum Jahresende seinen Betrieb. Sein Gebäude an der Reutlinger Straße wird im Februar 2001 zu Gunsten eines Neubaus der Firma Autoteile Unger abgebrochen.

Januar 2001

4. 2000 Schüler demonstrieren in der Tübinger Innenstadt für Toleranz und gegen rechte Gewalt.
26. Martin Schwab, Wiener Burgschauspieler, trägt beim Neujahrsempfang der Oberbürgermeisterin im Rathaus deutsche Balladen vor.

Der Europaplatz mit der neu errichteten Unfallkasse der Post und Telekom aus der Vogelperspektive



30. Die Tübinger Bürgerstiftung, eine Initiative von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer, konstituiert sich und beruft einen Stiftungsvorstand.

Februar 2001

2. In der Kunsthalle wird eine viel beachtete Ausstellung mit Bildern von Henri Rousseau eröffnet. In den folgenden Monaten kommen 175.000 Besucher.
16. Die Unfallkasse der Post und Telekom bezieht mit einem Festakt nach dreijähriger Bauzeit am Europaplatz einen fünfgeschossigen gläsernen Bürobau. Die Kosten betragen 45 Millionen D-Mark.

März 2001

15. Wilhelm Beier wird Ehrenbürger.
22. Die Basketballmannschaft der Wired Minds Tübingen steigen in die erste Bundesliga auf.



Wilhelm Beier, Tübinger Ehrenbürger (1911–2005)

25. Bei den Landtagswahlen erhält im Wahlkreis Tübingen Minister Dr. Friedhelm Repnik (CDU) mit 38,3 % das Direktmandat. Rita Haller-Haid erreicht 32,8 % für die SPD und zieht zusammen mit Boris Palmer von den GRÜNEN mit 15,1 % ebenfalls in den Landtag ein. Die FDP kommt auf 6,7 %, während die Republikaner mit 4,4 % nicht mehr im Landtag vertreten sind. Die Wahlbeteiligung liegt bei 66,9 %. Die Wahlergebnisse in der Stadt Tübingen: CDU 27,3 %, SPD 35,8 %, GRÜNE 23,6 %, FDP 7,3 % und REP 2,8 %.

April 2001

2. Der Gemeinderat beschließt mit breiter Mehrheit die Entschädigung von Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkriegs bei der Stadtverwaltung beschäftigt waren. Die Betroffenen sollen – soweit noch am Leben – jeweils 5.000 D-Mark als Entschädigung erhalten und sobald wie möglich nach Tübingen eingeladen werden. Eine Untersuchung des Stadtarchivs hatte ergeben, dass etwa 80 Zwangsarbeiter bei der Stadt beschäftigt waren, davon 24 bei den Stadtwerken.

Mai 2001

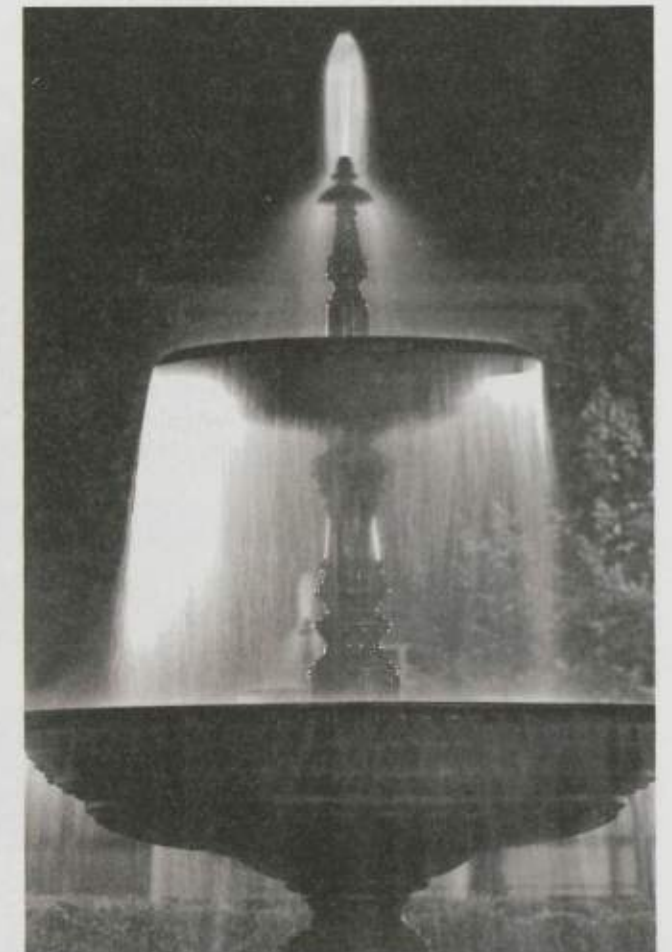
2. Einweihung des für 42 Millionen D-Mark errichteten neuen Institutsgebäudes der Virologen und Mikrobiologen auf dem Schnarrenberg.
7. Der Gemeinderat wählt Cord Soehlke zum neuen Leiter des Stadtentwicklungsprojektes in der Südstadt und damit zum Nachfolger von Andreas Pätz.

12. Mit einem Festakt in der Neuen Aula erinnert das Uhland-Gymnasium an seine 700-jährige Vergangenheit.
15. Auf dem umgestalteten Geschwister-Scholl-Platz vor der Neuen Aula sprudeln wieder zwei Brunnen. Sie sind ihren vor Jahrzehnten beseitigten Vorgängern von 1877 nachempfunden.
19. Der Literaturwissenschaftler und Gelehrte Dr. Hans Mayer stirbt im Alter von 94 Jahren in Tübingen.
20. Im Dachgeschoss des Stadtmuseums wird eine kleine Dauerausstellung über die Scherenschnittkünstlerin Lotte Reiniger eröffnet.
27. Die sechsten Deutschen Grillmeisterschaften locken 13.000 Gäste nach Pfrondorf.

Juni 2001

18. Rektor Dr. Eberhard Schaich gibt bekannt, dass das Verbot aus den Jahren 1949 und 1961, demzufolge Verbindungsstudenten an der Universität keine Farben tragen durften, rechtlich nicht mehr haltbar und deshalb aufgehoben sei.

Nächtliche Wasserspiele: Brunnen vor der Neuen Aula



Juli 2001

4. Der Verwaltungsrat des Landestheaters wählt Peter Spuhler, derzeit Schauspielregisseur in Rostock, zum Nachfolger des LTT-Intendanten Knut Weber.
6. Sturm „Willi“ knickt am späten Abend zahlreiche Bäume um.
8. Die alte Turmuhr der Loretto-Kaserne wird wieder in Betrieb genommen. Ihre Restaurierung hat über 100.000 D-Mark gekostet.
13. Mit einem Festakt in der Neuen Aula erinnert die Universität an den 500. Geburtstag von Leonhart Fuchs. Im Stadtmuseum wird während des Sommers eine Ausstellung über den großen Tübinger Mediziner und Botaniker gezeigt. Passend zu dem Ereignis sind in diesem Jahr die Blumenkästen der Altstadt mit Fuchsien bepflanzt.
- 13.-14. Das Tübinger Stadtfest bildet den Schlusspunkt der zweiten Karelischen Woche, zu der 170 Gäste aus der Partnerstadt Petrosawodsk angereist sind.
15. Auf dem Marktplatz beginnt der von der Stadtverwaltung eingeleitete Leitbild-Prozess. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, die Perspektiven für Tübingens künftige Stadtentwicklung mitzubestimmen. Am 21. Juli 2003 beschließt der Gemeinderat die Leitlinien „bei der Abwägung grundsätzlicher Entscheidungen zu berücksichtigen“.
23. Der Gemeinderat beschließt die Umwandlung des Eigenbetriebs Altenhilfe in eine gemeinnützige GmbH.
25. Premiere beim Sommertheater auf der Neckarinsel: Das Zimmertheater zeigt Ibsens „Peer Gynt“.

August 2001

17. Auf dem Tübinger Landratsamt wird die erste in Tübingen geschlossene Lebenspartnerschaft beurkundet.
30. Das Studentenwerk schließt die Mensa im Schlatterhaus.

September 2001

7. In der Kunsthalle wird eine Ausstellung mit Aquarellen und Zeichnungen von Joseph Beuys eröffnet.
12. Wegen der Terroranschläge auf das World-Trade-Center in New York am 11. September fällt der fröhliche Auftakt für den 7. Umbrisch-Provenzalischen Markt aus.



Begrüßung einer ehemaligen Zwangsarbeiterin auf dem Bahnhof

- Statt dessen hält Prof. Dr. Hans Küng beim Rathausempfang eine besinnliche Rede.
21. Die Universitätsstadt Tübingen empfängt zwölf ehemalige Zwangsarbeiter(innen) auf dem Rathaus. Jeder Gast erhält 5000 D-Mark Entschädigung.
24. Nach einer umfangreichen Renovierung wird die Mensa Prinz Karl in der Hafengasse wieder geöffnet.

Oktober 2001

- Das Wohn- und Geschäftshaus am Ende der Langen Gasse / Ecke zum Stadtgraben ist fertiggestellt.
1. Wahl von Vera Sturm (53) zur neuen Intendantin des Zimmertheaters (als Nachfolgerin von Klaus Metzger).
11. Der Arsenal-Filmverleih in Tübingen erhält den Deutschen Verleiherpreis, der mit 200.000 D-Mark dotiert ist.
15. Der zweite Bauabschnitt der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik wird in Betrieb genommen. Die Baukosten betragen rund 90 Millionen D-Mark.
22. Der Gemeinderat beschließt, dem Bund das Casino an der Wöhrdstraße für 2,2 Millionen D-Mark abzu kaufen.
24. Nach längerem Leerstand eröffnet der DM-Drogeriemarkt eine Filiale im Kaufhaus beim Nonnenhaus und wird damit Nachfolger des früher dort befindlichen C&A Geschäftes.
27. Einweihung des neu gestalteten Lorettoplatzes in der Südstadt.
28. Der ungarische Komponist György Kurtág erhält den von Stadt und Universität Tübingen verliehenen Hölderlinpreis.

November 2001

2. Auf der Oberen Viehweide wird der Grundstein für einen Wissenschafts- und Technologiepark gelegt. In den kommenden Jahren sollen hier über 3.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.
9. Am Synagogenplatz-Denkmal wird die lange umstrittene Erläuterungstafel zur Geschichte des Platzes angebracht.
16. Das Tübinger Stadtansierungsamt und das Stuttgarter Architekturbüro Lehen drei erhalten in Saarbrücken den Städtebaupreis 2001. Ausgezeichnet wird damit das Projekt „Städtebaulicher Entwicklungsbereich Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“.
19. Der Gemeinderat wählt Petra Wucherer zur neuen Leiterin der Tübinger Stadtbücherei. Sie ist damit die Nachfolgerin von Ursula Hepperle.

Dezember 2001

Die BioRegio STERN Management GmbH, an der neben Stuttgart, Esslingen und Reutlingen auch Tübingen beteiligt ist, nimmt ihre Arbeit auf. Zu ihren Aufgaben gehört die Förderung der Bio-Technologie in den Nachbarregionen Stuttgart und Neckar-Alb sowie die Ansiedlung neuer BioTech-Unternehmen.

Das ehemalige französische Offizierscasino in der Wöhrdstraße



Januar 2002

1. In Deutschland und 11 weiteren europäischen Staaten wird der Euro als Zahlungsmittel eingeführt. Die Deutsche Mark wird nur noch bis Ende Februar im Handel akzeptiert.
1. Der Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (na-do) startet ihren neuen Verkehrsverbund, der sich zwischen dem Schönbuch und dem Bodensee erstreckt und alle Bus- und Bahnstrecken umfasst.

15. Brand in der Asylbewerberunterkunft in der Herrenberger Straße. Die Feuerwehr muss 140 Asylbewerber evakuieren.
18. Beim Neujahrsempfang der Oberbürgermeisterin liest Hermann Beil Thomas Bernhard.
- 19.-27. Mit einer Festwoche wird die renovierte Stiftskirchenorgel eingeweiht.
21. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson hält auf Einladung der Weltethos-Stiftung von Dr. Hans Küng eine Rede im Festsaal der Universität.
27. Der Lilli-Zapf-Jugendpreis wird zum ersten Mal verliehen. Ausgezeichnet werden zwei Schülergruppen an der Hauptschule Innenstadt, die sich gegen Rassismus und Gewalt engagieren.
30. Spielende Kinder finden auf dem Gelände der aufgelassenen Firma Wurster & Dietz einen Kanister mit dem Schwermetall Quecksilber und verteilen unwissend die giftige Substanz in der Südstadt. Betroffen ist vor allem die Mörike-Schule, die einige Tage geschlossen und von einer Spezialfirma entgiftet werden muss.

Februar 2002

1. In der Kunsthalle wird eine Ausstellung mit Werken von Picasso eröffnet.
1. 1.000 Schüler des Wildermuth-Gymnasiums demonstrieren gegen die Aufstellung eines Funkmastes in der Nähe ihrer Schule.
- 15.-16. Bei einer „Troia-Konferenz“ an der Universität soll die aktuelle Streitfrage um die Größe und Bedeutung der legendären Stadt geklärt werden. Beide Hauptkontrahenten sind Tübinger: der Troia-Ausgräber Manfred Korfmann und der Althistoriker Frank Kolb.

März 2002

1. Eröffnung einer Ausstellung über den ägyptischen Pharaon Tutanchamun im Tübinger Schlossmuseum.
18. Der Gemeinderat wählt Susanne Omran zur Frauenbeauftragten und damit zur Nachfolgerin von Edda Rosenfeld.

April 2002

11. Einweihung der Hals-Nasen-Ohren-Klinik. Der Neubau auf dem Schnarrenberg kostet rund 39 Millionen Euro.



Grabmal auf dem Stadtfriedhof an der Gmelinstraße

Ministerpräsident Erwin Teufel nennt in seiner Festansprache die Summe von 490 Millionen Euro, die das Land während der letzten 12 Jahre in Tübinger Klinikums- und Universitätsbauten investiert hat.

13. Wiedereröffnung des Stadtfriedhofs an der Gmelinstraße.
25. Einweihung des Anbaus an die Lustnauer Dorfackerschule.

Mai 2002

14. In der Frauenklinik, die ihr neues Domizil in der umgebauten alten Chirurgie bezogen hat, wird das erste Kind geboren.

Juni 2002

4. Im Hörsaal der alten Anatomie beginnt die erste für Kinder konzipierte Vortragsreihe an der Universität. Die neue „Kinder-Uni“ ist einzigartig in Deutschland und wird zum viel beachteten Medienereignis.
8. Einweihung der umgebauten Weilheimer Grundschule.
14. Im Kloster Bebenhausen wird die Ausstellung des Stadtarchivs „Sieben Jahre Landeshauptstadt“ eröffnet. Sie dokumentiert die Geschichte Tübingens als Hauptstadt von Württemberg-Hohenzollern (1945-1952). Es ist der Beitrag der Universitätsstadt zum Landesjubiläum „50 Jahre Baden-Württemberg“.

15. Die Bewohner des Pauline-Krone-Heims ziehen in den Neubau an der Frischlinstraße um.
21. Das Deutsch-Amerikanische Institut feiert sein 50-jähriges Bestehen.
22. Der mit einem Brunnen und etlichen Bäumen gestaltete Französische Platz bei der Panzerhalle wird eingeweiht.
23. Knut Weber, Intendant des Landestheaters, der seine letzte Spielzeit in Tübingen soeben erfolgreich beendet hat, erhält die Hölderlin-Plakette der Universitätsstadt Tübingen.
24. Der Gemeinderat beschließt, die Nobelpreisträgerin Dr. Christiane Nüsslein-Volhard und die Professoren Dr. Walter Jens und Dr. Hans Küng zu Tübinger Ehrenbürgern zu ernennen.
28. Eröffnung der Jakob-van-Hoddis-Ausstellung im Stadtmuseum.

Juli 2002

Abbruch des Katholischen Gemeindezentrums in der Bachgasse.

4. Beginn der Festwoche zum 525-jährigen Bestehen der Universität Tübingen.
6. Der neue Parkplatz am Goldersbach in Bebenhausen wird seiner Bestimmung übergeben.
13. Einweihung des neuen Instituts für Friedenspädagogik (Georg-Zundel-Haus) in der Corrensstraße 12.

September 2002

- Die Maschinenfabrik Majer zieht von der Schwärzlochener Straße in das Gewerbegebiet Neckaraue um. Auf dem ehemaligen Firmengelände soll eine Wohnanlage für Senioren entstehen.
13. Eine Ausstellung mit dem gesamten graphischen Werk des französischen Künstlers Henri de Toulouse-Lautrec öffnet in der Kunsthalle.
 16. Die Stadtbaubetriebe Tübingen beginnen mit der Umsiedlung von mehr als 100 Schwänen am Anlagensee. Wegen starker Überdüngung durch die Wasservögel muss das Wasser des Sees abgelassen werden.

Andrang bei der Tübinger Kinderuni – hier bei einer Vorlesung mit Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard im April 2003



18. Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin vergleicht bei einer Wahlkampf-Diskussion in Derendingen die Kriegspolitik des US-amerikanischen Präsidenten George Bush jr. mit der Hitlers. Die darauf folgende öffentliche Entrüstung führt zum Verzicht auf das Ministeramt nach der Bundestagswahl wenige Tage später.
19. Die Universitätsbibliothek öffnet einen Erweiterungsbau, den so genannten Ammerbau.
- 20.-22. Das erste USA-Festival des Deutsch-Amerikanischen Instituts lockt 40.000 Besucher auf den Tübinger Festplatz.
22. Bundestagswahl. Annette Widmann-Mauz (CDU) gewinnt mit 43,4 % der Erststimmen das Direktmandat im Tübinger Wahlkreis. Ihre Gegenkandidatin, Bundesjustizministerin Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD) unterliegt mit 40,4 %, zieht jedoch, ebenso wie der GRÜNE Winfried Hermann (10,3 %) über die Landesliste in den Bundestag ein. Die Ergebnisse der Zweitstimmen im Wahlkreis Tübingen: CDU 39,3 %, SPD 32,8 %, GRÜNE 16,1 %, FDP 7,1 %, PDS 1,4 %, Republikaner 1,4 %, Sonstige 1,8 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 83,2 %. In Berlin bleibt die rot-grüne Regierung an der Macht.
25. Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer „Kommission zur Kultur des Erinnerns“, die bei Bedarf Vorschläge zur Planung von Gedenkstätten erarbeiten soll.

November 2002

8. Tübingen erhält den „Europäischen Preis für Stadt- und Regionalplanung“ in der Kategorie „Konversion und Erneuerung“ für die Umgestaltung der ehemaligen Militärgelände in der Südstadt. Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer nimmt den Preis in Paris vom Europäischen Rat für Stadtplaner entgegen.
27. Die Kilchberger Straße in Weilheim wird in Paul-Schneider-Straße umbenannt. Damit soll an den früheren Tübinger Theologie-Studenten, der in Weilheim wohnte und heiratete, erinnert werden. „Der Prediger von Buchenwald“ wurde 1939 im dortigen KZ ermordet.

Dezember 2002

2. Die neue Führungsspitze der Tübinger Stadtwerke ist komplett. Für den energiewirtschaftlichen Bereich ist ab August 2003 Dr. Achim Kötzle zuständig, das

kaufmännische Ressort übernimmt Ortwin Wiebecke und zum technischen Geschäftsführer wurde Wilfried Kannenberg gewählt.

10. Der Interkulturelle Kindergarten in der Eugenstraße wird offiziell eingeweiht. Trägerin ist die Universitätsstadt Tübingen.
19. Die Öffentlichkeit erfährt, dass ein Angestellter des Stadtmuseums über Jahre hinweg Gegenstände im Gesamtwert von mehreren hunderttausend Euro gestohlen hat, darunter auch das Prunkstück der Sammlung, ein Elfenbein-Jagdhorn aus Westafrika. Der ehemalige Mitarbeiter wird in einem ersten Gerichtsverfahren zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Nach bekannt werden weiterer Diebstähle muss er für zwei Jahre und zehn Monate in Haft.
20. Georg Kaltschmitt, Leiter des Baurechtsamtes, beendet seine 31-jährige Dienstzeit bei der Stadt Tübingen und wird Bischof der Neuapostolischen Kirche.

Januar 2003

24. Beim Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer singt Schauspielerinnen Maria Hapfel Chansons von Edith Piaf.

Februar 2003

3. Der Gemeinderat beschließt die Gründung einer Stiftung zugunsten der Kunsthalle. Das Stiftungsvermögen setzt sich zusammen aus Rücklagen der Kunst-

Neue Heimstätte für zeitgenössische Kunst:
Die Shedhalle auf dem Schlachthofgelände



Gastronomie an lauschigen Sommerabenden: Die erste Sommerinsel auf der Platanenallee, August 2003

- halle in Höhe von vier Millionen Euro und einer halben Million Euro, gestiftet von Mäzen und Bosch-Enkel Georg Zundel. Die Unterhaltskosten für die Kunsthalle (500.000 Euro pro Jahr) trägt weiterhin die Stadt.
22. Um 21.42 Uhr und um 21.54 Uhr bebt die Erde in Tübingen. Schäden und Verletzte sind bei dem Erdbeben der Stärke 5,4 auf der Richterskala mit Epizentrum in den Vogesen nicht zu beklagen.
24. Auf dem Tübinger Schnarrenberg öffnet der Neubau der Nuklearmedizin. In dem 10,2 Millionen Euro teuren Gebäude sollen vor allem Schilddrüsen- und Krebspatienten behandelt werden.

März 2003

- Die insolvente Frottierweberei Egeria in Lustnau, bislang zum Kock-Konzern gehörig, wird vom türkischen Konzern Mega Textil übernommen.
20. Auf dem Tübinger Marktplatz demonstrieren 2.000 Menschen gegen den Tags zuvor begonnen Krieg im Irak.

27. Das automatische Parkhaus der Stadtwerke am Loretopplatz bei der Volkshochschule soll seinen Betrieb aufnehmen. Es gibt allerdings anfangs gravierende technische Schwierigkeiten.

April 2003

- Die Chemische Fabrik Tübingen (CHT) feiert ihr 50-jähriges Bestehen. Der Konzern hat heute weltweit 1.300 Beschäftigte.
8. Das Uni-Verfügungsgebäude für die Geisteswissenschaften in der Wilhelmstraße wird den Benutzern übergeben. Der sieben Millionen Euro teure Neubau wurde durch ein Leasing-Modell finanziert.

Mai 2003

9. Mit der Ausstellung „Non finito“ wird die alte Shedhalle des Schlachthofs als Kunsthalle eröffnet. Künftig soll hier zeitgenössische Kunst präsentiert werden.

Juni 2003

- 14. Mit einem Festakt beginnen die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Vereinsjubiläum des SV 03 Tübingen.
- 27. Die Ausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ des Tübinger Theologen Dr. Hans Küng eröffnet in der Kunsthalle.

Juli 2003

- 14. Dr. Georg Sandberger, seit 24 Jahren Universitätskanzler, wird mit einem Festakt in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist Dr. Andreas Rothfuß.
- 25. Dr. Albrecht Kroymann wird mit einem Abschiedsempfang im LTT nach 14 Jahren als Landrat in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger (ab 1. September) ist Joachim Walter.

August 2003

- Die Mediziner der Universität Tübingen beziehen das neue Forschungsgebäude „Vera“ in der Röntgenstraße, dessen Bau 1,7 Millionen Euro gekostet hat.
- 6.-10. 60.000 Menschen besuchen die erste Tübinger Sommerinsel auf der Platanenallee. Vor der Kulisse der illuminierten Neckerfront genießen sie kulinarische Spezialitäten und Musik.
 - 13. Die Hitze im diesjährigen Rekordsommer macht Menschen, Tieren und Pflanzen auch in Tübingen zu schaffen. In der Uhlandstraße steigt das Thermometer um 13 Uhr mit 38,8 Grad Celsius im Schatten auf den Höchststand dieses Jahres.

September 2003

- 5. Die so genannte Kriegsheimkehrertafel an der Stiftskirchenmauer muss abgehängt werden. Es hatte sich herausgestellt, dass auf ihr die Namen von zwei rechtskräftig verurteilten NS-Kriegsverbrechern aufgelistet waren. Der Gemeinderat beschließt im November 2004 die Tafel künftig im Stadtmuseum auszustellen, wo ihre Geschichte dargestellt werden kann. An die Stelle der alten Tafel soll eine neue treten, die den ganzen Vorgang erläutert.
- 14. Beim zehnten Tübinger Stadtlauf beendet Dieter Baumann, gefeiert von 50.000 Zuschauern in der Tübinger Altstadt, seine ruhmreiche Karriere.



Intensiv diskutierte Stadtgeschichte: Die „Heimkehrertafel“ an der Stiftskirchenmauer

- 20. Mit einem Tag der offenen Tür wird das neue Bürgeramt im ehemaligen herzoglichen Fruchtkasten offiziell eingeweiht. Der mittelalterliche Fachwerkbau wurde für fünf Millionen Euro aufwändig saniert.
- 25. Der neu erbaute „Minimal“-Lebensmittelmarkt in der Weststadt wird eröffnet.

Oktober 2003

Die Menschen im Landkreis Tübingen erreichen im Schnitt das höchste Lebensalter in Deutschland. Männer werden hier durchschnittlich 77,2 und Frauen 82,9 Jahre alt. Zum Vergleich: Das deutsche Mittel bei den Männern liegt bei 74,9, bei Frauen bei 81 Jahren.

- 2. Im Tübinger Freibad, das heute die Saison beendet, gönnten sich im zurückliegenden Rekordsommer mehr als 400.000 Menschen eine Abkühlung – ein nie zuvor erreichter Spitzenwert.
- 11.-19. Die fünften Tübinger Jazz- und Klassiktage warten mit mehr als 50 Konzerten auf.
- 13. Pünktlich zum Wintersemester können die Medizin-Studenten auf dem Schnarrenberg ein neues „Lehr- und Lerngebäude“ beziehen. Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf 1,25 Millionen Euro.
- 30. Bebenhausen wird an die Tübinger Trinkwasserversorgung angeschlossen. Die neue Verbindung zum Wasserbehälter auf Waldhäuser-Ost kostete 191.000 Euro.

November 2003

- Der neue Kunstrasenplatz des TV Derendingen wird fertiggestellt. Der Bau des Spielfeldes an der Steinlach hat 500.000 Euro gekostet.
- 5. Tübingens Bürgermeister/in Ulla Schreiber, Gerd Weimer und Eugen Höschele hissen vor dem Rathaus eine Flagge mit der Aufschrift „Städte in Not“ und weisen damit auf die problematische Situation der finanziell klammen Städte hin.



- 14. Die Ausstellung „Märklin – dem Spiel auf der Spur – Mythos Modelleisenbahn“ eröffnet in der Kunsthalle.
- 19. In einer Feierstunde weiht Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer den 400.000 Euro teuren Erweiterungsbau der Walter-Erbe-Realschule ein.
- 20. Die neue Filiale der Stadtbücherei auf der Wanne öffnet. Sie ist aus dem Nebengebäude der Kunsthalle in die Grundschule umgezogen.
- 23. Nach vielen Jahren der Vorbereitung ist die Dauerausstellung im Stadtmuseum jetzt komplett und kann mit einem Tag der offenen Tür eingeweiht werden.
- 25. Die Universität Tübingen rehabilitiert 38 Akademiker, denen in der NS-Zeit unrechtmäßig der Dokortitel aberkannt wurde.

Dezember 2003

- 5. Mit der Inbetriebnahme des größten Teleskops in Baden-Württemberg ist der Umzug des Astronomischen Instituts von der Waldhäuser Höhe auf den Sand vollendet.
- 12. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan hält vor knapp 3.000 Menschen die diesjährige Weltethosrede. Dr. Hans Küng hatte den Friedensno-



Zentrale Anlaufstelle für zahlreiche Serviceleistungen der Stadtverwaltung: Das neue Bürgeramt in der Schmiedtorstraße

belpreisträger in die Neue Aula der Universität eingeladen.

18. 600 Studierende demonstrieren zwischen Neuer Aula und Marktplatz gegen drohende Studiengebühren.
- 20.-21. Zum ersten mittelalterlichen Weihnachtsmarkt rund um das Kloster Bebenhausen kommen mehr als 2.000 Besucher.

Januar 2004

Mit der Emeritierung des letzten Direktors Professor Dr. Jan Klein ist die Auflösung des Max-Planck-Institutes für Biologie in der Corrensstraße abgeschlossen. In der Folge sollen dort Wohnquartiere entstehen.

23. Der Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer wird von einem Quartett des Zimmertheaters, das Gedichte über die Universitätsstadt Tübingen rezitiert, lyrisch untermalt.
28. Der österreichische Künstler André Heller ist dieses Semester der Poetik-Dozent an der Universität Tübingen.

Februar 2004

Das Tübinger Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie bekommt die Leitung eines Gen-Forschungsprojektes mit Zebrafischen zugesprochen. Für dieses Projekt stellt die Europäische Kommission zwölf Millionen Euro zur Verfügung.

Der Anbau der Tübinger Kunsthalle (ehemals Stadtbücherei-Zweigstelle) wurde umgebaut und steht künftig für Kunstvorträge und eine Kinder-Malschule zur Verfügung.

17. Carl Herzog von Württemberg enthüllt während einer Feierstunde in der Stiftskirche eine bronzene Grabplatte für Herzogin Ursula von Württemberg (1572–1635). Zudem wird der Abschluss der Renovierung von neun Epitaphien gefeiert, die nun nicht mehr an der Außenfassade, sondern im Innern der Kirche hängen.
12. Bundespräsident Johannes Rau besucht das Tübinger Stift.
15. 600 Menschen demonstrieren, begleitet von einem Traktorenkorso, in der Tübinger Innenstadt gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft.
27. Stadtmuseum und Kunsthalle kooperieren erstmals mit der Doppel-Ausstellung „Schilderijen des Sichtbaren“: In der Kunsthalle wird die Schau „Niederlän-

dische Gemälde und Sammlungen des 16. und 17. Jahrhunderts“ eröffnet. Im Stadtmuseum sind wenige Tage später (ab 5. März) „Niederländische Druckgraphiken des 16. und 17. Jahrhunderts“ zu sehen. Die Exponate beider Ausstellungen stammen aus der Sammlung von Christoph Müller.

März 2004

13. Der Türkische Verein Tübingen feiert in der Hermann-Hepper-Halle das erste Internationale Folklore-Fest.

April 2004

21. Mit einem Festakt feiert die Universität 100 Jahre Frauenstudium in Tübingen.

Mai 2004

Der Tübinger Carsharing-Verein „Teil-Auto“ besteht seit 10 Jahren und hat mittlerweile 650 Mitglieder.

3. Der Gemeinderat billigt grundsätzlich den Vorschlag der Stadtverwaltung auf dem ehemaligen Heeresdepot-Gelände und dem angrenzenden Grundstück der Firma Möck an der Reutlinger Straße Studentenwohnungen und Geschäfte zu bauen.
- 6.-13. Die Universitätsstadt Tübingen hat nach 1981, 1987 und 1995 ihre ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger erneut zu einem Besuch nach Tübingen eingeladen. Während des Besuches wird der Film „Wege der Tübinger Juden“ der Geschichtswerkstatt im Kino Museum uraufgeführt. Jüdische Zeitzeugen, die während der NS-Herrschaft aus Tübingen fliehen mussten, erzählen im Film ihre Erinnerungen.



15. Die erste Tübinger Erdgas-Tankstelle öffnet an der Reutlinger Straße bei Aral. Entwickelt und gebaut wurde die 295.000 Euro teure Anlage von den Tübinger Stadtwerken.
20. Die Neurologische Universitäts-Klinik weiht das neue Verfügungsgebäude mit 300 Laborplätzen auf dem Schnarrenberg ein. Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf 24,5 Millionen Euro.
18. Die Walter AG verkauft ihre Maschinenbauparte an die Schleifring GmbH. 131 Beschäftigte in Tübingen wechseln damit den Arbeitgeber.

Juni 2004

13. Europawahl. Der parteilose Tobias Pflüger zieht über die Bundesliste der PDS erstmals in das Europaparlament nach Straßburg ein. Die Ergebnisse in der Stadt Tübingen: GRÜNE 35,9 %, CDU 27,4 %, SPD 18,1 %, FDP 7,0 %, PDS 4,8 %, Republikaner 1,7 %, Sonstige 5,1 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,2 %. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse für den Tübinger Gemeinderat: AL/GRÜNE 13 Sitze (26,3 %), CDU 9 (19,2 %), SPD 8 (16,5 %), UFW 6 (12,2 %), W.U.T. 5 (10,6 %), TÜL/PDS 4 (8,6 %), FDP 3 (6,5 %). UFW und W.U.T. beschließen in der Folge eine gemeinsame Fraktion zu bilden, somit die zweitstärkste im Gemeinderat. Die Ergebnisse für den Kreistag: FWV 18 Sitze (29,9 %), CDU 14 (23,2 %), GRÜNE 10 (17,1 %), SPD 10 (16,6 %), FDP 3 (5,4 %), TÜL/PDS 2 (3,9 %), Republikaner 1 (2,4 %).
18. Tübingens Teilort Bühl nimmt das neue Hochwasser-Warnsystem in Betrieb.
18. Das Hertie-Institut für klinische Hirnforschung (HIH) auf dem Schnarrenberg wird mit einer Feierstunde offiziell eröffnet.
19. Eröffnung des neuen Hauses für Frauenprojekte in der Weberstraße.
- 19.-20. Hirschau begeht sein 800-jähriges Jubiläum mit einem historischen Dorffest.
24. Bundeskanzler Gerhard Schröder besucht die Tübinger Textilfirma Rösch und lobt deren Familienfreundlichkeit.
30. Nobelpreisträger Imre Kertész eröffnet das vom Tübinger Literaturwissenschaftler Jürgen Wertheimer organisierte erste Forum der Weltliteraturen im Kupferbau der Universität. Bei einem Empfang im Rathaus trägt er sich in das Goldene Buch der Universitätsstadt Tübingen ein.

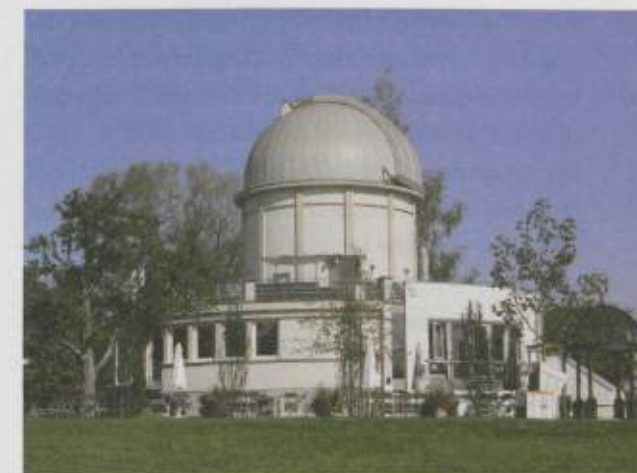
Juli 2004

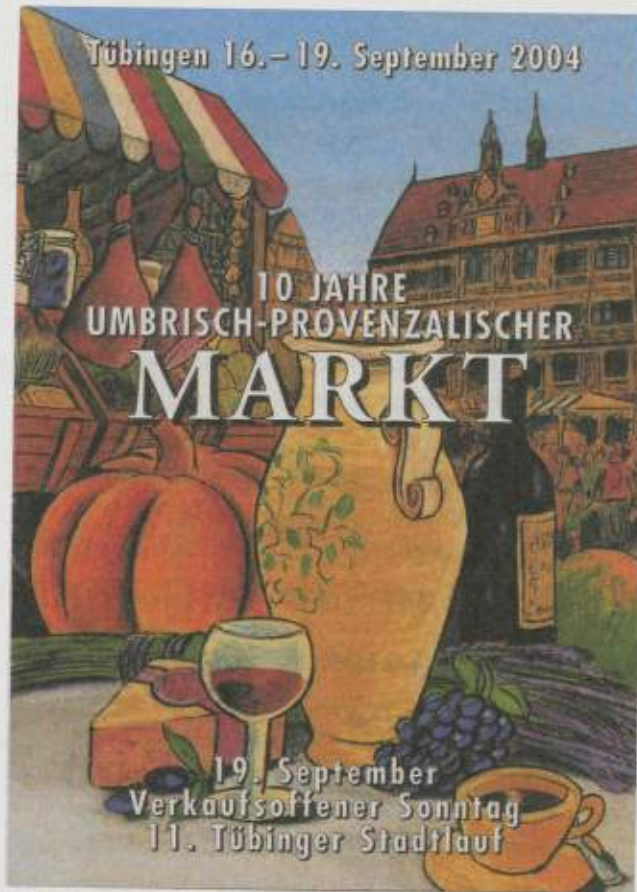
- 2.-6. Der Bürger- und Verkehrsverein (BVV) veranstaltet zum 50. Mal das Tübinger Sommerfest auf dem Festplatz.
8. Simone Sterr wird zur neuen Intendantin des Landestheaters Tübingen (LTT) gewählt und tritt damit die Nachfolge von Peter Spuhler an.
11. Das neue katholische Gemeindezentrum und die Seniorenwohnungen in der Bachgasse werden nach vier Jahren Planungs- und Bauzeit mit einem Festakt eingeweiht.
- 16.-17. Das 19. Afro-Brasil-Festival lockt 4.000 Menschen auf den Tübinger Marktplatz. Es ist das bislang letzte Mal, dass dieses Deutschlandweit bekannte Musik-Event in Tübingen stattfindet. Die Klagen der Altstadt-Bewohner gegen den Lärm führen in der Folge zu einer Verlegung des Festivals nach Stuttgart.
24. Eröffnung des Restaurants in der umgebauten Sternwarte auf der Oberen Viehweide.
29. Der erste „Tübinger Sommer“ beginnt auf der Platanenallee mit Musik und kulinarischen Spezialitäten der „Tübinger Sommerinsel“. Der Theatersommer des Zimmertheaters im Schlosshof, die Kunsthallen-Ausstellung über den Schriftsteller Thomas Bernhard sowie die erste Tübinger Sommeruniversität komplettieren das Programm.

August 2004

16. Auch in der Tübinger Innenstadt treffen sich, wie in vielen weiteren deutschen Städten, erstmals 500

Die zum Restaurant umgebaute Sternwarte auf der Oberen Viehweide





Plakat für den Umbrisch-Provenzalischen Markt

Menschen zu einer „Montagsdemonstration“. Damit wollen sie gegen das Reformpaket „Agenda 2010“ der Bundesregierung protestieren, das die Bezüge von Arbeitslosen drastisch kürzen soll (Hartz-IV-Gesetze).

16. Der bisherige Mitverleger des „Schwäbischen Tagblatts“ Christoph Müller gibt bekannt, dass er seinen 50-Prozent-Anteil an Elisabeth Frate verkauft hat. Diese veräußert wenig später 49 Prozent weiter an die Neue Pressegesellschaft Ulm, dem Verlagshaus der Südwest Presse. Gleichzeitig scheidet Müller aus der Geschäftsführung aus. Seinen Posten als Chefredakteur wird er Mitte September niederlegen.
18. Die Bewohner des Wohnprojektes „Schellingstraße 6“ (im ehemaligen Stabsgebäude der Thiepval-Kaserne) kaufen das im Jahr 1980 besetzte Haus nach zähem Ringen für 950.000 Euro vom Bund.
24. Das Einkaufszentrum auf Waldhäuser-Ost wird durch einen Brand zerstört. Der Schaden in Höhe von gut 500.000 Euro wurde durch Brandstiftung ausgelöst. Einige Läden des Einkaufszentrums müssen monatelang geschlossen bleiben.

September 2004

Pünktlich zum neuen Schuljahr stehen dem Uhland- und dem Wildermuth-Gymnasium zwei Erweiterungsbauten mit jeweils vier Klassenräumen zur Verfügung. Die Baumaßnahme hat insgesamt eine Million Euro gekostet.

Anne Rabeyroux folgt als Leiterin des „Institut Culturel Franco-Allemand“ (ICFA) dem scheidenden Jean-Claude Crespy nach.

8. Martin Lack wird vom Ortschaftsrat in Hagelloch zum neuen Ortsvorsteher vorgeschlagen und löst Gertrud Kurz in diesem Amt ab.
14. Michael Rak wird vom Ortschaftsrat in Unterjesingen zum neuen Ortsvorsteher vorgeschlagen und löst Fritz Maichle ab.
- 16.-19. Der zehnte Umbrisch-provenzalische Markt mit verkaufsoffenem Sonntag und Stadtlauf lockt 100.000 Besucher in die Tübinger Altstadt. Beim elften Stadtlauf gelingt der Kenianerin Edith Masai ein neuer Streckenrekord (23:33 Minuten). Laban Chege siegt zum fünften Mal bei den Männern.
17. Ulrich Latus wird vom Ortschaftsrat in Hirschau zum neuen Ortsvorsteher vorgeschlagen und löst Hermann Endreß ab.
17. Die Ausstellung „Ernst Ludwig Kirchner – Aquarelle, Pastelle und Zeichnungen aus dem Brücke-Museum Berlin“ eröffnet in der Kunsthalle.
22. Gundi Reichenmiller wird vom Ortschaftsrat in Kilchberg zur neuen Ortsvorsteherin vorgeschlagen und löst Erich Krauß ab.

Oktober 2004

2. Die Ausstellung „Axel von Criegern – Dramaturgie eines Bildes“ eröffnet in der Kulturhalle.
9. Trotz tristem Wetter kommen zahlreiche Besucher zum ersten Tübinger Regionalmarkt vor dem Rathaus, wo es ausschließlich Produkte aus der Gegend zu kaufen gibt.
16. Mit einer Gala feiert die in Tübingen ansässige Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ in den Museums-Sälen die Gründung einer Förderstiftung.
27. Das Tübinger Stadtmuseum hat nach knapp einhalb Jahren wieder einen Leiter: Der Gemeinderat wählt Dr. Karlheinz Wiegmann zum Nachfolger von Claudine Pachnicke.
29. Zu Ehren von Dr. Theodor Eschenburg, Mitbegründer der deutschen Politikwissenschaft und Tübinger Eh-

renbürger, der am 24. Oktober 100 Jahre alt geworden wäre, lädt die Universität Tübingen zu einer Festveranstaltung in die Neue Aula. Lord Ralf Dahrendorf, in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erster Lehrstuhlinhaber im Fach Soziologie in Tübingen, hält den Festvortrag.

November 2004

4. Die Ausstellung „Eins und ein anderes“ mit Werken von Universitätszeichenlehrer Frido Hohberger eröffnet in der Kulturhalle.
12. Die Erdgasversorgung in Pfrondorf geht offiziell in Betrieb.
14. Mit einer Matinee im Casino feiert das „Aktionszentrum Arme Welt“, aus dem später einer der ersten Weltläden Baden-Württembergs entstanden ist, sein 30-jähriges Jubiläum.
20. Die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik (BG) stellt nach dreijähriger Bauzeit mit einem Tag der offenen Tür ihren neuen fünfstöckigen Trakt auf dem Schnarrenberg vor. Die Kosten für den Bau, der unter anderem Bettenstationen, Operationssäle und eine Großküche beherbergt, sowie die technische Ausstattung, belaufen sich auf 50 Millionen Euro. Seit Beginn der Runderneuerung der BG vor 10 Jahren wurden 150 Millionen Euro investiert.
30. Die Postfiliale auf Waldhäuser Ost schließt. Künftig sollen ihre Dienstleistungen von einer so genannten Postagentur übernommen werden.

Produkte aus der Region auf dem ersten Tübinger Regionalmarkt



Dezember 2004

1. Bundespräsident Dr. Horst Köhler hält auf Einladung von Dr. Hans Küng die diesjährige Weltethosrede in der Neuen Aula der Universität und trägt sich ins Goldene Buch der Universitätsstadt Tübingen im Rathaus ein.
3. Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer bekommt bei der offiziellen Einweihung der neuen Tübinger Großsporthalle auf dem TSG-Gelände den symbolischen Schlüssel von Architekt Ludwig Wappner überreicht. Die „TüArena“, deren Bau innerhalb von 27 Monaten realisiert wurde und neun Millionen Euro kostete, wird feierlich mit einer Sportgala eingeweiht. Die Halle soll künftig gleichermaßen dem Spitzensport sowie dem Breiten- und Schulsport zur Verfügung stehen. Seit Mitte Oktober ist an der Südwestfassade der Halle bereits Tübingens größte Solaranlage am Netz. Die Verwaltung der Halle übernimmt die Sporthallenbetriebs-GmbH, eine städtische Tochtergesellschaft an der auch elf Tübinger Vereine beteiligt sind.
5. Das schwerste Erdbeben seit 1978 erschüttert Tübingen mitten in der Nacht um 2.52 Uhr. Schäden und Verletzte sind bei dem Erdbeben der Stärke 5,4 auf der Richterskala mit Epizentrum im Oberrheingraben nicht zu beklagen.
16. Tübinger Archäologen präsentieren im Schloss Hohentübingen eines der ältesten Musikinstrumente der Welt. In altem Grabungsmaterial aus der Geißelklösterle-Höhle bei Blaubeuren waren Fragmente einer 35.000 Jahre alten Flöte aus Elfenbein gefunden worden.
17. Die Metallfabrik Möck in Weilheim, 1903 in Lustnau gegründet, muss zum 31. März des kommenden Jahres den Betrieb einstellen. Das teilt der Insolvenzverwalter der Firma mit. Damit verlieren alle 106 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz.
31. Die Lustnauer Postfiliale in der Wilhelmstraße schließt. Künftig sollen ihre Dienstleistungen von einer so genannten Postagentur in der Pfrondorfer Straße übernommen werden.

Januar 2005

8. Der GRÜNEN-Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann hält die Festrede beim 100-jährigen Jubiläum der Naturfreunde-Ortsgruppe Tübingen im Salzstadel.
21. Die Ausstellung „Bordell und Boudoir – Schauplätze

der Moderne" unter anderem mit Bildern von Paul Cézanne, Edgar Degas, Henri de Toulouse-Lautrec und Pablo Picasso eröffnet in der Kunsthalle.

27. 1.300 Studierende demonstrieren in der Tübinger Innenstadt gegen Studiengebühren.
28. Beim Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer tragen Fünftklässler des Umland-Gymnasiums Märchen vor. Dazu spielt die indonesische Musik- und Tanzgruppe „Kridha Budaya Sari“.
30. Mit einem Festgottesdienst in der Tübinger Stiftskirche und einer anschließenden Feier wird Dr. Eberhard Jüngel nach 18 Jahren als Ephorus des Evangelischen Stiftes verabschiedet. Sein Nachfolger als Leiter des Stiftes ist Dr. Volker Drecoll.



Das Wurster & Dietz-Areal in Derendingen

Februar 2005

17. Eine Schau zum Einstein-Jahr eröffnet im Stadtmuseum. Die Besucher können unter anderem einen simulierten Ausflug mit Lichtgeschwindigkeit durch die Altstadt erleben.

März 2005

13. Mit einem Benefizkonzert beginnen die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum und der vollendeten Renovierung der evangelischen Martinskirche in der Frischlinstraße.
15. Die Universitätsstadt Tübingen erreicht zum zweiten Mal hintereinander Platz zwei beim Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“.
30. Die 600-köpfige Belegschaft des Kilchberger Getriebemotorenwerks Flender (ehemals „Himmel-Werk“) erfährt, dass ihr Betrieb vom Technologie-Konzern Siemens übernommen wird.
31. Die Ausstellung „Kunstformen des Meeres“ mit zoologischen Glasmodellen von Leopold und Rudolf Blaschka eröffnet im Stadtmuseum.

April 2005

6. Auf dem knapp vier Hektar großen Gelände der Firma Wurster & Dietz in Derendingen beginnt der Abbruch der Fabrikgebäude. Auf dem Areal, das in der Folge den Namen „Mühlbachviertel“ erhält, sollen Wohngebäude sowie ein Alten- und Pflegeheim gebaut werden.

11. Der Gemeinderat beschließt die Streichung einer Beigeordnetenstelle. Damit wird die Universitätsstadt Tübingen in Zukunft nur noch zwei Bürgermeister haben.
15. Mit einem Eröffnungsfest wird der Erweiterungsbau der Französischen Schule in der Mathildenstraße eingeweiht. Der 540 Quadratmeter große Anbau an Tübingens erste Ganztageschule kostete insgesamt 1,7 Millionen Euro.
19. Der ehemalige Tübinger Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät (1966 bis 1969) Dr. Joseph Ratzinger wird in Rom zum neuen Papst gewählt und nennt sich Benedikt XVI.
21. Die Ausstellung „Culture to go – Wie amerikanisch ist Tübingen?“ eröffnet im Stadtmuseum. Die Schau ist in Kooperation des Ludwig-Uhland-Institutes für Empirische Kulturwissenschaft mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut entstanden.
30. Der Musikverein Lustnau feiert mit einem Festakt sein 100-jähriges Bestehen.

Mai 2005

7. Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums des Universitäts-Klinikums öffnen Labore und Forschungseinrichtungen der Medizinischen Fakultät die Türen erstmals für eine lange Nacht der Wissenschaft.
11. Bei einem Festakt wird der frühere Baden-Württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel zum Ehrensenator der Universität Tübingen ernannt.
28. Die Ausstellung „Gerhard Richter: Printed!“ eröffnet in der Kunsthalle.

- 28.-29. Politik und Popmusik: Das erste „Act!-Festival“ auf dem Depot-Gelände zieht mehrere tausend Besucher an. Neben Konzerten werden bei freiem Eintritt auch Workshops angeboten. An Ständen informieren außerdem verschiedene Parteien und Nichtregierungsorganisationen über ihre Aktivitäten.
30. Auf dem Schnarrenberg wird der Grundstein für den 25 Millionen Euro teuren Bettenbau West der Medizinischen Universitätsklinik gelegt. Damit beginnt die grundsätzliche Neuordnung des gesamten Klinik-Komplexes.

Juni 2005

3. Die Tübinger Musikschule feiert mit einem Festakt im Kloster Bebenhausen ihr 50-jähriges Bestehen.
9. Das 50. Stocherkahnrennen auf dem Neckar gewinnt der Stocherkahnverein mit dem Kahn Brutus. Damit ist die Mannschaft bereits zum achten Mal siegreich.

August 2005

- Ein 3,7 Millionen Euro teures zusätzliches Gebäude für das Universitätsklinikum wird gegenüber der Zahnklinik fertiggestellt. Dort sind nun mehrere Ambulanzen, die Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Verfügungsräume für die klinische Forschung untergebracht.
2. Wie in ganz Baden-Württemberg streiken auch in Tübingen die Ärzte des Universitätsklinikums. Mit einem Demonstrationszug durch die Tübinger Innenstadt protestieren sie gegen ihre Arbeitsbedingungen. Die Patienten-Versorgung wird während des mehrtägigen Streiks auf ein Notfallprogramm zurückgefahren.

September 2005

- Der Landkreis Tübingen ist stärker von Erdbeben gefährdet als Experten bislang angenommen haben. Das zeigt eine nun veröffentlichte Erdbebenkarte für Baden-Württemberg.
1. Nach umfangreichen Tests kann das automatische Parkhaus der Stadtwerke in der Südstadt (an der Französischen Allee) offiziell in Betrieb gehen.
 10. Die Tübinger Tafel weiht mit einer Feier ihr neues Ladenlokal in der Katharinenstraße ein. Damit hat das Sozialprojekt nun mehr Platz und eine moder-

ner Ausstattung als zuvor in der Schwärzlocher Straße.

16. Mit einem Festakt wird der Neubau des Max-Planck-Institutes für Entwicklungsbiologie in der Spemannstraße eingeweiht. Der Bau kostete 25 Millionen Euro.
18. Bundestagswahl. Anette Widmann-Mauz (CDU) gewinnt mit 42,9 % der Erststimmen das Direktmandat im Tübinger Wahlkreis. Die Kandidatin der SPD, Herta Däubler-Gmelin erhält nur 38,2 %, zieht jedoch, ebenso wie Winfried Hermann (9,8 %, GRÜNE) und Heike Hänsel (4,3 %, DIE LINKE.) über die jeweilige Landesliste in den Bundestag ein. Die Ergebnisse der Zweitstimmen im Wahlkreis Tübingen: CDU 35,3 %, SPD 29,1 %, GRÜNE 16,2 %, FDP 11,2 %, DIE LINKE. 4,3 %, Sonstige 3,9 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 80,9 %. In Berlin bildet sich eine große Koalition aus CDU und SPD unter der Führung der ersten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.
24. Mit einem Tag der offenen Tür wird das Ärztezentrum in der renovierten alten Hauptpost eingeweiht.
28. Eines der modernsten Strahlentherapiezentren Europas wird auf dem Tübinger Schnarrenberg eröffnet. Der 800 Quadratmeter große Neubau der Universitätsklinik kostete 7,3 Millionen Euro.

Oktober 2005

7. Mit einem Demonstrationszug vom Schnarrenberg auf den Holzmarkt protestieren die nichtärztlichen Angestellten an der Tübinger Universitätsklinik gegen geplante Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen. Die Notversorgung der Patienten ist während des mehrtägigen Streiks gesichert. Weitere Protestzüge folgen.
11. Die Landesregierung Baden-Württemberg tagt zu einer Kabinettsitzung unter Ministerpräsident Günther Oettinger auf Schloss Hohentübingen. Am Rande der Sitzung verspricht Oettinger die Renovierung des knapp 400 Jahre alten und durch Wettereinflüsse stark beschädigten Schlossportals.
14. Die Ausstellung „2 x 100 Jahre Radsport in Tübingen“, welche die Geschichte der Tübinger Vereine RV Pfeil und RV 1905 Derendingen erzählt, eröffnet im Stadtmuseum.
20. Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Dr. Shirin Ebadi hält vor 1.200 Zuhörern die diesjährige Weltethosrede. Dr. Hans Küng hatte die promovierte Juristin und Rechtsanwältin in den Festsaal der Neuen Aula der Universität eingeladen.

24. Mit dem Stück „Ronja Räubertochter“ wird im Landestheater Tübingen (LTT) die 25. Kinder- und Jugendbuchwoche der Stadtbücherei eröffnet.

November 2005

2. Vor seiner Festrede im Rahmen des „Dies Universitatis“ an der Universität Tübingen wird der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Dr. Peter Gaehtgens, mit einer Sahnetorte beworfen. Damit protestieren die vier Täter gegen die Einführung von Studiengebühren.
10. 400 Studierende demonstrieren mit einem Protestzug durch die Tübinger Innenstadt gegen die Einführung von Studiengebühren.
12. In einer akademischen Trauerfeier nehmen 500 Gäste, darunter zahlreiche internationale Wissenschaftler, Abschied von Dr. Manfred Korfmann. Der renommierte Archäologe und Troja-Forscher war am 11. August nach schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren gestorben.
23. Kunsthallen-Direktor Dr. Götz Adriani übergibt nach knapp 35 Jahren die Leitung des Hauses an Kurator

Martin Hellmold und Bürochefin Gerlinde Engelhardt. Dr. Adriani bleibt jedoch weiterhin Vorsitzender der Kunsthallen-Stiftung.

Dezember 2005

1. Die Tübinger Kinder-Uni wird in London mit dem „Descartes Prize for Science Communication“ 2005 ausgezeichnet. Mit diesem Preis der Europäischen Kommission soll der besondere Verdienst der „Kinder-Uni“ um die Wissenschafts-Vermittlung gewürdigt werden. Mittlerweile wurde das Tübinger Modell in mehr als 70 Städten nachgeahmt.
5. Der Tübinger Gemeinderat bietet der peruanischen Stadt Villa el Salvador eine Städtepartnerschaft an, nachdem Vertreter beider Gemeinden bereits jahrzehntelang in verschiedenen Projekten zusammengearbeitet hatten (Abschluss des Partnerschaftsvertrages im September 2006 in Tübingen).
12. Am 23. Todestag von Lilli Zapf wird die Urne mit ihren sterblichen Überresten auf dem Tübinger Stadtfriedhof beigesetzt. Nachdem die Ruhezeit in Zapfs Geburtsstadt Nördlingen abgelaufen war, hatte sich die

Trauerfeier in der Stiftskirche für die bei der Bekämpfung eines Brandes tödlich verunglückten Feuerwehrmänner Kurt Schwägerle und Andreas Mang



Eberhardsgemeinde und der Verein Courage für die Überführung eingesetzt. Lilli Zapf dokumentierte in ihrem Buch „Die Tübinger Juden“ die Lebenswege von 70 Emigranten und 22 Deportierten, die in Konzentrationslagern ermordet worden waren.

14. Im 1992 eröffneten Tübinger Stadtmuseum wird der 250.000 Besucher willkommen geheißen.
22. Bei einem Trauergottesdienst in der Tübinger Stiftskirche gedenken 2.000 Menschen der beiden Feuerwehrmänner, die bei der Bekämpfung eines Brandes in einem als Fahrradwerkstatt und Künstleratelier genutzten Lagergebäude an der Reutlinger Straße wenige Tage zuvor tödlich verunglückten.
31. Erstmals seit sechs Jahren geht die Einwohnerzahl der Universitätsstadt Tübingen wieder zurück. 84.321 Menschen haben ihren Erstwohnsitz in Tübingen. Das sind 307 weniger als im Jahr zuvor. In den vergangenen sechs Jahren erhöhte sich die Einwohnerzahl um etwa 3.000. Der Höchststand wurde vergangenes Jahr mit 84.628 Einwohnern erreicht.

Januar 2006

12. Ein Großbrand bei der Firma Walter AG in Derendingen richtet einen Schaden in Höhe von 30 Millionen Euro an. Auslöser des Feuers war eine überhitzte Maschine.
20. Der Neujahrsempfang von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer steht im Zeichen der Trauer um die im Dezember tödlich verunglückten Feuerwehrmänner. Musikalisch umrahmt wird der Empfang vom Wiener Merlin-Ensemble.
27. Der Lilli-Zapf-Jugendpreis wird zum fünften Mal verliehen. Ausgezeichnet wird das Tübinger Online-Projekt zur Suizidprävention „Youth Life Line“, die Tübinger Jugendgruppe der Menschenrechtsorganisation Amnesty International und das Mössinger Projekt „Spielen mit Flüchtlingskindern“.
27. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung „Was ich am besten konnte ... Lotte Reiniger zu Mozart“.

Februar 2006

12. Beim 10. Tübinger Fasnetsumzug mit mehr als 4.500 Hästrägern und 30 Kapellen aus fast 100 Zünften säumen 15.000 Zuschauer die Altstadtgassen.
22. 700 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrieren auf dem Tübinger Holzmarkt für den Erhalt

der 38,5-Stunden-Woche und gegen Stellenabbau. Damit hat der Streik in mehreren Bundesländern auch Tübingen erreicht.

März 2006

5. Die Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI) feiert im Sudhaus mit Theater und Vorträgen ihr zehnjähriges Jubiläum.
7. Bei einer Feierstunde wird das Erweiterungsgebäude der Hauptschule Innenstadt (HSI) nach vier Jahren Planungs- und Bauzeit übergeben. Das umgebaute Gebäude ist Teil des Ganztages-Konzeptes der Schule und kostete 150.000 Euro.
17. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung des Stadtarchivs „Tübinger Szenenwechsel – Alfred Göhner und seine Tübinger Pressefotos 1950-1970“.
21. Das Regierungspräsidium Tübingen vergibt die Planung für den 3,6 Kilometer langen Tübinger Bauabschnitt der neuen Bundesstraße 27. Dazu gehört auch ein 2,3 Kilometer langer Tunnel mit zwei Röhren.
26. Bei den Landtagswahlen erhält im Wahlkreis Tübingen Klaus Tappeser (CDU) mit 38,6 % das Direktmandat. Boris Palmer erreicht für die GRÜNEN 22,1 % und zieht gemeinsam mit Rita Haller-Haid von der SPD (22,0 %) ebenfalls in den Landtag ein. Die FDP kommt auf 8,8 %. Die WASG (3,8 %) und die Republikaner (2,3 %) sind nicht im Landtag vertreten. Die Wahlbeteiligung liegt bei 58,9 %. Die Wahlergebnisse in der Stadt Tübingen: GRÜNE 32,0 %, CDU 27,3 %, SPD 23,4 %, FDP 9,4 %, WASG 4,8 %, Republikaner 1,3 %.
29. Nach sechsmonatiger Bauzeit wird der 425.000 Euro teure Glasanbau des Casinos in der Universitäts-Frauenklinik offiziell eingeweiht.

April 2006

Mit Beginn des Sommersemesters wird der Umbau des Audimax in der Neuen Aula fertiggestellt. Die Kosten für die Renovierung des nunmehr modernsten Hörsaales der Universität Tübingen belaufen sich auf 2,3 Millionen Euro. Die Sitzplätze wurden von 512 auf 361 reduziert.

10. Michael Lucke (SPD) wird vom Tübinger Gemeinderat zum Ersten Bürgermeister gewählt.
24. In einer Sondersitzung beschließt der Umwelt- und Planungsausschuss des Tübinger Gemeinderats, dass die Tübinger Sommerinsel künftig nicht mehr auf der

Platanenallee stattfinden darf. Grund für das Verbot ist der schlechte Gesundheitszustand der etwa 200 Jahre alten Bäume. Baumgutachter hatten festgestellt, dass durch Befahren der Insel mit schweren Fahrzeugen der Boden verdichtet und somit das Wurzelwerk der Platanen beschädigt wurde. Ausfallen muss die Sommerinsel dieses Jahr trotzdem nicht. Sie zieht an den Anlagensee um.

28. Mit einem Festakt eröffnet das „Sparkassen-Carré“ auf den Mühlbachäckern. Der Neubau der Kreissparkasse Tübingen kostete knapp 50 Millionen Euro.

Mai 2006

2. Mit einem Festakt wird Tübingens Erster Bürgermeister Gerd Weimer nach achtjähriger Amtszeit verabschiedet.
2. Eröffnung der fünften Tübinger Kinder-Uni, die mittlerweile schon eine kleine Tradition geworden ist.
4. Der vom Universitätsrat gewählte Amerikanist Dr. Bernd Engler wird vom Universitätssenat als neuer Rektor der Universität Tübingen bestätigt. Damit enden längere Querelen zwischen Universitätsrat und Senat um die Nachfolge von Dr. Eberhard Schaich. Dr. Engler kann sein Amt zum kommenden Wintersemester antreten.
6. 2.000 Zuschauer im Tübinger Universitätsstadion feiern die Leichtathleten bei den Deutschen Meisterschaften über 10.000 Meter an.
10. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees Dr. Jacques Rogge hält auf Einladung von Dr. Hans Küng die diesjährige Weltethos-Rede.
18. 450 Ärzte versammeln sich auf dem Marktplatz zu einer Kundgebung. Seit Wochen bereits streiken die Mediziner auch am Universitätsklinikum in Tübingen, um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter durchzusetzen. Erstmals bekommen die Ärzte dabei Unterstützung von Medizinstudenten.
20. In der Neuen Aula eröffnet die Ausstellung „38 Dinge“. Sie zeigt verschiedene Gegenstände aus den Sammlungen der Universität Tübingen und gilt als erster Schritt hin zu einem geplanten Universitätsmuseum. Am Rande der Eröffnung wird auch die künftige Leiterin des Museums Dr. Anke te Heesen, die im April aus einem Kreis von knapp 250 Bewerber/-innen gewählt wurde, vorgestellt.
22. Der Tübinger Gemeinderat beschließt für die Schüler der drei Uhlandstraßengymnasien eine Mensa sowie weitere Räume zu bauen. Die Kosten für den

Neu- und Umbau, zu 90 Prozent vom Bund und vom Land übernommen, betragen 6,9 Millionen Euro.

24. Eugen Höschele wird nach achtjähriger Amtszeit als Wirtschaftsbürgermeister offiziell aus dem Tübinger Rathaus verabschiedet.

Juni 2006

9. Am Rande der Tübinger Altstadt werden zweieinhalb Meter hohe Infotafeln aufgestellt. Sie sollen Besuchern helfen, sich in der Innenstadt besser zurecht zu finden.
9. Zu Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland versammeln sich 5.000 Fans vor den beiden Großleinwänden im Tübinger Anlagenpark und vor der TüArena. Sie bejubeln den 4:2-Auftaktsieg der deutschen Mannschaft gegen Costa Rica in München. In den folgenden vier Wochen regiert „König Fußball“ auch in Tübingen: Mit dem Volksbank-WM-Park – dessen umfangreiches Begleitprogramm von einer studentischen Projektgruppe des Instituts für Sportwissenschaften organisiert wird –, der WM-Arena, dem Straßenfußball für Toleranz und der Tübinger Mini-WM und der Theatersport-WM bieten die „Tübinger Fußball Wochen“ eine Fülle an Angeboten für aktive wie passive Fußballfans.

Tübingen kickt:
Das Logo der Tübinger Fußball
Wochen



17. Die Erste Tübinger Einkaufsnacht lockt bei lauen Temperaturen tausende Menschen in die Altstadt.
24. Mit einem Festakt wird das neue Landratsamt auf den Mühlbachäckern eröffnet. Der Neubau der Kreisbehörde kostete 34 Millionen Euro.



Juli 2006

6. Nach einer Vollversammlung im Kupferbau besetzen etwa 300 Studierende das Schloss Hohentübingen, um gegen drohende Studiengebühren zu demonstrieren. Gut eine Woche verwehren sie Touristen und Besuchern des Museums den Zugang. Lehrende und Studierende können jedoch weiterhin in die Institute.
- 14.-15. Das „Ract!-Festival“ lockt mit Konzerten und Workshops 25.000 überwiegend jugendliche Besucher in den Anlagenpark. Erstmals haben sich die Organisatoren des „Act!-Festivals“ (vergangenes Jahr auf dem Depot-Gelände) und des „Räte-Open-Airs“ (bislang im Alten Botanischen Garten von Studierenden-Fachschaften der Universitätsinstitute veranstaltet) zu einem gemeinsamen Projekt zusammengeschlossen.
- 14.-16. Mit einem dreitägigen Festwochenende feiert Tübingens Stadtteil Hagelloch sein 900-jähriges Jubiläum.
31. Der Gemeinderat billigt den vom Kultusministerium geplanten Schulversuch am Uhland-Gymnasium. Dort soll ab Herbst 2007 ein Sonderzug für hochbegabte Schüler eingerichtet werden.

August 2006

24. Zum zweiten Mal nach 2001 erhält der Tübinger Arsenal Filmverleih den mit 75 000 Euro dotierten Deutschen Verleiherpreis der Bundesregierung
28. Hedwig Rieth, von 1956 bis 1980 für die SPD Mitglied des Gemeinderates, stirbt im Alter von 96 Jahren.

September 2006

18. Auf dem Holzmarkt findet die 100. Demonstration gegen die Folgen der Hartz-IV-Gesetze und den Sozialabbau statt.
23. Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer beurkundet mit Jaime Zea Usca, dem Bürgermeister von Villa el Salvador in Peru, die 10. Städtepartnerschaft der Stadt Tübingen. In Villa el Salvador, ab 1971 südlich von Lima im Wüstensand am Meer entstanden, leben heute 400.000 Menschen.
28. Der Gemeinderat beschließt mit 23 Stimmen, bei 2 Enthaltungen und 18 Gegenstimmen, die Depot-Planung des Heilbronner Bauträgers Koch & Mayer, der 40 Millionen Euro verbauen will. Die Zustimmung kam von der Oberbürgermeisterin und aus den Reihen von UFW/WUT, CDU, SPD und FDP.

Oktober 2006

15. Die Katholische Stadtpfarrei Tübingen feiert mit Bischof Fürst einen Festgottesdienst aus Anlass des zweihundertjährigen Jubiläums der St. Johannes-Gemeinde.
22. Boris Palmer (34) gewinnt die Oberbürgermeisterwahl in Tübingen. Bei einer Wahlbeteiligung von 51,6 % erhält Palmer 50,4 %, Brigitte Russ-Scherer 30,2 %, Jörg Stemmler kommt auf 12,0 %. Auf Kornelia Möller von der Linkspartei entfallen 6,0 % der gültigen Stimmen.

Impressum

© 2007
Universitätsstadt Tübingen

Berichte: Fachbereiche, Ämter und Dienststellen, Geschäfts- und Verwaltungsstellen,
Eigenbetriebe

Redaktionsteam: Sabine Schmincke, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Richard Heß, Führungsunterstützung
Jochen Großhans, Fachbereich Interne Dienste
Christopher Blum, Fachbereich Interne Dienste
Udo Rauch (Chronik), Stadtarchiv

Stefanie Wolter, freie Mitarbeiterin

Bildnachweis: Fotos von: Anne Faden, Manfred Grohe, Bert Hardin, Martin Schreier,
Ulrich Metz, Udo Rauch, Simon Schmincke, Stadtverwaltung Tübingen

Gestaltung und
Reproduktion: Susanne Kalk, Reprintstelle
Ingrid Beck, Reprintstelle
Christopher Blum, Fachbereich Interne Dienste

Druck und Bindung: Druckerei Deile, Tübingen

Auflage: 300 Druck
300 CDs / DVDs
www.tuebingen.de/verwaltungsbericht

Tübingen online: www.tuebingen.de

E-Mail: stadt@tuebingen.de

